

**Die Entstehung neuzeitlicher Handwerkerverbände
im 19. Jahrhundert, ihre Ziele, Struktur und Ausein-
dersetzungen um eine grundsätzliche, gesetzlich
verankerte Regelung des Organisationswesens**

von

Wolfgang Gimmler

aus

Breslau/Schlesien



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548611_0010

**Die Entstehung neuzeitlicher Handwerkerverbände
im 19. Jahrhundert, ihre Ziele, Struktur und Ausein-
dersetzungen um eine grundsätzliche, gesetzlich
verankerte Regelung des Organisationswesens**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Staatswissenschaften
der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

vorgelegt
von
Wolfgang Gimmler
aus
Breslau/Schlesien



Tag der mündlichen Prüfung: 1. Februar 1972

Dekan: Universitätsprofessor Dr. Gustav Siebenmann

Referent: Universitätsprofessor Dr. Hans Lades

Korreferent: Universitätsprofessor Dr. Rudolf Stucken

Meinen Eltern

Inhaltsverzeichnis

=====

	Seite
Einleitende Bemerkungen und Problemstellung	1
Erster Abschnitt	
Korporative Handwerkerverbände und Fachverbände - Innungsorganisation und fachlich organisierte Ver- bände	12
A. Zünfte und Innungen bis zur einheitlichen Rege- lung der Gewerbefreiheit 1869	15
I. Entstehung und geschichtliche Entwicklung der Zunftverbände	15
II. Das Zunftwesen im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert	20
III. Zünfte und Innungen bis zur freiheitlichen Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869	23
1. Gewerbefreiheit und Industrialisierung	23
2. Die preußischen Zünfte und Innungen nach Einführung der Gewerbefreiheit 1810/11	51
3. Die Zünfte und Innungen in den übrigen deutschen Staaten	55
B. Innungsorganisation und fachlich organisierte Verbände in der gewerbefreiheitlichen Periode ...	58
I. Schrittweise Aufwertung der Innungsorgani- sation bis zum HandwerkerGesetz von 1897	58
1. Die innungsfreundlichen Gewerbenovellen von 1881 bis 1887	58
2. Die Entwicklung der Innungen bis zur Jahr- hundertwende	62
3. Die einzelnen Innungstypen	71

II. Verbände auf korporativer und fachlicher Grundlage	73
1. Entstehung und Funktionen von Innungsausschüssen, Innungsverbänden und des Zentralausschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands in Berlin	73
2. Die weitere Ausbreitung der korporativen und fachlichen Verbände	79

Zweiter Abschnitt

Individuelle, gemischte Handwerkerverbände - Gewerbevereinswesen	81
A. Der Polytechnische Zentral-Verein für Unterfranken und Aschaffenburg zu Würzburg	83
I. Hintergründe der Vereinsentstehung und Zielsetzungen	83
1. Allgemeine Hintergründe	83
2. Gründung des Vereins	85
a) Der Initiator der Gründung	85
b) Durchführung der Gründung	85
c) Verbindungen zu den zwei älteren deutschen Gewerbevereinen	86
3. Ausdehnung des Vereins	87
a) Schnelligkeit seiner Ausbreitung	87
b) Anschluß an andere Verbände	87
c) Dauer des Vereinsbestehens	88
4. Zielsetzungen im Zeitablauf	88
II. Verein nach innen	90
1. Mitglieder	90
a) Mitgliederbewegung	90
b) Sozialer Status der Mitglieder	92
2. Organisatorischer und machtmäßiger Aufbau ...	92
a) Satzungsmäßige Gliedereinteilung	92
b) Besetzung der leitenden Vereinspositionen und freiwillige Mitgliedschaft	93
c) Verhältnis zwischen Zentralverein und Lokalvereinen	94

	Seite
3. Tätigkeit nach innen.....	94
a) Aufklärung der Mitglieder über gewerbe- politische Probleme	94
b) Beratung der Mitglieder in productions- technischer Hinsicht	96
III. Verein nach außen	97
1. Verhältnis zu Regierung und Verwaltung	97
2. Verhältnis zu anderen organisierten Interes- sengruppen	98
3. Einwirkungen auf die Gewerbetreibenden	99
a) Schulwesen	99
b) Rhönindustrie	104
B. Das Gewerbevereinswesen in Bayern, ein Querschnitt für die Jahre 1848 bis 1853	107
I. Entstehung und Zielsetzungen	107
1. Allgemeine Hintergründe	107
2. Übersicht über bestehende Vereine und ihr Vermögen	108
3. Vereinsziele	111
II. Innenverhältnis	111
1. Mitglieder	111
2. Organisationsunterschiede	112
III. Einzelne Zweige der Vereinstätigkeit	113
1. Leihkassen	113
2. Assoziationen	114
3. Gewerbeschulen	115
4. Industrieausstellungen	115
5. Sonstige Maßnahmen	116
C. Der Verband bayrischer Gewerbevereine	117
I. Hintergründe der Verbandsentstehung und Ziel- setzungen	117
1. Allgemeine Hintergründe	117
2. Verbandsentstehung und Zielsetzung	118

	Seite
II. Verband nach innen	120
1. Mitglieder	120
2. Organisatorischer Aufbau	128
3. Tätigkeit nach innen	130
III. Verband nach außen	133
1. Vorgehen gegenüber Staat, Gewerbetreibenden und Öffentlichkeit	133
2. Stellung zum Verband deutscher Gewerbevereine	135
3. Verhältnis gegenüber Innungsbewegung	137
D. Die Gewerbevereinsbewegung in einzelnen deutschen Ländern	138
I. Die Gewerbevereinsbewegung in Hessen	139
II. Die Gewerbevereinsbewegung in Württemberg ...	141
III. Die Gewerbevereinsbewegung in Baden	142
IV. Das Gewerbevereinswesen in Preußen	144
E. Der Verband deutscher Gewerbevereine	149
I. Hintergründe, Entstehung und Zielsetzung	149
1. Hintergründe	149
2. Entstehung und Zielsetzung	152
II. Verband nach innen	154
1. Mitglieder	154
2. Organisatorischer Aufbau	157
III. Verband nach außen	161
1. Die gewerbepolitischen Aktivitäten und deren Ergebnisse	161
2. Sonstige Tätigkeit	164

Dritter Abschnitt

	Seite
Kollektive Handwerkerverbände - Handwerkbewegung und gewerbepolitische Massenorganisationen im Rahmen der Mittelstandsbewegung	167
A. Entstehung und erste Phase einer allgemeinen Handwerkbewegung	169
I. Frühe Protestaktionen der Handwerkerschaft	169
II. Verdichtung der Handwerkerproteste zu einer ersten Handwerkbewegung	170
1. Die Handwerkerveranstaltungen der Jahre 1848/49	170
2. Strukturmerkmale der ersten Handwerkbewegung	175
3. Das wirtschaftspolitische Programm der ersten Handwerkbewegung	179
III. Die weitere Entwicklung der Handwerkbewegung bis zur freiheitlichen Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869	181
B. Gewerbepolitische Massenorganisationen als Träger einer fortgeschrittenen Handwerkbewegung in der Gewerbefreiheitsära	186
I. Der gemäßigt liberale Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten (1873-1881)	186
II. Erneute Formierung einer antiliberalen, für Korporationen und Befähigungsnachweis eintretenden Handwerkbewegung	190
1. Handwerkliche Mittelstandsideologie und Parteiprogramme	190
2. Der radikal zünftlerische Allgemeine deutsche Handwerkerbund (1883)	207
3. Der gemäßigt zünftlerische Zentrallausschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands in Berlin (1884) und die hanseatischen Gewerkekammern	210

	Seite
III. Die entscheidenden Auseinandersetzungen mit der liberalen organisierten Handwerkerschaft um eine grundlegende Neuordnung der Gewerbeordnung	213
1. Das Eingreifen der verschiedenen Handwerkerverbände in die letzte Phase gewerbepolitischer Auseinandersetzungen	213
2. Die Reaktionen der organisierten Handwerkerschaft auf den Berlepschen- und Bötticherschen Entwurf zur Neuordnung der Gewerbeordnung	219
3. Weitere gewerbepolitische Stellungnahmen der Handwerkerverbände bis zum Erlass des Handwerkergesetzes vom 26. Juli 1897	228
Vierter Abschnitt	
Zusammenfassende Würdigung der Handwerkerverbände des 19. Jahrhunderts	235
A. Die Entstehung der neuzeitlichen Handwerkerverbände und ihre Zielsetzungen	235
B. Die Strukturmerkmale der einzelnen Verbandsguppierungen und ihr Aufbau	238
C. Ihre Tätigkeit einschließlich der gewerbepolitischen Auseinandersetzungen	240
D. Die Bedeutung des Handwerkergesetzes von 1897 und der weitere Ausbau des handwerklichen Organisationswesens bis zur Gleichschaltung 1933 .	242
Literaturverzeichnis	256
Verzeichnis der Abkürzungen	263

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde unter Anleitung von Herrn Professor Dr. Georg Weippert begonnen und nach seinem Tode dank des Verständnisses von Herrn Professor Dr. Gustav Clausing selbständig fortgeführt. Als kurz vor Abschluß der Untersuchung Herr Professor Dr. Gustav Clausing starb, erklärten sich freundlicherweise Herr Professor Dr. Hans Lades und Herr Professor Dr. Rudolf Stucken zur Übernahme des Referates und Korreferates bereit.

Ich bin den genannten Herren für ihr großes Entgegenkommen zu außerordentlichem Dank verpflichtet.

Einleitende Bemerkungen und Problemstellung

Eigentlich entstand das moderne Verbandswesen¹⁾ im gleichen Moment, auch wenn es sich in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur um sporadische Vereinigungen mit bestenfalls regionaler Bedeutung handelte, in dem die ständischen und feudalen Ordnungsprinzipien aufgelöst wurden und die industrielle Gesellschaft im Gefolge industriell-technischer Umwälzungen heraufzog. Mit der Durchsetzung liberal-individualistischer Vorstellungen in weiten Bereichen der Gesellschaft und ihrer damit verbundenen atomistischen Durchstrukturierung wurden also nicht nur vorindustrielle Ordnungen und Bindungen beseitigt, sondern gleichzeitig die Voraussetzungen für neue Gruppierungen und Bindungen geschaffen²⁾ und diese neuen organisatorischen Zusammenschlüsse auf vielen gesellschaftlichen Teilbereichen, so etwa im ökonomischen Bereich (wirtschaftliche Vereinigungen), in der politischen Sphäre (Parteien), im religiösen Bereich (konfessionelle Vereinigungen) geradezu heraufbeschworen. Ohne nun ausführlicher auf die hinter dem liberalen gesellschaftlichen Konzept stehenden theoretischen Vor-

-
- 1) In der vorliegenden Untersuchung der Handwerkerverbände des 19. Jahrhunderts wurde der in der einschlägigen Verbandsliteratur übliche Verbandsbegriff verwandt, wonach moderne Verbände als organisierte Interessenvertretungen oder Interessenorganisationen zu begreifen sind.
 - 2) Weippert betont in diesem Zusammenhang, "daß von zwei dem Individuum des Liberalismus wesentlichen Freiheitsforderungen her schließlich die Umgestaltung der liberal-individualistischen Gesellschaft, insbesondere aber der liberal-atomistischen Wirtschaft vor sich ging: von der Forderung nach Vertragsfreiheit sowie von der Forderung nach Koalitionsfreiheit" (Weippert, Georg: Zum Verständnis der verbandsstrukturierten Gesellschaft, in: Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik, Gedächtnisschrift für H. J. Seraphim, hrsg. v. H. Ohm, Berlin 1964, S. 130).

stellungen einzugehen¹⁾ - es sei nur darauf verwiesen, daß bei der Beurteilung des Verbändewesens immer wieder politische und ökonomische Vorstellungen der Klassik (atomistische Demokratie und atomistischer Markt) einfließen, mit einem daraus resultierenden ideologieverzerrten, negativen Verständnis der Verbände²⁾ - sollen nun die für die moderne Gesellschaftsentwicklung charakteristischen Verbandsgründungen selbst diskutiert werden. Der unmittelbare Anstoß für die frühen Verbandsbildungen der Gegenwart ging in der Regel von wirtschaftlichen und rechtlichen Notlagen aus, die durch die industriell-kapitalistischen Umwälzungen verursacht, zumindest aber verschärft wurden, oder,

-
- 1) Stichpunktartig zusammengefaßt glaubt sich der Liberalismus, über "Konkurrenzprinzip" und "Volkssouveränität" auf den wirtschaftlichen und politischen Feldern, im Besitz "quasimechanischer Sozialmodelle" optimaler Funktionsweise und damit bereits einer "sozial zureichenden Ordnung" (vgl. Wössner, Jacobus: Industriegesellschaft und Verbandswesen, in, J.f. Sozialwiss., Bd. 15, 1964, S. 223).

Wie Werner in seiner Abhandlung über die Wirtschaftsverbände der Marktwirtschaft lapidar feststellt, kann der einzelne Mensch auf die Dauer nicht in einer ungegliederten, atomistisch strukturierten Gesellschaft leben, oder anders ausgedrückt: "Die Verabsolutierung des Individuums ist eine philosophische Grenzvorstellung, die mit wirklichen Geschehen in der Gesellschaft sehr wenig zu tun hat" (Werner, Josua: Die Wirtschaftsverbände in der Marktwirtschaft, Zürich und St. Gallen 1957, S. 34). Eingeengt auf den Bereich der Wirtschaft formuliert Wössner: "Bekanntlich ist das Marktmodell theoretisch ein Grenzfall und praktisch eine Unmöglichkeit;" und belegt diesen in der Nationalökonomie geläufigen Sachverhalt mit entsprechenden theoriegeschichtlichen Hinweisen, auf deren Wiedergabe verzichtet wurde (vgl. Wössner, Jacobus: Industriegesellschaft ..., a.a.O., S. 223).

- 2) In diesem Zusammenhang sei auf die beiden Negationsmodelle - das negative Markt-Modell und das negative Politik-Modell des Verbandswesens - von Wössner verwiesen, mit denen er die "Wurzel der negativen Etikettierung" des Verbändewesens bloßlegt (vgl. Wössner, Jacobus: Industriegesellschaft ..., a.a.O., S. 223 ff.).

wie Wössner zutreffend formuliert: "Das Konkurrenzprinzip und die abstrakte "Freiheit" ermöglichten nicht nur den Einsatz technischer Erfindungen und wachsende mechanische Produktion ...; gleichzeitige Folge war jedoch auch ..., ... die Überaus bedeutsame Statusverschiebung im Sinne der Unterprivilegierung, das sozialstrukturell so bedeutsame "Lag", das Zurückbleiben, der Nichtanschluß an die industrielle Dynamik seitens der Arbeiter, der Handwerker, der Landwirte, des "Konsumenten" überhaupt, der zusehends vereinsamte und sich ausgeliefert wußte an eine dem "Selbstinteresse" des Menschen angeblich am besten entsprechende soziale Konkurrenzordnung."¹⁾ Mit der Einsicht²⁾ in ihre Notlage schlossen sich die ökonomisch und rechtlich Benachteiligten zusammen, um mittels Selbsthilfe und nicht durch wirtschaftspolitische Eingriffe des Staates ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Positionsschwächen auszugleichen.³⁾ Dabei kamen allerdings nicht ausschließlich wirtschaftlich-rationale Überlegungen zum Tragen, sondern diese verbanden sich meist mit kollektiven, solidarischen Impulsen,⁴⁾ oder, wie Wössner ausführte: "Einerseits wird die ... gruppenegoistische Assoziierung angesprochen, andererseits kommt aber auch eine nicht bloß aus dem Eigennutz und dem Gewinnmotiv zu erklärende Vergemeinschaftung zum Ausdruck."⁵⁾ Seine diesbezüglichen gesellschaft-

1) Wössner, Jacobus: Industriegesellschaft ..., a.a.O., S. 229.

2) Weippert erkennt in diesem Zusammenhang das Bewußtsein konkreter oder auch nur vermeintlicher Positionsschwächen als wesentliche Voraussetzung für die Organisierung von Interessen, wie überhaupt ein hohes Maß an Bewußtheit notwendig ist für die Dominanz von Interessenorganisationen im gegenwärtigen Zeitalter (vgl. Weippert, Georg: Zum Verständnis ..., a.a.O., S. 132).

3) vgl. Weippert, Georg: Zum Verständnis ..., a.a.O., S. 131 f.

4) vgl. Werner, Josua: Die Wirtschaftsverbände ..., a.a.O., S. 34 f.

5) Wössner, Jacobus: Industriegesellschaft ..., a.a.O., S. 230.

lichen Beobachtungen präzisierend führt Wössner fort: "Deutlich sieht man hier neben dem Prinzip des Konkurrenzmechanismus und des sozialliberalen Atomismus ein neues - oder sagen wir besser: erneut - ein Prinzip aufkommen: das Prinzip des Subsidiums, das Prinzip der Hilfeleistung bei funktionaler individueller oder auch sozialer Schwäche im kollektiv-sozialen Gesamtzusammenhang."¹⁾

Mit der Entfaltung der industriellen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts - der große Umsturz der Produktionsverhältnisse begann ja in Deutschland erst um 1850 - endete der Anfangsabschnitt²⁾ der Verbandsbildung mit seinen weitgehend punktuellen Zusammenschlüssen zur Begegnung akuter Notstände, und der Prozeß der Verbandsbildung nahm bald jenenstürmischen Aufschwung, in dessen Verlauf sich die gesetzte liberale Wirtschaftsordnung wandelte³⁾ und der dann zur heutigen verbandsstrukturierten Gesellschaft und Wirtschaft führte, in denen von den Verbänden in Gestalt organisierter Interessen nicht mehr abgesehen werden kann.⁴⁾ Mit diesem "verbandlichen Strukturelement" ist ei-

1) Wössner, Jacobus: Industriegesellschaft ..., a.a.O., S. 230.

2) Wössner sieht in seiner Grundlegung einer Verbandsordnung die erste Phase der Verbandsentwicklung vor 1850 an das Verbandsinteresse geknüpft, nämlich das Interesse, die Folgeerscheinungen des neuen Systems zu bewältigen, während für die zweite Phase von 1850 bis etwa in die 1920er Jahre das Verbandsbewußtsein, und zwar als Einsicht in die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses, kennzeichnend ist, bis sich dann in der dritten Phase die heutige Frage der Verbandsordnung stellt (vgl. Wössner, Jacobus: Die ordnungspolitische Bedeutung des Verbandswesens (Die Verbands-Gesellschaft), Tübingen 1961, S. 43 ff.).

3) Mit dem Faktum des organisierten Interessenverbandes kommt das Prinzip der "Vereinbarung", der "Absprache" zur Geltung, nach Weippert "ein drittes Ordnungs- oder Gestaltungsprinzip neben dem marktwirtschaftlichen Automatismus und der staatlichen zentralverwaltungs-wirtschaftlichen Anordnung" (vgl. Weippert, Georg: Zum Verständnis ..., a.a.O., S. 130 f.).

4) vgl. Weippert, Georg: Zum Verständnis ..., a.a.O., S. 123.

ne "Interessendifferenzierung" gegeben, die eine "pluralistische Gesellschaft" oder einen "Interessenpluralismus" konstituiert.¹⁾ Bei diesem Prozeß wachsender Verbandsstrukturierung oder Interessendifferenzierung kam den Interessenverbänden der Wirtschaft ausschlaggebende Bedeutung zu, da diese nicht nur stärker expandierten, sondern die gleichfalls existenten und wirksamen Interessen anderer gesellschaftlicher Teilbereiche zu vermehrter Selbstbehauptung zwangen und deren Verbandsbildung eigentlich erst richtig stimulierten.²⁾

Nach den bisherigen einführenden Bemerkungen über "Verbände" oder "Interessenverbände" der Gegenwartsgesellschaft insgesamt, sei nun der gesellschaftliche Teilbereich Wirtschaft in den Mittelpunkt gerückt und da wiederum, der vorgegebenen Thematik folgend, die Aufmerksamkeit dem eigentlichen Untersuchungsobjekt zugewendet, den organisierten Interessen oder Verbänden des Handwerks im 19. Jahrhundert. Dabei ist zunächst der Begriff "Handwerkerverband" zu erläutern, und zwar nach zwei Seiten hin, einmal hinsichtlich des Verbandsbegriffes selbst, der ja den im Handwerk zu beobachtenden Besonderheiten des Verbandwesens Rechnung tragen muß und zum anderen bezüglich des Begriffes Handwerk.

Die von Weippert getroffene Einteilung der Wirtschaftsverbände³⁾ in a) Berufsverbände, b) Fachverbände, c) Arbeitnehmerverbände, d) Arbeitgeberverbände, e) Marktverbände (Genossenschaften, Kartelle, Syndikate), f) Konsumentenverbände, nach der die zu untersuchenden

1) Weippert spricht in diesem Zusammenhang auch vom "Wertpluralismus" der verbandsstrukturierten, der interessendifferenzierten Gesellschaft" (Weippert, Georg: Zum Verständnis ..., a.a.O., S. 124).

2) vgl. Weippert, Georg: Zum Verständnis ..., a.a.O., S. 125.

3) vgl. Weippert, Georg: Zum Verständnis ..., a.a.O., S. 126.

Handwerkerverbände in den Bereich der Fachverbände fallen, vermag zur Aufhellung des uns interessierenden Sachverhaltes nichts beizutragen, da der obiger Unterscheidung zugrunde liegende Begriff des Fachbereiches für die besonders für das Handwerk charakteristische Organisationsvielfalt zu eng ist. Es wurde deshalb auf die Bezeichnung Fachverbände des Handwerks verzichtet und der umfassendere, wenn auch allgemeinere Begriff des "Handwerkerverbandes" verwendet. In der Untersuchung werden dann den vielerlei in den Handwerkerverbänden realisierten Organisationsprinzipien¹⁾ entsprechend - es waren korporative, fachliche, freiheitliche, individuelle, freiwillige, kollektive, gesetzliche, hoheitliche und gesamthandwerkliche Momente wirksam -, folgende Handwerkerverbandstypen des 19. Jahrhunderts voneinander unterschieden:

Korporative Handwerkerverbände;

Fachverbände;

Individuelle, gemischte Handwerkerverbände;

Kollektive Handwerkerverbände;

und entsprechend ihrer Bedeutung gewürdigt.

Bei der für eine exakte Abgrenzung des Handwerksbereiches und seiner Verbände von anderen gewerblichen Gebieten und deren Organisationen eigentlich unumgänglichen Definition des Begriffes Handwerk ergab sich, daß wohl eine Vielzahl unterschiedlichster Begriffsbestimmungen versucht,²⁾ aber bisher keine wissenschaftlich befriedigende und praktisch anwendbare Definition des Handwerks gefunden wurde, was auch

1) Dabei war verabredet, daß die Handwerker-genossenschaften aus der vorliegenden Untersuchung herausfallen und von einem eigens für das Genossenschaftswesen zuständigen Bearbeiter untersucht würden.

2) vgl. Handwerkswissenschaftliches Institut Münster/W.: Handwerk im Widerstreit der Lehrmeinungen, in: Forschungsberichte aus dem Handwerk, Bd. 3, Münster/W. 1960, S. 5 ff.

nach Ansicht Wernets in Anbetracht der "ungeheuer vielgestaltigen", "ewig wechselnden Welt menschlichen Handelns", konkret des Handwerks, nicht weiter verwunderlich ist.¹⁾ Unter diesen Umständen erschien es nicht sinnvoll, die Problematik des Handwerkerbegriffes weiter zu verfolgen - bekanntlich verzichtet ja selbst der Gesetzgeber auf eine Definition des Handwerks -, sondern es wurden die subjektiven Zugehörigkeitserklärungen zum Handwerk oder analoges Handeln seitens der Verbände und ihrer Mitglieder als ausreichende Legitimation akzeptiert und die geringfügigen Überschneidungsmöglichkeiten mit anderen gewerblichen Bereichen und ihrer Organisationen in Kauf genommen.

Bevor nun die besondere Situation des handwerklichen Verbandswesens im 19. Jahrhundert weiter einführend umrissen wird, seien zunächst einige allgemeine Bemerkungen über das eigentliche Anliegen der Arbeit und deren Modalitäten eingeschoben. Die vorliegende Untersuchung der Handwerkerverbände des 19. Jahrhunderts wurde im Rahmen des vom Wirtschaftspolitischen Ausschuß der "Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften - Verein für Socialpolitik" in Angriff genommenen Forschungsvorhabens, Verbands-Enquete, begonnen, und zwar als Einzeluntersuchung des Forschungsauftrages "Gruppen und Verbände" der Arbeitsgruppe Weippert - Seidenfus. Im einzelnen war den Bearbeitern des in Teiluntersuchungen zerlegten Forschungsprogramms "Gruppen und Verbände" die Aufgabe gestellt, mittels ihrer "historisch-deskriptiv" durchzuführenden Verbandsarbeiten - die wissenschaftliche Problematik dieser Untersuchungsmethode an sich, es sei nur auf die vielen zweckgefärbten Verbändeöffentlichungen und die infolge meist fehlender Vergleichsmöglichkeiten kaum Überwindlichen Schwierigkeiten bei der Gewinnung ideologiefreien und wertneutralen Verbändematerials verwiesen, auch im Zusammenhang mit dem recht umfangreichen Untersuchungsgebiet überhaupt, wurde dem Verfasser im Verlaufe der Arbeit zunehmend bewußt - einen Beitrag zu einer "gegenstandsnahen Ver-

1) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, Göttingen 1952, S. 19 f.

bandstheorie" zu leisten, die dann letztlich "die gesamt- oder staatspolitische wie wirtschaftspolitische Würdigung und Bewältigung des heute soviel diskutierten und, ..., oft fehlgedeuteten Verbandswesens"¹⁾ ermöglichen sollte. Dabei konnte eben nach der Überzeugung Weipperts erst jene gegenstandsnahe Theorie eine dem schon weitentfalteten und hochdifferenzierten Verbandswesen adäquate Bewältigung desselben ermöglichen; "also "Theorie" um einer sachadäquaten Ordnungspolitik willen."²⁾

Die mit vorliegender Arbeit gegebene Beschränkung der Untersuchung auf das 19. Jahrhundert findet ihre Rechtfertigung in der besonderen Bedeutung dieser Epoche für das gesamte neuzeitliche Handwerkerverbandswesen, denn in diesem Zeitraum wurde die traditionelle Zunft- und Innungsordnung endgültig überwunden und das Handwerk mußte, durch den heraufziehenden industriellen und kommerziellen Hochkapitalismus infrage gestellt, dieser ersten Bedrohung begegnen oder war zum Untergang verurteilt. Das Handwerk in Deutschland sah sich nun unausweichlich der Moderne konfrontiert und es mußte sich zeigen, ob Gewerbefreiheit, neue Techniken und Industrialisierung - um nur einige Aspekte des großen Wandels der Gesellschafts- und Gewerbeverhältnisse anzusprechen - das Handwerk überrollen und vernichten würden, oder ob das Handwerk imstande wäre, sich anzupassen und einzugliedern und dennoch einen Teil seiner traditionellen Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft, wenn auch in neuer Form und mit gewandeltem Inhalt, zu erhalten. Die Handwerkerschaft³⁾ setzte der hoch-

1) Nach unveröffentlichten Unterlagen über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe Weippert - Seidenfus im Rahmen der Verbands-Enquete.

2) Ebenda.

3) Wenn im folgenden von der Handwerkerschaft, dem Handwerk oder den Handwerkern als dem im Handwerkerverbandswesen aktiven Personenkreis der Handwerker die Rede ist, dann wird in der Regel nicht der gesamte handwerkliche Berufsstand, sondern nur die Schicht der selbständigen Handwerker angesprochen. Eine ausnahmsweise notwendige Berücksichtigung des gesamten handwerklichen Berufsstandes geht aus der jeweiligen Textstelle hervor.

kapitalistischen Herausforderung den Aufbau geeignet erscheinender Organisationsformen entgegen und beschritt damit weniger aus Einsicht, sondern vielmehr auf Grund historischer und soziologischer handwerklicher Gegebenheiten den einzig erfolgversprechenden Weg, denn ohne gewisse organisatorische Voraussetzungen wäre keine erfolgreiche Handwerkspolitik denkbar, weder eine autonome Handwerkspolitik, wie sie seit 1846 von wechselnden Handwerkergruppierungen betrieben wurde, noch die seit 1881 nachweisbare staatliche Handwerkspolitik.

Tatsächlich hatte im 19. Jahrhundert das stark ausgeprägte Organisationsbedürfnis und Organisationstalent der Handwerker - beides spezifische Besonderheiten der Handwerkerschaft - vor dem Hintergrund einer, dem traditionellen Handwerk suspekten, liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und einer sich zuspitzenden wirtschaftlichen Bedrohung und effektiven Verschlechterung der materiellen Lage des Handwerks, zu einer kaum überschaubaren Vielfalt verschiedenartiger, meist unkoordiniert und oft gegeneinander operierender Handwerkerorganisationen¹⁾ geführt, die mit unterschiedlichem Erfolg und teilweise an Stelle einer fehlenden Innungs- und Kammerorganisation wirkten. Unter Berücksichtigung der historischen Zusammenhänge und des jeweils realisierten Orga-

1) Aus dem Ursachenkomplex für die Vielfältigkeit der Organisationsbestrebungen und -formen erläutert Wernet folgende Faktoren: "Psychologische Momente sind in der individualistischen Eigenwilligkeit des Handwerkers zu finden, in seinem Mangel an klassenbewußtem Solidarisismus in Verbindung mit der - nur zeitweise unterbrochenen - Abwesenheit einer konstruktiven standespolitischen Idee. Der Mittelstandsgedanke birgt keine ideell gestaltende und organisatorisch formbildende Kraft. Ökonomische und soziologische Wurzeln lassen sich erkennen: in der Begrenztheit der täglichen Arbeitswelt; in der Atmosphäre der engen Werkstatt, die den Meister oft völlig resorbiert; in der Verschiedenheit der fachlichen und betrieblichen Struktur; in der starken räumlichen Streuung der Werkstätten über Städte und Dörfer, Reviere und flaches Land; in der mangelnden Homogenität der beruflichen und wirtschaftlichen Existenzgrundlagen infolge unterschiedlicher Herkunft und Bildungswege; usf. Alle diese Umstände bewirken ein stark punktuell geartetes Lebensgefühl, das sich in entsprechenden Vorstellungen und Begriffen niederschlägt und in artgemäßen Gemeinschaftsfor-

nisationsprinzips ließen sich in der vorliegenden Verbändeuntersuchung folgende Verbandsgruppierungen vornehmen: Zunächst eine Zusammenfassung der Verbände auf korporativer und fachlicher Basis - es handelte sich Überwiegend um die Zunft- und Innungsorganisation, die in der Regel das korporative und fachliche Verbandsprinzip gleichzeitig realisiert hatte -, deren Abhandlung zu Beginn der Untersuchung hinreichend gerechtfertigt schien, da die betreffenden Handwerkerverbände, also Zünfte und Innungen, mit ihren lokalen und später regionalen und zentralen Verbänden gewissermaßen die Organisationsbrücke zwischen den mittelalterlichen Stadtwirtschaften und absolutistischen Territorialwirtschaften einerseits und der modernen hochkapitalistischen Wirtschaft des 19. Jahrhunderts andererseits bildeten. Eine zweite Verbändegruppe erfaßte alle diejenigen Handwerkervereinigungen, die ein individuelles Organisationsprinzip zu verwirklichen suchten und sich nicht nur auf die Mitgliedschaft von Handwerkern beschränkten, sondern auch zahlreiche Nichthandwerker aufnahmen. Diese Gruppe der Gewerbevereine, deren älteste Vereinigungen ins auslaufende 18. und beginnende 19. Jahrhundert zurückreichten, bildete, unbeschadet ihrer ablehnenden Einstellung zum Korporationswesen und dessen Anhängern, eine gewisse Ergänzung zur Innungsorganisation und stützte sich hauptsächlich auf Süd- und Mitteldeutschland, während die Hauptverbreitungsgebiete der Innungen in Norddeutschland und Preußen lagen. Die dritte Gruppierung endlich beinhaltete alle seit dem Revolutionsjahr von 1848 unternommenen Versuche, die Handwerkerschaft auf kollektiver Basis zu sammeln. Unter wechselnden Bezeichnungen, meist unter dem Oberbegriff "Handwerkbewegung" zusammengefaßt, trat diese Verbandsgruppierung für eine Rückkehr zur alten korporativen Ordnung ein.

Gegen Ende des Jahrhunderts, nach teilweise heftigen Auseinandersetzungen der handwerklichen Verbandsgruppierungen untereinander und mit den staat-

men Ausdruck sucht. Innerhalb des handwerklichen Verbandswesens wirken außer beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen auch solche politischer, landsmannschaftlicher, konfessioneller und anderer Art" (Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 87 f.).

lichen Organen, zeichnete sich dann für das, durch die tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen stark erschütterte und von einem Teil der Wissenschaft bereits totgesagte selbständige Handwerk die positive Wende ab. Einerseits eröffnete sich dem Handwerk durch die Erfindung des Kleinmotors die Chance, sich nun gleichfalls der technischen Entwicklung zu bedienen und eine solide materielle Basis zurückzugewinnen und zum anderen führte eine gewandelte Einstellung zur Handwerkerfrage seitens eines Großteils der politischen Öffentlichkeit, des Reichstages und teils auch des Bundesrates zum Erlaß des sogenannten Handwerkerschutzgesetzes von 1897, das eine grundsätzliche Entscheidung für die weitere Entwicklung des Handwerks traf - die Handwerkerschaft wurde auf das Prinzip staatlich geförderter, organisierter Selbsthilfe verwiesen, während die historische Forderung der Handwerksmeister nach gesetzlicher Verankerung der Meisterprüfung (Befähigungsnachweis) weiterhin unberücksichtigt blieb - und somit gleichzeitig einen neuen Abschnitt des neuzeitlichen Handwerkerverbandswesens einleitete.

Nach den vorausgegangenen einführenden Bemerkungen über die Verbandsproblematik allgemein und das Handwerkerverbandswesen im besonderen, kann die eigentliche Aufgabe, die Untersuchung der neuzeitlichen Handwerkerverbände im 19. Jahrhundert, begonnen werden. Dabei wird dann versucht, der bereits anfangs erwähnten verbandstheoretischen Intention¹⁾ der Gesamtuntersuchung "Gruppen und Verbände" zu genügen, zumindest aber einen Beitrag zu leisten zur Darstellung des Umwandlungsprozesses von einer liberal-individualistischen zur einer verbandsgeprägten, mehr sozialen Wirtschaft und Gesellschaft.

1) s.S. 7 f.

Erster Abschnitt

Korporative Handwerkerverbände und Fachverbände - Innungsorganisation und fachlich organisierte Verbände

In den Zünften und Innungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts begegnen uns die letzten Organisationen eines bis ins hohe Mittelalter zurückreichenden, historisch gewachsenen, für Handwerker obligatorischen Verbandswesens. Obwohl weit entfernt von der umfassenden Zielsetzung und Machtfülle ihrer Vorgängerorganisationen, leisteten diese späten Zünfte und Innungen einen wichtigen Beitrag zu den letztlich erfolgreichen Bemühungen um die Erneuerung korporativer Lebensformen für den gesamten Handwerkerstand, die mit dem Handwerkergesetz von 1897 eine erste Hauptetappe erreichten und sich nach dem ersten Weltkrieg voll durchsetzen konnten. Indem die Zünfte und Innungen die Erinnerung an ihre mittelalterliche Glanzzeit wachhielten - wenngleich in einer ungeschichtlichen, einseitig romantischen Übersteigerung - trugen sie nämlich wesentlich zur Entstehung jener handwerklichen Wirtschafts- und Gesellschaftsutopie bei, die den programmatischen Kern aller antiliberalen handwerklichen Aktivität ausmachte und zum anderen stellten sie für diese handwerkspolitisch erfolgreiche, antiliberalen Handwerkbewegung einen Großteil der Mitglieder. Im Wechsel staatlicher Privilegierung und Entmachtung der korporativen Handwerkerorganisationen bildeten die für das gesamte Reichsgebiet verbindlichen Gewerbegesetzgebungen von 1869 und 1897 einschneidende Markierungen und gliederten die nachfolgende Untersuchung der Innungsorganisation und Fachverbände im 19. Jahrhundert in zwei Unterabschnitte.

Im ersten, die Zeit vor der Reichsgründung und vor 1869 umfassenden Unterabschnitt werden zunächst einleitend historische Bedingungen der Zunftorganisation und ihres Verfalls aufgezeigt und die in der ersten Jahrhunderthälfte zeitlich und regional unterschiedlichen gewerbegesetzlichen Regelungen und ihre Auswirkungen auf Zünfte und Innungen dargestellt. Weiterhin wird, über diese korporationsspezifischen Momente hinausgehend, die für das gesamte Handwerk und Gewerbe und alle Handwerksverbände des 19. Jahrhunderts relevante Problematik von Gewerbefreiheit und Industrialisierung hauptsächlich unter handwerklichem Aspekt untersucht.

Der zweite, den Zeitraum von 1869 bis 1897 behandelnde Unterabschnitt wird sich, ausgehend von der Stunde Null für das deutsche Korporationswesen, der liberalen Gewerbeordnung von 1869, mit dem Vorgang schrittweiser Privilegierung der Innungsorganisation und deren Reaktionen auf die innungsfreundlichen Gewebenovellen von 1881 bis 1887 auseinandersetzen. Dabei sind nicht nur die lokalen Zusammenschlüsse der Handwerksmeister, die Innungen, zu berücksichtigen, sondern auch die gleichfalls in der innungsfreundlichen Gewerbegesetzgebung der 1880er Jahre verankerten aus Innungen zusammengesetzten Verbände, die die Innungsorganisation horizontal und vertikal gliedernden Innungsausschüsse und Innungsverbände. Abgerundet werden die Ausführungen über das besonders unübersichtliche Korporations- und Fachverbandswesen - auf die weniger bedeu-

tenden Innungs- und Fachverbandstypen kann im einzelnen nicht eingegangen, sondern lediglich ihre Existenz festgestellt werden - durch einen kurzen Überblick über den handwerkspolitisch aktiven Oberverband deutscher Innungsverbände, den Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands in Berlin.

Abschließend sei zusammengefaßt, daß der nachfolgende erste Abschnitt über die korporativen Handwerkerverbände und Fachverbände des 19. Jahrhunderts, die freiwilligen, auf dem Fachverbandsprinzip aufbauenden Verbände der Handwerksmeister, die sich wiederum in lokale, regionale und fachliche Unterverbände und einen Oberverband unterteilen, untersucht, und zwar, wie aus dem bereits Gesagten ersichtlich, anhand gewerbegesetzlicher Daten und Fakten, in Form chronologischer Querschnitte, in die historische, regionale, verbandstypologische und allgemeine gewerbliche Darstellungen eingefügt werden.

A. Zünfte und Innungen bis zur einheitlichen Regelung der Gewerbe- freiheit 1869

I. Entstehung und geschichtliche Entwicklung der Zunftverbände¹⁾

Die Entstehung der Zünfte,²⁾ auch Ämter, Gilden oder Innungen genannt, fiel ins 12. Jahrhundert, ihr Aufschwung hing eng mit der

- 1) Die Literatur über das deutsche Zunftwesen ist äußerst umfangreich, über einschlägige Veröffentlichungen informiert unter anderem, Adler, Georg: Über die Epochen der Deutschen Handwerker-Politik, Jena 1903; Stieda, Wilhelm: Zunftwesen, in, HdSt., 6. Bd., Jena 1894, S. 896 ff.; Zorn, Wolfgang: Zünfte, in, HdSw., 12. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 488 f.; Brodmeier, Beate: Literaturführer durch das Handwerksschrifttum 1900-1945, in, Forschungsberichte aus dem Handwerk, Bd. 12, Münster 1965, S. 26 ff.; Handwerkswissenschaftliches Institut Münster/W.: Bibliographie des Handwerks, Jahresverzeichnis der Neuerscheinungen (1945-1967); Handwerkswissenschaftliches Institut Münster/W.: Bibliographie des Handwerks und Gewerbes, Verzeichnis der Dissertationen (1885-1959).
- 2) Die Entstehung der Zünfte ließ sich nicht eindeutig klären. Manche Historiker sahen Verbindungen zu römischen Collegien, andere zu gewerblichen Fronhofsverbänden oder Marktgilden oder religiösen Bruderschaften usw.; wieder andere Forscher lehnten monokausale Theorien ab und hielten mehrere Entstehungsursachen für wahrscheinlich (vgl. Stieda, Wilhelm: Zunftwesen, a.a.O., S. 879 ff.). Die neuere Auffassung verweist darauf, daß die Theorie der traditionellen Handwerksorganisation, die Hofrechtstheorie und die Theorie der freien Einigung durch Zunfturkunden belegt wurden, daß also die Entstehung der Zünfte auf recht unterschiedliche Ursachen zurückzuführen sei (vgl. Brodmeier, Beate: a.a.O., S. 26). Für Wernet entsprach der Zusammenschluß zu Zünften der damaligen auf dem Vereinigungswesen aufbauenden Gesellschaftsordnung. Die Handwerker erkannten wie alle anderen mittelalterlichen sozialen und beruflichen Gruppierungen im Verbandszusammenschluß ihre größte Chance (vgl. Wernet, Wilhelm: Kurzgefaßte Geschichte des Handwerks in Deutschland, Dortmund 1966, S. 44 ff.). Zorn stellt in seinem Aufsatz über die Zünfte die von Land zu Land unterschiedlichen Ursprünge der Zünfte Europas heraus (vgl. Zorn, Wolfgang: a.a.O., S. 484 f.). Die verschiedenen Theorien über die Entstehung der Zünfte und sonstige Besonderheiten dieser Handwerker Lebensgemeinschaft werden in prägnanter Form von K. Fr. Wernet dargestellt (vgl. Wernet, Karl Friedrich: Die Aspekte der Zunft, in, Handwerksgeschichtliche Perspektiven, Forschungsberichte aus dem Handwerk, Bd. 10, Münster/W. 1963, S. 49 ff.).

Entwicklung der mittelalterlichen Städte¹⁾ zusammen und erreichte im 15. Jahrhundert seinen Höhepunkt. Die Zünfte waren fachlich gegliederte, örtliche²⁾ Organisationen selbständiger Handwerksmeister,³⁾ die ursprünglich wohl hauptsächlich wirtschaftliche Interessen ihrer Mitglieder wahrnahmen, in ihrer Blütezeit dann aber neben wirtschaftlichen Belangen, und zwar sowohl für Produzenten (Mitglieder), als auch für Konsumenten (Nichtmitglieder), zunehmend politische und gesellschaftliche Ziele⁴⁾ verfolgten, wie etwa Beteiligung an der Stadtregerung,⁵⁾ Teilnahme an Wehrpflicht, Pflege gemeinsamen Gottesdienstes und gemeinschaftlicher Gesellig-

- 1) Im Gegensatz zu dem bis zum Beginn der Neuzeit in rechtlicher Abhängigkeit gehaltenen Landhandwerk, hatte die Handwerkerschaft in den Städten frühzeitig ihre rechtliche und wirtschaftliche Selbständigkeit gewonnen und prägte die gewerbliche Struktur des Mittelalters (vgl. Wernet, Wilhelm: Kurzgefaßte Geschichte ..., a.a.O., S. 37 ff.). Eine übersichtliche, kurzgehaltene Beschreibung des zünftigen Handwerks in den Städten bietet ein Aufsatz von K.Fr. Wernet (vgl. Wernet, Karl Friedrich: Der Handwerker in der Entfaltung der Stadtwirtschaft, in, Handwerksgeschichtliche Perspektiven, a.a.O., S. 35 ff.).
- 2) In der Verfallszeit des Zunftwesens bildeten sich stellenweise neben den städtischen Zünften Landeszunftverbände, deren Entstehung von den Territorialgewalten begünstigt wurde, um den Einfluß der örtlichen Zünfte zurückzudrängen (vgl. Stieda, Wilhelm: Zunftwesen, a.a.O., S. 887).
- 3) Außerdem bezeichneten sich auch andere Korporationen als Zünfte, wie etwa die der Notare, Ärzte, Lehrer, Schüler, Spielleute usw. (vgl. Stieda, Wilhelm: Zunftwesen, a.a.O., S. 887).
- 4) "Die Zünfte waren nicht nur Zweckverbände, sondern umfassende Lebensgemeinschaften, 'künstliche Familien' (Leopold v. Ranke), und als solche zugleich geschlossene religiöse Bruderschaften mit weitgehenden Fürsorgeaufgaben" (Zorn, Wolfgang: a.a.O., S. 487).
- 5) "In Deutschland ist das 14. Jahrhundert von Zunftrevolutionen gegen das Patriziat erfüllt, die in zahlreichen Städten (Straßburg 1332, Augsburg 1368, Lüttich 1384, Köln und Wien 1396) zur Einführung eines Zunftregiments führten" (Zorn, Wolfgang, a.a.O., S. 487).

keit.¹⁾ Zum Zeitpunkt ihrer größten Bedeutung waren die Zünfte weitgehend autonom, ihnen waren neben der Ausbildung des Nachwuchses die Rechte der Gewerbebehörde, der Gewerbegerichtsbarkeit und des Zunftzwanges, das heißt, des ausschließlichen Rechtes, ein bestimmtes Gewerbe in einem bestimmten Bezirk²⁾ zu betreiben, verliehen und sie waren für die Versorgung der Stadtbevölkerung verantwortlich. "Der Grundgedanke des auf christlicher Grundlage aufgebauten Zunftwesens war, jedem Mitglied durch Ausschaltung der Konkurrenz eine auskömmliche Existenz zu sichern,"³⁾ oder, wie es Sombart ausdrückt, ein standesgemäßes Auskommen, nicht weniger, aber vor allem auch nicht mehr.⁴⁾

1) vgl. Stieda, Wilhelm: Zunftwesen, a.a.O., S. 882 ff.; Zorn, Wolfgang: a.a.O., S. 486 ff.

2) Den Zünften war es vielfach gelungen, auch die Umgebung der Städte ihren Niederlassungsbestimmungen zu unterwerfen (vgl. Stieda, Wilhelm: Zwangs- und Bannrechte, in HdSt., 7.Bd., Jena 1901, S. 1079 ff.). "Durch Zwangs- und Bannrechte suchten sich die Zünfte ihr besonderes Arbeits- und Absatzgebiet gegenüber dem Landhandwerk wie gegenüber nichtzünftigen Stadthandwerkern (Pfuscher, "Bönhasen") ausschließlich zu sichern. Die "Bannmeile" untersagte im Abstand einer Meile in der Umgebung der Stadt Fremden die Ausübung städtischer Gewerbe. Allerdings gelang es den Zünften niemals vollständig, unzünftiges Stadt- und Landgewerbe und konkurrierende Einfuhr der Kaufleute auszuschalten" (Zorn, Wolfgang: a.a.O., S. 486).

3) Kraft, Heinz: Die Entwicklung des Zunftwesens und die geistesgeschichtlichen Grundlagen der Gewerbefreiheit, in, Z.f.d.g.St., 106. Bd., Tübingen 1950, S. 57.

4) vgl. Sombart, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts, Darmstadt 1954, S. 55. Sombarts Auffassung der Mittelalterlichen Stadtwirtschaft als einer geschichtlichen Wirtschaftsepoche, deren Wirtschaftsgesinnung dem Bedarfsdeckungsprinzip unterworfen war (vgl. Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., München und Leipzig 1916, S. 180 ff.; derselbe: Die Ordnung des Wirtschaftslebens, Berlin 1927, S. 23), sollte nicht zu wörtlich ausgelegt werden. Der bedarfsgebundene Wirtschaftsgeist ist lediglich als dominierendes Prinzip zu verstehen.

Der Niedergang der Zünfte vollzog sich allmählich vor dem Hintergrund politischer, wirtschaftlicher, technischer und sozialer Wandlungen,¹⁾ die im 16. Jahrhundert wirksam wurden und bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts den Zunftverbänden die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen entzogen. Sichtbares Zeichen der staatlich politischen Umwälzung war das Erstarken der Territorialstaaten auf Kosten der Zentralgewalt und der bis dahin selbständigen Städte.²⁾ Mit dem Aufgehen der Stadtwirtschaften in den Territorialwirtschaften verloren die Zünfte ihre bisherige Basis und sahen sich an Stelle der auf sie zugeschnittenen Stadtwirtschaftspolitik einer wirtschaftlichen Territorialpolitik³⁾ ausgesetzt, die eine Belebung des Gewerbewesens anstrebte, und zwar durch Errichtung von Manufakturen und Fabriken,⁴⁾ Förderung des Verlags-

- 1) "Die Gründe dieser Entwicklung liegen in dem seit Ende des 15. Jahrhunderts auf allen Gebieten des geistigen wie des wirtschaftlichen Lebens einsetzenden Umschwung, der durch den Beginn des Zeitalters der Entdeckungen, durch die Zeit der Hochrenaissance und durch den Ausbruch der Reformation charakterisiert wird" (Kraft, Heinz: a.a.O., S. 57).
- 2) Im Interesse des modernen Staates mußten die Widerstände der lokalen Gewalten gebrochen werden, mußte vor allem die wirtschaftliche Autonomie der Städte beseitigt werden, was durch Aufheben der städtischen Bannrechte geschah (vgl. Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., a.a.O., S. 362; derselbe: Gewerwesen I, Berlin und Leipzig 1929, S. 70).
- 3) vgl. Adler, Georg: a.a.O., S. 26 ff.
- 4) Im 17. und 18. Jahrhundert entwickelte sich ein neues gewerbliches Organisationssystem, das von den Zeitgenossen als Manufaktur oder Fabrik, im amtlichen Sprachgebrauch des 18. Jahrhunderts als "Manufakturen und Fabriken" bezeichnet wurde und dessen Unterscheidungsmerkmale gegenüber dem Handwerk Produktion im großen mit weiterem Absatz und Arbeitsteilung im Inneren der Unternehmung waren. Manche Autoren unterschieden Manufakturen mit bloßer Handarbeit von Fabriken, bei denen "Feuer und Hämmer angewendet wurden" (vgl. Bücher, Karl: Gewerbe, in HdSt., 3. Bd., Jena 1892, S. 939 f.). Sombart verstand unter Manufaktur einen gesellschaftlichen Großbetrieb, in dem wesentliche Teile des

systems¹⁾ und Einsetzen von Freimeistern²⁾ in den Städten und auf dem Lande. Neben dieser indirekt wirkenden merkantilistischen

Produktionsprozesses durch Handarbeit ausgeführt werden, während das Kennzeichen der Fabrik gleichfalls die Form des gewerblichen Großbetriebes ist, im Unterschied zur Manufaktur aber die entscheidend wichtigen Teile des Produktionsprozesses von der formellen Mitwirkung der Arbeiter unabhängig gemacht sind (automatischer Produktionsprozeß) (vgl. Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, 2. Bd., 2. Hbd., München und Leipzig 1917, S. 730 ff.; derselbe: Gewerbewesen I, a.a.O., S. 26 f.; derselbe: Die Ordnung ..., a.a.O., S. 40 ff.). Die begriffliche Trennung von Manufaktur und Fabrik erscheint angesichts der fließenden Übergänge wenig sinnvoll. Es empfiehlt sich, den Begriff Manufaktur fallen zu lassen - Sombart dagegen hielt obige Unterscheidung für "unentbehrlich" (vgl. Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, 2. Bd., 2. Hbd., a.a.O., S. 758) - und nur das Fabrikssystem von den älteren gewerblichen Organisationssystemen, Handwerk und Verlag, abzugrenzen, wobei die obige Büchersche Definition einzuschränken ist, denn die Länge der Absatzwege eignet sich nicht als Unterscheidungskriterium zwischen Handwerk und Industrie (vgl. Sombart, Werner: Die Ordnung ..., a.a.O., S. 12 ff.). Ergänzend zu obigen Literaturhinweisen sei auf folgende Abhandlung von K.Fr. Wernet verwiesen, die in gedrängter Form über das Wesen der Manufaktur unterrichtet (vgl. Wernet, Karl Friedrich: Die Manufaktur, der Liebling des Kameralismus, in, Handwerksgeschichtliche Perspektiven, a.a.O., S. 127 ff.).

- 1) Das Verlagsgewerbe ("Hausgewerbe" oder "Hausindustrie"), das schon in den mittelalterlichen Seestädten häufiger vorkam, unterschied sich vom Handwerk dadurch, daß ein kaufmännischer Unternehmer den Produktionsprozeß in zahlreichen kleinen Werkstätten beherrschte, und daß die Produkte nicht unmittelbar an den Kunden gelangten, sondern über mehrere Handelsstufen (vgl. Bücher, Karl: a.a.O., S. 940 f.). Nachzutragen ist ferner, daß beim Verlag das Produkt zur Ware wurde. Der Unterschied zur Fabrik bestand darin, daß der Verlag ein dezentralisierter, die Fabrik ein zentralisierter Großbetrieb war (vgl. Bücher, Karl: a.a.O., S. 943). Weiterhin sei auf die einschlägigen Ausführungen Sombarts verwiesen (vgl. Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, 2. Bd., 2. Hbd., a.a.O., S. 708 ff.) und der informative Aufsatz von K. Fr. Wernet empfohlen (vgl. Wernet, Karl Friedrich: Die Verleger, Vorboten und Repräsentanten des Kapitalismus, in, Handwerksgeschichtliche Perspektiven, a.a.O., S. 117 ff.).
- 2) Freimeister erhielten in Ausnahmefällen bereits von mittelalterlichen Stadträten Konzessionen; sie durften in der Regel keine Gehilfen und Lehrlinge aufnehmen und nur in einem beschränkten Arbeitsgebiet tätig sein (vgl. Adler, Georg: a.a.O., S. 19).

Gewerbepolitik nahmen die absolutistischen Staaten auch direkten Einfluß auf die Zünfte und bauten nach und nach deren alte Privilegien und weitgehende Selbständigkeit ab.¹⁾ Gegen Ende des 18. Jahrhunderts war der Prozeß der Entmachtung und Einordnung der Zünfte in den staatlichen Verwaltungsapparat, ungeachtet des starken Widerstandes der Zünfte, vollzogen, sie wurden nun staatlich konzessioniert und beaufsichtigt.

II. Das Zunftwesen im Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert

Während sich die Merkantilisten damit begnügt hatten die Zünfte zu beaufsichtigen, ohne jedoch deren Organisation und Verfassung zu beseitigen,²⁾ wandte sich seit den 1770er Jahren eine Gruppe

-
- 1) Die unübersichtliche Handwerkergesetzgebung in den einzelnen Staaten und der Widerstand der Handwerker, vor allem der Gesellenverbände, gegen alle territorialstaatlichen Versuche, die Handwerksverhältnisse durch Landesrecht zu vereinheitlichen und grobe Mißstände zu beseitigen, erzwang eine Regelung durch Reichsgesetzgebung. Nach zahlreichen mit Handwerkerfragen befaßten Reichstagen des 17. und 18. Jahrhunderts und erfolglosen Verordnungen wurde die Reichszunftordnung von 1731 erlassen, die territoriale Innungsreformen ermöglichte (vgl. Adler, Georg: a.a.O., S. 34 ff.; Stieda, Wilhelm: Zunftwesen, a.a.O., S. 888 ff.). Die Zünfte wurden ausdrücklich der Polizeiaufsicht der Territorien unterstellt (vgl. Treue, Wilhelm: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, Stuttgart 1962, S. 172).
 - 2) Die gegen Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts von den Landesherren gegen Handwerksmißbräuche (strenge Monopolisierung und Reglementierung) erlassenen Verordnungen ersetzten zwar die bisherigen Zunftordnungen durch das Konzessionssystem, blieben aber weiterhin in den überkommenen gewerblichen Grundanschauungen befangen und behielten das Zunftwesen als die Organisation der gewerblichen Arbeit eines engbegrenzten Gebietes bei (vgl. Kraft, Heinz: a.a.O., S. 58).

von Autoren,¹⁾ auf den Ideen von J.J. Rousseau, den Physiokraten und Adam Smith fußend, gegen alle direkten Eingriffe zur Beeinflussung des Wirtschaftslebens und damit auch gegen Zünfte im herkömmlichen Sinn. Diese für Gewerbefreiheit verschiedenster Abwandlung eintretende literarische Bewegung gewann aber zunächst keine praktische Bedeutung und das Zunftwesen behielt in den deutschen Gewerbeverfassungen des auslaufenden 16. Jahrhunderts weiterhin seinen festen Platz.²⁾ Neben den neuen Produktionsformen Fabrik und Manufaktur und dem Verlagssystem verharnte das traditionelle Handwerk, dem wohl noch die große Mehrheit der Gewerbetätigen angehörte, im Überkommenen Rahmen der Zunftordnung und beschränkte sich auf die Versorgung der Bevölkerung mit den Gütern des einfachen täglichen Bedarfs.

1) Nach den vorwiegend juristischen Abhandlungen über die Zünfte durch Merkantilisten und Kameralisten (Becher, Marperger) entstand nun eine staatswissenschaftlich philosophische Literatur über das Zunftwesen, die teils für Einführung der Gewerbefreiheit, teils für Beibehaltung der Zünfte eintrat. "Unter den großen preußischen Reformatoren standen Schön und Hardenberg auf dem selben Boden (der Gewerbefreiheit)..., während Stein und Niebuhr das Zunftwesen durchaus nicht ganz verdammt" (Kaizl, Josef: Der Kampf um Gewerbe reform und Gewerbefreiheit in Bayern von 1799-1868, Leipzig 1879, S. 22).

2) Trotz vieler Beschränkungen der alten Zunftverfassung - die Entwicklung lief selbstverständlich in den verschiedenen Gebieten unterschiedlich ab, bedingt durch das Emporkommen fürstlicher Zentralgewalten in den deutschen Territorien - "stand zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Bau der alten Zunftverfassung noch in seiner alten Gestalt unerschüttert da. Die aus der Idee der Nahrung folgende Monopolisierung und Klementierung der gewerblichen Arbeit beherrschte durchaus noch das gesamte Gewerbe" (Sombart, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft ..., a.a.O., S. 59). In den Vereinigten Staaten dagegen war die Gewerbefreiheit bereits 1776 eingeführt worden (vgl. Wernet, Karl Friedrich: Die Rolle der Gewerbefreiheit, in, Handwerks geschichtliche Perspektiven, a.a.O., S. 198). In Frankreich hatte Turgot im gleichen Jahr einen ersten, vergeblichen Versuch unternommen die Zünfte aufzuheben; endgültig wurden sie in der großen französischen Revolution beseitigt (1791) (vgl. Kaizl, Josef: a.a.O., S. 21).

Die Tätigkeit der Zünfte nach innen war gekennzeichnet durch eine Fülle von Vorschriften, die den beruflichen Werdegang ihrer Mitglieder reglementierten, angefangen von deren Eintritt in die Zunft, der Lehr- und Gesellenzeit, bis zur Meisterschaft und den Bedingungen ihrer Ausübung. Darüberhinaus wurden die Zunftangehörigen durch eine Vielzahl außergewerblicher, oft unsinniger Bestimmungen in ihrer gesellschaftlichen Existenz eingeengt, denn bei Nichtbeachten dieser Regeln drohten strenge berufliche und gesellschaftliche Sanktionen.¹⁾ Jegliche Privatinitiative und jeder gewerbetechnische Fortschritt innerhalb des späten Zunftsystems waren unmöglich geworden, im besten Fall konnten vorhandene Fertigkeiten weitergegeben werden.

Das nach innen praktizierte Zwangssystem wurde ergänzt durch bedingungsloses Vorgehen nach außen, gegenüber unzünftigen Gewerbetreibenden und anderen Zünften. Das Prinzip des Zunftzwanges war in den Städten noch ziemlich unverändert in Kraft und erlaubte es den Zünften mit obrigkeitlicher Duldung gegen unkonzessionierte, selbständig arbeitende, unzünftige Handwerker mit aller Schärfe vorzugehen. Zu dem verfolgten Personenkreis²⁾ zählten jedoch nicht nur ohne Erlaubnis selbständig tätige Handwerker, sondern auch alle Freimeister, die den ihnen vorgeschriebenen engen Arbeitsbereich überschritten. Die Zünfte selbst waren gleichfalls in einen

- 1) Die Zünfte konnten einen Meister oder Gesellen "schelten" oder "auftreiben" und damit von aller zünftigen Arbeit im Reich ausschließen, bis er mit der Zunft oder dem Magistrat einen Vergleich schloß. "Es war üblich, denjenigen zu schelten, der einen Erhängten abschnitt, der einen Hund oder eine Katze totgeworfen, sowie Vieh selbst verscharrt hatte, dessen Frau zum ersten Male zu früh in die Woche kam u.s.w." (Stieda, Wilhelm: Zunftwesen, a.a.O., S. 891).
- 2) Die als Bönhasen, Stümper, Störrer, Frötter oder Pfuscher bezeichneten Außenseiter entstanden infolge des Abschließens der Zünfte vor jeglichem Wettbewerb und infolge zu geringer Konzessionierung von Freimeistern, und zwar vor allem in den ohne großen Kapitaleinsatz zu betreibenden Gewerben, wie etwa im Schmiede-, Schuster- und Leinenweberhandwerk (vgl. Stieda, Wilhelm: Zunftwesen, a.a.O., S. 891).

engen Rahmen arbeitstechnischer Vorschriften gespannt, der ihren Arbeitsbereich eng abgrenzte und fortwährend zu kleinlichen Kompetenzstreitigkeiten führte.¹⁾

Die von den Zünften weiterhin propagierte Zielsetzung, die Existenzsicherung, Qualitätsgarantie und sittliche Einwirkung beinhaltete, stimmte schon länger nicht mehr mit den tatsächlichen, für die Mehrzahl der Handwerker erbrachten Leistungen überein. An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert ließ sich von hier aus gesehen die weitere Existenz der Zünfte nicht mehr rechtfertigen, die Zünfte waren pervertiert, ihre Struktur durch egoistisches Verhalten ihrer Mitglieder und durch dirigistische Eingriffe des Staates ausgehöhlt.²⁾

III. Zünfte und Innungen bis zur freiheitlichen Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869

1. Gewerbefreiheit und Industrialisierung

Im gesamten 19. Jahrhundert drehten sich die Diskussionen um Gewerbefragen letztlich um die Problematik von Gewerbefreiheit³⁾ und

- 1) Arbeitsstreitigkeiten zwischen Zünften waren schon Jahrhunderte alt, nahmen jedoch erst mit wachsenden Existenzschwierigkeiten der Handwerker besorgniserregend zu. Die durch alte Privilegien gestützten, spitzfindigen, alle Neuerungen negierenden Abgrenzungen ließen die Einführung der Gewerbefreiheit mit am notwendigsten erscheinen (vgl. Stieda, Wilhelm: Zunftwesen, a.a.O., S. 892).
- 2) vgl. Wernet, Karl Friedrich: Die Rolle der Gewerbefreiheit, a.a.O., S. 197 ff.
- 3) Der Begriff Gewerbefreiheit wurde in der Arbeit im umfassenden Sinn als Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung eines jeden Individuums verstanden. Ein etwaiger Gebrauch der enger gefaßten Begriffe der Gewerbefreiheit, wie handwerkliche Gewerbefreiheit für Loslösung vom Zunftzwang und industrielle Gewerbefreiheit für Loslösung vom Konzessionssystem, wird aus der jeweiligen Formulierung des Textes deutlich.

Industrialisierung,¹⁾ bestimmten die Auseinandersetzungen um das Prinzip der Gewerbefreiheit, ihre verschiedenen Einschränkungen und die jeweiligen Auswirkungen auf die Gewerbeverhältnisse, sowie die Erörterungen über den Prozeß der Industrialisierung und die diesbezüglichen Folgen, die handwerkspolitische Entwicklung dieses Zeitraumes. Eine ausführlichere Abhandlung beider Problemkreise als Hintergrund für die an späterer Stelle behandelte handwerkspolitische Aktivität der einzelnen Verbände erscheint somit hinreichend gerechtfertigt.²⁾

Der Vorgang der Überwindung mittelalterlicher Gewerbeverhältnisse war etwa³⁾ seit dem Zeitalter des Absolutismus beziehungsweise Merkantilismus in Gang gekommen.⁴⁾ Die tieferen geschichtlichen Voraussetzungen für den gewaltigen Umwandlungsprozeß der

- 1) Aus Gründen besserer Übersichtlichkeit werden erläuternde Bemerkungen zum Begriff der Industrialisierung bei der folgenden Abhandlung der Industrialisierung angefügt (s.S. 52, Fußnote 4).
- 2) Es erschien zweckmäßig, hauptsächlich in Hinblick auf die Vermeidung von Wiederholungen, die für die Handwerkerverbände des 19. Jahrhunderts bedeutsame Problematik von Gewerbefreiheit und Industrialisierung gleich zu Beginn der Untersuchung im Abschnitt über Zünfte und Innungen abzuhandeln.
- 3) Eine exaktere Fixierung des einsetzenden Verfalls der handwerklichen Wirtschaft ist nicht möglich, da eine genaue Datierung von historischen Epochen immer problematisch ist.
- 4) Sombart hat für diesen mehrere Jahrhunderte umfassenden Zeitraum (Wirtschaftsepoche), in dem das Wirtschaftsleben weiterhin Züge des mittelalterlichen Wirtschaftssystems aufwies, die langsam von neu hinzukommenden, dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zugehörigen Wesenselementen zerstört und abgelöst wurden, den allgemein akzeptierten Begriff Frühkapitalismus eingeführt (vgl. Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, 2. Bd., 1. Hbd., München und Leipzig 1917, S. 3 ff.; derselbe: Die Ordnung ..., a.a.O., S. 30 f.). Die Wiege des Kapitalismus stand in Italien, wo sich während der Renaissance die florentinische Textilindustrie und Wechselbanken gebildet hatten, die, in Verbindung mit wirtschaftlicher Initiative, das Zeitalter des Frühkapitalismus einleiteten (vgl. Kraft, Heinz: a.a.O., S. 60).

spätmittelalterlichen abendländischen Staats- und Gesellschaftsordnung findet man im wiedererwachenden antiken Individualismus, im Humanismus und in der Renaissance.¹⁾ In dieser Zeit geistiger Neuorientierung liegen also die geistesgeschichtlichen Ursprünge von Kapitalismus, Gewerbefreiheit und Industrialisierung, denn hier nahm die den Gang der darauffolgenden Jahrhunderte bewegende Idee der Freiheit des Menschen in Staat und Gesellschaft Gestalt an. In Deutschland ging der Humanismus schließlich in die Reformation über, die als "Schöpferin zweier politischer Ideen": "der demokratischen Idee der Gleichheit ... und der liberalen Idee geistiger und sittlicher Unabhängigkeit"²⁾ gilt. Das einmal aufgezeigte Grundthema, Freiheit des Individuums, erfuhr dann in den anschließenden geistigen Bewegungen, in der Aufklärung, bei Rousseau, den Physiokraten und Adam Smith unterschiedliche Variationen³⁾ und mündete auf dem Kontinent⁴⁾ um die Wende des 18. Jahrhunderts in die Freisetzung der individuellen Kräfte, zunächst in Frankreich durch die Revolution, dann in Preußen durch den Staat,⁵⁾ wobei die politisch-wirtschaftliche Umwälzung der französischen Revolution die wirtschaftliche Liberalisierung in Preußen erzwang, die Befreiung der Bauern und die Einführung der Gewerbefreiheit, worunter die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung jedes Individuums verstanden wurde.

1) vgl. Kraft, Heinz: a.a.O., S. 55.

2) Hasbach, W.: Die moderne Demokratie, Jena 1912, S. 1 (zitiert nach Kraft, Heinz: a.a.O., S. 60).

3) vgl. Kraft, Heinz: a.a.O., S. 61 ff.

4) In England dagegen hatte die Befreiung des Individuums bereit während des Merkantilismus eingesetzt; seit Königin Elisabeth I. herrschte faktisch Gewerbefreiheit, das freie Unternehmertum wurde bereits in der Puritanischen Revolution proklamiert und gewann unter Wilhelm III. weiter an Bedeutung (vgl. Waltershausen, A. Sartorius von: Zeittafel zur Wirtschaftsgeschichte, Halberstadt 1924, S. 24 f.).

5) Zur weiteren Einführung der Gewerbefreiheit in den Staaten Westeuropas vgl. Roscher, Wilhelm: Nationalökonomik des Gewerbefleißes und Handels, Stuttgart und Berlin 1913, S. 294 f.

Die endliche Umwandlung Deutschlands in einen Industriestaat erfolgte dann im 19. Jahrhundert mit deutlichem zeitlichen Abstand hinter den Staaten Westeuropas.¹⁾ Durch die staatspolitisch bedingte Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen (1810), lange vor dem großen Umsturz der Produktionsverhältnisse (1850), - also durch die Reihenfolge: erst Gewerbefreiheit und dann industrielle Revolution - entzog sich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuorientierung und ihre Wechselwirkungen der Einsicht der Handwerkerschaft, so daß diese hauptsächlich in der Gewerbefreiheit die Ursache für die Neugestaltung der Gewerbeverhältnisse sah und dementsprechend ihre Proteste in erster Linie gegen die Gewerbefreiheit²⁾ und weniger gegen die Umwälzungen in Technik und Industrie richtete.³⁾ Aber nicht nur für einen Großteil der Handwerkerschaft, sondern für viele mit Gewerbefragen befaßte Personen vollzog sich die Neugestaltung der Wirtschaft recht vordergründig als Folge der Gewerbefreiheit und erst später zusätzlich im Zusammenhang mit der Industrialisierung. Die endgültige Durchsetzung eines neuen Wirtschaftssystems,⁴⁾ des Kapitalismus, wurde nicht allgemein begriffen, am wenigsten von den dem Zunftwesen verbundenen Handwerkern; somit konnten auch nicht die Grundlagen der hochkapitalistischen

- 1) In England hatte die industrielle Entwicklung schon im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts begonnen, gegen Ende des Jahrhunderts hatten sich Kapitalismus und Industrialismus in der Landwirtschaft und den städtischen Gewerben durchgesetzt (vgl. Treue, Wilhelm: a.a.O., S. 82 ff. und 372 ff.). Die Entwicklung auf dem Kontinent lief deutlich später und langsamer ab als in England, und zwar konnte Frankreich unter Napoleon auf Grund der politisch militärischen Ereignisse und danach wegen der politischen Zerrissenheit Deutschlands eine gewisse wirtschaftliche Vormachtstellung erringen (vgl. Treue, Wilhelm: a.a.O., S. 351 f. und 387 ff.).
- 2) Außerdem sollte in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß hinter den liberalen Ideen der Gewerbefreiheit von vornherein nur die oberste Beamtschaft des Staates und vermutlich eine dünne Schicht gewerblicher und kommerzieller Unternehmer stand (vgl. Wernet, Wilhelm: Kurzgefaßte Geschichte ..., a.a.O., S. 145).
- 3) vgl. Wernet, Wilhelm: Kurzgefaßte Geschichte ..., a.a.O., S. 144 f.
- 4) Sombart bestimmt den Begriff des Wirtschaftssystems als "die als geistige Einheit gedachte Wirtschaftsweise, die (1.) von einer bestimmten Wirtschaftsgesinnung beherrscht; (2.) eine bestimmte Ordnung und Organisation hat und (3.) eine bestimmte Technik anwendet" (Sombart, Werner: Die Ordnung ..., a.a.O., S. 14).

Wirtschaft¹⁾ und deren Zusammenhänge erkannt und die für das Gewerbe zwangsläufigen Folgerungen gezogen werden. Eine Reihe geschichtswidriger Versuche, die alte Zunftordnung wiederherzustellen,²⁾ erklärt sich aus diesem Sachverhalt.

Die von den älteren liberalen Ökonomen und Staatswissenschaftlern in Deutschland getragene Debatte um Aufhebung der Zunftverfassung und eine neue Gewerbeordnung eignet sich gut zur Veranschaulichung der unterschiedlichen Beurteilung der gewerblichen Gegebenheiten und der erforderlichen Maßnahmen. Von der Propagierung extrem gewerbefreiheitlicher Lehren, über alle denkbaren Zwischenstufen, bis zur Verteidigung überlebter Zunftordnungen, reichte die Skala der dabei vertretenen Vorstellungen. Kurz nach der Jahrhundertwende gab es in Preußen eine starke liberale Strömung, in der die Meinung überwog, das Zunftwesen wäre nicht sofort und völlig abzuschaffen, sondern zunächst nur von den ärgsten Mißständen zu säubern, zu deren Hauptrepräsentanten der Königsberger Ordinarus Christian Jakob Kraus und dessen Nachfolger Johann Gottfried Hoffmann zählten.³⁾ Gleichzeitig existierte in Deutschland eine wirtschafts-

1) Nach Sombart ist die Hohepoche eines Wirtschaftssystems derjenige Zeitraum, in dem sich ein Wirtschaftssystem verhältnismäßig rein verkörpert und dem gesamten Wirtschaftsleben den Stempel aufdrückt (vgl. Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., a.a.O., S. 26; derselbe: Die Ordnung ..., a.a.O., S. 30). Die Grundlagen der hochkapitalistischen Wirtschaft sind gekennzeichnet durch: 1. den neuen Geist, repräsentiert von den kapitalistischen Unternehmern, die nach den Grundlagen des Erwerbstrebens, des Individualismus und des ökonomischen Rationalismus handeln; 2. die neue Rechtsordnung der Gewerbefreiheit; 3. die neue Technik, die wissenschaftlich, revolutionär, anorganisch ist (vgl. Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, 3. Bd., 1. Hbd., München und Leipzig 1927, S. 6 ff.; derselbe: Gewerbewesen I, a.a.O., S. 79 ff.; derselbe: Die Ordnung ..., a.a.O., S. 27 ff.).

2) Einzelheiten werden in den folgenden Abschnitten abgehandelt: 2. Die preußischen Zünfte und Innungen nach Einführung der Gewerbefreiheit 1810/11, s.S. 51 ff.; 3. Die Zünfte und Innungen in den übrigen deutschen Staaten, s.S. 55 ff.

3) Kraus trat für eine allmähliche Umwandlung der Zünfte in "Privatsocietäten" durch schrittweisen Entzug ihrer Vorrechte ein, während Hoffmann in jeder Art Zunftverfassung ein Hindernis für eine gerechte und gleichmäßige Behandlung der Staatsbürger sah und empfahl, die Zünfte zu staatlichen Unterbehörden umzuwandeln (vgl. Vopelius, Marie-Elisabeth: Die altliberalen Ökonomen und die Reformzeit, Stuttgart 1968, S. 102 f.).

politisch gemäßigtere, zunftfreundlichere Richtung, der Julius Graf Soden und der junge Erlanger Dozent Karl Heinrich Rau angehörten.¹⁾ Neben den bereits erwähnten Autoren, von denen Hoffmann und Rau den maßgeblichsten Einfluß ausübten - beide rückten übrigens in ihren späteren Veröffentlichungen von ihrer ursprünglichen Beurteilung der Gewerbeprobleme ab - sind für die späteren Jahrzehnte bis zur Jahrhundertmitte außerdem zu nennen: Karl Salomo Zachariä²⁾ mit seiner schroff liberalen Position; Karl von Rotteck,³⁾ der für eine beschränkte Gewerbefreiheit eintrat; Friedrich Bülow,⁴⁾ der liberal eingestellt war; eine Gruppe von Autoren⁵⁾ mit gemäßigt liberalen Vorstellungen, wie Joseph Kudler, Johann Schön, Hugo Eisenhart, Carl Wolfgang Christoph Schüz; Friedrich Schmitthenner,⁶⁾ der der Gewerbefreiheit ablehnend gegenüberstand. Zusammenfassend läßt

-
- 1) Soden würdigte die positive Bedeutung der Zünfte als höchst wichtige soziale Einrichtung und wollte nicht die Auflösung der Zünfte, sondern nur deren Zwang abgeschafft wissen. Von seinen Gedanken beeinflußt wies Rau auf die Wichtigkeit des politisch-gesellschaftlichen Charakters der Zünfte hin, zeigte auf, was die Zunfteinrichtungen unter den gewandelten Verhältnissen noch bedeuten könnten, nämlich Erhaltung eines gewerblichen differenzierten Bürgerstandes, also Vermeidung der Polarisierung in Fabrikanten und Lohnarbeiter, und warnte vor den Folgen uneingeschränkter Gewerbefreiheit (vgl. Vopelius, Marie-Elisabeth: a.a.O., S. 104 ff.).
 - 2) Im Unterschied zu anderen süddeutschen Autoren dieser Zeit, die sich im Hinblick auf die unterschiedliche Entwicklung in Preußen und Süddeutschland mit einer Freiheit im wirtschaftlichen Bereich begnügten, betonte Zachariä die Notwendigkeit einer engen Verbindung von politischem und wirtschaftlichem Liberalismus (vgl. Vopelius, Marie-Elisabeth: a.a.O., S. 113 ff.).
 - 3) vgl. Vopelius, Marie-Elisabeth: a.a.O., S. 115 ff.
 - 4) vgl. Vopelius, Marie-Elisabeth: a.a.O., S. 118.
 - 5) vgl. Vopelius, Marie-Elisabeth: a.a.O., S. 118 ff.
 - 6) vgl. Vopelius, Marie-Elisabeth: a.a.O., S. 120.

sich feststellen, daß die altliberalen Ökonomen¹⁾ nicht der für die spätere Zeit kennzeichnenden antinomistischen Beurteilung von Zunftwesen und Gewerbefreiheit anhängen, sondern zahlreiche Abstufungen und mildernde Vorbehalte ihrer Position zeigten.

In den Diskussionen der Liberalen über die Problematik von Gewerbefreiheit und Zunftwesen wurde vorausgesetzt, daß bei Einführung der Gewerbefreiheit der Wirtschaftsprozess automatisch und nach den Regeln der freien Konkurrenzwirtschaft abliefe. Anders ausgedrückt, der Wirtschaftsliberalismus glaubte, durch Beseitigung der traditionellen Ordnungsinstitutionen der Stände, Zünfte und sonstiger privilegierter Korporationen, ohne weitere ordnungspolitische Maßnahmen eine Wettbewerbsordnung aufbauen zu können.²⁾ Der tatsächliche Ablauf der beginnenden Industrialisierung gab zunächst auch den Vorstellungen der liberalen Schule recht, die "die Regulierung der Wirtschaft durch den Wettbewerb als zwangsläufige Folge der Gewerbefreiheit betrachtete",³⁾ wodurch verschleiert wurde, daß dieser enge Zusammenhang zwischen der Gewerbefreiheit und der Konkurrenzwirtschaft keineswegs zwangsläufig, sondern nur historisch bedingt war. Als Folge dieser liberalen Konzeption ließ die Wirtschaftspolitik lange Zeit die Zusammenschlüsse von Wirtschaftssubjekten und die diesen Verbänden - hauptsächlich den Kartellen⁴⁾ - innewohnenden Möglichkeiten, den Wettbewerb einzuengen, außer acht und hielt an einer formalen Konzeption der Gewerbefreiheit

-
- 1) Eine Zusammenstellung weiterer wissenschaftlicher Vertreter des Liberalismus und deren Lehrmeinungen bringt unter anderem die Erlanger Dissertation, Bohse, Erich: Die Entstehung der industriellen Gewerbefreiheit in Preußen, Diss. Erlangen 1931, S. 17 ff.
 - 2) vgl. Wessels, Theodor: Gewerbepolitik, in, HdSw., 4. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 513.
 - 3) Wessels, Theodor: a.a.O., S. 513.
 - 4) vgl. Holzschuher, Veit: Soziale und ökonomische Hintergründe der Kartellbewegung, Diss. Erlangen 1962, S. 139 ff.

fest.¹⁾ Mit der Verstärkung sozialer Probleme im Verlauf weiterer Konzentration wirtschaftlicher Macht und weiterer Außerkräftsetzung des Wettbewerbsmechanismus, gewann dann die konservative Kritik an der kapitalistischen Wirtschaft an Einfluß und gegen Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts setzte ein Wandel der extrem liberalen staatlichen Wirtschaftspolitik zu einer interventionistischen Phase ein, wobei das Handwerk zunehmend aus dem liberalen Wirtschaftsprozeß herausgenommen und unter staatlichen Schutz gestellt wurde.

Es wurde bereits festgestellt, daß sich nach Einführung der Gewerbefreiheit, auf Grund besonderer historischer Gegebenheiten,²⁾ ein Wirtschaftssystem gebildet hatte, dessen Wirtschaftsordnung den Vorstellungen der klassischen Nationalökonomie nahekam, eine Ordnung also, in welcher "atomistische" Konkurrenz durch den Automatismus der Märkte zunächst eine "optimale" Koordinierung der Einzelwirtschaften bewirkte. Gleichzeitig beinhaltete diese liberale Wirtschaftsordnung jedoch das Prinzip der Koalitionsfreiheit und enthielt somit von Anbeginn an den Keim der Umwandlung, denn die Möglichkeit von

1) vgl. Wessels, Theodor: a.a.O., S. 513 f.

2) Wenige, relativ kleine Fabriken und eine große Zahl von Handwerksbetrieben stellten die gleichen Produkte her und konkurrierten heftig miteinander (vgl. Wessels, Theodor: a.a.O., S. 513).

"Vereinbarungen"¹⁾ und darauf aufbauenden Zusammenschlüssen von Wirtschaftssubjekten mußte den Grad der Atomisierung vermindern und damit das fundamentale Prinzip der liberalen Wirtschaftsordnung, den Automatismus ernstlich stören.²⁾ Im Verlauf der weiteren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung drängte dann auch die Vereinbarung oder Absprache, bei der es sich, wie Weippert nachgewiesen hat, um ein drittes, logisch selbständiges Koordinationsprinzip neben dem verkehrswirtschaftlichen und dem zentralverwaltungswirtschaftlichen Koordinationsprinzip

-
- 1) Im Gegensatz zu Eucken, der nur zwei Grundformen der Wirtschaft, die "Verkehrswirtschaft" und die "Zentralgeleitete Wirtschaft" und deren Kombinationen für möglich hielt (vgl. Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern und Tübingen 1952, S. 21 f.) zeigte Weippert, nachdem er zunächst auf die Wesensverschiedenheit beider Grundformen bei Eucken und die Unmöglichkeit einer Gegenüberstellung auf gleicher Ebene verwies, daß, ausgehend von historischen Wirtschaftssystemen, sehr wohl ein drittes, logisch selbständiges Gestaltungsprinzip neben "Automatismus" und "Zentraler Leitung" existiere, nämlich die "Vereinbarung" oder "Absprache". Weippert untersuchte dann im einzelnen die Wirkungen der Vereinbarung in der Verkehrswirtschaft, der Zentralgeleiteten Wirtschaft und den Varianten beider Grundformen, wobei er unter dem Begriff Vereinbarung folgende Tatbestände subsumierte: Zusammenschlüsse wie etwa Vereine, Kartelle oder Genossenschaften, alle Entscheidungen jener Zusammenschlüsse oder "Einungen", vor allem aber die für die gegenwärtige Wirtschaftsordnung bedeutendsten Vereinbarungen zwischen konträren Interessenverbänden, die "organisierten Interessenausgleiche" (vgl. Weippert, Georg: Vereinbarung als drittes Ordnungsprinzip, in: J.f.Sozialwiss., Festschrift für Andreas Predöhl, 14. Bd., H. 3, Göttingen 1963, S. 167 ff.).
- 2) Wie Weippert in seinem Aufsatz nachwies, erweisen sich zu personellen Zusammenschlüssen führende Vereinbarungen "als ein die geltende Ordnungsform umgestaltendes, erweiterndes und ergänzendes, zumindest aber als ein diese modifizierendes Moment ...". In der reinsten Form der Verkehrswirtschaft und in der reinsten Form der Zentralgeleiteten Wirtschaft zeigt sich die Vereinbarung als spezifisch systeminkonform (vgl. Weippert, Georg: Vereinbarung ..., a.a.O., S. 171 f.).

handelt,¹⁾ den automatischen Marktausgleich zunehmend zurück und erreichte eine "epochale, zeitstilprägende Bedeutung ... in der voll entfalteten Verkehrswirtschaft der industriellen, in hohem Maße, aber keineswegs ausschließlich verbandsstrukturierten, und insofern auch "pluralistischen" Gesellschaft ..."2). Die Betrachtung der Gewerbefreiheit unter ordnungspolitischem Aspekt abschließend, läßt sich zusammenfassen: bedingt durch den Strukturwandel des industriellen Erzeugungsapparates und den Strukturwandel der Gesellschaft wurde die ursprüngliche Konkurrenzwirtschaft weitgehend modifiziert, und zwar wurde der automatische Marktausgleich ergänzt durch das dritte Koordinationsprinzip, sowohl durch interverbandlichen Interessenausgleich auf ganzen Marktgebieten (Arbeitsmarkt) als auch durch interpersonelle Vereinbarungen auf bestimmten Teilmärkten, und außerdem wurde der Marktautomatismus zunehmend durch wirtschaftsordnende Maßnahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik überformt.³⁾

Wie in den vorangegangenen Passagen über die Gewerbefreiheit bereits erwähnt, läßt sich der Prozeß der Industrialisierung⁴⁾ nicht als bloße Folge der Einführung der Gewerbefreiheit begreifen - die Reihenfolge, erst Gewerbefreiheit und dann industrielle Revolution, war politisch bedingt -, wenngleich die große Bedeutung der Gewerbefreiheit für die tiefgreifenden Umwälzungen der Gewerbeverhältnisse und somit der Überkommenen Wirtschaftsgestalt unbestritten ist.

1) vgl. Weippert, Georg: Vereinbarung ..., a.a.O., S. 174.

2) Weippert, Georg: Vereinbarung ..., a.a.O., S. 177.

3) vgl. Weippert, Georg: Vereinbarung ..., a.a.O., S. 178.

4) Eine Erläuterung der im deutschen Sprachgebrauch unterschiedenen Gewerbesysteme, Handwerk, Verlag, Manufaktur und Fabrik, wurde bereits zu Beginn der Abhandlung versucht (s.S.18, Fußnote 4 und S.19, Fußnote 1), so daß an dieser Stelle der Hinweis genügt, daß unter "Industrie" der früher als Fabrikssystem bezeichnete Teil des Gewerbes verstanden wird, wobei noch zu ergänzen wäre, daß sich das moderne Fabrik- oder Industriesystem hauptsächlich in technischer

Der für die große Masse der Handwerker¹⁾ mit der Industrialisierung verbundene Niedergang im 19. Jahrhundert war ein überaus komplexer Vorgang mit einer Vielzahl wechselwirkender und miteinander in Beziehung stehender Ursachen. Eine Darstellung der historisch einmaligen, geistigen und materiellen Konstellation, in der die Industrialisierung möglich wurde, kann und soll nun ebensowenig versucht werden, wie eine exakte Wiedergabe des Ablaufs dieses Prozesses - es sei in diesem Zusammenhang nur auf den Tatbestand der Interdependenz der Wirtschaft mit den übrigen Kulturbereichen verwiesen, der einem derartigen Versuch entgegenstünde -, vielmehr sollen einzelne, besonders bedeutsame Komponenten der industriellen Revolution und deren Auswirkungen auf das Handwerk aufgezeigt werden. Im folgenden werden also vereinfacht und weitgehend aus den

und sozialer Hinsicht und in der Kapitalausstattung von Handwerk und Verlag unterscheidet. Industrialisierung ist also die Umgestaltung der herkömmlichen Gewerbeverhältnisse durch Errichtung eines eigenen Wirtschaftsbereiches Industrie mit fabrikmäßiger Produktion. Der Prozeß der Industrialisierung, der von Land zu Land zu verschiedenen Zeiten und mit unterschiedlicher Intensität ablief, reicht bis in die Gegenwart und wird in der Untersuchung als fortwährender Prozeß der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse von dem einmaligen geschichtlichen Vorgang der industriellen Revolution unterschieden, der gegen Ende des 18. Jahrhunderts von England ausging (vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerks- und Industriegeschichte, Stuttgart 1963, S. 7 ff.).

- 1) Einer Anzahl städtischer Handwerksmeister gelang unter Ausnützung der technischen und kapitalistischen Möglichkeiten der soziale Aufstieg ins Unternehmertum oder sie entwichen geistig dem Handwerkerstand und machten sich als Erfinder und Forscher einen Namen, so daß sie von den weiteren Betrachtungen über das Handwerk auszunehmen sind. Von diesen aus dem Handwerk emporgestiegenen "Pionieren des modernen Fortschritts", wie sie Wernet nennt, seien einige in Erinnerung gerufen, wie Krupp aus der Eisen- und Stahlindustrie; Friedrich König und Ottmar Mergenthaler aus dem Druckgewerbe; der Lokomotivbauer August Borsig; Johann Schuckert aus Nürnberg; der dem Glasschleiferberuf entstammende Physiker und Astronom Fraunhofer; Joseph Hadersperger und Peter Mitterhofer in Verbindung mit der Schreibmaschine; der Erfinder der Glühlampe, der Optiker Goebel; der Erzgießer Ferdinand Miller; die Begründer der deutschen Automobilindustrie, Karl Benz, Gottlieb Daimler, die Brüder Opel, Horch und aus dem Nachbargebiet der Zündtechnik Robert Bosch (vgl. Wernet, Wilhelm: Kurzgefaßte Geschichte ..., a.a.O., S. 159 f.).

komplizierten Strukturzusammenhängen herausgelöst, die technische Entwicklung mit den bedeutendsten Maschinenerfindungen, die Einführung der Gewerbefreiheit, das Verkehrs- und Nachrichtenwesen, das Wachstum der Bevölkerung, der Wandel der Bedarfsstruktur und der dem Zeitalter des Hochkapitalismus zugehörige neue Geist abgehandelt.

Die ausschlaggebende Bedeutung der modernen Technik für die Umwälzungen der Gewerbeverhältnisse und letztlich für die Durchsetzung des industriellen Zeitalters ist unbestritten, ohne damit die vielfältige Mitwirkung anderer Ursachen in Abrede stellen zu wollen. Ein Wandel der Überkommenen Technik hatte bereits seit der Renaissance begonnen, als die empirisch gewonnenen und von Meistern individuell überlieferten Fertigkeiten begannen schrittweise von den neuen Naturerkenntnissen verdrängt zu werden, bis etwa seit dem Ende des 18. Jahrhunderts die neue Technik endgültig in bedingungsloser Abhängigkeit von den theoretischen Naturwissenschaften stand. Die Fortschritte der Naturwissenschaften bestimmten nun ausschließlich die Leistungsfähigkeit der modernen Technik,¹⁾ die wiederum zur Grundlage der Industrialisierung wurde.

1) Sombart schildert die Abhängigkeit der Etappen moderner Technik von den bedeutendsten naturwissenschaftlichen Erkenntnissen wie folgt: "Die erste Station bilden die Gesetze der Mechanik, die durch Galilei und Newton ihre vorläufig definitive Feststellung erfahren; dann möchte ich einen zweiten Markstein setzen in die 1780er Jahre, in welchen Lavoisier die Theorie der Verbrennung begründet; das dritte große Ereignis, das für die Entwicklung der Technik bestimmend wird, fällt in das Jahr 1828 (Synthese des Harnstoffes durch Wöhler); während endlich die letzte besonders fruchtbare Epoche der modernen Technik eingeleitet wird durch die Aufstellung des Gesetzes von der Erhaltung der Energie durch Robert Mayer im Jahre 1841" (Sombart, Werner: Gewerbewesen I, a.a.O., S. 90). Zum Stichwort 'moderne Technik' sind die kurzgefaßten Ausführungen Sombarts in 'Gewerbewesen I' jeweils durch seine ausführlicheren Darstellungen zu ergänzen (vgl. Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, 3. Bd., 1.Hbd., a.a.O., S. 78 ff.; derselbe: Die deutsche Volkswirtschaft ..., a.a.O., S. 134 ff.).

Dieser Prozeß wurde von den modernen naturwissenschaftlichen Disziplinen Physik und Chemie getragen, die die Probleme lösten für den Ersatz der traditionell genutzten Naturkräfte durch die mechanischen Kräfte Dampf und Elektrizität und die Gewinnung der anorganischen Stoffe Eisen, Kunstdünger, Anilinfarben usw. nach modernen naturwissenschaftlichen Verfahren ermöglichten.¹⁾ Mehr als alle anderen technischen Leistungen wurde nach allgemeiner Anschauung die erstmals mit der künstlichen Energiequelle Dampf betriebene Dampfmaschine zum Symbol beginnender Industrialisierung, deren wirtschaftliche Nutzung bald die Erfindung der ersten auf diese Dampfmaschine zugeschnittenen Arbeitsmaschinen nach sich zog.²⁾

-
- 1) Sombart überschreibt den obigen Vorgang als "Emanzipation von den Schranken der lebendigen Natur" und setzt ihn als zweites fundamentales Prinzip der neuen Technik neben das Prinzip der Anwendung der Naturwissenschaften auf die Technik (vgl. Sombart, Werner: Gewerbewesen I, a.a.O., S. 88 ff.). Im einzelnen unterscheidet Sombart eine "Emanzipation von der qualitativen und quantitativen Beschränktheit", womit er die Ausschaltung der Kunstfertigkeit des Meisters und der physischen Leistung des Individuums anspricht und eine "Emanzipation von Raum und Zeit", womit der Fortfall organischer Organisation gemeint ist, wie Anbauflächen, Wachstumszeit und ähnliches (vgl. Sombart, Werner: Gewerbewesen I, a.a.O., S. 92 ff.).
- 2) 1768 gilt als Jahr der Erfindung der von James Watt konstruierten Dampfmaschine, deren Grundprinzip übrigens bereits 1690 in Marburg von dem Franzosen Papin entdeckt worden war. Die Dampfkraft wurde unverzüglich vom Bergbau und vom Maschinenbau ausgewertet, so daß die Dampfmaschine bereits 1732 in der Eisenindustrie und 1785 in der Textilindustrie eingesetzt werden konnte, deren hauptsächlichste Erfindungen die industrielle Revolution von der Maschinen- seite einleiteten. Die Entwicklung der Spinnmaschine durch High, Hargraves, Arkwright erfolgte in den Jahren 1760 bis 1770 und die Erfindung und Verbesserung des mechanischen Webstuhls durch Cartwright in den Jahren 1785 bis 1790 (vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerks- und Industriegegeschichte, a.a.O., S. 22 f.; Sombart, Werner: Gewerbewesen I, a.a.O., S. 92). In Deutschland gehörte die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts der Dampfmaschine, und zwar fand sie zuerst Verwendung in Dampfmühlen, Textil-, Metallwaren- und Holzbearbeitungsfabriken (vgl. Wernet, Karl Friedrich: Die Maschine in Handwerk und Fabrik, in, Handwerksgegeschichtliche Perspektiven, a.a.O., S. 141).

Die neuartigen Kraft- und Arbeitsmaschinen¹⁾ bildeten in der Tat den Beginn einer neuen Wirtschaftsepoche, des industriellen Zeitalters, mit der völligen Neugestaltung des Produzierens und allen sich hieraus ergebenden revolutionären technischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen. Für das Handwerk besonders bedeutungsvoll wurde der Umstand, daß sich unter technischem Aspekt, also zunächst unter Einwirkung der Dampfmaschine, später dann anderer Erfindungen, die handwerkliche von der industriellen Entwicklung trennte, ein Vorgang, der in mehreren deutlich voneinander zu unterscheidenden Phasen ablief und dazu führte, daß sich Handwerk und Industrie trotz steter Fühlungsnahme als eigene Wirtschaftsbereiche mit spezifisch rechtlichen und organisatorischen Merkmalen konstituierten.²⁾ Zunächst wurde das Handwerk in verschiedenen, hierfür besonders geeigneten Sektoren

-
- 1) Der nachstehend angeführte Aufsatz von K. Fr. Wernet informiert über das Verhältnis von Maschine zu Handwerk und Fabrik und bietet eine Fülle von Fakten und Jahreszahlen (vgl. Wernet, Karl Friedrich: Die Maschine in Handwerk und Fabrik, a.a.O., S. 137 ff.).
 - 2) Die Feststellung von zwei spezifischen, nebeneinander bestehenden Wirtschaftsbereichen bedarf gewisser Erläuterungen, denn weder das Handwerk noch die Industrie bildeten in funktioneller und struktureller Hinsicht einheitliche Gebilde, die durch eindeutige, unveränderliche Sachverhalte bestimmt waren, vielmehr zeigten beide Bereiche fließende Grenzen und waren einem fortwährenden Wandel unterworfen. "Man muß sich daher mit dem Nachweis sogenannter Dominanzen, also von Vorrangverhältnissen, Schwerpunkten und Richtmaßen in den jeweiligen Betätigungsgebieten begnügen, denen typenbildender Rang zukommt" (Wernet, Wilhelm: Handwerks- und Industriegeschichte, a.a.O., S. 12). So ist der Bereich des Handwerks gekennzeichnet durch ein Überwiegendes Angebot differenzierter Güter und Leistungen, vorzugsweise für persönlich geprägten Bedarf, hergestellt von vorwiegend qualifizierten Kräften in einer Vielzahl kleiner, mittlerer und großer Betriebsstätten von besonderer Elastizität (vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerks- und Industriegeschichte, a.a.O., S. 12).

des Konsumgütergewerbes von der Industrie zurückgedrängt¹⁾ und es konnte der allgemeine Eindruck entstehen, daß dem Vordringen der Industrie ein entsprechender Verlust des Handwerks entsprechen müßte.²⁾

- 1) Der Einbruch des Fabriksystems erfolgte zuerst im Verbrauchsgüterbereich, da sich hier im Gegensatz zu den Investitionsgütern die gleichförmigen, wiederkehrenden Arbeitsvorgänge zur Herstellung gleicher Erzeugnisse besonders zur maschinellen Fertigung eigneten. In vielen Zweigen des Textil-, Eisen-, Holz-, Papier- und Leder-gewerbes geriet das Handwerk bald in eine unhaltbare Konkurrenz-lage und mußte weichen (vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerks- und Industriegeschichte, a.a.O., S. 30 f.; derselbe: Kurzgefaßte Geschichte ..., a.a.O., S. 148). Detaillierte Zahlenangaben und Auswertungen über die wichtigsten Gewerbe, Anzahl der Meister, Gehilfen und Gesamtbevölkerung wurden von Schmoller unter Zuhilfenahme der damals vorhandenen Statistiken für Preußen, Baden, Württemberg und Sachsen zusammengestellt (vgl. Schmoller, Gustav: Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert, Halle 1870, S. 49 ff.).
- 2) Entgegen dem wissenschaftlichen Optimismus der englischen Klassiker war die Einstellung der Überwiegenden Anzahl der deutschen Wissenschaftler, grob ausgedrückt, durch Ablehnung der mechanischen ökonomischen Vorstellung der Klassik und durch Kapitalismuskritik gekennzeichnet; es sei in diesem Zusammenhang an die Vertreter der romantischen Schule (Adam Müller, Karl Ludwig von Haller, Friedrich von Gentz) erinnert, an Friedrich List, Karl Marx und seine Anhänger und an die Wissenschaftler der beiden historischen Schulen (Roscher, Hildebrand, Knies und der jüngeren historischen Schule, namentlich Gustav Schmoller, Karl Bücher, Werner Sombart). Ein praktisches Beispiel für die in wissenschaftlichen Kreisen üblich gewesene negative Beurteilung der Zukunft des Handwerks bietet die vom Verein für Sozialpolitik durchgeführte zweite grundlegende Untersuchung des Jahrhunderts neben Schmollers Abhandlung (Schmoller, Gustav: Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert, Halle 1870). Es handelt sich um die unter Büchers Redaktion erarbeitete "Untersuchung über die Lage des Handwerks in Deutschland" der Jahre 1895 ff., die, zweifellos unter dem Eindruck der Verelendungstheorie von Karl Marx stehend, zu folgenden Ergebnissen kam: das Handwerk ist nicht konkurrenzfähig und aufs höchste gefährdet, wenn nicht bereits wirtschaftlich und sozial vernichtet (vgl. Bücher, Karl: Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie, in, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 62.-70. Bd., 1895-1897). Gleichfalls skeptisch beurteilte Bücher die Wirksamkeit staatlicher Schutzmaßnahmen für das Handwerk, die seiner Ansicht nach von der wirtschaftlich-technischen Entwicklung überholt wurden (vgl. Boese, Franz: Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872-1932, in, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 188. Bd., Berlin 1939, S. 81). Sombarts Ausführungen

Handwerk und Industrie verkörpert nach diesem Denkschema die gegensätzlichen Prinzipien von manueller Produktionsweise in Kleinbetrieben und maschineller Fertigung in Großbetrieben.¹⁾ Es läßt sich nicht leugnen, daß während des ersten Abschnittes der Industrialisierung eine prinzipielle Gegensätzlichkeit zwischen Handwerk und Industrie zu beobachten war, und daß der Verdrängungsvorgang auf Kosten des Handwerks stark ins Gewicht fiel,²⁾ es sind jedoch an dieser Stelle einige modifizierende Bemerkungen notwendig. Als erstes sei der Sachverhalt angesprochen, den bereits Schmoller in seiner Untersuchung der Kleingewerbe betont hatte, als er darauf hinwies, daß die meisten Großindustrien mit ihren mannigfachen Vorteilen, wie Massenproduktion, große Zahl von Arbeitern, neue Kraft- und Arbeitsmaschinen, Kreditvorteile usw. das Handwerk ja gar nicht direkt berührten, da sie sich auf neue Gewerbezweige bezogen. Auf Grund des Wachstums dieser neuen Industrien mußten im Gegenteil mehr Handwerker beschäftigt werden, wie es das Beispiel der Verkehrsanstalten, der Eisenbahnen, der Posten bewies.³⁾ Außerdem muß festgestellt werden, daß das traditionelle

Über die Lage des Handwerks sind gleichfalls von tiefer Skepsis durchdrungen (vgl. Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., a.a.O., S. 188 ff.; derselbe: Der moderne Kapitalismus, 3. Bd., 2. Hbd., München und Leipzig 1927, S. 957 ff.; derselbe: Die deutsche Volkswirtschaft ..., a.a.O., S. 276 ff.). Die Tatsache, daß die Wissenschaftler erst um die Jahrhundertwende von der Untergangsthese abzurücken begannen, dürfte auf die lange Zeit fehlenden, bzw. mangelhaften statistischen Erhebungen zurückzuführen sein.

- 1) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerks- und Industriegeschichte, a.a.O., S. 10.
- 2) Zurückgedrängt wurden eine Anzahl zahlenmäßig starker Handwerksberufe, wie Schneider, Schuhmacher, Schreiner, Böttcher, Gerber und Färber, sowie zahlenmäßig schwächere, wie Zinngießer, Gelbgießer, Seiler, Seifensieder und Parfumerhersteller, außerdem wurden vielen Handwerkern wichtige Produktionsobjekte aus der Hand genommen, wie etwa den Schmieden, Schlossern, Mechanikern, Klempnern, Kupferschmieden, Zimmermännern, Drechslern, Kürschnern, Hut- und Mützenmachern, Posamentierern und Töpfern (vgl. Wernet, Karl Friedrich: Die Ohnmacht des Handwerks in der industriellen Revolution, in, Handwerksgeschichtliche Perspektiven, a.a.O., S. 227).
- 3) vgl. Schmoller, Gustav: a.a.O., S. 160 ff.

Handwerk gewiß nicht in der Lage gewesen wäre, die von der neuen Zeit gestellten Aufgaben zu lösen - es sei nur auf die Problematik der immensen Bevölkerungszunahme verwiesen - während durch die Industrie im Laufe der Entwicklung die Einkommensverhältnisse und die Güterversorgung derart verbessert wurden, daß damit letztlich die Basis auch für das Handwerk gesichert war. Unbedingt erwähnt werden muß weiterhin, daß in den meisten Fällen nicht die Handwerksberufe an sich gefährdet waren - auch haben sich nie alle Schichten des Handwerks gefährdet gefühlt -, sondern nur die selbständige Existenz der Handwerksmeister bedroht war. "Zahlreiches Handwerk ... wurde in die industriellen Produktionsprozesse im Rahmen der Fabrik eingegliedert, wo es regelmäßig ein unentbehrlicher Faktor wurde,"¹⁾ wie zum Beispiel die Sattlerei, Schlosserei und Tischlerei. Zuletzt muß die verallgemeinernde Beurteilung des Verhältnisses von Handwerk und Industrie noch durch folgende Beobachtungen berichtigt werden. Einmal wurde die Bedrängnis des Handwerks nicht nur von der Industrie verursacht, sondern es waren häufig die neuen Formen des Handels, wie etwa Magazine, Basare und Kaufhallen, die zur schnellen Verarmung und Verdrängung der selbständigen Handwerker geführt hatten,²⁾ und zum anderen beinhaltete "die Formel vom Niedergang und der Vernichtung des Handwerks durch die Expansion der Industrie",³⁾ insofern eine unzulässige

1) Wernet, Wilhelm: Kurzgefaßte Geschichte ..., a.a.O., S. 151.

2) vgl. Wernet, Wilhelm: Kurzgefaßte Geschichte ..., a.a.O., S. 153 f. Über diesen Themenkreis informiert ausführlicher K.Fr. Wernet (vgl. Wernet, Karl Friedrich: Der Einfluß des Handels auf die handwerkliche Produktion, in: Handwerksgeschichtliche Perspektiven, a.a.O., S. 177 ff.).

3) Wernet, Wilhelm: Handwerks- und Industriegeschichte, a.a.O., S. 47.

Vereinfachung und Fehlbeurteilung der Gesamtsituation,¹⁾ da außer im Handwerk auch beim Verlagsgewerbe (vor allem im Textilbereich), bei dem Verkehrsgewerbe (Straßentransport) und dem industriellen Sektor selbst Verluste an Kleinexistenzen festzustellen waren.²⁾ Während in der ersten Phase der Industrialisierung trotz gegenläufiger Wirkungen noch die Abgänge im Handwerk die Zugänge eindeutig übertroffen hatten, zeigte der weitere Verlauf der gewerblichen Umgestaltung eine nachlassende Verdrängung des Handwerks, die dann teilweise gegen Ende des 19. Jahrhunderts ganz zum Stillstand kam, und zwar wiederum durch ein technisches Ereignis bedingt, durch die Erfindung und Verbesserung des Gas- und Elektromotors.³⁾ Nach dieser weit vorausseilenden Skizzierung der späteren Auseinandersetzungen des Handwerks mit den technischen Möglichkeiten des industriellen Zeitalters soll nun nach dem eingangs gewählten Konzept der Bedeutung der Einführung der Gewerbefreiheit für die Industrialisierung nachgegangen werden.

Die Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen im Jahre 1810⁴⁾ war - sieht man von einer gewissen Übersetzung zahlreicher Handwerksberufe

-
- 1) Wernet sieht außerdem eine Fehlbeurteilung der damaligen Situation in dem Sinne, daß eine geschichtsnotwendige Ablösung des Handwerks durch die Industrie in Rechnung gestellt wurde, wofür sich auch die Ergebnisse einiger Stufentheoretiker hätten anführen lassen (vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerks- und Industriegeschichte, a.a.O., S. 47). Die Einwände gegen die Stufentheoretiker liegen auf der Hand, denn die Wirtschaftsstufenlehren hatten zur Erklärung auffallender Entwicklungstendenzen der Wirtschaft auf besondere, für wesentlich gehaltene Kriterien Bezug genommen und so von den Voraussetzungen her einseitige und für eine Wirtschaftsprognose unbrauchbare Ergebnisse erzielen müssen. In diesem Zusammenhang sei auch auf Sombarts kritische Beurteilung früherer Versuche der Systematisierung des Wirtschaftslebens verwiesen (vgl. Sombart, Werner: Die Ordnung ..., a.a.O., S. 6 ff.).
 - 2) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerks- und Industriegeschichte, a.a.O., S. 47 und 53.
 - 3) vgl. Wernet, Wilhelm: Kurzgefaßte Geschichte ..., a.a.O., S. 157.
 - 4) Nähere Einzelheiten werden im folgenden Abschnitt angeführt, 2. Die preußischen Zünfte und Innungen nach Einführung der Gewerbefreiheit 1810/11, s.S. 51 ff.

und einer starken Entwicklung des Handwerks auf dem Lande ab - mehrere Jahrzehnte ohne größere Auswirkungen geblieben.¹⁾ Das Handwerk spürte unter der freiheitlichen Gewerbeordnung, solange der neue industrielle Produktionsapparat und das Verkehrswesen aufgebaut werden mußten, keinen Druck durch die sich anbahnende Umgestaltung der Produktionsverhältnisse. Alle wirtschaftlichen Erschütterungen in den ersten vier Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatten andere Ursachen²⁾ und nichts mit der Einführung der Gewerbefreiheit zu tun. Es lagen vor 1850 einfach noch nicht genügend Bedingungen vor, um das in der Gewerbefreiheit enthaltene Konkurrenzprinzip voll zum Tragen zu bringen und den wirtschaftlichen und sozialen Wandel

-
- 1) In diesem Zusammenhang verdienen besonderes Interesse die von Schmoller unter Zuhilfenahme von Krugs statistischen Aufnahmen von 1795 bis 1803 und Vietericis Zahlenangaben für 1831 erarbeiteten Ergebnisse für Preußen. Schmoller stellt fest, daß sich trotz vielfacher Veränderungen, wie etwa der Gemeindeverfassung, ständischer Rechte, Agrarrechte, Gewerbeverfassung, Besteuerung, Maschinenerfindungen, bei den elementaren Gewerben bis 1831 nur wenig Schwankungen beobachten lassen (vgl. Schmoller, Gustav: a.a.O., S. 54 ff.). Die 30er Jahre zeigten dann einen positiven Einfluß des Zollvereins, der sich in hergebrachter Form äußerte, also in einer Zunahme der Kleingewerbe, und erst in den 40er Jahren machten sich zunehmend Verdrängungserscheinungen des Handwerks bemerkbar (vgl. Schmoller, Gustav: a.a.O., S. 65 ff.).
- 2) Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach 1814 beruhten auf den Folgen der Befreiungskriege, der Hungersnot 1816-1817 und der Ackerbaukrise von 1821-1831. Einen gewissen wirtschaftlichen Fortschritt dagegen brachte die preußische Ordnung des Zollwesens von 1818, hauptsächlich aber die Gründung des Deutschen Zollvereins 1834. Eine wirtschaftliche Verschlechterung trat dann wiederum mit der Handelskrise von 1839 ein und verstärkte sich durch Fehlernten und durch die mit der Revolution von 1848/49 zusammenhängenden Unsicherheiten (vgl. Waltershausen, A. Sartorius von: Zeittafel ..., a.a.O., S. 46 f.; Schmoller, Gustav: a.a.O., S. 51 ff.).

auszulösen,¹⁾ denn eigentlich müßte sich ja jede technische Verbesserung bei freier Konkurrenz durchsetzen und zu einem Anwachsen der kapitalistischen Großbetriebe führen.

Zur vollen Entfaltung des Industrialisationsprozesses, wie er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ablief, waren nicht nur eine moderne Technik und eine freiheitliche Gewerbeverfassung notwendig, sondern es bedurfte darüber hinaus einer völligen Veränderung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens.²⁾ Erst mit modernen Verkehrs- und Nachrichtenanlagen konnte sich in dem nun entstehenden Großwirtschaftsraum die bislang lokalisierte gewerbliche Tätigkeit enger verflechten, konnten große industrielle Kapazitäten mit hoher Produktivität entstehen und die wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden für einen Anschluß an den westeuropäisch-nordamerikanischen industriellen Standard und die Eingliederung in die Weltwirtschaft. In den 1840er Jahren war der Wandel der Verkehrsverhältnisse soweit

1) Sombart schreibt über den Zusammenhang zwischen dem alten Ordnungsprinzip und der neuen freiheitlichen Rechtsordnung: Während das Handwerk an "Sicherheit seiner Existenzbedingungen" und "Ruhe und Stetigkeit aller wirtschaftlichen Verhältnisse" interessiert ist, strebt jede kapitalistische Unternehmung entsprechend "dem erwerbswirtschaftlichen Grundzuge ihres Charakters" "nach unbeschränkter Ausdehnung ihres Wirkungsgebietes", "die nur in einer freiheitlichen Ordnung möglich ist." "Die gewerbefreiheitliche Ordnung des Wirtschaftslebens scheint nämlich den Interessen des entwickelten Kapitalismus ebenso zu entsprechen, wie eine gebundene Wirtschaftsverfassung denjenigen des Handwerks gerecht wird." "Das Kapital fühlt sich stark genug, den Kampf im freien Felde aufzunehmen: es bietet den notorisch schwächeren Gegnern die "freie Konkurrenz" an" (Sombart, Werner: Gewerbewesen I, a.a.O., S. 81 ff.).

2) vgl. Schmoller, Gustav: a.a.O., S. 166 ff.; Sombart, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft ..., a.a.O., S. 238 ff.

gediehen, daß das Handwerk in eine krisenhafte Situation geriet,¹⁾ aus der es sich bis etwa zur Jahrhundertwende nicht mehr zu befreien vermochte. Besondere Bedeutung für die industrielle Entwicklung Deutschlands kam dem besonders von Friedrich List propagierten Eisenbahnbau zu, der, wie Wernet ausführt,²⁾ auch den Anstoß zur Aufschwung von Technik und Industrie gab. Der Aufbau des Eisenbahnnetzes³⁾ sicherte einmal für längere Zeit

- 1) Schmoller führt die in den 1840er Jahren beginnende Handwerkerkrisis auf den verstärkt einsetzenden Wandel der Verkehrsverhältnisse zurück (vgl. Schmoller, Gustav: a.a.O., S. 174) und stützt seine Behauptung mit einer Fülle von Beobachtungen, aus denen folgende Angaben ausgewählt wurden (vgl. Schmoller, Gustav: a.a.O., S. 166 ff.):
Der Bau von Eisenbahnen in Preußen begann erst richtig nach 1842, nachdem die preußische Regierung die Zinsgarantien übernommen hatte. Die Haupttätigkeit im Chausseebau für den schweren Lastwagenverkehr fiel in Preußen in die Zeit von 1844-1861. Im Jahr 1824 begann in Preußen die Briefbeförderung mit Schnellposten, 1838 wurden Personenposten zum Verkehr von Personen, Briefen und Paketen zusammen eingerichtet, 1843 wurde die erste Telegraphenleitung der rheinischen Eisenbahn bei Aachen eingerichtet. Weitere detaillierte Angaben über die deutschen Verkehrs- und Nachrichtenverhältnisse im 19. Jahrhundert bietet Sombart (vgl. Sombart, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft ..., a.a.O., S. 236 ff. und S. 493 ff.).
- 2) vgl. Wernet, Wilhelm: Kurzgefaßte Geschichte ..., a.a.O., S. 146.
- 3) Über die Entwicklung des Eisenbahnnetzes in Deutschland informiert folgende von Sombart übernommene Tabelle (Sombart, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft ..., a.a.O., S. 493).

Die Länge der Eisenbahnen in Deutschland betrug		Die Zunahme beträgt in dem		
		Jahresfünft	in absoluten Ziffern	im Verhältnis circa
1845	2 131 km			
1850	5 822 km	1845-1850	2 691 km	174%
1855	7 781 km	1850-1855	1 959 km	33%
1860	11 026 km	1855-1860	3 245 km	41%
1865	13 821 km	1860-1865	2 795 km	25%
1870	18 560 km	1865-1870	4 739 km	34%
1875	27 795 km	1870-1875	9 235 km	55%
1880	33 865 km	1875-1880	6 070 km	21%
1885	37 572 km	1880-1885	3 707 km	11%
1890	41 818 km	1885-1890	4 256 km	11%
1895	45 203 km	1890-1895	3 385 km	8%
1900	49 878 km	1895-1900	4 675 km	10%
1905	54 680 km	1900-1905	4 302 km	10%
1910	59 031 km	1905-1910	4 351 km	8%

allen unmittelbar beteiligten Industriezweigen, wie dem Steinkohlenbergbau, der Eisen- und Stahlindustrie, dem Maschinen- und Fahrzeugbau, einen verstärkten Auftragseingang und bewirkte somit eine Ausweitung der Produktionskapazitäten dieser Schlüsselindustrien, erwies sich weiterhin als zugkräftig genug, um erstmals große Kapitalien zu mobilisieren und ermöglichte außerdem alle jene für eine schnelle Industrialisierung besonders bedeutsamen Standortbildungen, beziehungsweise Standortveränderungen.¹⁾ Dieser Begriff Standortbildung umfaßt alle Vorgänge der Ballung von Produktionsanlagen und Menschen in verkehrsgünstigen, das heißt dem Eisenbahnnetz angeschlossenen Städten²⁾ und rohstoffreichen Landstrichen, bei gleichzeitiger Entleerung anderer Wirtschaftsräume. Auf die veränderte Verteilung der Bevölkerung - Schmoller bezeichnete diesen Sachverhalt als wichtigste Folge der neuen Verkehrsmittel³⁾ - wird in den folgenden Ausführungen noch näher eingegangen.

Eines der auffallendsten Phänomene des 19. Jahrhunderts war die gewaltige Bevölkerungsexpansion in einigen Staaten Westeuropas,

1) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerks- und Industriegeschichte, a.a.O., S. 23 f..

2) Die Beispiele für die Bildung von Industriegroßstädten und ganzen Industrierevieren sind allgemein geläufig, so daß an dieser Stelle auf ihre Wiedergabe verzichtet und statt dessen auf ein Beispiel für den umgekehrten Vorgang verwiesen werden soll. Rothenburg ob der Tauber verdankt die Erhaltung seines unberührt mittelalterlichen Stadtbildes einzig der Tatsache, daß die Stadt auf Grund des Nichtanschlusses an das Haupteisenbahnnetz für die industrielle Entwicklung uninteressant geworden war.

3) vgl. Schmoller, Gustav: a.a.O., S. 186.

einschließlich Deutschland und in den Vereinigten Staaten,¹⁾ deren Ursachen zwar nicht eindeutig geklärt sind,²⁾ deren enger Zusammenhang mit der Industrialisierung jedoch außer Frage steht, wie sich leicht zeigen läßt. Denn einmal erzwang das rasche Anwachsen der Bevölkerung eine schnelle Industrialisierung Deutschlands, da das Handwerk und auch die Landwirtschaft sich außerstande zeigten, die notwendig gewordene Bereitstellung neuer Arbeitsplätze bei gleichzeitiger Steigerung der Güterproduktion

- 1) Sombart führt in diesem Zusammenhang folgende Zahlenbeispiele an (vgl. Sombart, Werner: Gewerbewesen I, a.a.O., S. 99).

Gebiet	Anzahl der Einwohner		
	Anfang 19.Jh.	Mitte 19.Jh.	1910
England u. Wales	8.892.536	17.927.609	36.075.269
Deutschland	24.833.396	35.130.398	64.925.993
U S A	5.308.000	23.192.000	91.972.266
insgesamt absolut	39.033.932	76.250.007	192.973.528
insgesamt prozentual	100	195	495

Für Deutschland waren Höhepunkte der Bevölkerungszunahme die Jahre 1840, 1850, 1895 und 1900; ausgewandert sind in der Zeit von 1820 bis 1910 etwa 5 Millionen Menschen (vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerks- und Industriegeschichte, a.a.O., S. 34).

- 2) Während Sombart in vereinfachender Weise in dem Fortschritt der Technik, sprich Hygiene, die Ursache für den erstaunlichen Bevölkerungsanstieg sieht (vgl. Sombart, Werner: Gewerbewesen I, a.a.O., S. 99), - tatsächlich zeigen die einschlägigen Statistiken eine durch hygienische und medizinische Fortschritte bedingte starke Herabsetzung der Sterblichkeit (vgl. Holzschuher, Veit: a.a.O., S. 148 und 209) - schreibt Wernet, "... der Bevölkerungsanstieg dürfte in Wechselwirkung zur wirtschaftlichen Entfaltung gestanden haben" (Wernet, Wilhelm: Handwerks- und Industriegeschichte, a.a.O., S. 16).

zu leisten,¹⁾ und zum anderen war ein derart einschneidender Wandel Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat erst durch die wachsenden Arbeitermassen und deren gesteigerte Nachfrage möglich geworden. Neben dem absoluten Anstieg der Bevölkerungszahl fand eine starke Bevölkerungsagglomeration in Ballungsräumen und Großstädten²⁾ statt, wodurch die bereits unter Druck der Bevölkerungsexpansion ausgelöste Veränderung der Wirtschaftsstruktur - die Akzentverlagerung innerhalb der Volkswirtschaft fand ihren sichtbarsten Ausdruck in einer starken Abwanderung aus der Landwirtschaft - und Veränderung der Sozialstruktur - es sei auf das Entstehen einer wachsenden Masse von Unselbständigen und alle hieran geknüpften Folgen verwiesen - eine zusätzliche Verstärkung erfuhren. Für die industrielle Massenproduktion wurde dabei besonders bedeutungsvoll, daß im Zuge der Bevölkerungsagglomeration die landschaft-

1) An dieser Stelle wäre anzufügen, daß sich die heutigen Entwicklungsländer mit ihren schnell wachsenden Bevölkerungen mit einer ähnlichen Problemstellung konfrontiert sehen.

2) Sombart führt hierzu aus: "Um 1850 setzte die Agglomerations-tendenz ein. Es lebten im Deutschen Reich in Städten 1871: 36,1% der Bevölkerung, 1875: 39,0%, 1880: 41,4%, 1885: 43,7%, 1890: 47,0%, 1895: 49,8%, 1900: 54,3%, 1905: 57,4%, 1910: 60,0%. An der steigenden Zunahme der städtischen Bevölkerung sind die Groß- und Mittelstädte stärker beteiligt als die Kleinstädte. In Großstädten (über 100.000 Einwohner) wohnten 1871: 4,8%, 1910: 21,3%; in Mittelstädten (20.000 bis 100.000 Einwohner) wohnten 1871: 7,2%, 1910: 13,3%; in Kleinstädten (5000 bis 20.000 Einwohner) wohnten 1871: 11,2%, 1910: 14,1%; in Landstädten (2000 bis 5000 Einwohner) wohnten 1871: 12,4%, 1910: 11,2%" (Sombart, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft ..., a.a.O., S. 395). Weitere ergänzende Angaben zur Umschichtung der Bevölkerung bietet Sombart unter anderem in seinem kleinen Bändchen Gewerwesen II (vgl. Sombart, Werner: Gewerwesen II, Berlin und Leipzig 1929, S. 44 ff.).

lichen und ständischen Besonderheiten der vielen Einzelnen verschwanden und weitgehend gleichgeartete Bevölkerungsschichten mit uniformierten Bedürfnissen entstanden, ein Sachverhalt, der auf den Kern einer weiteren wesentlichen Komponente der industriellen Revolution hinweist, auf den totalen Wandel der Bedarfsstruktur. Sombart schildert die Entstehung des Massenbedarfs, der zur Verdrängung vieler Handwerksberufe geführt hatte, und seine Befriedigung, wie folgt: "Wenn viele Menschen viele Güter konsumieren, so entsteht ein massenhafter Konsum, und für das nächste Mal ein massenhafter Bedarf. Dieser wird nun leicht zu einem Massenbedarf, d.h. zu einem Bedarf nach gleichartigen Gütern, namentlich wenn (was in unserer Zeit der Fall war) der Zunahme des Verbrauchs nicht eine entsprechende Differenzierung des Geschmacks zur Seite geht. Der Massenbedarf aber wird Veranlassung zu neuen Formen der Bedarfsbefriedigung, die ich als Kollektivisierung des Konsums bezeichnet habe und die zumal in den modernen Großstädten heute bereits eine große Rolle spielt: Mietskaserne! Vergnügungslokale! Städtische Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung! Öffentliche Verkehrsanstalten!"¹⁾ Dieser in Sombarts Zitat aufgezeigte Sachverhalt des Massenkonsums und des Massenbedarfs ist ein Charakteristikum der modernen industriellen Volkswirtschaft, die durch den Massenbedarf notwendig wird und diesen wiederum hervorbringt. Selbstverständlich bestand zwischen der revolutionären Umgestaltung der Bedürfnisse gleichfalls wie bei allen anderen bereits behandelten Teilursachen der industriellen Revolution Interdependenz untereinander und mit dem Industrialisierungsprozeß selbst.

Die bisherige Darstellung der industriellen Revolution zur Erklärung der schwindenden Bedeutung des Handwerks im Rahmen der Gesamtwirtschaft kann nicht befriedigen, solange nicht die Wirtschafts-

1) Sombart, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft ..., a.a.O., S. 396.

gesinnung¹⁾ oder der Geist der Wirtschaft der hochkapitalistischen

- 1) Mit dem Begriff Wirtschaftsgesinnung wurde das dritte konstituierende Prinzip neben Technik und Ordnung von Sombarts Idee des Wirtschaftssystems eingeführt (vgl. Sombart, Werner: Die Ordnung ..., a.a.O., S. 14). Die Anlehnung an Sombarts Lehre vom Wirtschaftssystem zur Erkenntnis konkret historischer Wirtschaftsgestalten war naheliegend bei Berücksichtigung der grundlegenden Bedeutung von Sombarts wissenschaftlichem Werk auch für das Handwerk und für dessen Einordnung und Beurteilung im hochkapitalistischen Wirtschaftsleben.

Wie Weippert gezeigt hat, ermöglicht Sombarts Idee des Wirtschaftssystems als "Gestaltidee" die "Erfassung der Kulturwirklichkeit Wirtschaft als einer Sinneinheit. Die Grundbestandteile Geist, Ordnung, Technik, die für alle Kulturwirklichkeit Wirtschaft konstitutiv sind, bieten die Möglichkeit (indem man ihren Wandel in der Zeit verfolgt und den Sinnzusammenhang erarbeitet, in dem sie jeweils stehen), den Sinngehalt konkret historischer Wirtschaftsgestalten zu bestimmen, die Sombart "Wirtschaftssysteme" nennt" (Weippert, Georg: Werner Sombarts Gestaltidee des Wirtschaftssystems, Göttingen 1958, S. 155). Nach der Auffassung Weipperts ist Sombarts Wirtschaftssystem als "Gestaltidee" jeder möglichen Wirtschaft gegenüber den "Gestaltideen" Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsstile der umfassendere Begriff, oder wörtlich zitiert: "In der Tat ist keine der Gestaltideen, die in der Wirtschaftslehre bisher angeboten wurden, von gleicher Verwertbarkeit. Das gilt für jene Gestaltideen sowohl, die vor Sombarts Erarbeitung des Wirtschaftssystems liegen - etwa die Stufenbegriffe -, wie auch für jene Gestaltideen, die nach Sombart in Vorschlag und Anwendung kamen, etwa die Stilbegriffe" (Weippert, Georg: Werner Sombarts Gestaltidee ..., a.a.O., S. 60). Dagegen muß Weippert einräumen, daß Sombarts Wirtschaftssystem gegenüber Spiethoffs Wirtschaftsstil - beide Lehren stehen sich übrigens sehr nahe - insofern enger ist, als Sombarts Wirtschaftssystem durch seine drei Grundbestandteile fixiert ist, während Spiethoffs Wirtschaftsstil den Kreis der Merkmale - Spiethoff selbst unterscheidet fünf Merkmalgruppen: I. Wirtschaftsgeist; II. Natürliche und technische Grundlagen; III. Gesellschaftsverfassung; IV. Wirtschaftsverfassung; V. Wirtschaftslauf - offenläßt (vgl. Weippert, Georg: Werner Sombarts Gestaltidee ..., a.a.O., S. 92 ff.). Clausing hat in seiner Würdigung Spiethoffs wissenschaftlicher Verdienste dargestellt, daß Spiethoff an Sombarts Idee des Wirtschaftssystems anknüpft, "dabei an die Stelle des seit jeher und auch bei Sombart vielfältig schillernden Wirtschaftssystembegriffs den den Zielsetzungen geschichtlicher Theorie entsprechend gefaßten und präzisierten Begriff des Wirtschaftsstils setzend" (Clausing, Gustav: Arthur Spiethoffs wissenschaftliches Lebenswerk, in: Schm.J.f.G., V. u. Vw., 78. Jg., 1. Hbd., Berlin 1958, S. 268). Dabei "ist der von Sombart festgefügte Merkmalkreis zu durchbrechen, zu erweitern. Der Stil als "Abbild" soll ja grundsätzlich einen "offenen Erscheinungskreis" darstellen" (Clausing, Gustav: Arthur Spiethoffs wissenschaftliches ..., a.a.O., S. 269 f.).

Wirtschaftsepoche berücksichtigt wird, denn der Niedergang des Handwerks war ja der gleichzeitige Aufstieg des Kapitalismus. Der dem traditionellen Handwerk wesensfremde,¹⁾ moderne kapitalistische Wirtschaftsgeist offenbart sich am einprägsamsten in den "neue(n) Männer(n), die diesen neuen Geist verkörpern."²⁾ Diese neuen Männer, die kapitalistischen Unternehmer,³⁾ sind die alleinigen

-
- 1) Einschränkung muß jedoch bemerkt werden, daß zu keiner Zeit nur der chemisch reine Typ des mittelalterlichen Handwerkers existierte, es ließen sich vielmehr genügend kapitalistische Einsprengsel nachweisen. So gab es zum Beispiel immer, entgegen dem Postulat der ausreichenden und gerechten Nahrung, erhebliche Besitz-, Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen den Meistern in einer Stadt und erst recht von Stadt zu Stadt.
 - 2) Sombart, Werner: *Gewerbewesen I*, a.a.O., S. 79.
 - 3) Anhand von Schumpeters Unternehmeranalyse - dabei ist es für unseren Zweck unwesentlich, daß Schumpeters Pionierunternehmer einen von Sombarts Unternehmerbegriff unterschiedlichen Inhalt aufweist - wird deutlich, daß die in obigem Text angeführte Sombartsche Unternehmersmotivation neben einer differenzierten Betrachtung vor allem einer Erweiterung bedarf. Nach Schumpeter sind zwar die Motive des privaten kapitalistischen Unternehmers "egoistisch gefärbt" und sein Verhalten "bewußt gestaltet", jedoch ist "sein "wirtschaftliches Motiv" - Streben nach Gütererwerb - (ist) nicht verankert am Lustgefühl, das die Konsumption der erworbenen Güter auslöst" (Schumpeter, Joseph: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Berlin 1952, S. 134). Schumpeters Unternehmertypus ist in seinem Verhalten durch folgende drei "Motivreihen" bestimmt: zunächst durch den "Traum" und "Willen" ein "privates Reich" zu gründen oder eine "Dynastie", dann durch den Komplex, der "Siegerwillen", "Kämpfenwollen", "Erfolghabenwollen", "Gewinngröße als Erfolgsindex", "wirtschaftliches Handeln als Sport" beinhaltet und letztlich durch die "Freude am Gestalten" und alle hiermit zusammenhängenden Motivvarianten (vgl. Schumpeter, Joseph: a.a.O., S. 138 f.).

Organisatoren des wirtschaftlichen Prozesses,¹⁾ ihr Handeln erfolgt auf eigenes Risiko und ist durch Erwerbsstreben,²⁾ Machttrieb,³⁾ Tätigkeitsdrang,⁴⁾ Beschleunigungsdrang,⁵⁾ Unendlichkeitsdrang⁶⁾ und ökonomischen Rationalismus⁷⁾ bestimmt. Verallgemeinernd läßt sich also feststellen, trotz vielfacher, berechtigter Einwände im Detail, daß sich die kapitalistische Wirtschaft nach anderen Ordnungsprinzipien ausrichtet als die mittelalterliche Wirtschaft, denn nicht mehr die Prinzipien der Bedarfsdeckung, des Traditionalismus, der Solidarität stehen im Vordergrund, sondern Erwerb, Individualismus und ökonomischer Rationalismus spielen die entscheidende Rolle.

Zur Vervollständigung des Katalogs wichtiger Komponenten der industriellen Revolution in Deutschland seien nun weitere gleichfalls bedeutsame Umstände dieses geschichtlich einmaligen Industrialisierungsprozesses angefügt, jedoch nur in der Form der bloßen Aufzählung, da eine ausführlichere Darstellung den Umfang der Arbeit zu sehr ausweiten würde. Es handelte sich im einzelnen um den starken wirtschaftlichen Druck des weiter entwickelten Auslands (hauptsächlich

1) vgl. Sombart, Werner: *Gewerbewesen I*, a.a.O., S. 79.

Im Mittelalter dagegen hing die Gestaltung der Wirtschaft von den Grundherren und deren Vögten, den Klosterherren, den Bauernältesten, den patrizischen Kaufherren, den Zunftältesten, den Stadträten ab, und im Zeitalter des Frühkapitalismus von energischen Fürsten, deren leitenden Beamten und einzelnen wenigen unternehmenden Geschäftsmännern aus allen Schichten der Bevölkerung (vgl. Sombart, Werner: *Der moderne Kapitalismus*, 3. Bd., 1. Hbd., a.a.O., S. 11).

2) vgl. Sombart, Werner: *Der moderne Kapitalismus*, 3. Bd., 1. Hbd., a.a.O., S. 23.

3) vgl. ebenda.

4) vgl. ebenda.

5) vgl. ebenda.

6) vgl. Sombart, Werner: *Der moderne Kapitalismus*, 3. Bd., 1. Hbd., a.a.O., S. 25.

7) vgl. ebenda.

Englands, aber auch Frankreichs, Belgiens und Hollands) auf die deutschen Staaten, um die Versuche, ein größeres einheitliches Zollgebiet zu schaffen, die schließlich in die Gründung des Deutschen Zollvereins (1834) einmündeten,¹⁾ um die Vereinheitlichung der Maße und Gewichte, der Währungen, der Rechtssysteme und der Verwaltung, und es handelte sich letztlich um die politische Einigung der deutschen Staaten im Jahr 1871.

2. Die preußischen Zünfte und Innungen nach Einführung der Gewerbefreiheit 1810/11

Der Darstellung der je nach Betonung des Prinzips der Gewerbefreiheit unterschiedlichen Berücksichtigung der Zünfte und Innungen, also der örtlichen, fachlich gegliederten Vereinigungen selbständiger Handwerksmeister, durch die verschiedenen preußischen Gewerbegesetzgebungen des 19. Jahrhunderts sei einleitend eine kurzgefaßte Wiedergabe der überkommenen Ordnung der Gewerbe vorangestellt.

"Das Preußische Allgemeine Landrecht von 1794 (ALR) hatte das Zunft- und Innungswesen unter staatlicher Aufsicht bestehen lassen (vgl. §§ 179 ff. II 8 ALR)."²⁾ Für das traditionelle Handwerk regelten "privilegierte Corporationen" - Zünfte und Innungen - im Rahmen einer genossenschaftlichen Selbstverwaltung die gewerblichen Angelegenheiten, wie Ausbildung, Zulassung, Beaufsichtigung und eventuellen Ausschluß aus dem Gewerbe (Zunftzwang).³⁾ Ähnliches galt für Kaufleute (§§ 475 ff. II 8 ALR), während die noch unentwickelte Industrie keinem Zunft- oder Innungszwang unterlag, sondern nur staatlicher Erlaubnispflicht (§§ 407 ff. II 8 ALR).⁴⁾

1) vgl. Hausscherr, Hans: Der Zollverein und die Industrialisierung, in, Neue wissenschaftliche Bibliothek 12, Geschichte, Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln Berlin 1966, S. 55 ff.

2) Henke, Wilhelm: Gewerberecht, in, HdSw., 4. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965, S. 524.

3) s. S. 20 ff.

4) vgl. Henke, Wilhelm: a.a.O., S. 524.

- 5 -

Die Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen ¹⁾ ging allmählich vor sich, und zwar wurde bereits seit 1806 in einigen Provinzen für einzelne Gewerbe der Zunftzwang aufgehoben. Die eigentliche Reform begann dann mit der Geschäftsinstruktion vom 26. Dezember 1808 und wurde vollendet durch das Edikt vom 2. November 1810 über die Einführung einer allgemeinen Gewerbesteuer und durch das Gesetz vom 7. September 1811 über die polizeilichen Verhältnisse der Gewerbe. ²⁾ Nun war nach Vorbild des französischen Gesetzes vom März 1791 der selbständige Gewerbebetrieb auch für Handwerker und Kaufleute ³⁾ - eine Ausnahme bildeten mehrere durch besondere Fähigkeitsnachweise erschwerte Gewerbe, wie etwa die von Sanitätspersonen (Ärzten, Apothekern), Bauhandwerkern, Lotsen, Gastwirten usw. - ⁴⁾ nur noch von der Lösung eines polizeilich attestierten Gewerbescheins abhängig. Damit wurden den Zünften und Innungen die auf dem Zunft- und Innungszwang basierenden Funktionen für das traditionelle Handwerk genommen. Die Zünfte und Innungen konnten fortbestehen oder sich auflösen, ihren Mitgliedern stand der Austritt oder Verbleib frei. ⁵⁾ Zur Vereinheitlichung der unterschiedlichen Gewerbe-gesetzgebungen in den einzelnen preußischen Landesteilen - nach

1) Vor Preußen hatten lediglich die unter französischer Oberhoheit geratenen deutschen Gebiete die Gewerbefreiheit eingeführt, wie 1791 Rheinbayern, 1797-1810 das ganze linke Rheinufer, das Königreich Westfalen, das Großherzogtum Berg und die französisch-hanseatischen Departements (vgl. Kaizl, Josef: a.a.O., S. 28 f.; Goldschmidt, Ernst Friedrich: Die deutsche Handwerkerbewegung bis zum Sieg der Gewerbefreiheit, München 1916, S. 9).

2) vgl. Stieda, Wilhelm: Zunftwesen, a.a.O., S. 894.

3) Der Begriff des Gewerbes umfaßte in den genannten Edikten zum ersten Mal Handwerk, Handel, Industrie (Fabrikunternehmen), Verkehrsgewerbe, Gastgewerbe und untergeordnete Dienste, jedoch nicht Land- und Forstwirtschaft und andere Urproduktion und nicht die freien Berufe. "Damit war der heutige Umfang des Gewerberechts bereits vorgezeichnet" (Henke, Wilhelm: a.a.O., S. 524).

4) vgl. Meyer, Georg: Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 3. Bd., Jena 1892, S. 961.

5) vgl. Henke, Wilhelm: a.a.O., S. 524.

dem Frieden von 1815 hatte Preußen seinen wieder- und neuerworbenen Gebieten deren unterschiedliche Gewerbeverfassungen belassen, so daß in den Rheingebieten die völlige Gewerbefreiheit französischen Ursprungs und in der Provinz Sachsen die alte Zunftverfassung bestand - kam es durch die allgemeine Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845, die im wesentlichen am Prinzip der Gewerbefreiheit festhielt.¹⁾ Eine gewisse Abkehr von den freiheitlichen Grundvorstellungen bedeuteten jedoch die Bestimmungen über die Innungen, die eine Wiederbelebung des Innungswesens bezweckten. Man hielt solche innungsfreundlichen Bestimmungen für notwendig, "nachdem die Korporationen des Handwerks ihre frühere Bedeutung verloren hatten und als öffentliche Körperschaften, die sie blieben, nur noch zur Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen ihrer Mitglieder tätig werden konnten, besonders im Lehrlingswesen und in der Versorgung der Mitglieder und ihrer Angehörigen."²⁾ Nach der Gewerbeordnung von 1845 sollten die schon vorhandenen Innungen fortbestehen, jedoch ihre Statuten revidieren,³⁾ oder sie konnten sich selbst auflösen oder aus "überwiegenden Gründen des Gemeinwohles" aufgelöst werden.⁴⁾ Die neu zu gründenden Innungen sollten die Rechte einer Korporation erhalten, sofern sie für ihre Mitglieder den Befähigungsnachweis forderten.⁵⁾ Auf Grund der veränderten innenpolitischen Lage nach dem Mißlingen

1) vgl. Stieda, Wilhelm: Zunftwesen, a.a.O., S. 895; Meyer, Georg: Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 3. Bd., Jena 1892, S. 961.

2) Henke, Wilhelm: a.a.O., S. 524.

3) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 11.

4) vgl. Meyer, Georg: Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 3. Bd., Jena 1892, S. 962.

5) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 11.

der Revolution von 1848¹⁾ hatte die Gewerbeordnung von 1845 keine lange Gültigkeit, sondern wurde von der am 9. Februar 1849 veröffentlichten Notverordnung abgelöst, die weitgehende Einschränkungen der Gewerbefreiheit mit sich brachte.²⁾ Besonders einschneidend waren die Ausführungen der Verordnung über den "handwerksmäßigen Betrieb", die für eine vermehrte Anzahl von Gewerben - 32 Gewerbe zusätzlich zu den bereits beschränkten - die Prüfung vor einer Innung bei gleichzeitigem Innungsbeitritt oder die Prüfung vor einer Prüfungskommission³⁾ als Voraussetzung für eine selbständige Gewerbeausübung bestimmte.⁴⁾ Abgesehen von geringfügigen freiheitlichen Modifizierungen seit Beginn der 1860er Jahre⁵⁾ blieb die preußische Gewerbeordnung von 1849 bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes in Kraft, dessen sogenanntes Notgewerbegesetz vom 8. Juli 1868 dann von der gleichfalls freiheitlichen, nach und nach für das gesamte Reichsgebiet geltenden Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 abgelöst wurde.⁶⁾

- 1) Dabei war für das Handwerk weniger der Sieg der gegenrevolutionären, konservativen Kräfte bedeutsam und die dadurch ermöglichte, befristete Abkehr von der freiheitlichen Gewerbeordnung, sondern weitaus folgenreicher war das Entstehen der Handwerkerbewegung als Reaktion auf die existenzielle Bedrohung des Handwerks durch die industrielle Revolution. Nachdem bereits seit Anfang des 19. Jahrhunderts die Gewerbevereinsbewegung durch individuelle Bildungsarbeit im Rahmen von Selbsthilfe den Problemen der beginnenden Industrialisierung zu begegnen versucht hatte (Zweiter Abschnitt, Individuelle, gemischte Handwerkerverbände - Gewerbevereinswesen, s.S. 81 ff.), verfolgte die Handwerkerbewegung eine Erneuerung korporativer Lebensformen (Dritter Abschnitt, Kollektive Handwerkerverbände - Handwerkerbewegung und gewerbepolitische Massenorganisationen im Rahmen der Mittelstandsbe-
wegung, s.S. 167 ff.).
- 2) Die von Bismarck vor dem preußischen Abgeordnetenhaus geforderte Abkehr von der Gewerbefreiheit und Wiedereinführung des Innungszwangs hatte sich jedoch nicht durchsetzen lassen; die Kammer entschied sich für die freie Innung (vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 55 ff.).
- 3) In dieser Prüfungskommission führte laut gesetzlicher Bestimmung ein Kommunalbeamter den Vorsitz, während zwei Innungsmeister und zwei von der Gesellschaft bestimmte Gesellen als Beisitzer fungierten (vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik des Neuen Handwerkergesetzes vom 26. Juli 1897, Florenz und Leipzig 1898, S. 31).
- 4) vgl. Meyer, Georg: Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 3.Bd., Jena 1892, S. 963.
- 5) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 109 ff.
- 6) vgl. Meyer, Georg: Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 3. Bd., Jena 1892,

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Preußen zwar bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine modifizierte, keineswegs konsequente Gewerbefreiheit eingeführt hatte, diese dann aber schrittweise preisgab, vor allem durch die Gewerbeordnung von 1849, die dem veränderten innenpolitischen Klima nach der gescheiterten Revolution von 1848 Rechnung trug. Die zunftfreundlichen Bestimmungen von 1849 blieben dann im wesentlichen bis zur Regelung der Gewerbeverhältnisse durch den Norddeutschen Bund beziehungsweise das Deutsche Reich in Kraft.

3. Die Zünfte und Innungen in den übrigen deutschen Staaten

In den übrigen deutschen Staaten waren die Gewerbeverhältnisse, auch im Hinblick auf die uns interessierenden Zunft- und Innungsverfassungen, auf Grund der recht unterschiedlichen Gewerbegesetzgebungen weit weniger übersichtlich als in Preußen. Im folgenden Abschnitt wurde deshalb darauf verzichtet, die einzelnen Regelungen des Zunft- und Innungswesens und deren Änderungen in den verschiedenen nichtpreußischen, deutschen Gebieten aufzuzeigen, sondern es wurde vereinfachend lediglich der Grad der Freiheit oder der zünftlerischen Gebundenheit mehrerer deutscher Gewerbeordnungen als Indiz für die jeweilige Bedeutung der Zünfte und Innungen dargestellt.

Zunächst sei nochmals in Erinnerung gerufen, daß zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur in einigen deutschen Gebieten¹⁾ während der kurzen französischen Herrschaft die völlige Gewerbefreiheit mit konsequenter Beseitigung der Zünfte und Innungen Geltung hatte, die

1) s. S.52, Fußnote 4.

dann - ausgenommen in der bayrischen Rheinpfalz und in Rheinhessen, wo die französische Gewerbefreiheit erhalten blieb - ¹⁾ nach Napoleons Niederlage von den neugebildeten deutschen Staaten wieder beseitigt wurde, bei gleichzeitiger Wiedereinführung der Zunftverfassung. Die restlichen deutschen Staaten hielten nach wie vor an ihren Zunftverfassungen fest, wobei allerdings die süddeutschen Staaten, Bayern, Württemberg und Baden, eine gewisse Ausnahme bildeten, insofern als sich in ihren Gewerbeordnungen einige Ansätze in Richtung einer freiheitlicheren Gewerbeordnungskonzeption feststellen ließen. ²⁾ Um 1848 bestanden nach einem Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Frankfurter Nationalversammlung folgende gewerbegesetzlichen Verhältnisse in Deutschland: eine Zunftverfassung galt in einem Teil von Hannover, Sachsen, Württemberg, Baden, Oldenburg, Kurhessen, einem Teil vom Großherzogtum Hessen und in den vier freien Städten, Hamburg, Bremen, Lübeck und Frankfurt; das System der Konzessionierung bestand in den sieben alten Kreisen Bayerns; die Gewerbefreiheit galt in Rheinbayern und in Rheinhessen. ³⁾ Der Verlauf der Revolution von 1848, in Verbindung mit der heftigen, gegen jegliche gewerbliche

1) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 73.

2) Die bayrischen Gewerbegesetze vom 5. Dezember 1804 und vom 11. September 1825 ließen Fortschritte im Sinne größerer Freiheit erkennen. So wurde 1804 der "Zunftzwang der inländischen Gewerbe gegeneinander" aufgehoben, der Bierzwang, der Mühlzwang und sonstige Zwangsrechte (vgl. Kaizl, Josef: a.a.O., S. 54 ff.); 1825 wurde das Konzessionssystem zur Regel erklärt (vgl. Kaizl, Josef: a.a.O., S. 80). Desgleichen sollten die Gewerbeordnungen Württembergs von 1828 und 1836 und das badische Gewerbegesetz von 1831 Stufen zur Gewerbefreiheit sein (vgl. Kaizl, Josef: a.a.O., S. 30).

3) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 65.

Freizügigkeit gerichteten Agitation der Handwerkerbewegung, hatte in einigen Ländern zu einer Beseitigung freiheitlicherer Gewerbebestimmungen geführt, wie etwa in Nassau durch das Gesetz vom 3. April 1849 ¹⁾ und in Bayern durch das Gesetz vom 17. Dezember 1853. ²⁾

Sehr bald jedoch setzte ein Umschwung in der öffentlichen Meinung ein - Sammelbecken liberal eingestellter Persönlichkeiten war der Volkswirtschaftliche Kongreß, der 1858 in Gotha erstmals tagte -, ³⁾ der nicht nur zu lebhaften Diskussionen über Gewerbefreiheit, Innungswesen, Konzessionssystem usw. führte, sondern auch dazu beitrug, daß es in mehreren Ländern zu freiheitlichen Gewerbeformen kam. Den ersten Schritt in diese Richtung unternahm Württemberg bereits 1854, bis endlich die Gewerbeordnung vom 12. Februar 1862 die Gewerbefreiheit in diesem Lande einführte und die Zünfte beseitigte. ⁴⁾

Weitere freiheitliche Gewerbeformen verfügten Coburg-Gotha im Jahr 1859, ⁵⁾ Nassau 1860, ⁶⁾ dann folgten Bremen und Oldenburg, ⁷⁾ Sachsen 1862 und Baden 1862 ⁸⁾ und als letzter Staat erließ Bayern am 6. Februar 1868 die Gewerbefreiheit. ⁹⁾ Die einzelnen Landesgewerbeordnungen blieben dann in Kraft bis zur gemeinsamen freiheitlichen Regelung der Gewerbeverhältnisse durch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes vom 21. Juni 1869, die ab 1. Januar 1872 als Reichsgewerbeordnung allgemein verbindlich war (für Bayern ab 1. Januar 1873). ¹⁰⁾

1) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 67.

2) vgl. Kaizl, Josef: a.a.O., S. 106.

3) vgl. Kaizl, Josef: a.a.O., S. 33 f.

4) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 111.

5) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 106.

6) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 107.

7) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 108.

8) vgl. Kaizl, Josef: a.a.O., S. 34.

9) vgl. Kaizl, Josef: a.a.O., S. 134 ff.

10) vgl. Kaizl, Josef: a.a.O., S. 34.

B. Innungsorganisation und fachlich organisierte Verbände in der gewerbefreiheitlichen Periode

I. Schrittweise Aufwertung der Innungsorganisation bis zum Handwerker-gesetz von 1897

1. Die innungsfreundlichen Gewerbenovellen von 1881 bis 1887

Die Einführung der für das gesamte Reichsgebiet verbindlichen liberalen Gewerbeordnung von 1869 geschah in konsequenter Fortführung der ohnehin schon in den meisten Einzelstaaten verwirklichten freiheitlichen Regelungen der Gewerbeverhältnisse. Das deutsche Innungswesen hatte damit einen Tiefpunkt erreicht; alle bis dahin noch geltenden Innungsvorrechte wurden beseitigt, so der Innungszwang einschließlich Prüfungspflicht, die Ausschließungsrechte, Zwangs- und Bannrechte. Das körperschaftliche Organisationsprinzip selbst wurde jedoch auch in dieser Phase weitgehend liberaler Gewerbepolitik nicht abgeschafft, das heißt, der Gesetzgeber akzeptierte die bestehenden Innungen nach entsprechender Modifizierung ihrer Statuten und ermöglichte darüber hinaus sogar die Gründung neuer Innungen, denen er die "Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen"¹⁾ zuwies und gleichfalls Korporationsrechte zugestand. Diese Tolerierung der Innungen als mehr oder weniger unverbindliche Organisationsmöglichkeiten für Handwerker - es fehlte jegliche konkrete Aufgabenstellung durch den Staat - mag in liberaler Sicht bemerkenswert gewesen sein, sie wurde jedoch, wie sich alsbald zeigte, vom traditionsgebundenen Teil der Handwerkerschaft und der Öffentlichkeit als ungenügend empfunden. Bereits gegen Ende der 1870er Jahre begannen die zunehmend an Einfluß gewinnenden konservativen und klerikalen Politiker im Bunde mit Bismarck die vom Staat ursprünglich gegenüber den Innungen praktizierte Neutralität in Frage zu stellen und

1) Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 72.

eine positive Innungspolitik einzuleiten.¹⁾ Zustimmende Resonanz fanden die innungsfreundlichen Politiker dabei hauptsächlich bei den anti-liberal eingestellten Handwerkerkreisen.²⁾ Dem Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten wurde in diesem Zusammenhang eine Einflußnahme auf die innungsfreundlichen Gewerbenovellen von 1878 und 1881 nachgesagt.³⁾ Auch der Verein für Sozialpolitik hatte sich bereits seit 1875 mit der Problematik des Gewerberechts von 1869 befaßt, namentlich mit der Reformbedürftigkeit des Lehrlingswesens und der gewerblichen Organisation,⁴⁾ und bekannte sich auf seiner Berliner Tagung von 1877 öffentlich zu einer Reform der geltenden Gewerbeordnung, die jedoch weder in der Wiederbelebung des Zunftrechts, noch in einer allgemeinen staatlichen Organisation des Gewerbes, sondern in der Korrektur vorhandener Mißstände bestehen sollte.⁵⁾ Erstes Ergebnis der verbreiteten Kritik an der geltenden liberalen Gewerbeordnung von 1869 und zugleich deutliches Zeichen eines neuen Abschnittes staatlicher Gewerbepolitik, in dessen Verlauf die Gewerbefreiheit gewisse Einschränkungen und die Handwerkerkorporationen erhebliche Förderungen erfuhren, war die Novelle vom 17. Juli 1878, welche sich hauptsächlich mit den Lehrlingsverhältnissen beschäftigte und durch einige Einschränkungen⁶⁾ der ehemals völligen Vertragsfreiheit zwischen Handwerksmeistern und deren Personal eine Beseitigung der größten Mißstände im Lehrlingswesen anstrebte.

1) vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 35.

2) Eine ausführliche Darstellung der Aktivitäten der konservativen, innungsfreundlichen, organisierten Handwerkerschaft im 19. Jahrhundert wird vorgelegt in, Dritter Abschnitt, Kollektive Handwerkerverbände - Handwerkbewegung und gewerbepolitische Massenorganisationen im Rahmen der Mittelstandsbewegung (s.S. 167 ff.).

3) vgl. Meusch, Hans; Wernet, Wilhelm: Handwerkbewegung, in, HdSw., 5. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, S. 37.

4) vgl. Boese, Franz: a.a.O., S. 23 ff.

5) vgl. Boese, Franz: a.a.O., S. 31.

6) vgl. Meyer, Georg: Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 3. Bd., Jena 1892, S. 967.

Eine gleichfalls bereits im Reichstag diskutierte Revision der Innungsbestimmungen konnte 1878 aus Zeitgründen nicht mehr entschieden werden, es war jedoch klar, daß mit alsbaldigen Vorstößen in der Innungsfrage zu rechnen war.¹⁾

Parallel zur Arbeiterschutzgesetzgebung²⁾ begann die Phase wachsender Privilegierung der Innungsorganisation mit der Novelle vom 18. Juli 1881, mit deren Hilfe die wieder einigermaßen in Fluß gekommene Innungsbewegung gefördert und unterstützt werden sollte.³⁾ Zur Erreichung dieses Zieles wurde der Aufgabenbereich der Innungen erweitert und örtlich und sachlich genauer fixiert als es in der Gewerbeordnung von 1869 geschehen war. Dabei erwuchsen aus der gebietlichen Einschränkung der Innungen auf Innungsbezirke bestimmter Abmessungen - bisher bestand für deren Ausdehnung völlige Freiheit - Schwierigkeiten einer funktionierenden Übergebietlichen Interessenvertretung, denen der Gesetzgeber durch die Gründungsmöglichkeit von Innungsausschüssen (horizontale Gliederung) und Innungsverbänden (vertikale Gliederung) - auf beide Arten von Innungszusammenschlüssen wird an späterer Stelle noch näher eingegangen - zu begegnen versuchte.⁴⁾ Hinsichtlich des Aufgabenbereichs der Innungen unterschied das Gesetz von 1881 zwischen obligatorischen Aufgaben, wie Pflege des Gemeingeistes, Stärkung der Standesehre, Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen, Fürsorge für Herbergswesen und Arbeitsnachweis der Gesellen, Regelung des Lehrlingswesens, Fürsorge für sittliche und fachliche Ausbildung der Lehrlinge, Schlichtung von Streitigkeiten

-
- 1) So hatte bereits während der Beratung der 1878er Novelle die Zentrumspartei das Fehlen von Überwachungsorganen für das Lehrlingswesen moniert und hierfür "korporative Verbände" empfohlen (vgl. Böttiger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 36 f.).
 - 2) "Die gemeinsame Wurzel der Arbeiterschutzgesetzgebung und der (in Parallele hierzu sogenannten) Handwerkerschutzgesetzgebung in der von Bismarck eingeleiteten Sozialpolitik liegt deutlich zutage und war der zeitgenössischen Literatur durchaus geläufig" (Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 39).
 - 3) vgl. Meyer, Georg: Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 3. Bd., Jena 1892, S. 967.
 - 4) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 79.

zwischen Meistern und Lehrlingen¹⁾ und fakultativen Aufgaben, wie Errichtung von Fachschulen für Lehrlinge, Einrichtungen zur fachlichen Förderung der Meister und Gesellen, Veranstaltungen von Gesellen- und Lehrlingsprüfungen, Gründung gemeinschaftlicher Geschäftsbetriebe und Unterstützungskassen, Errichtung von Schiedsgerichten, Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Meistern und Gesellen.²⁾ Entsprechend der Zuweisung gewisser obrigkeitlicher Funktionen an die Innungen, so etwa der Befugnis, Streitigkeiten zwischen Innungsmitgliedern und Lehrlingen zu schlichten, erhob die Novelle von 1881 die Innungen wieder zu öffentlich-rechtlichen Korporationen.³⁾ Dieser Aufwertung bedurfte es gleichfalls wegen der wohl schwerwiegendsten Privilegierung der Innungen, der in § 100 e des Gesetzes von 1881 eingeräumten Möglichkeit, durch Spruch einer höheren Verwaltungsbehörde als "bewährte" Innung auch über Nichtmitglieder entscheiden zu können, und zwar bei Streitigkeiten aus Lehrverhältnissen und bei der Aufstellung von Lehrlingsvorschriften.⁴⁾

Um den Innungen eine größere Anziehungskraft zu verleihen, erweiterte die Novelle vom 8. Dezember 1884 den § 100 e der Gewerbeordnung, so daß nun "durch Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde den Mitgliedern einer Innung die ausschließliche Befugnis zum Halten von Lehrlingen in dem betreffenden Gewerbe beigelegt werden könne."⁵⁾ Damit war nach

-
- 1) vgl. Klaus, Walter: Darstellung und kritische Würdigung der in Deutschland zum Schutz des Handwerks seit Inkrafttreten der Gewerbeordnung von 1869 erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, Diss. Breslau, Neisse 1906, S. 6.
- 2) vgl. Klaus, Walter: a.a.O., S. 6 f.
- 3) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 75; Hampke, Thilo: Die Innungsentwicklung in Preußen, in, J.f.G., V.u.Vw., N.F., 18. Jg., Leipzig 1894, S. 198.
- 4) vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 39.
- 5) Meyer, Georg: Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 3. Bd., Jena 1892, S. 968.

langen parlamentarischen Auseinandersetzungen der gesamte, bereits 1881 im Reichstag diskutierte Komplex, stärkere Anreize zum Innungsbeitt zu gewähren, Gesetz geworden.

Nachdem es 1886 zu einer Aufwertung der Innungsverbände gekommen war - ihnen konnten durch Beschluß des Bundesrates Korporationsrechte verliehen werden -, ¹⁾ erfolgte am 6. Juli 1887 eine neuerliche Privilegierung der Innungsorganisation, um den bislang enttäuschenden Aufschwung des Innungswesens nochmals zu stimulieren. Nach § 100 f der Novelle von 1887 hatten Innungen nun das Recht, "kraft einer Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde auch Nichtmitglieder zu den Ausgaben für Herbergswesen, für Fachschulen und für Schiedsgerichte heranzuziehen."²⁾ Obgleich es dem Gesetzgeber nicht gelungen war, die erhoffte Erneuerung und Stärkung der Innungsorganisation durch mehrfache Privilegierung derselben herbeizuführen, blieben die Bestimmungen der Gewerbenovelle von 1881 einschließlich derjenigen der Zusatzregelungen von 1884 bis 1887 bis zum Erlaß des grundlegenden Handwerkergesetzes von 1897 in Kraft.

2. Die Entwicklung der Innungen bis zur Jahrhundertwende

Die im vorangegangenen Abschnitt getroffene Feststellung, daß trotz mehrfacher vom Gesetzgeber eingeräumter Anreize zur Erneuerung der Innungsorganisation ein Überzeugendes Echo der Handwerkerschaft und damit die erhoffte Stärkung der Innungsorganisation ausgeblieben war, bedarf weiterer, ins Detail gehender Untersuchungen der Entwicklung des Innungswesens. Dabei werden zunächst die Bewegungen der untersten Organisationseinheiten, also der lokalen aus Handwerksmeistern zusammengesetzten Innungen berücksichtigt, während die gleichfalls zur Gesamtinnungsorganisation gehörenden aus Innungen zusammengesetzten Verbände, also die Innungsausschüsse, Innungsverbände und deren Zentralaus-

1) vgl. Meyer, Georg: Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 3. Bd., Jena 1892, S. 968.

2) ebenda.

schoß eine gesonderte Untersuchung im folgenden Teil, II. Verbände auf korporativer und fachlicher Grundlage,¹⁾ erfahren.

Zunächst sei unser Interesse auf Preußen, das Kernland der innungsfreundlichen Handwerkerbewegung, gerichtet. Mangels statistischer Erhebungen war die Kenntnis der Innungsentwicklung in Preußen für die Zeit unmittelbar nach Einführung der freiheitlichen Gewerbeordnung von 1869 recht unvollkommen. Es war nur allgemein bekannt, daß sich unter den Bestimmungen von 1869 viele Innungen aufgelöst hatten und die weiter bestehenden Korporationen höchstens noch durch ihre Kassen zusammengehalten wurden, also leistungsunfähig dahinvegetierten.²⁾

Eine 1878 vom damaligen preußischen Handelsminister in Auftrag gegebene Erhebung wurde nicht veröffentlicht, so daß ein genauer Überblick über die Innungsentwicklung erst seit dem Beginn regelmäßig durchgeführter Statistiken im Jahr 1882 möglich wurde.

Provinz	Innungen ³⁾										
	1. Dezember										
	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888	1890	1892	1894	1896
Ostpreußen	5	24	41	128	530	678	736	748	754		
Westpreußen	2	77	195	280	355	389	413	435	447		
Brandenburg	9	37	134	421	883	1038	1201	1300	1266		
Stadtkreis Berlin	2	25	42	58	62	64	69	70	70		
Pommern	3	30	96	386	543	628	677	697	708		
Posen	1	59	109	172	421	602	746	773	817		
Schlesien	10	89	221	690	1257	1405	1466	1528	1561		
Sachsen	11	42	122	333	579	739	825	872	917		
Schleswig-Holstein	13	62	93	192	251	291	316	356	356		
Hannover	8	38	97	195	304	385	425	462	480		
Westfalen	5	13	29	83	142	165	186	197	199		
Hessen-Nassau	2	8	14	36	42	58	90	106	107		
Rheinprovinz	15	67	26	139	207	257	274	379	243		
Königreich Preußen	86	567	1289	3186	5576	6699	7424	7823	7925	7925	7940

1) s.S. 73 ff.

2) vgl. Hampke, Thilo: Die Innungsentwicklung ..., a.a.O., S. 198 u. 201.

3) Zusammengestellt nach Hampke, Thilo: Die Innungsentwicklung ..., a.a.O., S. 206; Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, in, J.f.G., V.u.Vw., N.F., 22. Jg., Leipzig 1898, S. 343 f.

Die Zusammenstellung der Innungen läßt erkennen, daß sich die Handwerkschaft mit der Gründung neuer und der Reorganisation bestehender Innungen auch nach Erlaß der Novelle vom 18. Juli 1881 merklich zurückhielt. Erst nach der Novelle vom 8. Dezember 1884 verschwand diese abwartende Haltung zunehmend und im Jahr 1886 erreichte der Zuwachs an Neugründungen und Reorganisationen mit 2390 Innungen seinen höchsten Stand, von dem er bis zum Jahr 1896 beständig fiel. Seit 1892

Provinz	Innungsmitglieder ¹⁾					
	1. Dezember					
	1887	1888	1890	1892	1894	1896
Ostpreußen	14322	15218	15205	14692		
Westpreußen	10006	10707	11183	11155		
Brandenburg	26101	29409	31151	30869		
Stadtkreis Berlin	16958	17294	17972	17650		
Pommern	15130	16085	16718	16510		
Posen	14454	16756	17406	17449		
Schlesien	42909	44928	46441	46361		
Sachsen	19497	21634	21966	22100		
Schleswig-Holstein	8105	8715	9145	8989		
Hannover	10454	11563	12563	12887		
Westfalen	7923	9362	9611	8754		
Hessen-Nassau	2631	3337	3566	2214		
Rheinprovinz	14903	14750	13122	10600		
Königreich Preußen	203398	219758	226049	221337	219175	224956

war die Anzahl der Innungen fast gleich geblieben, die preußische Innungsbewegung schien ihre Expansionskraft erschöpft zu haben. Auch die Tabelle der Innungsmitglieder spricht für diese Beobachtung, denn die Hauptzunahme an Innungsmitgliedern war bis 1890 erfolgt, danach war die Anzahl der Innungsmeister, abgesehen von einigen Schwankungen, im wesentlichen gleich geblieben. Die nachlassende Anziehungskraft der Innungsbewegung erklärte Hampke mit der Enttäuschung vieler Innungsmeister über die nichtgelungene Wiederherstellung alter Zunftverhältnisse

1) Zusammengestellt nach Hampke, Thilo: Die Innungsentwicklung ..., a.a.O., S. 208; Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 343 f.

und des Befähigungsnachweises.¹⁾ Ein weiteres wichtiges Merkmal für die Beurteilung der preußischen Innungsorganisation war ihr Organisationsgrad, also der von den Innungen erfaßte Prozentsatz der Handwerker, der im Jahr 1896, bezogen auf die ungefähre Zahl von 734456 Handwerksmeistern, etwa 31% betrug.²⁾ Hinter diesem Durchschnittswert verbargen sich starke regionale Unterschiede, und zwar lag der Organisationsgrad in vielen östlichen Bezirken über 50%, im Bezirk Posen betrug er sogar 61%, während er nach Westen zu stark abnahm und in der Rheinprovinz durchwegs auf 10% und darunter fiel, in Köln zum Beispiel auf 10,9%, in Düsseldorf auf 7,7%, in Aachen auf 4,6%, in Trier auf 3,2%.³⁾ Die gleiche von Ost nach West schwächer werdende Innungsentwicklung lassen übrigens auch die beiden vorangegangenen Aufstellungen erkennen. Als Ursachen für das Ost-West Innungsgefälle wären einmal die frühzeitige Zerstörung der alten Zünfte durch die "französische" Gewerbefreiheit im Westen anzuführen und zum anderen die gleichfalls im Westen fortgeschrittenere Industrialisierung mit der stärkeren Verbreitung von Großbetrieben im Gefolge.⁴⁾

Ergänzend zur bisherigen quantitativen soll sich nun eine qualitative Betrachtung des preußischen Innungswesens anschließen, eine Untersuchung der von den Innungen tatsächlich in Anspruch genommenen Vorrechte und der eingegangenen Pflichten. Die Anzahl der nach § 100 e⁵⁾ bevorrechteten Innungen, die 1885 nur 137 Innungen oder 4% der damals bestehenden

1) vgl. Hampke, Thilo: Die Innungsentwicklung ..., a.a.O., S. 203.

2) vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 358.

3) vgl. ebenda.

4) vgl. Hampke, Thilo: Die Innungsentwicklung ..., a.a.O., S. 207.

5) Der § 100 e berechnete die Innungen:

1. Streitigkeiten zwischen Handlungslehrlingen und ihren nicht zu Innungen gehörenden Meistern zu entscheiden;
2. die zur Regelung des Lehrlingswesens erlassenen Vorschriften auch auf außerhalb der Innung stehende Handwerker und deren Lehrlinge auszudehnen;
3. Nichtinnungsmeistern das Halten von Lehrlingen zu verbieten (s.S. 61 f.).

3186 Innungen betragen hatte,¹⁾ war bis zum Jahr 1896 auf 1408 Innungen oder 18% des 7940 Innungen zählenden Bestandes angestiegen.²⁾ Allerdings hatten die Behörden nur in seltenen Fällen das weitestgehende Recht des § 100 e, auch Nichttinnungsmeistern das Halten von Lehrlingen verbieten zu können, verliehen.³⁾ Gleichfalls zurückhaltend wurde die Verleihung des § 100 f mit dem Vorrecht, Nichttinnungsmitglieder zu Beiträgen für gewisse Innungseinrichtungen heranziehen zu können, gehandhabt. Im Jahr 1896 besaßen nur 90 preußische Innungen, die wohl auch im Besitz der Rechte nach § 100 e waren, die Vorrechte des § 100 f, so daß die Gesamtheit der privilegierten Innungen in Preußen wiederum bei 18% der Innungen gelegen haben dürfte.

Der Sachverhalt, daß nur eine Minderheit der Innungen bevorrechtigt war, deutete bereits auf ein geringes Leistungsvermögen der preußischen Innungsorganisation hin - die Privilegierung der Innungen war ja an ein gewisses Leistungsniveau gebunden -, was sich beim Auswerten der Innungsstatistik bestätigte. So blieben die Leistungen der Innungen in der Lehrlingsfrage, dem Hauptmotiv der Reformnovellen, mit Gewißheit hinter den Erwartungen des Gesetzgebers zurück, da nach der Gewerbezahlung von 1895 die Innungen nur zwei Fünftel aller gewerblichen Lehrlinge erfaßten und nur etwa die Hälfte aller Innungsmeister eigene Lehrlinge hielt, also persönlich

1) vgl. Hampke, Thilo: Die Innungsentwicklung ..., a.a.O., S. 213.

2) vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 347.

3) vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 345.

an der Lehrlingsfrage interessiert war.¹⁾ Die Innungskrankenkassen hatten zwar eine gewisse Bedeutung erlangt - im Jahr 1895 existierten 545 Innungskassen mit 102 857 Mitgliedern -, innerhalb des gesamten Krankenkassensystems fielen sie jedoch nicht ins Gewicht, denn sie erfaßten nur 1% aller Versicherten und nur 7% aller im Handwerk beschäftigten Lehrlinge und Gesellen.²⁾ Die Innungsschiedsgerichte dagegen schienen völlig bedeutungslos gewesen zu sein, von ihnen existierten im Jahr 1895 nur 474.³⁾ Gleichfalls unerheblich war offenbar die Einrichtung von Gesellenausschüssen geblieben, ihre genaue Zahl ließ sich nicht ermitteln.⁴⁾

Der Beobachtung des Innungswesens in den anderen Bundesstaaten waren auf Grund der weniger ausführlichen statistischen Unterlagen engere Grenzen gesetzt. Ein für das Jahr 1893 (Bundesstaaten ohne Preußen) beziehungsweise 1896 (Preußen) erstellter Zahlenvergleich⁵⁾ der Innungen, Innungsmitglieder und der jeweiligen Organisationsgrade der

1) vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 349.

2) vgl. ebenda.

3) vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 348.

4) vgl. ebenda.

5) Zusammengestellt nach Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 354 f. u. 359.

Bundesstaat	Zahl der Innungen	Zahl der Innungsmit- glieder	Zahl der Handwerks- meister	Organisations- grad der Innun- gen in %
Bayern	226	11 069	167 207	6,6
Kgr. Sachsen	1 283	53 865	127 207	42,3
Württemberg	29	1 121	65 040	1,7
Baden	30	940	45 030	2,1
Hessen	33	1 177	30 562	3,9
Mecklenburg-Schwerin	434	8 102	16 136	50,2
Ghz. Sachsen	89	1 867	10 785	17,3
Mecklenburg-Strelitz	74	1 121	2 986	37,5
Oldenburg	33	1 275	10 015	12,7
Braunschweig	138	4 533	11 387	39,8
Sachsen-Meiningen	65	1 086	9 002	12,1
Sachsen-Altenburg	58	1 246	5 485	22,7
Sachsen-Coburg-Gotha	98	2 560	8 269	31,0
Anhalt	130	3 240	6 939	46,7
Schwarzburg-Sondershausen	23	361	2 402	15,0
Schwarzburg-Rudolfstadt	27	426	3 142	13,6
Waldeck	11	141	1 897	7,4 ¹⁾
Reuß ä.L.	25	2 222	2 098	100,0 ¹⁾
Reuß j.L.	23	1 973	3 487	56,6
Schaumburg-Lippe	6	311	1 287	24,2
Lippe-Detmold	9	165	3 222	5,1
Lübeck	24	742	1 720	43,1
Bremen	31	1 315	3 926	33,5
Hamburg	29	5 208	14 526	35,9
Elsaß-Lothringen	13	342	35 060	1,0
deutsche Bundesstaaten ohne Preußen ²⁾	2 941	106.408	588 817	18,1
Preußen ³⁾	7 940	224 956	734 456	30,7
Deutsches Reich	10 881	331 364	1 323 273	25,0

- 1) Wenn die Anzahl der Innungsmitglieder für Reuß ä.L. richtig angegeben wurde, dann enthielt sie wahrscheinlich einen hohen Prozentsatz von Nichthandwerkern, wie z.B. Kaufleuten (vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 359).
- 2) Die Zahlenangaben für die Bundesstaaten galten für den 1. März 1893 (vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 354).
- 3) Die Zahlenangaben für Preußen galten für den 1. Dezember 1896 (vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 347).

Innungen soll eine Betrachtung der Innungsentwicklung über einen längeren Zeitraum ersetzen. Die vergleichende Übersicht über die Zahl der Innungen und der ihnen zugehörigen Mitglieder bestätigte nochmals die führende Rolle Preußens innerhalb der Innungsbewegung. Im übrigen Deutschland hatte Sachsen weitaus die meisten Innungen und Innungsmitglieder, Mecklenburg-Schwerin folgte mit Abstand, wies aber gleichfalls zahlreiche Innungen auf, während sich Bayern durch wenige, sehr starke Innungen von den restlichen Staaten abhob, die hinsichtlich der absoluten Zahlen ihrer Innungen und Innungsmitglieder stark abfielen. Bei Heranziehen des Organisationsgrades der Innungen in den einzelnen Ländern - das begrenzte Aussagevermögen dieser relativen Zahlen als Kriterium für die Bedeutung der Innungen wurde bereits bei der Abhandlung der preußischen Verhältnisse deutlich - zeigte sich wiederum wie in Preußen, daß die Innungsbewegung hauptsächlich in den östlichen und nördlichen Gebieten Fuß gefaßt hatte, weniger im Westen und im Süden. Ein weiterer aus der Tabelle nicht ersichtlicher regionaler Unterschied bestand darin, daß sich die Innungen im Osten relativ gleichmäßig über das Gebiet ausdehnten, das heißt, sich stark auf die Kleinstädte stützten - das platte Land besaß ja kaum Innungen - während sie im Westen und Süden überwiegend großstädtisch waren.¹⁾ Diese unterschiedliche Entwicklung des Innungswesens wird verständlich vor dem verschiedenen historisch kulturellen Hintergrund der einzelnen deutschen Gebiete. Im Westen war, wie bereits erwähnt, die Gewerbefreiheit früher und radikaler durchgesetzt und später meist beibehalten worden, und die industrielle Entwicklung war weiter fortgeschritten als in den anderen Gebieten.²⁾ Im Osten traf außerdem der Innungsgedanke auf die innungsfreundliche Einstellung der herrschenden konservativen Partei und der

1) vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 363 f.

2) vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 364.

preußischen Regierung, während im Westen der Einfluß der liberalen Parteien und im Süden die Abneigung einiger Regierungen innewohnend gewirkt haben dürften.¹⁾ Auch das im Süden, teils auch im Westen bodenständige Gewerbevereinswesen, das zudem mit der Innungsbewegung verfeindet war, dürfte einer stärkeren Ausbreitung der Innungsorganisation in diesen Gebieten entgegengestanden haben.²⁾

Der in der Tabelle für das gesamte Reichsgebiet ausgewiesene Organisationsgrad der Innungen von 25%³⁾ (in Preußen 31%) konnte in Anbetracht der vom Gesetzgeber mehrfach ausgesprochenen Ermunterungen zur Erneuerung der Innungsorganisation schwerlich als überzeugender Erfolg gewertet werden. Die Erfassung von 25% der Handwerksmeister durch die Innungen erschien jedoch im wesentlich günstigeren Licht bei Berücksichtigung der Umstände, daß über zwei Fünftel aller Handwerksmeister

1) vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen ..., a.a.O., S. 364.

2) vgl. ebenda.

3) Die Schätzungen des Organisationsgrades der Innungen klappten vor Erlaß des Handwerkergesetzes von 1897 mangels eindeutiger statistischer Unterlagen stark auseinander.

Böttger ging von einer falschen Zahl der Handwerker aus und kam zu der irrtümlichen Schätzung von 10%, die zeitweise allgemeine Gültigkeit besaß (vgl. Böttger, Hugo: Das Programm der Handwerker, Braunschweig 1893, S. 129);

Voigt errechnete zunächst 30% (Voigt, Paul: Die Hauptergebnisse der neuesten deutschen Handwerkerstatistik, in, J.f.G., V.u.Vw., N.F., 21. Jg., Leipzig 1897, S. 1004 f.), berichtete sich dann jedoch und wies 25% aus (vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 357);

Hampke berichtete sich gleichfalls von ursprünglich geschätzten 15,8% auf 25% (vgl. Hampke, Thilo: Die deutschen Handwerkerorganisationen, in, J.f.G., V.u.Vw., N.F., 27. Jg., Leipzig 1903, S. 599), während Grätzer eine Schätzung des Organisationsgrades der Innungen wegen der fehlenden Gesamtstatistik ablehnte (vgl. Grätzer, Rudolf: Zur Statistik der Innungsmeister unter den deutschen Handwerkern, in, J.f.G., V.u.Vw., N.F., 22. Jg., Leipzig 1898, S. 332).

auf dem Lande wohnten, also schwer organisierbar waren¹⁾ und daß nur etwa die Hälfte aller Meister Personal beschäftigte, also größeres Interesse an Innungen haben mußte.²⁾ Hinsichtlich der Leistungen der Innungsorganisation im Reichsgebiet scheint Skepsis angebracht, da sich nur etwa 15% aller Innungen (in Preußen 18%) für eine Privilegierung mittels der Paragraphen 100 e und 100 f qualifiziert hatten.³⁾

3. Die einzelnen Innungstypen

In der bisherigen Abhandlung wurde nicht jeweils besonders darauf hingewiesen, daß es sich bei den "Innungen" keineswegs immer um gleichartige Organisationen handelte, sondern daß auch nach der reichseinheitlichen Gewerbeordnung von 1869 unterschiedliche Innungstypen nebeneinander bestanden.

In chronologischer Reihenfolge ihrer Entstehung lassen sich folgende Unterscheidungen treffen: zunächst gab es landesrechtliche Innungen, die nach gewissen Satzungsänderungen von der Gewerbeordnung von 1869 übernommen wurden und zu denen Neugründungen auf Grund der 1869er Bestimmungen hinzutraten. Beide Innungsarten waren rechtsfähige Körperschaften, über ihre Rechtsverhältnisse enthielt die Gewerbeordnung von 1869 jedoch nur dürftige Vorschriften.⁴⁾ Mit der Gewerbenovelle von 1881 kamen zu den bereits bestehenden Innungen abermals neue Innungen, diesmal mit gesetzlich formulierten obligatorischen und fakultativen Aufgaben betraut, und als öffentlich-rechtliche Korporationen eingerichtet. Es bestand die Absicht, die alten, auf den Bestimmungen von 1869 basierenden Innungen allmählich in die Form der 1881 geschaffenen neuen Innungen überzuführen.⁵⁾

1) vgl. Hampke, Thilo: Die deutschen Handwerkerorganisationen, a.a.O., S. 600.

2) vgl. ebenda.

3) vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen ..., a.a.O., S. 356.

4) vgl. Meier, Georg: Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 3. Bd., Jena 1892, S. 977.

5) vgl. ebenda.

Je nach Verwirklichung des fachlichen Organisationsprinzips lassen sich weiterhin unterscheiden: gemischte Innungen, also Innungen, die Handwerksmeister verschiedener Berufe auf der Basis der Freiwilligkeit zusammenfaßten, und Fachinnungen, in denen nur Mitglieder des gleichen Berufes, gleichfalls freiwillig, organisiert waren. Der Typ der gemischten Innung wurde vor 1881 häufiger gewählt, als die Innungsaufgaben noch nicht vom Gesetzgeber vorgegeben waren und "die Betätigung sich häufig in der Pflege allgemeiner handwerkspolitischer Bestrebungen erschöpfte"¹⁾ und der Geselligkeit oft erhebliche Bedeutung zukam.²⁾ Die Leistungsfähigkeit der gemischten Innung wurde zum Teil recht kritisch beurteilt, wobei allerdings zu berücksichtigen wäre, daß dieser Innungstyp für die kleinen Orte wohl die optimale Organisationsmöglichkeit bot.³⁾ Von der gemischten Mitgliedschaft und von der allgemein gehaltenen Aufgabenstellung her zeigte die gemischte Innung eine gewisse Ähnlichkeit mit den Gewerbevereinen.⁴⁾ In größeren Orten mit einer hinreichend großen Zahl von Handwerkern eines Gewerbes, also potentiellen Mitgliedern, scheint die freie Fachinnung der von den Handwerkern bevorzugte Innungstyp gewesen zu sein. Dazu hatte wohl auch beigetragen, daß der Gesetzgeber mit der Gewerbenovelle von 1881 die freie Fachinnung privilegiert hatte. Einen wesentlichen Vorteil gegenüber der gemischten Innung bot die freie Fachinnung nach Ansicht der Regierung dadurch, daß in diesem Innungstyp durch Zusammenfassen gleichberuflicher Handwerker eine gleichartige Interessenlage der Mitglieder gegeben war, die einen hinreichenden Anreiz zur gemeinsamen Mitarbeit bot.⁵⁾

1) Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 75.

2) vgl. ebenda.

3) vgl. Stieda, Wilhelm: Innungen, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 1356.

4) vgl. Zweiter Abschnitt, Individuelle, gemischte Handwerksverbände - Gewerbevereinswesen, S. 81 ff.

5) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 75.

II. Verbünde auf korporativer und fachlicher Grundlage

1. Entstehung und Funktionen von Innungsausschüssen, Innungsverbänden und des Zentralausschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands in Berlin

Als der Handwerkerschaft mit fortschreitender Industrialisierung überlokale Bedürfnisse nach intensiverer berufsständischer und wirtschaftlicher Kooperation und umfassenderer fachlicher Interessenwahrnehmung entstanden, konnten die lokalen fachlichen Zusammenschlüsse zu Innungen und seltener zu freien Fachvereinen¹⁾ nicht länger genügen. Diejenigen Handwerksmeister, denen die vom industriellen Wirtschaftssystem gewandelte Bedürfnislage bewußt wurde, vereinigten sich nun zu überlokalen Zusammenschlüssen, zu räumlich begrenzten Regional- und zu nichtbegrenzten Fachverbänden. Aus der Vielfalt regionaler Verbände unterschiedlichster Gebietsabgrenzung wurden die aus Innungen zusammengesetzten Innungsausschüsse herausgegriffen - eine Darstellung der Gesamtheit fachlicher Regionalverbände ginge über den Rahmen der Untersuchung hinaus -, während bei den Fachverbänden die gleichfalls aus Innungen bestehenden Innungsverbände untersucht wurden, wobei unberücksichtigt blieb, ob es sich um reine Innungsverbände handelte, oder um solche gemischten Charakters, die Innungen und Einzelmitglieder aufnahmen. Daneben bestanden noch Fachverbände aus freien Fachvereinen und Einzelmitgliedern und solche mit lediglich individueller Mitgliedschaft, die teilweise den zahlenmäßig schwächeren Berufen angehörten oder nicht mehr zum Handwerk zu zählen waren, bei denen es sich also überwiegend um Randerscheinungen handwerklicher Organisationsbildung handelte, so daß ihre Außerachtlassung gerechtfertigt erschien. Allgemein ließ sich feststellen, daß das Or-

1) Bei den freien Fachvereinen handelte es sich um west- und süddeutsche, hauptsächlich in Baden und Württemberg beheimatete Selbsthilfeorganisationen des Handwerks, die sich nur geringfügig von den Innungen unterschieden, und zwar durch ihre willkürliche Aufgabenstellung und das Fehlen staatlicher Privilegien.

ganisationsbedürfnis der Handwerker im Fachbereich besonders stark war, gleichzeitig aber zu einer starken Zersplitterung der fachlichen Organisation geführt hatte, so daß das "Nebeneinander konkurrierender Verbände desselben Berufszweiges nicht selten war."¹⁾

Zur wirksameren Vertretung gemeinsamer, regionaler Interessen empfahl die Gewerbenovelle vom 18. Juli 1881 der in Innungen organisierten Handwerkerschaft den horizontalen Zusammenschluß zu Innungsausschüssen, also zu Verbänden aus Innungen unterschiedlicher Gewerbe, die der gleichen Verwaltungsbehörde unterstanden, wodurch das Einzugsgebiet der Innungsausschüsse eine Stadt, einen Ort mit näherer Umgebung oder einen Kreis umfaßte.²⁾ Diesen Regionalverbänden konnten neben der Interessenwahrnehmung für die Mitgliedsinnungen auch ursprünglich bei den Innungen liegende Aufgaben übertragen werden, wie zum Beispiel die Errichtung und Verwaltung von Schiedsgerichten, Herbergen und Arbeitsnachweisen.³⁾

Als Ergänzung ihrer horizontalen Gliederung empfahl der Gesetzgeber in der Novelle von 1881 den Innungen die Gründung weiterer vertikaler Innungszusammenschlüsse,⁴⁾ der Innungsverbände, die durch die Novelle

1) Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 81.

2) vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 351.

3) vgl. Hampke, Thilo: Die Innungsentwicklung ..., a.a.O., S. 209.

4) Der größte Teil der bereits bestehenden fachlichen Handwerkervereinigungen hatte von der in der Novelle von 1881 erstmals angebotenen Möglichkeit der Errichtung von Innungsverbänden Gebrauch gemacht und Umgründungen durchgeführt (vgl. Hampke, Thilo: Die Innungsentwicklung ..., a.a.O., S. 210). Damit werden die vor 1881 liegenden Gründungsdaten einiger Innungsverbände verständlich. Früheste Gründungen waren:

1867 Verband deutscher Müller,
1873 Verband deutscher Klempner und Installateure,
1874 Germania-Verband deutscher Bäckerinnungen,
1875 Deutscher Fleischerverband,
1876 Verband deutscher Schmiedeeinnungen,
1879 Innungsverband deutscher Tapezierer und verwandter Gewerbe

(vgl. Wernet, Wilhelm: Gewerbepolitik, a.a.O., S. 73).

von 1886 nochmals hervorgehoben wurden, als ihnen die Möglichkeit des Erwerbs von Korporationsrechten eingeräumt wurde.¹⁾ Bei den Innungsverbänden handelte es sich um regionale, territoriale oder über das gesamte Reichsgebiet ausgedehnte Vereinigungen von Innungen meist gleicher Gewerbe, die im Auftrag ihrer Mitgliedsinnungen verantwortlich sein konnten für Gesellenherbergen, Arbeitsnachweise, Fachschulen, sonstige Fortbildungseinrichtungen, gemeinschaftliche Geschäftsbetriebe, Unterstützungs-, Kranken- und Sterbekassen.²⁾ Zusätzlich zu den bisher genannten Aufgaben nahmen die Innungsorganisationen, namentlich die Innungsverbände, Arbeitgeberinteressen wahr, da sich auch die Handwerksmeister seit dem Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung gegen Ende der 1880er Jahre und nach dem Fortfall des Sozialistengesetzes (1890) zunehmender Streikgefahr und wachsendem Lohndruck ausgesetzt sahen.³⁾ Allerdings war die Wahrnehmung von Arbeitgeberfunktionen durch die Innungsverbände höchst problematisch. Die einseitige Parteinahme für die Handwerksmeister und gegen die Handwerksgesellen geschah gegen die ausdrückliche gesetzliche Verpflichtung der Innungsorganisationen, ein gedeihliches Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen zu fördern, und bot den Aufsichtsbehörden Handhabe, gegen die betreffenden Verbände vorzugehen.⁴⁾

1) vgl. Meyer, Georg: Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 419.

2) vgl. Hampke, Thilo: Die Innungsentwicklung ..., a.a.O., S. 200.

3) vgl. Kessler, Gerhard: Die deutschen Arbeitgeberverbände, Leipzig 1907, S. 20.

4) So hatte z.B. der Berliner Polizeipräsident im Jahr 1902 einem jahrelang aus offiziellen Innungsbeiträgen gespeisten Streikabwehrfonds des Zentralverbandes deutscher Bäckerinnungen, Germania, für ungesetzlich erklärt und einem vom gleichen Verband geplanten Zentralarbeitsnachweis die Gründungsgenehmigung verweigert; in beiden Fällen, weil gegen die gesetzlich geforderte Ausgleichsfunktion zwischen Meistern und Gesellen verstoßen wurde (vgl. Kessler, Gerhard: a.a.O., S. 15).

Als Ausweg aus dieser Konfliktsituation bot sich den Innungsorganisationen die Ausgliederung und Übertragung der Arbeitgeberfunktionen auf eigens gegründete Arbeitgeberverbände an, ein Vorgehen, zu dem sich der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister bereits 1899 entschloß,¹⁾ die meisten Innungsverbände jedoch erst nach der Jahrhundertwende.²⁾ Abschließend läßt sich feststellen, daß der Hauptvorzug der Innungsverbände in ihrer größeren Finanzkraft und erweiterten Operationsbasis für die genannten Aufgaben lag.

Der Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands in Berlin wurde am 15. Dezember 1884 durch die Vorstände von 14 Fachverbänden gegründet,³⁾ mit dem Ziel, die Interessen der deutschen Innungsverbände zu vertreten und das Innungswesen auf der Grundlage der geltenden Gewerbeordnung auszuweiten und zu unterstützen, also die Möglichkeiten der Innungsnovellen voll auszuschöpfen.⁴⁾ In der Folgezeit veranstaltete dieser Oberverband deutscher Innungsverbände

-
- 1) Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister hatte 1899 den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gegründet (vgl. Kulemann, W.: Die Berufsvereine, 1. Abt., 3. Bd., Jena 1908, S. 115).
 - 2) Von den Arbeitgeberverbänden, die von Innungsverbänden gegründet wurden, seien herausgegriffen:
der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe wurde 1902 vom Bund deutscher Tischlerinnungen gegründet (vgl. Kulemann, W.: a.a.O., S. 111);
die Schutzgemeinschaft im Verbands deutscher Klempner- und Installateurinnungen wurde 1906 vom Verband deutscher Klempner- und Installateurinnungen gegründet (vgl. Kulemann, W.: a.a.O., S. 118 f.);
der Arbeitgeberschutzverband für das Bäckergewerbe wurde 1906 vom Zentralverband deutscher Bäckerinnungen, Germania, gegründet (vgl. Kulemann, W.: a.a.O., S. 130 f.).
 - 3) Nach Hampke hatte sich der Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände aus der Mitte des gleichfalls 1884 gegründeten Innungsausschusses der vereinigten Innungen Berlins gebildet, ohne jedoch von diesen abhängig gewesen zu sein (vgl. Hampke, Thilo: Die Innungsentwicklung ..., a.a.O., S. 209).
 - 4) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 379.

eine Reihe von Innungstagen,¹⁾ auf denen, abgesehen von der Diskussion allgemeiner, das Handwerk interessierender Themen, wie Kranken- und Unfallversicherung, Gefängnisarbeit, Militärwerkstätten, Submissionswesen, Hausierhandel, Konsumvereine usw., Stellungnahmen zu den aktuellen Organisationsproblemen und zu den verschiedenen Gewerbegesetzentwürfen erarbeitet und an Regierung, Verwaltung und Öffentlichkeit weitergeleitet wurden. Bei seiner handwerkspolitischen Tätigkeit stand der Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands teilweise in engem Kontakt mit dem Allgemeinen deutschen Handwerkerbund, von dem er sich in der Programmatik nur geringfügig unterschied. Der Zentralausschuß stand mehr auf dem Boden der Gewerbegesetzgebung, akzeptierte die fakultative Innung und sah im Befähigungsnachweis nach einer vorherigen korporativen Einigung des Handwerkerstandes nur den letzten Schritt, während der Handwerkerbund die obligatorische Innung und den Befähigungsnachweis umgehend forderte.²⁾

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten sich innerhalb der politisch aktiven Handwerkerschaft folgende gegensätzliche, einander bekämpfende Gruppierungen herausgebildet. Aus der innungsbejahenden Handwerkerschaft waren als Oberverbände der bereits charakterisierte Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands hervorgegangen, dem sich übrigens die hansestädtischen Gewerbekammern angeschlossen hatten, und der Allgemeine deutsche Handwerkerbund, denen der Repräsentant der liberal eingestellten Gewerbevereinsbewegung, der

1) Der Zentralausschuß hatte 1885, 1888 und 1890 je einen deutschen Innungstag in Berlin veranstaltet und gemeinsam mit dem Allgemeinen deutschen Handwerkerbund 1892, 1894 und 1897 (?) je einen deutschen Innungs- und allgemeinen Handwerkertag gleichfalls nach Berlin einberufen (vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 1107 f.; Biermer, M.: Mittelstandsbewegung, in, HdSt., 5. Bd., Jena 1960, S. 820).

2) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 379 f.

Verband deutscher Gewerbevereine, gegenüberstand, der sich für eine freiheitliche Lösung der Handwerkerprobleme und gegen das Zwangsprinzip einsetzte.¹⁾ Nähere Einzelheiten über die Auseinandersetzungen beider Verbandsgruppierungen um eine Neuordnung der Gewerbeordnung, die in voller Intensität seit etwa 1890 entbrannt waren, werden in dem eigens die berufspolitischen Handlungen und Ereignisse zur Realisierung bestimmter Ordnungssätze im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben zusammenfassenden dritten Abschnitt über die Handwerkbewegung²⁾ wiedergegeben.

2. Die weitere Ausbreitung der korporativen und fachlichen Verbände

Nach den Untersuchungen von Hampke und Voigt hatten die Innungsausschüsse nur in Preußen eine gewisse Bedeutung erlangt, und zwar bestanden dort

im Jahr 1887	63 Innungsausschüsse ³⁾
im Jahr 1890	133 Innungsausschüsse ⁴⁾
im Jahr 1896	139 Innungsausschüsse ⁵⁾ ,

während es in den übrigen Bundesstaaten nur in geringem Umfang zur Gründung von Innungsausschüssen gekommen war. Von den 1896 im gesamten Reichsgebiet existierenden 162 Innungsausschüssen entfielen, wie bereits erwähnt, allein 139 Ausschüsse auf Preußen und nur 23 Ausschüsse auf die restlichen Bundesstaaten,⁶⁾ davon sieben auf das Königreich Sachsen, je drei auf Anhalt, Bayern und Braunschweig, auf Coburg-Gotha zwei und auf Baden, Bremen, Hamburg, Hessen und Sachsen-Altenburg je ein Innungsausschuß.⁷⁾ Die Zahl der angeschlossenen Innungen und ihrer Mitglieder wurde nicht bekannt.

1) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 1109 f.

2) vgl. Dritter Abschnitt, B. III. Die entscheidenden Auseinandersetzungen mit der liberalen organisierten Handwerkerschaft um eine grundlegende Neuordnung der Gewerbeordnung, s.S. 213 ff.

3) vgl. Stieda, Wilhelm: Innungen, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 588.

4) vgl. ebenda.

5) vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 356.

6) vgl. ebenda.

7) vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 354 ff.

Im Gegensatz zu den Innungsausschüssen fanden die Innungsverbände bei der in Innungen organisierten Handwerkerschaft beträchtlichen Anklang, so daß sich für das Jahr 1890, neben einer Anzahl regionaler Verbände, bereits 27 Innungsverbände nachweisen ließen, die sich über das gesamte Reichsgebiet erstreckten.¹⁾ Nähere Einzelheiten wurden allerdings nur über 19 Innungsverbände bekannt, die 1890 ihren Sitz in Berlin hatten und denen 2758 Innungen mit insgesamt 93 708 Mitgliedern angehörten.²⁾ Von den restlichen, außerhalb Berlins verwalteten

Innungsverbände ³⁾	Zahl der beteiligten			
	Innungen	Innungs- mitglie- der	Einzel- mitglie- der	Verbands- mitglie- der
Schneider	276	12 082	-	12 082
Schuhmacher	302	20 115	-	20 115
Sattler, Riemer, Täschner	59	1 439	-	1 439
Schmiede	141	5 144	7	5 151
Glaser	64	1 494	20	1 514
Schornsteinfeger	55	1 773	-	1 773
Barbiere, Friseure u. Perückenmacher	291	8 655	-	8 655
Friseure	32	600	162	762
Tischler	124	6 138	-	6 138
Bäcker	886	21 865	137	22 002
Dach-, Schiefer-, Blei- u. Ziegeldecker	14	244	14	258
Kürschner	14	219	17	236
Stellmacher u. Wagner	61	2 327	17	2 344
Buchbinder	35	1 288	70	1 358
Baugewerksmeister	244	5 226	-	5 226
Drechsler	24	967	9	976
Korbmacher	24	711	31	742
Schlosser	92	3 132	4	3 136
Steinsetzer	20	289	-	289
Summe	2 758	93 708	488	94 196

1) vgl. Hampke, Thilo: Die deutschen Handwerkerorganisationen, a.a.O., S. 624.

2) vgl. ebenda.

3) ebenda.

Verbänden war nur der Deutsche Fleischerverband mitgliedsstark - er besaß etwa 80 % der bekannten Mitgliedsstärke des Bäckerverbandes -, so daß im Jahr 1890 die Anzahl der von den 27 Reichsinnungsverbänden insgesamt repräsentierten Verbandsmitglieder ungefähr 145 000 Personen betragen haben dürfte.

Zweiter Abschnitt

Individuelle, gemischte Handwerkerverbände - Gewerbevereinswesen

Das Gewerbevereinswesen, dessen älteste Vereinigungen ins 18. Jahrhundert hinüberreichten, verdankte seine Entstehung hauptsächlich der Initiative von Nichthandwerkern - Persönlichkeiten aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft - und kann als Reaktion auf die heraufziehende hochkapitalistische Wirtschaft verstanden werden. Die mit der Herausbildung neuer zeitlicher Staats- und Wirtschaftsverhältnisse entmachtete alte Zunft- und Innungsorganisation wurde durch das, auf den Prinzipien der Freiwilligkeit, Selbsthilfe und individuellen Vorgehens, also kurz einer liberalen Anschauung aufbauende Gewerbevereinswesen ergänzt, das seine Hauptaufgabe darin sah, die Handwerker für den modernen gewerblichen Konkurrenzkampf durch Vermittlung technischer und gewerblicher Bildung individuell zu stärken. Darüberhinaus ermöglichten die Gewerbevereine ihren Handwerksmitgliedern - auf Grund obiger Aufgabenstellung wurden Überwiegend Handwerksmeister, beziehungsweise selbständige Handwerker angesprochen - ein Zusammengehen im organisierten Verband mit handwerklichen Genossen, wenn auch nicht in der traditionellen beruflichen Einheitlichkeit, sondern in einer bislang ungewohnten Auflockerung durch die Mitgliedschaft von Handwerkern verschiedener Berufszweige, und sogar von Nichthandwerkern. Gerade in dieser gemischten Mitgliedschaft, die zur Mitarbeit von Staatsbeamten, Lehrern, Ingenieuren, Industriellen und anderen Berufen führte und einen breiten und fruchtbaren Erfahrungsaustausch der ver-

schiedenen Berufskreise und Gesellschaftsschichten zu Gunsten des Handwerks ermöglichte, lagen die Vorzüge des Gewerbevereinswesens. An diesem Sachverhalt der Mitgliedschaft von Nichthandwerkern knüpften aber gleichzeitig auch die antiliberal eingestellten Innungen und die im dritten Abschnitt abgehandelte, gleichfalls antilibérale Handwerkerbewegung ihre gegen das liberale Gewerbevereinswesen gerichteten Vorwürfe.

Im anschließenden zweiten Abschnitt über das Gewerbevereinswesen wird die Untersuchung der individuellen, gemischten Handwerkerverbände anhand ausgewählter Gewerbevereinstypen - in der Reihenfolge, Lokal- und Bezirksverband, Landesverband, Oberverband - durchgeführt und mittels Abhandlungen über die bedeutendsten Gewerbevereinsbewegungen und einer weniger bedeutenden Bewegung als Gegenbeispiel - den süddeutschen Gewerbevereinsbewegungen, vor allem derjenigen Bayerns und außerdem der preußischen Bewegung - ergänzt, dergestalt, daß Vergleiche sowohl zwischen den einzelnen, bedeutenden, regionalen Gewerbevereinsbewegungen, als auch Aussagen über die deutsche Gewerbevereinsbewegung insgesamt möglich sind. Dabei wurde die für die Untersuchung vorgegebene zeitliche Begrenzung zum Teil geringfügig überschritten, um schwieriger einzusehende Literatur nicht gänzlich unter den Tisch fallen zu lassen.

A. Der Polytechnische Zentral-Verein für Unterfranken und Aschaffenburg zu Würzburg

I. Hintergründe der Vereinsentstehung und Zielsetzungen

1. Allgemeine Hintergründe

Am 10. August 1806 wurde in Würzburg die Gesellschaft zur Vervollkommnung der mechanischen Künste errichtet. Diese Gewerbevereinsgründung zählt zu den frühesten in Deutschland¹⁾ (zweitältester Verein von Bayern). Sie fiel in eine Zeit, in der es den absoluten Staaten bereits überall gelungen war, das autonome Moment der Zünfte zurückzudrängen, zu Gunsten einer alle Lebensäußerungen der Staatsbürger umfassenden Reglementierung und Aufsicht durch den Staat. Die Zünfte wurden zwar in den meisten Ländern nicht aufgehoben,²⁾ aber sie gingen fast aller ihrer Privilegien verlustig. Nur ihre berufsordnende und soziale Funktion blieb meist anerkannt. Die Gründung eines Gewerbevereins war ausschließlich von der Erteilung der staatlichen Genehmigung zur Errichtung des Vereins abhängig, etwaige Widerstände der Zünfte wären unerheblich gewesen.

1) Die ältesten deutschen Gewerbevereine:

Gesellschaft zur Beförderung der schönen Künste und nützlichen Gewerbe, 1765 Hamburg;

Gesellschaft zur Beförderung der vaterländischen Industrie, 1792 Nürnberg;

Gesellschaft zur Vervollkommnung der mechanischen Künste, 1806 Würzburg.

2) Für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts läßt sich keine genaue Aussage über das deutsche Handwerksrecht machen. Zunftaufhebungen und Zunftwiedereinführungen, Schwächung und Stärkung ihrer Privilegien lösten sich ab.

Die Entstehung der Würzburger Gesellschaft fiel in das Jahr des Regierungsantritts eines neuen Regenten von Würzburg,¹⁾ der seinen Amtsantritt wohl nicht mit unpopulären Maßnahmen, wie dem Verbot der Gründung der Gesellschaft, belasten wollte.²⁾ Auch die Bevölkerung brachte dem Verein die für eine günstige Entwicklung erforderliche Aufgeschlossenheit entgegen, offenbar wurde die damalige politische Konstellation optimistisch beurteilt und die Umwälzungen³⁾ im Anschluß an die französische Revolution erschienen abgeschlossen.

Der Stifter der Gesellschaft, Dr. Oberthür, motiviert sein Vorhaben wie folgt: "Viele aus den hiesigen Bürgerklassen bemerkten schon längst mit Bedauern, wie weit man noch in unserer Stadt im guten Geschmacke, im Erfindungsgeiste, im Gewerbefleiß zurück sei. Sie beklagten den Schlendrian eines großen Teils der Handwerker bei allen ihren Arbeiten, ihren vorurteilvollen Zunftgeist, und den

-
- 1) Der Friede von Pressburg am 26. Dezember 1805 bestimmte die Herausgabe des Würzburger Gebietes durch Bayern, zur Errichtung eines selbständigen Staates, des Großherzogtums Würzburg, unter Führung des bisherigen Kurfürsten von Salzburg, des Erzherzogs Ferdinand von Toskana, der von seiner Herrschaft in Toskana her als aufgeschlossen gegenüber freiheitlichen Ideen galt (vgl. Rössler, H.; Franz, G.: Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte, München 1958, S. 1284).
 - 2) vgl. Der polytechnische Verein zu Würzburg in den ersten fünfzig Jahren seines Bestehens. Eine Festgabe zur fünfzigjährigen Stiftungsfeier, Würzburg 1856, S. 2.
 - 3) Durch den Frieden von Lunéville 1803 wurde das geistliche Fürstentum Würzburg aufgelöst. Die Würzburger Gebiete kamen zu Bayern als Entschädigung für an Frankreich verlorene linksrheinische Gebiete. Der Friede von Pressburg 1805 bestimmte, daß Würzburg wieder von Bayern gelöst und zu einem selbständigen Staat erhoben wurde. Würzburg trat 1806 dem Rheinbund bei.

damit verbundenen Mangel an zweckmäßiger Leistung, an guten Mustern. So sollte denn auf die mechanischen Künste und Handwerk gewirkt, und der Geschmack derselben, sowie ihr Wohlstand erhöht und verbessert werden."¹⁾

2. Gründung des Vereins

a) Der Initiator der Gründung

Die Initiative zur Vereinsgründung ging ausschließlich von dem geistlichen Rat, Prof. Dr. Oberthür aus, der sich der tatkräftigen Mitarbeit des Kämmerers des Regenten von Würzburg, Freiherrn Franz von Hutten,²⁾ sichern konnte.

Nach den Vorstellungen der Gründungsmitglieder sollte die Vereinigung als Bürgerverein Mitglieder aus allen Ständen haben, Meister aller mechanischen Künste, Kenner und Freunde derselben, und sollte auf die Vervollkommnung der mechanischen Künste und Förderung jeder Bürgertugend hinarbeiten.³⁾

b) Durchführung der Gründung

Nachdem Dr. Oberthür potentielle Vereinsmitglieder für die Errichtung einer Gesellschaft zur Vervollkommnung der mechanischen Künste interessiert hatte, lud er sie am 10. August 1806 zu einer ersten Besprechung seines Vereinsprogrammes ein. In einer Rede erläuterte der Stifter den Eingeladenen nochmals seine Gedanken und Beweggründe und forderte sie auf, die Gründung des Vereines durch ihre Unterschrift zu vollziehen.

-
- 1) Oberthür, Franz: Der großherzoglichen Gesellschaft zur Vervollkommnung der mechanischen Künste und Handwerker zu Würzburg Geschichte und Statuten. Würzburg 1809, S. 12 f.
 - 2) Freiherr von Hutten stellte dem jungen Verein für die Anlaufzeit sein Haus und seine Bibliothek zur Verfügung und fungierte zu Anfang als Kontaktmann zwischen Verein und Regierung.
 - 3) vgl. Oberthür, Franz: a.a.O., S. 1; Der polytechnische Verein ..., a.a.O., S. 5 und 8.

Sämtliche Anwesenden, alles freiwillig zusammengetretene Bürger (Gewerbetreibende und Freunde des Gewerbestandes) von Würzburg, unterschrieben.

c) Verbindungen zu den zwei älteren deutschen Gewerbevereinen

Da die Würzburger Gesellschaft zu den ältesten deutschen Gewerbevereinen zählt, ist es interessant, der Frage nachzugehen, ob diese Gründung eine originale Leistung des Stifters war, oder ob ihm ältere Gesellschaften bekannt waren und mit zu seinem Vorhaben anregten. Bei der Suche nach Zusammenhängen zwischen den drei ältesten deutschen Gewerbevereinen ließ sich folgendes feststellen:

Die im Jahre 1765 in Hamburg gegründete Gesellschaft zur Beförderung der schönen Künste und nützlichen Gewerbe war das Vorbild für die 1792 in Nürnberg errichtete Gesellschaft zur Beförderung der vaterländischen Industrie.¹⁾ Die Statuten der Hamburger Vereinigung wurden fast wörtlich von den Nürnbergern übernommen.

Die Untersuchung der Würzburger Unterlagen erbrachte den Beweis, daß die Hamburger Vereinigung auch für die Würzburger Gründung das Vorbild war. In der Festschrift anlässlich des 50jährigen Bestehens des Vereins heißt es: "Oberthür hatte schon im Jahre 1790 auf einer Reise durch Hamburg von dem gemeinnützigen Streben dieser Gesellschaft persönlich Kenntnis genommen und ihre fruchtbringende Thätigkeit nach seiner Rückkehr in öffentlichen Blättern anerkennend hervorgehoben. Jetzt nach der Stiftung des diesseitigen Vereins rühmte er sie als das Vorbild, dem er nachgestrebt, ..." ²⁾

1) vgl. Aus dem Nürnberger Gewerbeleben der letzten hundert Jahre, Festrede gehalten bei der 100jährigen Jubiläumsfeier des Nürnberger Gewerbevereins, in, Bayerische Gewerbe-Zeitung 1892.

2) Der polytechnische Verein ..., a.a.O., S. 24.

Zwischen dem Nürnberger und dem Würzburger Verein waren keine Zusammenhänge erkennbar.

3. Ausdehnung des Vereins

a) Schnelligkeit seiner Ausbreitung

Der Gewerbeverein von Würzburg wurde als Lokalverein gegründet, hatte sich aber nicht ausschließlich auf das Gebiet der Stadt Würzburg beschränkt. Die Statuten von 1812 gaben als Wirkungskreis der Gesellschaft das Großherzogtum Würzburg an, die von 1833 den Untermainkreis, die von 1842 den Kreis Unterfranken und Aschaffenburg. Den regionalen Abgrenzungen in den Satzungen kam jedoch keine größere praktische Bedeutung zu, da die organisatorische Grundlage für eine lebendige Wechselwirkung zwischen den nicht in der Stadt wohnenden Vereinsmitgliedern und dem Verein nicht gegeben war. Erst durch die Satzungsänderung vom Jahr 1850 wurde dieser Mangel behoben. Der Verein in Würzburg wurde zum Zentralverein umorganisiert, außerdem wurde die Errichtung von Bezirksvereinen vorbereitet und ihr Verhältnis zum Zentralverein festgelegt. In den folgenden Jahren überzog der Zentralverein Würzburg das Gebiet von Unterfranken und Aschaffenburg mit einem Netz von Bezirksvereinen und schuf einen gut durchorganisierten Gewerbevereinsverband, der sich für die Interessen des Gewerbestandes tatkräftig einsetzte.

b) Anschluß an andere Verbände

Als 1875 in Nürnberg der Verband bayerischer Gewerbevereine gegründet wurde, trat der unterfränkische Zentralverein dieser Vereinigung umgehend bei, da ihm die Möglichkeiten eines Landesverbandes zur Förderung und Vertretung gemeinsamer Interessen der Gewerbevereine wesentlich größer erschien als die eines Bezirksverbandes. Durch den im Jahr 1896 vollzogenen Beitritt des Verbandes bayerischer Gewerbevereine zum Verband deutscher Gewerbevereine wurde der Würzburger

Verein gleichfalls Mitglied dieses Oberverbandes für deutsche Gewerbevereine.

c) Dauer des Vereinsbestehens

Der 1806 in Würzburg gegründete Verein bestand mit Sicherheit bis zum Jahr 1930. Wahrscheinlich wurde er kurz nach Erlaß des "Gesetzes über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks vom 29. November 1933", das die Beendung der organisatorischen Vielfältigkeit und Zersplitterung im Handwerk brachte, also auch den Gewerbevereinen die Existenzgrundlage entzog, aufgelöst. Hierzu muß aber einschränkend gesagt werden, daß der Verein von 1915 bis 1925 keine rechtliche Selbständigkeit besaß. Er hatte sich während dieser Zeit vertraglich der Bayerischen Landesgewerbeanstalt in Nürnberg angeschlossen und fungierte als Zweigstelle dieser Anstalt in Würzburg.

4. Zielsetzungen im Zeitablauf

Die eigentliche Zielsetzung des Vereins, zur Förderung des Gewerbestandes beizutragen, war in den langen Jahren seines Bestehens gleichgeblieben, hinzugekommen war nur eine, durch die wachsende Differenzierung des Gewerbelebens bedingte, zunehmende Gliederung dieser Zielsetzung, die sich an Hand der Satzungsänderungen verfolgen läßt.

Bei der Konstituierung der Gesellschaft zur Vervollkommnung der mechanischen Künste legten die Gründer ihr Ziel folgendermaßen fest: "Vervollkommnung der mechanischen Künste, die Förderung jeder Bürgertugend, überhaupt des Besten des Vaterlands" ist zu erstreben. Die Gründungsmitglieder beabsichtigten,¹⁾ den Gewerbestand zu fördern

1) vgl. Der polytechnische Verein ..., a.a.O., S. 3 ff.

und das Publikum zufriedenzustellen durch die Herstellung geschmackvoller und preisgünstiger Arbeiten mit Hilfe ständig zu verbessernder technischer Arbeitsmethoden. Der Verein änderte bei gleichbleibender Satzung seinen Namen und nannte sich ab Dezember 1807 Polytechnische Gesellschaft und ab März 1808 Allergrnädigst bestätigte Gesellschaft zur Vervollkommnung der mechanischen Künste und Handwerker. 1812 erfolgte abermals eine Namensänderung, und zwar Gesellschaft zur Vervollkommnung der Künste und Gewerbe. Die hiermit geänderten Satzungen zeigten folgendes Ziel auf: "Vorzugsweise soll es ihre (der Gesellschaft) Aufgabe sein, den verdienten inländischen Künstler und Gewerbsmann in seinem Betriebe zu fördern und zu heben, ..." ¹⁾ Als Motiv für die Satzungsänderung gab die Gesellschaft den Wunsch an, ihren Wirkungskreis erweitern zu wollen. Im Jahr 1838 änderte der Verein wieder seinen Namen und hieß nun Polytechnischer Verein Würzburg. In den geänderten Satzungen nannte sich der Polytechnische Verein zu Würzburg "eine aus Freunden technischer Bildung und Leistung, wirklichen Technikern und Gewerbsmännern durch freien Zusammentritt gebildete Gesellschaft, welche sich die Verbreitung technischer Bildung und Kenntnisse besonders in Unterfranken und Aschaffenburg zur Aufgabe gemacht hat." ²⁾ Am 10. November 1850 erfolgte die endgültige Vereinigung des Polytechnischen Vereins mit dem 1848 in Würzburg gegründeten Unterfränkischen Gewerbeverein. Der Name des durch die Verschmelzung entstandenen neuen Vereins blieb unverändert Polytechnischer Verein zu Würzburg. Über die Zielsetzung hieß es: "Nach der durch Verschmelzung mit dem unterfränkischen Gewerbeverein im Jahr 1850 in Wirksamkeit getretenen Gesell-

1) Der polytechnische Verein ..., a.a.O., S. 26.

2) Der polytechnische Verein ..., a.a.O., S. 58.

schafts-Verfassung wurde die Vereinsaufgabe als eine gegen früher vielversprechend erweiterte in der Belebung, Hebung und Vervollkommnung der industriellen Künste, der Gewerbe und des Handels gesehen ..."¹⁾

1853 wurden die Satzungen erneut geändert. Es war dies wahrscheinlich der Zeitpunkt, von dem an die Gesellschaft den Namen Polytechnischer Zentral-Verein für Unterfranken und Aschaffenburg führte. Die Zielsetzung wurde folgendermaßen formuliert, "... die Belebung, Hebung und Vervollkommnung der Künste, Gewerbe, Fabriken und des Handels"²⁾ herbeizuführen. Die 1874 erfolgte Neubearbeitung der Satzungen brachte für den Verein verschiedene organisatorische Änderungen und bildete die Grundlage für die bis 1906 bestehenden Satzungen.³⁾

II. Verein nach innen

1. Mitglieder

a) Mitgliederbewegung

Unter dem Gesichtspunkt der satzungsbedingten Einschränkung der Mitgliederzahl - die Statuten beschränkten zunächst den Beitritt auf einen Meister aus jedem Gewerbe - ⁴⁾ war ihr Zuwachs in den ersten Jahren nach der Gründung ein großer Erfolg für den Verein.

Jahr	Mitglieder des Vereins	Mitglieder der Bezirksvereine	Mitglieder insgesamt
1806	16	-	16
1809	80	-	80
1831	151	-	151
1856	793	?	793
1906	741	1 455	2 196
1914	888	1 388	2 276
1926	488	?	488
1930	476	?	476

1) Der polytechnische Verein ..., a.a.O., S. 67.

2) Der polytechnische Verein ..., a.a.O., S. 69.

3) Durch die zur Verfügung stehenden Unterlagen bedingt, lassen sich die Satzungsänderungen nur bis zum Jahr 1906 verfolgen.

4) vgl. Oberthür, Franz: a.a.O., S. 50 f.

Die Konstituierung der Gesellschaft erfolgte 1806 durch 16 Personen. Noch im gleichen Jahr gelang es, den Mitgliederstand um 13 Personen (81%) zu erhöhen. 1807 erfolgte ein Zuwachs von 5 Personen (17%),¹⁾ 1808 von 26 Personen (76%), 1809 von 20 Personen (33%). In den ersten vier Jahren des Bestehens der Gesellschaft hatte sich die Anzahl der Vereinszugehörigen gegenüber den Gründungsmitgliedern vervierfacht. Wegen des unvollständigen Zahlenmaterials konnte die Mitgliederbewegung für die folgende Zeit nur in großen Zügen erläutert werden. Die Unterlagen zeigten bis zum Jahr 1850 eine stetige Zunahme der Mitglieder ohne Einbrüche oder Stockungen. 1851 dagegen stieg die Zahl der Mitglieder durch die Errichtung von Bezirksvereinen sprunghaft an, und zwar dürfte sich der Mitgliederstand in kurzer Zeit etwa verdreifacht haben, und betrug 1856 fast 800 Personen. In den 50 Jahren seit der Vereinsgründung hatte sich der Mitgliederstand etwa verfünzigfacht.

Weitere Aussagen über die Mitgliederstärke des Vereins lassen sich mangels Unterlagen erst wieder für die Zeit nach der Jahrhundertwende machen. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges schwankten die Mitgliederzahlen; den höchsten Stand erreichten sie 1908 mit 2608, die durchschnittliche Höhe lag bei etwa 2400. Für die Jahre des Anschlusses an die Bayrische Landesgewerbeanstalt in Nürnberg,²⁾ das frühere Bayrische Landesgewerbemuseum, fehlten gleichfalls die Unterlagen über die Mitglieder. Durch Krieg und Nachkriegszeit war der Verein bezüglich seiner Mitgliederstärke auf die Zeit vor 1850 zurückgeworfen worden, 1926 hatte er 488 Mitglieder, 548 Mitglieder 1927, 534 Mitglieder 1928, 504 Mitglieder 1929 und 476 Mitglieder 1930.

1) Die Prozentzahlen beziehen sich jeweils auf die Vorjahreszahl als Basis.

2) Es handelte sich um die Zeit von 1915 bis 1925.

b) Sozialer Status der Mitglieder

Ursprünglich waren alle Mitglieder der Würzburger Gesellschaft natürliche Personen,¹⁾ und zwar handelte es sich um Meister aller in Würzburg ansässigen Handwerker, Professoren, Geistliche, Regierungs-, Verwaltungs-, Kommunal- und Schulbeamte, Berufsoffiziere, Fabrikanten und Kaufleute. Eine Beitrittsmöglichkeit für Gesellen wurde in der ersten Satzung an keiner Stelle erwähnt, später konnten sie außerordentliche Mitglieder werden.

2. Organisatorischer und machtmäßiger Aufbau

a) Satzungsmäßige Mitgliedereinteilung

Es erscheint zweckmäßig bei der Bearbeitung der mit dem organisatorischen Aufbau zusammenhängenden Fragen eine gekürzte, übersichtliche Darstellung der in der Satzung von 1809 vorgenommenen Gliederung der Vereinsmitglieder an den Anfang zu stellen. In den ersten Statuten wurden die Mitglieder eingeteilt in:

- | | |
|-------------------------------------|--|
| I. Kontribuierende Mitglieder | 1. Präsidialklasse |
| | 2. Meister und Freunde der mechanischen Künste |
| II. Nichtkontribuierende Mitglieder | 1. Sekretariat |
| | 2. Lehrpersonal an Schulen |
| | 3. Ehrenmitglieder |
| | 4. Außerordentliche Mitglieder |

Die erste Gruppe der kontribuierenden Mitglieder bestand aus Männern der höheren Stände. Sie stellten den Vorstand und leisteten den monatlichen Beitrag doppelt (12 fl). Ihre Devise lautete: "durch Geld,

1) In einem Bericht des polytechnischen Zentralvereins zu Würzburg für die Jahre 1925 bis 1930 wurden neben der Zugehörigkeit natürlicher Personen Körperschaftsmitglieder, z.B. Stadtrat Kitzingen, Stadtgemeinde Gemünden, Landbauamt Würzburg, Gewerbeverein Lohr a.M., Gewerbe-Innung Münnernstadt usw., angeführt (vgl. Polytechnischer Zentralverein Würzburg, Handwerkerschule, Handelsschule, Holzschnitzschule Bischofsheim v.d. Rhön, Bericht 1925-1930, S. 7).

Rat, sonstige Unterstützung und Leitung der Geschäfte ..." Die zweite Unterabteilung setzte sich zusammen aus Meistern und Freunden der mechanischen Künste und solchen Männern der höheren Stände, die in diese Gruppe aufgenommen werden wollten. Sie zahlten den einfachen Monatsbeitrag von 6 fl. Ihr Leitspruch hieß: "Durch Geld und Talente ..." Die nichtkontribuierenden Mitglieder zahlten keine Mitgliedsbeiträge. Ihre gemeinschaftliche Devise lautete: "durch Verdienst, Talente und sonstige Förderung ..." Folgende Gruppen gehörten dazu:

Das Sekretariat erledigte die Verwaltungsarbeiten ehrenamtlich. Das Lehrpersonal an den Schulen war vom Verein fest angestellt. Die Ehrenmitglieder waren Männer, die zur Teilnahme an den Veranstaltungen der Gesellschaft eingeladen wurden und von denen man Unterstützung durch Rat und Tat wünschte.

Außerordentliche Mitglieder wurden solche Handwerksmeister, die nicht mehr als kontribuierende Mitglieder aufgenommen werden konnten, da sie zu einer Innung gehörten, aus deren Mitte die Gesellschaft bereits einen Vereinsangehörigen hatte.

b) Besetzung der leitenden Vereinspositionen und freiwillige Mitgliedschaft

Aus dem vorangegangenen Abschnitt geht eindeutig hervor, daß die Vereinsspitze nur mit Mitgliedern der Präsidialklasse besetzt werden konnte. Dieser Gruppe wurde aber nicht nur größeres Ansehen und damit stärkere Einflußnahme zugebilligt, sondern sie mußte auch die doppelte Beitragsbelastung gegenüber den anderen zahlenden Mitgliedern tragen. Die Satzung von 1809 führte aus: "Durch höhere Beiträge werden sie schon besondere Wohltäter des Instituts: Stand und Amt machen es ihnen leichter, noch auf manch andere Weise ihm nützlich zu werden: und sie verstehen am Besten, den Gang von gemeinschaftlichen Beratschlagungen, und kollegialischen Sitzungen zu leiten."¹⁾ Mit Ausnahme des Reservats

1) Oberthür, Franz: a.a.O., S. 31.

der Vorstandschaft für Angehörige einer bestimmten Gruppe, hob die Einteilung der Mitglieder in verschiedene Klassen ihre Gleichheit nicht auf. Alle wesentlichen Fragen wurden in den Versammlungen beraten und durch Abstimmen der Mitglieder entschieden. Entsprechend der freiheitlichen Ideologie des Würzburger Vereins garantierten die Statuten den Mitgliedern den freien Ein- und Austritt.

c) Verhältnis zwischen Zentralverein und Lokalvereinen

Die Alternative, die Gesellschaft zentralistisch oder föderalistisch aufzubauen, ergab sich erst, als die Würzburger Vereinigung die Interessenvertretung des Gewerbestandes über die örtlichen Grenzen hinaus auf den gesamten Bezirk Unterfranken und Aschaffenburg ausdehnte. Die Satzungsänderung von 1850 trug dieser Erweiterung der Vereinstätigkeit Rechnung und berücksichtigte die Errichtung von Bezirksvereinen. Die Bezirksvereine wurden auf den Zentralverein zentralistisch ausgerichtet. In einem Bericht zur Reorganisation des Vereins hieß es in diesem Zusammenhang: "Die Bezirksvereine, welche, wie bemerkt, eine dem Centralvereine analoge Organisation annehmen, sobald sie mindestens 10 Mitglieder zählen, stehen unter der Leitung der Direktion des letzteren, haben dahin Bericht zu erstatten, Rechnung abzulegen, Gutachten, Aufschlüsse usw. zu erteilen, ..." ¹⁾

3. Tätigkeit nach innen

a) Aufklärung der Mitglieder über gewerbepolitische Probleme

Eine Aufklärung der Mitglieder über die Stellung des Verbandes zu gewerbepolitischen Problemen ließ sich erstmals Ende der 1850er Jahre

1) Der polytechnische Verein ..., a.a.O., S. 73.

nachweisen. Von 1857 an bis zur Einführung der Gewerbefreiheit in Bayern durch das Gesetz vom 30. Januar 1868 setzte sich der Verband im Kampf um die Änderung der bayrischen Gewerbeordnung für die gewerbefreiheitliche Richtung ein. Zur Informierung der Mitglieder über seinen Standpunkt bediente er sich der gebräuchlichen, ihm zur Verfügung stehenden Mittel, wie z.B. Veröffentlichung von informativen Artikeln und Stellungnahmen im Verbandsorgan "Gemeinnützige Wochenschrift" oder Veranstaltung von Versammlungen zur Besprechung aktueller gewerbegesetzlicher Probleme.

Der Verband bezog vor allem in den Jahren 1857,¹⁾ 1860²⁾ und 1861,³⁾ als die Diskussion über die Gewerbeordnung Bayerns besonders intensiv war, Stellung gegen die herrschenden Gewerbeverhältnisse.

Nach der Einführung der Gewerbefreiheit in Bayern von 1868 bis zum Jahr 1877 ließ sich keine wirtschaftspolitische Informationstätigkeit des Verbandes seinen Mitgliedern gegenüber feststellen.

Zwei im Jahr 1877 beim Reichstag eingebrachte Gesetzentwürfe, die auf eine Änderung der Gewerbeordnung von 1869⁴⁾ abzielten, veranlaßten ihn

1) Die beabsichtigte Freigabe der Gewerbe in Österreich wurde bekannt.

2) Österreich hatte die Reorganisation des Gewerbewesens durchgeführt.

3) Der bayrische Landtag lehnte mit 69 gegen 62 Stimmen einen Antrag auf sofortige Einführung der Gewerbefreiheit in den rechtsrheinischen Regierungsbezirken Bayerns ab, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits das linksrheinische Bayern und alle wichtigen deutschen Staaten, mit Ausnahme des Königreichs Hannover, des Großherzogtums Hessen und des Kurfürstentums Hessen sich zum Prinzip der Gewerbefreiheit bekannten (vgl. Popp, August: Die Entstehung der Gewerbefreiheit in Bayern, Leipzig 1928, S. 116 ff.).

4) An Stelle des bayrischen Gewerbegesetzes vom 30. Januar 1868 trat die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869, welche am 12. Juni 1872 vom Deutschen Reich als Gesetz übernommen wurde. Die Vollzugsverordnung vom 4. Dezember 1872, die am 1. Januar 1873 in Kraft trat, setzte die bayrische Gewerbegesetzgebung endgültig außer Kraft (vgl. Popp, August: a.a.O., S. 134 ff.).

dann, seine Einstellung zu den Änderungsabsichten zu erläutern. Nach Erlaß der Innungsnovelle vom 18. Juli 1881, die eine Reorganisation und Neubelebung des Innungswesens bewirkte, beschäftigte sich der Verband eingehend mit den Möglichkeiten, die das neue Gesetz eröffnete und diskutierte sie auf Vereinsversammlungen. Er sprach sich dabei immer für freie Innungen aus, die er mit dem Prinzip der Gewerbefreiheit in Einklang stehend fand und für deren Gründung er sich einsetzte. Nach seiner Ansicht waren der Polytechnische Verein und die Handels- und Gewerbekammer am besten geeignet, die Errichtung derartiger Innungen anzuregen.

Außer den angeführten Beispielen informativer Tätigkeit, erläuterte der Würzburger Verband seinen eigenen Verbandsangehörigen die Beschlüsse des Verbandes bayrischer Gewerbevereine, dem er seit dessen Gründung im Jahr 1875 als Mitglied angehörte.

b) Beratung der Mitglieder in produktionstechnischer Hinsicht

Der Verein maß der Verbreitung von Erfindungen und neuen Techniken von Anfang an größte Bedeutung für die Förderung des Gewerbestandes bei und beriet dementsprechend seine Mitglieder und darüber hinaus alle interessierten Gewerbetreibenden produktionstechnisch. Der Aufgabe der technischen Mitgliederberatung versuchte der Verband gerecht zu werden durch:

1. Technische Erfindungen, Untersuchungen und Gutachten
2. entsprechende Vorträge und Besprechungen im Verein und Artikel im Vereinsorgan
3. Fachbibliothek
4. Technologische Sammlung
5. Veranstaltung von Ausstellungen industrieller Erzeugnisse
6. Abordnung sachverständiger Mitglieder zu Industrieausstellungen, mit anschließenden Berichten

7. Reiseunterstützungen und Stipendien zur Erlernung fremder Betriebsweisen

8. Aufstellung technischer Preisfragen.

Die praktischen Beispiele technischer Tätigkeit des Vereins nach innen zeigten ein Bild größter Vielfalt. Ihre Aufzählung würde den Rahmen der Untersuchung sprengen.

III. Verein nach außen

1. Verhältnis zu Regierung und Verwaltung

Als am 28. Juni 1814 das Würzburger Gebiet endgültig an Bayern fiel, hatte sich der Verein bereits soweit gefestigt, daß er von Regierung und Verwaltung als Partner einer möglichen, erfolgreichen Zusammenarbeit anerkannt wurde. Das galt vor allem für das Schulwesen, wo der Verein im Auftrag der Regierung zeitweise Aufgaben des Staates übernahm. Aber auch in anderen gewerblichen Bereichen arbeiteten Regierung und Verwaltung eng mit dem Verein zusammen. In vielen Fällen ging der Anstoß hierzu von staatlichen Stellen aus. So holten z.B. schon seit 1833 staatliche Stellen laufend Gutachten über technische und gewerbliche Fragen ein, oder das kgl. Staatsministerium forderte den Verein zur Propagierung und Beschickung von Weltausstellungen auf, wie etwa anläßlich der 1873 in Wien, 1878 in Paris und 1900 in Paris veranstalteten Ausstellungen. Manchmal übernahm der Verein gegenüber staatlichen Stellen die Initiative, wie etwa 1852, als er einen Bericht über die Rhönindustrie einsandte,¹⁾ oder als er von Ende der 1850er Jahre bis 1868, also bis zur Einführung der Gewerbefreiheit in Bayern, für freiheitliche Regelungen eintrat.

1) vgl. Festgabe zur Jahrhundertfeier des Polytechnischen Zentralvereins für Unterfranken und Aschaffenburg zu Würzburg, Würzburg 1906, S. 29.

Seit seinem 1875 erfolgten Beitritt zum Verband bayrischer Gewerbevereine unternahm der Verein seine Aktionen im Rahmen des Landesverbandes, seine Adressaten waren nun Staatsstellen auf Landes- und Reichsebene.

2. Verhältnis zu anderen organisierten Interessengruppen

Auf die örtlichen Vereinigungen hatte der Würzburger Verein mit seiner Vielzahl gut durchorganisierter Abteilungen ein starkes Anziehungsvermögen ausgeübt und sie, mit Ausnahme des Fränkischen Gartenbauvereins,¹⁾ alle aufgesogen. Am 10. November 1850 fusionierte der Polytechnische Zentralverein mit dem 1848 gegründeten Unterfränkischen Gewerbeverein,²⁾ 1873 wurde der Gabelsberger Stenographen-Verein, Würzburg, angegliedert,³⁾ 1903 der Bürgerverein, Würzburg,⁴⁾ 1908 die Stenovereinigung, Würzburg.

In seinem Verhältnis zu überregionalen organisierten Interessengruppen war der Würzburger Verein durch seine Mitgliedschaft beim Bayrischen Gewerbemuseum (gegr. 1869) und beim Verband bayrischer Gewerbevereine (gegr. 1875) festgelegt. Er war beiden Organisationen im jeweiligen Gründungsjahr beigetreten und hatte deren Bestrebungen mitartikulierte und mitverfochten. In den Jahren der Auseinandersetzung um die Reichsgewerbeordnung setzte sich der Verband bayrischer Gewerbevereine und mit ihm der Zentralverein für freiheitliche Lösungen ein. Ihr Haupt-

1) In den Jahren 1857 und 1876 bemühte sich der Zentralverein trotz weitgehender Zugeständnisse vergeblich sich den Gartenbauverein einzugliedern.

2) vgl. Festgabe zur Jahrhundertfeier des ..., a.a.O., S. 22 f.

3) vgl. Festgabe zur Jahrhundertfeier des ..., a.a.O., S. 56.

4) vgl. Festgabe zur Jahrhundertfeier des ..., a.a.O., S. 85.

widersacher war der Bayerische Handwerkerbund,¹⁾ der für Änderungen der Reichsgewerbeordnung eintrat und für Zwangsinnungen und Befähigungsnachweis kämpfte. Nach der Verabschiedung des Handwerkergesetzes von 1897 legte das Bayrische Gewerbemuseum seinen Verbandsvorsitz nieder, der nun dem Würzburger Verein angetragen wurde. Dieser lehnte jedoch gleichfalls ab, denn nach dem neuen Gesetz konnte er als Kreisverein ebensowenig weiterhin im einseitigen Parteiinteresse, das heißt im Interesse der Gewerbevereine, handeln wie das Gewerbemuseum.²⁾

3. Einwirkungen auf die Gewerbetreibenden

a) Schulwesen

Von seiner Gründung an galt das Hauptinteresse des Vereins der Förderung des gewerblichen Unterrichts. Die Ausbildung des Handwerkernachwuchses schien ihm das wirkungsvollste Mittel zu sein, die Hebung des Gewerbestandes zu bewirken. Als erste Vereinsschule wurde am 28. Dezember 1806 eine auf Geometrie und Mathematik aufbauende Zeichenschule³⁾ für Handwerksjungen und Gesellen an Sonn- und Feiertagen errichtet. Nach dem Willen des Stifters sollte diese Anstalt die Keimzelle für eine vollständige "Polytechnische Schule" bilden. 1808 gelang es der Gesellschaft, von der großherzoglichen Regierung eine gesetzliche Verordnung zu erwirken, die den Schulbesuch für einen großen Teil⁴⁾ der Lehrlingen

1) Der Bayerische Handwerkerbund wurde 1883 vom Allgemeinen Gewerbeverein München (gegr. 1848) gegründet.

2) vgl. Festgabe zur Jahrhundertfeier des ..., a.a.O., S. 81 f.

3) Dem Stifter war die Existenz derartiger Institute in Hamburg, Bremen, Lübeck und Bamberg bekannt (vgl. Oberthür, Franz: a.a.O., S. 102).

4) Hiervon waren alle Handwerke betroffen, die das Zeichnen benötigten.

obligatorisch machte. Diese Bestimmung wurde nach und nach wieder aufgehoben, bildete aber zu Beginn der Vereinstätigkeit eine wesentliche Stütze für das Schulwesen der Gesellschaft, da sie eine bestimmte Schülerzahl garantierte. In den Jahren 1807 bis 1809 wurde das Unterrichtsprogramm des Vereins durch folgende Schulgründungen¹⁾ erweitert: eine Architektur- und Linearzeichenschule, eine Dekorations- und Freihandzeichenschule, eine Schule für Modellieren in Ton und Wachs, eine Mechanischschule und zwei Schreib- und Rechenschulen. Die letzteren wurden als Vorschulen für die eigentlichen technischen Schulen errichtet, da die Schüler mit unzulänglichen Kenntnissen aus den Elementarschulen (Werktagsschulen) kamen.

Die kgl. Verordnung vom 25. Februar 1818 brachte dem Verein eine starke Erweiterung seiner Anstalten, und zwar die Einführung der Sonn- und Feiertagsschule für alle aus der Werktagsschule entlassenen Jugendlichen unter 18 Jahren, die noch keinem Gewerbe angehörten und keine höhere Schule besucht hatten. Durch die Vereinigung der Sonn- und Feiertagsschule mit den anderen Schulen der Gesellschaft kamen derselben die Rechte einer königlichen Schulbehörde zu. Das ursprüngliche Konzept des Vereins, nur die Ausbildung der künftigen Handwerker durchzuführen, wurde durch diese Entwicklung gesprengt. Zu den bereits bestehenden Schulen kamen 1819/20 eine dritte und 1823/24 eine vierte Schreib- und Rechenschule,²⁾ 1830/31 eine Schule für technische Chemie und eine zweite Klasse für Architekturzeichnen. Die gemeinsame Bezeichnung aller Schulabteilungen lautete "Sonn- und Feiertag-Handwerksschule".

Im Jahr 1833 erhielt Würzburg durch Regierungserlaß³⁾ eine Kreis-Gewerbe- und Landwirtschaftliche Schule. Es gelang dem Verein einer

- 1) Es handelte sich hier nur um Schulabteilungen.
- 2) Diese Vorbereitungsabteilungen waren keine parallelen Klassen, sondern getrennte Schulstufen.
- 3) Durch die kgl. Verordnung vom 16. Februar 1833 wurde das Institut der Gewerbe- und polytechnischen Schulen in Bayern ins Leben gerufen.

Konkurrenz mit der Kreisanstalt aus dem Wege zu gehen und eine mögliche Schwächung der Vereinsschulen zu vermeiden. Beide Anstalten standen nun als technische Bildungsinstitute nebeneinander, da die Vereinsschulen nur an Sonn- und Feiertagen, die Kreisschule nur an Werktagen unterrichteten. Der Unternehmungsgeist der Gesellschaft ließ auch in den folgenden Jahren eine Anzahl neuer Schulen entstehen: im Jahr 1840 eine Schule für Handlungslehrlinge, die nach Überwindung großer Anlaufschwierigkeiten allgemeinen Zuspruch fand und später als kaufmännische Fortbildungsschule den Unterricht für die Kaufmannslehrlinge Würzburgs gab; im Jahr 1845 eine Graveurschule, die aber bereits 1860 wegen zu geringen Besuchs wieder geschlossen werden mußte; ebenfalls 1845 eine Parallelabteilung der Bauzeichenschule; 1851 eine Zeichenschule für Freihand-Linear- und Maschinenzeichnen; 1852 eine Holzschnitzschule; 1854/55 eine dritte Linearzeichenschule; 1860 eine Schule für gewerbliche Kunst; 1863/64 einen Lehrkurs in Buchführung für Frauen und Töchter von Gewerbetreibenden.

Im November 1864 wurden in Würzburg eine gewerbliche Fortbildungsschule (nach dem Beispiel Württembergs) als Bestandteil des Vereinsschulwesens eröffnet und gleichzeitig die Sonntagsschulen für Geometrie und Mechanik aufgelöst, da die neugebildete Anstalt ihr Lehrprogramm übernahm. Diese Initiative war notwendig geworden, nachdem durch die 1862 erlassene Vollzugsinstruktion zum Gewerbegesetz von 1825 der Lehrzwang¹⁾ aufgehoben, in den Prüfungsvorschriften die theoretische Befähigung über die praktische gestellt wurde, und die Anregungen bei der Regierung, die Gewerbeschulen und die Realschulen zu vermehren, ohne Erfolg geblieben waren. Diese Schulgründung wurde von der Regierung stark beachtet und veranlaßte sie zu der Entschliebung vom 26. Dezember 1864, durch die der Verein

1) Die Zulassung zur Prüfung war nicht mehr von dem Nachweis einer Lehr- oder Gesellenzeit abhängig; es blieb dem Einzelnen überlassen, wie er die Kenntnisse erwarb.

den Auftrag erhielt, "auch in den übrigen gewerbereicheren Gemeinden des Bezirks Unterfranken und Aschaffenburg mit jeweiliger Berücksichtigung der einschlägigen örtlichen Verhältnisse und insbesondere der verfügbaren Lehrkräfte gewerbliche Fortbildungsschulen zu errichten."¹⁾ Die notwendigen Organisationsaufgaben wurden umgehend in Angriff genommen, so daß nach Ablauf eines Jahres bereits 13 Schulen existierten, die alle der Leitung und Aufsicht des Zentralvereins unterstanden, entweder über die Bezirksvereine, die in der Regel den Schulen unmittelbar vorgesetzt waren, oder über Verwaltungsausschüsse, die in Orten ohne Bezirksverein eingesetzt wurden. Der Unterricht wurde je nach lokalen Bedürfnissen gestaltet.²⁾ Die Vereinsleitung versuchte aber eine gewisse Einheitlichkeit der Ausbildung dadurch zu erreichen, daß sie spezialisierte Lehrpläne für alle Unterrichtsfächer ausarbeitete, die den einzelnen Schuldirektionen zugesandt wurden. In den folgenden Jahren stieg die Anzahl der Schulen und ihrer Schüler stark an (vgl. Tabelle), so daß es für den Verein immer schwieriger wurde, das Fortbildungsschulsystem für Unterfranken zu leiten, obwohl ihn die kgl. Staats- und Kreisregierung, die Verwaltungsbehörden und die Gemeinden bei seiner Aufgabe unterstützten, vor allem durch Bereitstellen des größten Teiles der zum Unterhalt der Schulen erforderlichen Geldmittel.³⁾

1) Festgabe zur Jahrhundertfeier des ..., a.a.O., S. 49.

2) Die Programme der gewerblichen Fortbildungsschulen Unterfrankens umfaßten: Deutsche Sprache (mit Geschäftsaufsätzen), Buchführung, Wechsellehre, Handelskunde, Gesetzeskunde, Rechnen, Geometrie, Geschichte, Erdkunde, Physik, Naturgeschichte, Chemie, Gesundheitslehre, Freihand- und Linearzeichnen, Modellieren, Technologie, französische Sprache, Schönschreiben, Korbflechten, Bienenzucht, Singen, Violinenspiel.

3) So teilten sich 1877 die Ausgaben für die Schulen in Höhe von 44.310 Mark folgendermaßen auf:

die Kreisgemeinde zahlte	18.800 Mark
der Zentralfonds zahlte	11.000 "
die Gemeinden zahlten	9.300 "
die Distriktskasse zahlte	1.400 "
der Rest entfiel auf Spenden von Bezirksvereinen und Mitgliedern	3.810 "

44.310 Mark

Jahreszahl	Zahl der Schulen	Zahl der Schüler
1865	13	-
1871	53	1.803
1875	112	2.912
1879	131	3.303
1880	118	3.012
1884	77	2.520

Seit 1879 ließ sich eine ständige Abnahme der Schulen und Schüler feststellen, die im November 1884 die kgl. Kreisregierung mit veranlaßte, die Fortbildungsschulen den staatlichen Schulbehörden zu unterstellen. Damit wurde die 20jährige Leitung der unterfränkischen Fortbildungsschulen durch den Verein beendet. Nicht berührt hiervon und weiterhin unter Vereinsführung stand der pflichtgemäße und freiwillige Fortbildungsunterricht in Würzburg. Im Jahr 1911 wurden die Pflichtfortbildungsschulen, die sich inzwischen sehr ausgedehnt hatten, von der Stadt Würzburg übernommen. Dem Polytechnischen Zentralverein blieb die Aufgabe, den freiwilligen gewerblichen, künstlerischen und kaufmännischen Unterricht zu übernehmen und auszugestalten. Der Unterricht wurde von 1911 an unter der Bezeichnung "Gewerbe- Zeichen- und Modellierschule" geführt.

Bei der vorangegangenen Behandlung der Fortbildungsschulen und ihrer Entwicklung, soweit sie mit dem Vereinswirken verknüpft waren, blieben verschiedene gleichfalls das Vereinsschulwesen berührende Vorgänge unberücksichtigt, um die Darstellung übersichtlich zu gestalten. An dieser Stelle soll das Versäumte nachgeholt werden. Neben einer Anzahl interner Umgruppierungen wurden gegründet: in den Jahren 1867/68 ein Turnkursus; 1873 ein Lehrkurs für Dampfkesselwärter, der nach einem Jahr wieder aufgegeben wurde; 1881 ein Lehrkurs in Handfertigkeit (Laubsäge-, Schnitz- und Einlegearbeiten), der bis 1888/89 bestand; 1886 eine Mittwochscheule für diejenigen, die weder an Sonn- und Feiertagen noch an Abenden den Unterricht besuchen konnten; 1895 ein Samariterkurs, in dem sachverständige Behandlung bei Berufsunfällen

im Handwerk gelehrt wurde. Außerdem wurden den Vereinsschulen eine Anzahl Fachschulen angegliedert, die zum größten Teil von den jeweiligen Innungen ins Leben gerufen worden waren, aber von diesen nicht erfolgversprechend fortgeführt werden konnten. Es waren die Fachschulen für Friseure und Perückenmacher, Maler und Lackierer, Schuhmacher, Wagenbauer, Bäcker, Konditoren, Schreiner, Drogisten. Eine letzte Erweiterung des Schulprogramms vor der Übernahme der Pflichtschulen durch die Stadt Würzburg fand statt durch den 1908 erfolgten Anschluß der "Vereinigung zum Zwecke stenographischer Ausbildung" an die Stenographieabteilung des Polytechnischen Zentralvereins. Der bis dahin nur während der Wintermonate erteilte Unterricht konnte nun ganzjährig als Tages- und Abendunterricht gegeben werden.

Während der Zeit von 1915 bis 1925, in welcher der Verein seine rechtliche Selbständigkeit aufgegeben hatte und nur als Zweigstelle der Bayrischen Landesgewerbeanstalt Nürnberg für Würzburg fungierte, schien das Schulwesen in den Hintergrund getreten zu sein. Der Wille der Vereinsleitung, dem Unterricht wieder mehr Gewicht zu verleihen und ihn wieder regelmäßig an freiwillige Schüler zu geben, war mitbestimmend für die Lösung des Abhängigkeitsverhältnisses von der Landesgewerbeanstalt. Allerdings konnte der Verein nicht mehr an seine vor dem Ersten Weltkrieg und vor der Jahrhundertwende liegenden großen Erfolge auf dem Gebiet der Erziehung und Ausbildung des Handwerker Nachwuchses anknüpfen.

b) Rhönindustrie

Für einen gewissen Zeitraum kann man die Versuche des Vereins zur Hebung der Rhönindustrie als ein weiteres Hauptanliegen neben den Bemühungen um den gewerblichen Unterricht bezeichnen. Bereits 1812 wurden vom Verein Versuche zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Rhönbevölkerung durch Einführung der Leinwandfabrikation unternommen.

In verstärktem Umfang begannen die Unternehmungen zur Beseitigung des Notstandes in der Rhön aber erst im Jahr 1851. "In der Vereinsmonatschrift wurde ein Aufruf erlassen, der alle mit den Lebensverhältnissen der dortigen Bevölkerung Vertrauten aufforderte, ihre Wahrnehmungen und Ansichten mitzuteilen."¹⁾ Die Ergebnisse des auf Grund des Aufrufs eingelaufenen Materials und eine Rundreise des zweiten Direktors durch die betroffenen Gebiete bildeten den Ausgangspunkt für planmäßige Maßnahmen. Die finanziellen Voraussetzungen für die Hilfsaktionen waren gegeben, als die kgl. Staatsregierung auf Grund eines Berichtes des Vereins über die Lage der Rhönindustrie einen "Fonds zur Hebung der Rhönindustrie" einrichtete und private Geldgeber beträchtliche Summen zur Verfügung stellten.²⁾ Zunächst versuchte man zu helfen "durch Gewährung unverzinslicher Darlehen und Prämien, unentgeltliche Beschaffung guter Werkzeuge, Überlassung von Modellen, Arbeitsmustern und Zeichnungen und Unterbringung armer Knaben in gewerblichen Lehren,"³⁾ ferner durch die Einrichtung einer Verkaufsstelle für Rhönprodukte in Würzburg. Für die einzelnen Gewerbebezüge wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

In der Textilbranche versuchte man den Absatz der Linnenindustrie zu steigern und brachte die Waren in das dafür geschaffene Depot nach Würzburg, wo sie genau geprüft und dann versandt wurden. Bei der Woll- und Baumwollweberei bemühte sich der Verein, die Verarbeitung in größere Betriebe zu verlegen (die Rhöner Handweberei versuchte man dadurch konkurrenzfähig zu erhalten, daß acht junge Weber in Webschulen praktisch und theoretisch ausgebildet wurden). Der Strumpfwirkerei wurde mit Barvorschüssen und verbesserten Werkzeugen geholfen. Gleichfalls gefördert wurde die Häkelanstalt in Orb.

1) Festgabe zur Jahrhundertfeier des ..., a.a.O., S. 29.

2) Fonds zur Hebung der Rhönindustrie (zinsfrei)	15.000 fl.
Fabrikant J.B. Bolongaro-Crevenna (Geschenk)	5.000 fl.
Fabrikant J.B. Bolongaro-Crevenna (zinsfrei auf 5 Jahre)	5.000 fl.
Zentralhilfsfonds für Rhön, Spessart und Kahlgrund des Grafen von Bentheim-Tecklenburg	8.140 fl.

3) Festgabe zur Jahrhundertfeier des ..., a.a.O., S. 30.

Ein weiterer wichtiger Industriezweig in der Rhön war die Holzindustrie. Hier versuchte die Gesellschaft unter anderem durch Errichtung von Schulen zu helfen. Bei Weyhers wurde eine Holzschnitzschule für feine Schnitzereien mit zwei Lehrkräften aufgebaut, die nach ihrer späteren Verlegung nach Bischofsheim v.Rh. ein umfangreiches Lehrprogramm durchführte. In Hilders entstand durch Umorganisation aus einer Industrieschule eine Holzbearbeitungsanstalt für Schnitzereien und Kinderspielzeug. In Brückenau wurde eine Holzstiftenfabrik gegründet. Außerdem wurde versucht, die Anfertigung größerer Holzarbeiten (Haus- und Landwirtschaftsgeräte) unter Ausschalten des Hausierhandels direkt abzusetzen und rentabler zu gestalten. Weiterhin erhielt eine Reihe von Handwerkern durch Vermittlung des Vereins Drehbänke zur Verfügung gestellt. Die Herstellung von Strohwaren versuchte der Verein durch Gründung von zwei Schulen einzuführen. In Hausen entstand eine Schule für Strohflechterei, die von belgischen Lehrerinnen geführt wurde; in Hilders wurde eine Schule für das Erlernen von Strohmosaikarbeiten gegründet.

Weitere Maßnahmen traf die Gesellschaft, um die Herstellung von Erzeugnissen der Papiermachéfabrikation, der Korb- und Weidenflechterei sowie der Bürstenanfertigung zu fördern.

Abgesehen von vorübergehenden Erfolgen mußte der Verein feststellen, daß seine Bemühungen trotz reichlich zur Verfügung gestellter Geldmittel, auf lange Sicht gesehen, gescheitert waren. Als Hauptgrund hierfür machte der Verein die Mentalität der Rhönbevölkerung, geringe Elastizität und mangelnden Willen zur Mitarbeit geltend.¹⁾ Gegen Ausgang der 1860er Jahre gab der Verein seine Versuche zur Hebung der Rhönindustrie auf und beschränkte seine Tätigkeit nur noch auf die Holzschnitzschule in Bischofsheim v.Rh., die erfolgreich war.

1) vgl. Festgabe zur Jahrhundertfeier des ..., a.a.O., S. 32.

B. Das Gewerbevereinswesen in Bayern, ein Querschnitt für die Jahre 1848 bis 1853

I. Entstehung und Zielsetzungen

1. Allgemeine Hintergründe

Durch geschickte Politik während Napoleons Herrschaft und bei seinem Sturz hatte Bayern seinen Landbesitz verdoppelt. Um diese unterschiedlichen, altbayrischen, fränkischen, schwäbischen und österreichischen Gebietsteile mit ihrer verschiedenen Gesetzgebung und Verwaltungspraxis zu einem einheitlichen, zentralisierten Staatsgebilde zu formen, waren Reformen auf allen wesentlichen Gebieten des öffentlichen Lebens notwendig. Für das Gewerbe bedeuteten diese, vom Minister Montgelas von 1799 bis 1808 durchgeführten Reformen, daß die Selbständigkeit und Polizeigewalt der Zünfte weitgehendst aufgehoben wurden und das Gewerbe unter die Zuständigkeit des Staates kam. Das Monopol der Zunftmeister wurde durch unveräußerliche staatliche Konzessionen auf Lebenszeit ersetzt. Da das neue System eine Reihe Mängel in sich trug und nicht planvoll und einheitlich eingesetzt wurde,¹⁾ gelang keine tiefgreifende Verbesserung der Gewerbeverhältnisse.

Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts sah sich das Gewerbe zunehmenden Schwierigkeiten ausgesetzt. Die erst in der Mitte der zweiten Hälfte des Jahrhunderts einsetzende Industrialisierung warf ihre Schatten voraus; schnell wechselnde Moden und technische Erfindungen, beginnende maschinelle Fertigung, der Beitritt zum Zollverein und der Bau der Eisenbahnen stellten die Überwiegende Anzahl der Gewerbetreibenden vor Probleme, mit

1) vgl. Kaizl, Josef: a.a.O., S. 50 ff.; Popp, August: a.a.O., S. 43 ff.

denen sie nicht fertig wurden. Hinzu kamen "eine Reihe schlechter Ernten, vor allem in den Jahren 1844, 1845 und 1846."¹⁾ Einen deutlichen Niederschlag fanden die Unsicherheit und Unzufriedenheit des Gewerbestandes in den Eingaben an die Kammer der Abgeordneten. Hierbei zeigte sich, daß die Anhänger einer freiheitlichen Regelung aus den ehemals französischen Gebieten, also der bayrischen Rheinpfalz, kamen, während die Anhänger einer gewerbebeschränkenden Lösung vor allem in Altbayern waren. Das Gewerbegesetz vom 11. September 1825 wählte den Mittelweg zwischen Gewerbefreiheit und Gewerbegebundenheit. Der Staat behielt die gesamte Leitung des Gewerbewesens. Fortlaufende Angriffe aus dem Gewerbestand gegen die freiheitliche Anwendung des Gesetzes von 1825 führten 1834 und 1853 zu Vollzugsvorschriften, die das Gesetz von 1825 schrittweise einengten. Auf dem, am 15. Juli 1848 in Frankfurt a.M. abgehaltenen "Allgemeinen Handwerker- und Gewerbekongreß"²⁾ traten die bayrischen Handwerker,³⁾ zusammen mit der Mehrzahl der übrigen deutschen Handwerker, für eine einschränkende Gewerbeordnung ein. Außerdem wandten sich die bayrischen Vertreter gegen eine gemeinsame, für ganz Deutschland geltende Gewerbeordnung, wie sie diskutiert wurde, und bestanden auf einzelstaatlich unterschiedlichen gewerblichen Gesetzen.

2. Übersicht über bestehende Vereine und ihr Vermögen

Am Beginn dieses Abschnitts steht eine Tabelle⁴⁾ der bis zum Jahr 1853 gegründeten Vereine, in der aber nur die ältesten, vor 1840 errichteten namentlich aufgeführt werden.

1) Popp, August, a.a.O., S. 104.

2) Der Kongreß wurde als Gegenaktion gegen die gleichzeitig in der Paulskirche tagende Nationalversammlung gegründet.

3) Eine Ausnahme bildete die bayrische Rheinpfalz, sie setzte sich für die Gewerbefreiheit ein (vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 40).

4) Die Zusammenstellung der von 1792-1853 gegründeten bayrischen Gewerbevereine hat möglicherweise nicht alle bestehenden Gewerbevereine berücksichtigt, da die zugrunde liegende Untersuchung, "Die bayrischen

Jahr	Name der Vereinigung
1792	Gesellschaft zur Beförderung der vaterländischen Industrie, Nürnberg (1845 G.V.)
1806	Polytechnischer Zentralverein für Unterfranken und Aschaffenburg, Würzburg
1816	Polytechnischer Verein für Bayern, München
1817	Gesellschaft für vaterländischen Kunst- und Gewerbefleiß, Ansbach
1835	Technischer Verein für Hebung der Gewerbe, Freysing
1835	Gewerbe- und Industrieverein, Ingolstadt

Jahr	Anzahl der Gründungen
1840	1 Verein
1842	1 Verein
1843	1 Verein
1844	2 Vereine
1845	2 Vereine
1847	5 Vereine
1848	6 Vereine
1849	5 Vereine
1853	1 Verein

Gewerbevereine in den Jahren 1848-1853", auf unvollständigen Unterlagen aufbaut. Ein weiterer Mangel besteht darin, daß neben Gewerbevereinen auch sogenannte "Gewerbsvereine" berücksichtigt worden sein können (diese Einschränkung gilt für den gesamten vorliegenden Querschnitt durch die bayrische Gewerbevereinsbewegung). Die Ursache hierfür liegt in der sprachlichen Ungenauigkeit der damaligen Zeit, die keine scharfe Trennung vornimmt. Unter Gewerbeverein verstehen wir eine freiwillige Vereinigung von Handwerkern und Nichthandwerkern, mit dem Ziel, auf dem Weg der Selbsthilfe die Lage des Gewerbestandes zu bessern. Die Bezeichnung "Gewerbsverein" findet sich in der "Instruktion zu den Grundbestimmungen für das Gewerbswesen ..." von 1825, in der verlangt wurde, daß die bestehenden Zünfte sich zu Gewerbsvereinen umzuwandeln hätten. Die Verfasser der bearbeiteten Schriften gingen diesen Unterscheidungen aus dem Weg und wählten neutrale Begriffe wie Gewerbevereine bzw. gewerbliche Vereine.

Die Zusammenstellung zeigt deutlich, wie zögernd die Gründungen in der älteren Epoche erfolgten, während nach 1840 eine zunächst langsame, gleichmäßige, gegen Ende der 1840er Jahre jedoch stürmische Entwicklung eintrat.

Der folgenden Tabelle, die das Vermögen der 10 reichsten bayrischen Gewerbevereine ausweist, ist hinzuzufügen, daß drei der wichtigsten Vereine, der Polytechnische Verein, der Verein zur Ausbildung der Gewerbe, beide in München, und die Bauhütte in Nürnberg, mangels Unterlagen nicht berücksichtigt werden konnten.

Stadt	Name des Vereins	Staatszuwendung 1848/49	Vermögen 1852/53 ¹⁾
Nürnberg	Gewerb Verein	43000 fl.	73214 fl.
Würzburg	Polytechn.Verein	25000 fl.	34900 fl.
München	Gewerb Verein	30000 fl.	33151 fl.
Fürth	Gewerb Verein	20000 fl.	20575 fl.
Augsburg	Gewerbunter- stützungs Verein	15000 fl.	19636 fl.
Regensburg	Gewerb Verein	15000 fl.	15258 fl.
Nördlingen	Gewerb Verein	4000 fl.	12764 fl.
Erlangen	Gewerb Verein	10500 fl.	11943 fl.
Bamberg	Gewerb Verein	10000 fl.	11075 fl.
Bayreuth	Gewerb Verein	9000 fl.	9089 fl.

Die einmalige Bewilligung von Staatsmitteln²⁾ in den Jahren 1848/49 zur

- 1) Die Vermögen enthalten die jeweiligen, in der Spalte zuvor ausgewiesenen Staatszuwendungen. Nicht enthalten sind Bücher, Modellsammlungen und sonstiges Inventar und ebenfalls nicht enthalten sind etwaige Darlehen, die die Vereine aufgenommen haben.
- 2) Diese Geldbeträge wurden den Vereinen mit der Bedingung gegeben, daß sie als Stammkapital der Vereine zu behandeln wären. Die Verfügung über die anfallenden Zinsen stand den Vereinen frei, eine Verwendung des Kapitals durfte nur als rückzahlbarer Vorschuß stattfinden.

Unterstützung bereits bestehender und zum Anreiz für die Errichtung neuer Gewerbevereine in hierfür aussichtsreichen Städten bewirkte eine Stärkung der Gewerbevereinsbewegung. Inwieweit diese Staatsgelder die Entstehung neuer Vereine bewirkten, ließ sich nicht feststellen. Tatsache ist aber, daß die Dotationen mit der Zeitspanne stärkster Gründertätigkeit zusammenfielen.

3. Vereinsziele

Die Zielsetzungen der Gewerbevereine zeigten kaum Unterschiede, sie verfolgten die "Hebung und Belebung der Gewerbe". Diese Übereinstimmung in den Zielsetzungen entstand dadurch, daß den Statuten der einzelnen Vereine in vielen Fällen eine bestimmte Mustersatzung als Vorlage gedient hatte.¹⁾ Eine gewisse Variation zeigten die meist gleichfalls in der Satzung angeführten, unterschiedlich langen Kataloge von Mitteln, mit denen die Ziele erreicht werden sollten. Daraus lassen sich aber keine Unterscheidungsmerkmale einzelner Vereine herleiten, da die Ausführlichkeit des Programms keine Aufschlüsse über die tatsächlichen Leistungen gibt.

II. Innenverhältnis

1. Mitglieder

Die Mitglieder der Gewerbevereine setzten sich aus Angehörigen aller Stände und Berufe zusammen; man könnte sie in Handwerker und Nichthand-

1) Es handelte sich um die Satzung des Gewerbevereins Nürnberg (ehemals Gesellschaft zur Beförderung der vaterländischen Industrie), bzw. um die 1848 im Zuge der Staatszuwendungen nach ihrem Vorbild angefertigten und an die Kreisregierungen versandten "offiziellen Statuten" (vgl. Die bayrischen Gewerbevereine in den Jahren 1848-1853, Nördlingen 1854, S. 8).

werker unterteilen. Die einzige Abweichung von der gemischten Mitgliedschaft bestand beim Münchner Gewerbeverein, ihm durften nur Gewerbetreibende angehören. Die von den Satzungen gewöhnlich vorgenommene Unterscheidung der Mitglieder war die in ordentliche und außerordentliche. Die ordentliche Mitgliedschaft konnte jeder unbescholtene Mann des Vereinsbezirks erwerben, die außerordentliche Mitgliedschaft war meist für die zum Vereinsbezirk gehörenden Gewerbegehilfen vorgesehen. Nur die ordentlichen Mitglieder waren stimmberechtigt. Im Jahr 1853 betrug die Gesamtzahl der Mitglieder von 31 Gewerbevereinen (es fehlten die Mitgliederzahlen des Münchner Polytechnischen Vereins und der Gewerbevereine in Lauingen, Neuburg, Rothenburg, Schweinfurt, Straubing, Windsheim) 8384 Personen. Die stärksten Vereine waren:

Gewerb Verein München	2500 Mitglieder
Gewerb Verein Regensburg	730 Mitglieder
Verein zur Ausbildung der Gewerbe, München	675 Mitglieder
Polytechnischer Zentralverein, Würzburg	627 Mitglieder
Bauhütte Nürnberg	460 Mitglieder
Gewerb Verein Ansbach	412 Mitglieder

Diese sechs aufgezählten Vereine besaßen weit mehr als doppelt soviel Mitglieder wie die restlichen 25 Vereine zusammen.

2. Organisationsunterschiede

Die Mehrzahl der Gewerbevereine richtete ihre Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Gewerbetreibenden auf eine Stadt bzw. Gemeinde, sie waren also örtliche Vereine. Abweichend hiervon verhielten sich der Münchner Polytechnische Verein, der Verein zur Ausbildung der Gewerbe, München, und die Bauhütte Nürnberg, die ihren Einfluß auf das ganze Land zu erstrecken versuchten. Ebenfalls zu den Ausnahmen gehörte der Würzburger Polytechnische Verein, der sich als Zentralverein für Unterfranken und Aschaffenburg konstituiert hatte.

III. Einzelne Zweige der Vereinstätigkeit

Im folgenden Kapitel wurden alle wesentlichen Maßnahmen der Gewerbevereine, die dem gemeinsamen Ziel, der "Hebung und Belebung der Gewerbe," dienen sollten, zusammengefaßt. Bei der Vielzahl von Vereinen, die zu berücksichtigen war, wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit davon abgesehen, die Vereinstätigkeiten in solche nach innen und solche nach außen zu unterteilen.

1. Leihkassen

"Die den Gewerbevereinen in Folge des Gesetzes vom 12. Mai 1848 aus dem Industriefonds zugewiesenen Dotationen waren von der Staatsregierung speziell zur Begründung von Leihkassen bestimmt."¹⁾ Mit Ausnahme der Nürnberger "Leih- und Unterstützungskasse", gegründet 1792, waren alle übrigen Kreditanstalten eine Folge des oben erwähnten Gesetzes. Die Darlehen wurden gewöhnlich an alle darum nachsuchenden gewerbetreibenden Angehörigen der betreffenden Gemeinde gegeben. Nur bei den Vereinen in Bayreuth, Eichstätt, Kempten, Mindelheim, Passau, Regensburg, Würzburg und Wunsiedel mußte der Kreditsuchende Vereinsmitglied sein. Verwandt werden sollten Gelder "zur Erleichterung, Erweiterung oder Vervollkommnung des Gewerbsbetriebes, insbesondere zur Anschaffung von Werkzeug und Material."²⁾ Die Größe der Darlehen war häufig dem Ermessen der zuständigen Kommission überlassen (in Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Erlangen, Hof, Neuburg, Nürnberg, Regensburg, Würzburg). Bei manchen Vereinen bestimmten die Statuten die Höchstbeträge oder es hatten sich gewisse Gewohnheiten herausgebildet. Die höchsten Durchschnittsbeträge vergab München (199 fl.) und Augsburg (149 fl.), die niedrigsten Passau (48 fl.), Wunsiedel (47 fl.) und Amberg (27 fl.).

1) Die bayrischen Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 17.

2) Die bayrischen Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 18 f.

Bezüglich der Verzinsung bestanden große Unterschiede. Zum Teil vergaben Vereine die Gelder zinslos ohne Unterschied des Betrages, zum Teil wurden nur kleine Beträge zinslos vergeben und größere Beträge erfuhren alle möglichen Abstufungen bis zu 5%. Als Sicherheitsleistungen verlangten die meisten Vereine Bürgschaften. Außerdem waren Hypothek, Faustpfand oder Ehrenwort gebräuchliche Sicherheitsleistungen. In den seltensten Fällen war keine Sicherheit notwendig. Die Rückzahlung erfolgte entweder in monatlichen Raten, in halbjährigen Fristen oder in Fristen bis zu 5 Jahren. Die wenigsten Vereine kannten keine Rückzahlbestimmungen.

2. Assoziationen

Bei den genossenschaftlichen Unternehmungen, die unter der Leitung von Gewerbevereinen standen, waren die Gewerbhallen am verbreitetsten.¹⁾ Sie dienten dem Absatz gewerblicher Erzeugnisse und waren gewöhnlich der gemeinschaftliche Verkaufsladen aller Gewerbetreibenden einer Stadt. Von den bestehenden Gewerbhallen in Fürth (gegründet 1849, aufgelöst 1851), Bayreuth (gegründet 1849), Würzburg (gegründet 1850), Aschaffenburg (gegründet 1851), Ansbach (gegründet 1852), Nürnberger Bauhütte (gegründet 1852) und Regensburg (gegründet ?) ließen die Vereine in Bayreuth, Regensburg und Würzburg nur Vereinsmitglieder als Aussteller zu. Die Kosten dieser Einrichtungen wurden zum Teil durch Verkaufsprovisionen gedeckt; für den Rest kamen die Gewerbevereine auf oder er wurde durch zweckgebundene Staatsgelder gedeckt, wie zum Beispiel bei den Vereinen in Ansbach und Bayreuth.

Weitere Beispiele genossenschaftlicher Einrichtungen unter der Regie von Gewerbevereinen bildeten die Rohstoffmagazine. Davon gab es in

1) Neben den bestehenden sechs Magazinen waren weitere fünf geplant (vgl. Die bayrischen Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 38).

Bamberg eines für Schreiner, in Fürth je eines für Schreiner, Spiegel-schreiner und Schuster und je ein Kohlenmagazin in Nürnberg und München. Die Betriebskapitalien waren in Fürth und München unverzinsliche Staatsdarlehen, in Bamberg und Nürnberg Vereinsgelder. In Bamberg kam die Einrichtung allen Schreibern zugute, in Nürnberg allen Einwohnern.

Assoziationen zu gemeinschaftlicher Arbeit dienten der gemeinsamen Benützung teurer Werkzeuge und wurden in Fürth und Nürnberg unterhalten. Sie wurden mit Staatsgeldern errichtet und von allen interessierten Gewerbetreibenden benützt.

3. Gewerbeschulen

In der Zeit von 1848 bis 1853¹⁾ hatten der Fürther und der Hofer Verein an den jeweiligen Gewerbeschulen Abteilungen für Handelsunterricht eingerichtet. Außerdem gründete der Verein in Hof eine Weberschule. Die Vereine in Erlangen (?), Fürth, Landshut und Nördlingen gaben Stipendien für unbemittelte Schüler der Gewerbeschulen oder der höheren technischen Lehranstalten; die Vereine in Bamberg, Fürth, Hof, Nördlingen und Wunsiedel spendeten für die Preisverteilungen der Gewerbs- und Feiertagszeichenschulen.²⁾

4. Industrieausstellungen

Die frühesten Industrieausstellungen veranstaltete der Münchner Polytechnische Verein 1821, 1822 und 1823. Dann folgten 1845 der

1) Vor dieser Periode hatte bereits der Polytechnische Zentralverein, Würzburg auf dem Gebiet des gewerblichen Unterrichts eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet (s.S.99 der Abhandlung).

2) vgl. Die bayrischen Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 46.

Ansbacher Industrieverein und der Nürnberger Gewerbeverein, 1848 die Gewerbevereine Bamberg und Bayreuth usw.

Während es sich zu Beginn nur um örtliche Ausstellungen handelte, wurde ein Teil der späteren Ausstellungen für ganze Kreise veranstaltet. Die erste dieser Art fand 1849 in Landshut statt. Zu mehreren ausländischen Ausstellungen, die in Leipzig, Paris und London stattfanden, entsandten Vereine (in Fürth, Nürnberg, Würzburg) Berichterstatter, Sachverständige und Aussteller.

5. Sonstige Maßnahmen

Um den vorliegenden Bericht nicht noch mehr auszuweiten, wurden im letzten Abschnitt alle Maßnahmen der Gewerbevereine, die weniger wichtig erschienen, ohne Erläuterungen aneinandergereiht. Es handelte sich um:

periodische technische Vorträge,
praktische technische Unterweisungen Erwachsener,
Herausgabe von gewerblichen Zeitschriften,
Bibliotheken,
Mustersammlungen,
Einführung neuer Industrien und neuer Artikel,
Vermittlung von Arbeitsbestellungen (Militäraufträge),
Ermittlung neuer Absatzgebiete,
Exkursionen in Fabrik- und Handelsstädte,
Prämien für Lehrlings- und Gesellenarbeiten,
Reisestipendien für Gesellen,
Wanderunterstützungskassen für Gesellen,
Krankenunterstützungskassen für Gesellen.

C. Der Verband bayrischer Gewerbevereine

I. Hintergründe der Verbandsentstehung und Zielsetzungen

1. Allgemeine Hintergründe

Das Gewerbevereinswesen in Bayern hatte bereits sehr früh eingesetzt; die erste Vereinsgründung in Nürnberg fiel noch ins 18. Jahrhundert, die übrigen frühen Gründungen in die ersten zwei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts.¹⁾ Nach dieser ersten Phase vereinzelter, aber sehr erfolgreicher Vereinsgründungen in den großen Städten begann seit den 1840er Jahren der eigentliche Hauptabschnitt der Gewerbevereinsbewegung, in dessen Verlauf, über das ganze Land verteilt, die große Zahl der Gewerbevereine errichtet wurde. Trotz der langen, teilweise sehr wirksamen Tätigkeit der Gewerbevereine und vieler Gemeinsamkeiten, so etwa bei der Beurteilung der Gewerbeverhältnisse und der zu ihrer Besserung notwendigen Selbsthilfemaßnahmen, war es in Bayern mit Ausnahme von Unterfranken lange Zeit zu keinem Zusammenschluß der Vereine gekommen. Bis zur Gründung des Verbandes bayrischer Gewerbevereine im Jahr 1875 bestand das Gewerbevereinswesen aus einem Nebeneinander voneinander unabhängiger Vereine (ausgenommen Unterfranken), deren Bedürfnis nach Eigenständigkeit, in Verbindung mit ihren gründungsgeschichtlich und landschaftlich bedingten Unterschieden, alle Gemeinsamkeiten überwog. Daran hatten auch die bereits seit Jahrzehnten, infolge der Umstrukturierung der traditionalistischen Volkswirtschaft in eine moderne Industriegewirtschaft, auf den herkömmlich wirtschaftenden kleineren Handwerksbetrieben lastenden Schwierigkeiten nichts zu

1) Die ältesten Vereinsgründungen in Bayern waren:

- die 1792 gegründete Gesellschaft zur Beförderung der vaterländischen Industrie, Nürnberg;
- der 1806 gegründete Polytechnische Zentralverein für Unterfranken und Aschaffenburg, Würzburg;
- der 1816 gegründete Polytechnische Verein für Bayern, München;
- die 1817 gegründete Gesellschaft für vaterländischen Kunst- und Gewerbefleiß, Ansbach.

ändern vermocht, obwohl sich offenbar im Verlauf der weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der Kleingewerbetreibenden, durch die 1873 einsetzende, länger währende Stockungsperiode der Gesamtwirtschaft, bei vielen Gewerbevereinen die Bereitwilligkeit zu einem Zusammenschluß verstärkt hatte. Daneben dürfte es sich für die Verbandsgründung günstig ausgewirkt haben, daß die Initiative zur Gründung vom Bayrischen Gewerbemuseum in Nürnberg¹⁾ ausging, einer Institution, die auf Grund ihrer eindrucksvollen Kapitalausstattung und der dadurch möglichen Einrichtungen ein Überzeugendes Eigengewicht besaß.

2. Verbandsentstehung und Zielsetzung

Der entscheidende Anstoß zur Verbandsgründung ging vom Direktor des Bayrischen Gewerbemuseums, Herrn Dr. Stegmann, aus, der in einem Rundschreiben vom 7. Juli 1875 die Zusammenkunft von Vertretern bayrischer Gewerbevereine anregte. Die Vereinsdelegierten wurden nach Nürnberg eingeladen und sollten beraten, "in welcher Weise die Tätigkeit des Gewerbemuseums auch den entfernteren Teilen des Landes zugute kommen könne."²⁾

Am 26. September 1875 kam es dann zu der sorgfältig vorbereiteten ersten Versammlung von Vertretern bayrischer Gewerbevereine. In seiner einlei-

1) Nach dem Vorbild des französischen Instituts "Conservatoire des arts et des métiers" und des, anläßlich der 1851 in London veranstalteten Weltausstellung errichteten Kensington Museums, wurde im Jahr 1869 das Bayrische Gewerbemuseum in Nürnberg gegründet, das sich laut Satzung den Zweck setzte, "den industriellen Fortschritt, namentlich die Herstellung der Gewerbeerzeugnisse des Landes in Bezug auf Schönheit der Form und technische Vervollendung zu fördern". Besondere Unterstützung erfuhr das Gewerbemuseum durch die Stadtgemeinde Nürnberg, die Nürnberger Industriellen v. Cramer-Klett und v. Faber, die Bayrische Staatsregierung, den Landrat von Mittelfranken und den Bayrischen König (vgl. Denkschrift zur Erinnerung an die Eröffnung des Neubaus des Bayerischen Gewerbemuseums in Nürnberg, am 19. Juni 1897; Statuten des Bayrischen Gewerbemuseums zu Nürnberg vom 13.1.1873).

2) Mitteilungen des Bayrischen Gewerbemuseums zu Nürnberg, Beiblatt zur Wochenschrift, Kunst und Gewerbe, Nürnberg, 2. Jg. 1875, Nr. 22, S. 85.

tenden Begrüßungsansprache präzierte der Direktor des Gewerbemuseums den Zweck der Einladung, nämlich die Vereinigung der bayrischen Gewerbevereine untereinander und mit dem Bayrischen Gewerbemuseum, und stellte zwei Organisationsvorschläge zur Debatte. Der erste Vorschlag, für den sich in der Diskussion unter Führung des Münchner Kunstgewerbevereins nur oberbayrische und ein niederbayrischer Verein aussprachen, sah einen Verband mit jährlich neu zu wählendem Vorort und nur lockerem Anschluß an das Gewerbemuseum vor, während der zweite Vorschlag, für den sich die große Mehrheit der Vereine aller Regierungsbezirke einsetzte, unter denen die fränkischen Vereine überwogen, eine festere Verbandsorganisation unter Führung des Gewerbemuseums beinhaltete. Nach längerer Diskussion beider Organisationsentwürfe wurde der zweite, also der auf die Gründung eines Verbandes bayrischer Gewerbevereine unter Führung des Bayrischen Gewerbemuseums¹⁾ abzielende Entwurf mit 87 gegen 3 Stimmen, beziehungsweise 26 gegen 3 Vereine angenommen²⁾ und gleichzeitig eine Kommission zur Beratung des Statutenentwurfes und der Geschäftsordnung gewählt. Der ausgearbeitete Statutenentwurf und die Geschäftsordnung wurden im gleichen Jahr, am 21. November, von der gewählten Kommission genehmigt.

Die Formulierung der Zielsetzung des Verbandes zeigte neben der üblichen, allgemeinen Diktion, wie Wahrnehmung gemeinsamer gewerblicher und wirtschaftlicher Interessen und Zusammenarbeit der Mitgliedsvereine, eine

-
- 1) Das Bayrische Gewerbemuseum gab die Leitung des Verbandes bayrischer Gewerbevereine erst nach Erlaß des Handwerkerergesetzes vom 26. Juli 1897 auf. Es motivierte seinen Rücktritt damit, daß "infolge des neuen Gesetzes die ganze auf dem Boden der Freiwilligkeit aufgebaute organisatorische und formale Tätigkeit der Verbandsleitung auf die als Zwangsorganisation für die Vertretung und Selbstverwaltung des Handwerks zu gründenden Handwerkskammern übergeht" (Bayerische Gewerbezeitung, 11. Jg., 1898, Nr. 6, S. 146).
 - 2) Der Münchner Kunstgewerbeverein hatte seinen Beitritt zum Verband von der Annahme des ersten Organisationsvorschlages abhängig gemacht und trat als einziger, an der Gründungsversammlung beteiligter Verein nicht dem Verband bayrischer Gewerbevereine bei. In dem behandelten Zeitraum bis 1900 blieb er auch weiterhin, ähnlich dem Polytechnischen Verein München, völlig selbständig und schloß sich keinem anderen Verband an.

der engen Zugehörigkeit des Gewerbemuseums zum Verband angemessene Berücksichtigung der Einrichtungen des Gewerbemuseums. Die Satzung führte im einzelnen aus:

"Zweck des Verbandes. Die bayrischen Gewerbevereine treten zu einem Verband zusammen, zu dem Zweck:

- a) Die Einrichtungen und Veranstaltungen des Bayrischen Gewerbemuseums zu Nürnberg innerhalb der einzelnen Vereine möglichst nutzbar zu machen.
- b) Die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen auf gewerblichem und wirtschaftlichem Gebiete mit vereinten Mitteln und Kräften zu verfolgen.
- c) Die Beziehungen der Vereine untereinander zu beleben und den Austausch der gemachten Erfahrungen zu vermitteln."¹⁾

II. Verband nach innen

1. Mitglieder

Die Resonanz auf die vom Bayrischen Gewerbemuseum angeregte erste Versammlung von Vertretern bayrischer Gewerbevereine war vielversprechend, denn mit Ausnahme der beiden großen Münchner Vereine, des Polytechnischen Vereins, München und des Allgemeinen Gewerbe-

1) § 1 der Statuten des Verbandes Bayrischer Gewerbevereine, festgestellt in Nürnberg am 26. September 1875.

vereins, München¹⁾ und der zur gleichen Zeit tagenden pfälzischen Gewerbevereine²⁾ hatten alle bedeutenden Gewerbevereine ihre Delegierten nach Nürnberg entsandt. Von den 99 bayrischen Vereinen, die das Gewerbemuseum zu diesem Zeitpunkt ausfindig machen konnte, nahmen 29 Vereine an der Versammlung direkt teil, während 11 nicht anwesende Vereine sich im voraus mit den Beschlüssen der Versammlung solidarisch erklärten.³⁾ An der Gründungsversammlung des Verbandes bayrischer Gewerbevereine hatten sich also direkt und indirekt 40% der vom Gewerbemuseum ermittelten Vereine beteiligt,

-
- 1) Die nach der Verbandsgründung angeknüpften Beitrittsverhandlungen zwischen dem Allgemeinen Gewerbeverein, München und dem Verband bayrischer Gewerbevereine scheiterten an der Forderung des Münchner Vereins, die alleinige Vertretung des Bayrischen Gewerbemuseums für München übertragen zu erhalten (vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 5. Jg. 1878, Nr. 9, S. 35; Allgemeiner Gewerbeverein München: Fünfzig Jahre Münchner Gewerbe-Geschichte 1848-1898, München 1898, S. 115).

Die sich in den folgenden Jahren ständig verschlechternden Beziehungen zwischen beiden Vereinigungen erreichten in den zwischen 1891 und 1897 stattgefundenen Auseinandersetzungen um eine Neuregelung der Gewerbeordnung ihren Tiefpunkt, als sich der Allgemeine Gewerbeverein, München als Repräsentant des von ihm 1883 gegründeten Bayrischen Handwerkerbundes, und damit der innungsfreundlichen, organisierten Handwerkerschaft und der Verband bayrischer Gewerbevereine als Repräsentant der gewerbefreiheitlichen, organisierten Handwerkerschaft gegenüberstanden.

In dem behandelten Zeitraum bis 1900 standen also alle drei großen Münchner Vereine, der Kunstgewerbeverein, der Polytechnische Verein und der Allgemeine Gewerbeverein außerhalb des Verbandes bayrischer Gewerbevereine.

- 2) Im untersuchten Zeitraum bis 1900 schlossen sich die Gewerbevereine im links-rheinischen Bayern nicht dem Verband bayrischer Gewerbevereine an, sondern gründeten einen eigenen Verband pfälzischer Gewerbevereine (vgl. Noack: Gewerbevereine, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1909, S. 1065 f.). Lediglich die Gewerbevereine Speyer und Zweibrücken bildeten eine Ausnahme; sie gehörten beiden Landesverbänden gleichzeitig an (vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 8. Jg. 1895, Nr. 9, S. 203).
- 3) vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 2. Jg. 1875, Nr. 22, S. 86.

die, bis auf den Kunstgewerbeverein München, alle dem Verband beitraten. Zum Zeitpunkt der Gründung betrug demnach der Organisationsgrad des Verbandes 39% der festgestellten Vereine; der Organisationsgrad der von diesen Vereinen repräsentierten Mitglieder dürfte jedoch erheblich höher gewesen sein, da fast alle großen Vereine Bayerns dem Verband beigetreten waren.

Die Zahl der dem Verband bayrischer Gewerbevereine beigetretenen Mitgliedsvereine und der durch sie erfaßten Einzelmitglieder entwickelte sich im einzelnen wie folgt:

Jahr	Zahl der Mitgliedsvereine	Zahl der Mitglieder
1876	39 ¹⁾	- ²⁾
1878	48	7 015 ³⁾
1880	52	7 301 ⁴⁾
1882	56	8 147 ⁵⁾
1883	54	8 089 ⁶⁾
1884	51	7 954 ⁷⁾
1886	47	7 920 ⁸⁾
1888	43	7 390 ⁹⁾
1890	46	8 144 ¹⁰⁾
1894	57	9 185 ¹¹⁾
1898	61	9 369 ¹²⁾
1908	81	14 000

-
- 1) Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 3. Jg. 1876, Nr. 7, S. 25.
 - 2) Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 5. Jg. 1878, Nr. 19, S. 75.
 - 3) Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 7. Jg. 1880, Nr. 13, S. 50.
 - 4) Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 9. Jg. 1882, Nr. 13, S. 97.
 - 5) Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 10. Jg. 1883, Nr. 12, S. 90.
 - 6) Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 11. Jg. 1884, Nr. 9/10, S. 71.
 - 7) Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 13. Jg. 1886, Nr. 12/13, S. 95.
 - 8) Bayerische Gewerbe-Zeitung, 1. Jg. 1888, Nr. 11, S. 249.
 - 9) Bayerische Gewerbe-Zeitung, 3. Jg. 1890, Nr. 8, S. 184.
 - 10) Bayerische Gewerbe-Zeitung, 7. Jg. 1894, Nr. 9, S. 205.
 - 11) Bayerische Gewerbe-Zeitung, 11. Jg. 1898, Nr. 6, S. 141.
 - 12) Noack: Gewerbevereine, a.a.O., S. 1062.

Wie aus der Aufstellung ersichtlich, stieg nach der Verbandsgründung die Zahl der Mitgliedsvereine und der durch diese organisierten Einzelmitglieder, abgesehen von einer sechsjährigen rückläufigen Mitgliederphase, ständig an und verdoppelte sich bis zum Jahre 1908. Der 1883 einsetzende und bis etwa 1890 anhaltende Rückgang der Mitgliedsvereine und der Einzelmitglieder fiel mit der Gründung des Bayrischen Handwerkerbundes (1883) und dessen erstem Wirken zusammen, könnte also, zumindest zu einem großen Teil,¹⁾ durch Konkurrenz des Handwerkerbundes verursacht worden sein, wofür auch die Tatsache spricht, daß sich beide Verbände von Anfang an in Opposition gegenüberstanden.²⁾ Außerdem fällt bei der Aufstellung auf, daß die Zahl der Mitgliedsvereine und der Einzelmitglieder nach einem verhältnismäßig hohen Anfangsbestand bis etwa zur Jahrhundertwende langsamer, danach aber

1) Das Verbandsorgan gab für den in Frage kommenden Zeitraum nur unvollständige Auskunft über den Mitgliederschwund, und zwar veröffentlichte es 1886 den Austritt von 16 Vereinen mit zusammen 741 Mitgliedern, wobei sich drei Vereine völlig aufgelöst hatten (vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 13. Jg. 1886, Nr. 12/13, S. 95).

2) So verfaßte z.B. bei Bekanntwerden der Absicht des Allgemeinen Gewerbevereins München, einen Bayrischen Handwerkerbund zu gründen, der Direktor des Bayrischen Gewerbemuseums, in seiner Eigenschaft als "Vorstand" des Verbandes bayrischer Gewerbevereine, einen Aufruf an die Verbandsmitglieder, in welchem er diesen nahelegte, sich dieser neuen Organisation nicht anzuschließen (vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 9. Jg. 1882, Nr. 23, S. 177) und der Bayrische Handwerkerbund führte unter anderem aus, die heftigsten Gegner der Handwerkersache befänden sich in Nürnberg anlässlich des 1885 vom Verband bayrischer Gewerbevereine in Nürnberg veranstalteten Handwerkertages (vgl. Allgemeiner Gewerbeverein München: Fünfzig Jahre Münchner Gewerbe-Geschichte ..., a.a.O., S. 161).

beschleunigt zunahm, ein Vorgang, der auf eine, durch das Handwerker-gesetz von 1897 begründete, gesteigerte Attraktivität des Verbandes bayrischer Gewerbevereine und der Gewerbevereine insgesamt schließen läßt. Ergänzend zu den vorausgegangenen Ausführungen über den Organisationsgrad bei der Verbandsgründung und die daran anschließende weitere Mitgliederbewegung soll nun versucht werden, die Mitgliedsvereine des Verbandes näher zu kennzeichnen.

Zunächst sei festgestellt, daß die Mitgliedschaft zum Verband bayrischer Gewerbevereine, nach §2 der Verbandsstatuten, nur von bayrischen Vereinen (die gleichzeitig Mitglieder des Bayrischen Gewerbemuseums werden mußten) erworben werden konnte, nicht aber von Einzelpersonen. Die in der Abhandlung neben den Mitgliedsvereinen zur Erläuterung gewisser Sachverhalte berücksichtigten Einzelmitglieder waren also keine Mitglieder des Verbandes, sondern nur Mitglieder der Mitgliedsvereine.

Ein für das Gewerbevereinswesen, also auch für den Verband bayrischer Gewerbevereine spezifisches Charakteristikum, gegen welches die Gegner der Gewerbevereinsbewegung, namentlich die Anhänger der Handwerkerbündebewegung und der Innungsbewegung, im Verlauf der gewerbepolitischen Auseinandersetzungen immer wieder polemisierten, war die Tatsache, daß sich die Mitglieder fast aller Mitgliedsvereine nicht nur aus Handwerkern, sondern zu einem großen Teil auch aus Nichthandwerkern zusammensetzten. Diesbezügliche Auskünfte des Verbandes waren jedoch sehr spärlich und unvollständig,¹⁾ so daß folgende, zeitlich auseinander-

1) Der Verband bayrischer Gewerbevereine beklagte in diesem Zusammenhang die mangelnde Mitarbeit seiner Mitgliedsvereine, die der Anforderung nach jährlicher Einsendung von Jahresberichten und Mitgliederverzeichnissen nur ungenügend nachkamen; so hatten z.B. im Jahr 1881 von 55 Mitgliedsvereinen 14 Vereine Jahresberichte und Mitgliederverzeichnisse eingesandt, 7 Vereine nur Jahresberichte, 3 Vereine nur Mitgliedsverzeichnisse und 31 Vereine weder das eine noch das andere (vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 8. Jg. 1881, Nr. 14, S. 106).

fallende Angaben als Orientierungshilfe dienen müssen. Für das Jahr 1877 veröffentlichte der Verband, daß sich die Mitglieder seiner Mitgliedsvereine zu 82% (5106 Mitglieder) aus Gewerbetreibenden, zu 4% (274 Mitglieder) aus Lehrern und zu 14% (863 Mitglieder) aus Vereinsfreunden, und zwar Ärzten, Beamten, Buchhaltern, Ökonomen, Privatiers, Schreibern usw. zusammensetzten.¹⁾ Der Anteil von Handwerkern und Nichthandwerkern läßt sich jedoch aus diesen Angaben nicht entnehmen, da offensichtlich unter der Bezeichnung "Gewerbetreibende" Handwerksmeister und Fabrikanten zusammengefaßt wurden. Für das Jahr 1896 gab der Verband an, daß die Mitglieder seiner Mitgliedsvereine zu zwei Dritteln aus Handwerkern und zu einem Drittel aus Nichthandwerkern bestanden.²⁾ In dieser groben Form könnte die Mitgliederaufteilung für den gesamten untersuchten Zeitraum gültig gewesen sein.

Weiterhin soll darauf verwiesen werden, daß die Mitgliedsvereine des Verbandes in ihrer Interessenlage und Organisation keine einheitliche, nur auf die Ziele des bayrischen Gewerbevereinsverbandes ausgerichtete Gruppierung bildeten, sondern zu einem Großteil gleichzeitig die Mitgliedschaft anderer Vereine und Verbände besaßen.³⁾ Einige der Mitgliedsvereine waren sogar zusätzlich Mitglieder des Bayerischen Handwerkerbundes, der für den untersuchten Zeitraum als Gegenverband des Verbandes bayrischer Gewerbevereine anzusprechen ist. Der Verband veröffentlichte für das Jahr 1893 folgende zusätzliche organisatorische Verknüpfungen seiner Mitgliedsvereine mit anderen Vereinen und Verbänden:⁴⁾

1) vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 4. Jg. 1877, Nr. 10, S. 38.

2) vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 9. Jg. 1896, Nr. 20, S. 463.

3) Nach §3 der Satzung war der Anschluß einzelner Vereine an andere gewerbliche Vereinigungen dem freien Ermessen der Verbandsvereine überlassen.

4) vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 6. Jg. 1893, Nr. 8, S. 181.

- 16 Vereine gehörten zusätzlich zum Bayerischen Kunstgewerbeverein, München;
- 6 Vereine gehörten zusätzlich zum Berliner Verein für Volksbildung;
- 4 Vereine gehörten zusätzlich zum Bayrischen Handwerkerbund;
- 4 Vereine gehörten zusätzlich zum Polytechnischen Verein, München;
- 4 Vereine gehörten zusätzlich zum Germanischen Museum, Nürnberg;
- 4 Vereine gehörten zusätzlich zum Polytechnischen Zentralverein, Würzburg
- 3 Vereine gehörten zusätzlich zum Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften;
- 1 Verein gehörte zusätzlich zum Verband pfälzischer Gewerbevereine;
- 1 Verein gehörte zusätzlich zum Pfälzer Museumsverein;
- 1 Verein gehörte zusätzlich zum Deutschen Kolonialverein;
- 1 Verein gehörte zusätzlich zum Bayrischen Dampfkesselrevisorenverein
- 1 Verein gehörte zusätzlich zum Berliner elektrotechnischen Verein;
- 1 Verein gehörte zusätzlich zum Weimarer Verein zur Verbreitung guter Schriften.

Eine Untersuchung der bezirklichen Aufteilung der Mitgliedsvereine des Verbandes zeigt folgende Zusammenstellung:

Jahr- gang	Ober- franken		Mittel- franken		Unter- franken		Ober- pfalz		Pfalz		Schwaben		Ober- bayern		Nieder- bayern	
	MV.	Em.	MV.	Em.	MV.	Em.	MV.	Em.	MV.	Em.	MV.	Em.	MV.	Em.	MV.	Em.
1880 ²⁾	4	1064	10	1785	10	1239	4	449	1	177	9	1250	8	724	6	613
1886 ³⁾	4	-	11	-	8	-	3	-	1	-	11	-	4	-	5	-
1892 ⁴⁾	5	-	14	-	9	-	3	-	1	-	11	-	5	-	5	-
1897 ⁵⁾	6	-	17	-	9	-	4	-	2	-	13	-	4	-	3	-

1) Die im Kopfteil der Tabelle verwandten Abkürzungen bedeuten:
MV. = Mitgliedsvereine
Em. = Einzelmitglieder.

2) vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 8. Jg. 1881, Nr. 14, S. 106.

3) vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 13. Jg. 1886, Nr. 12/13, S. 95.

4) vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 5. Jg. 1892, Nr. 9/10, S. 206.

5) vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 11. Jg. 1898, Nr. 6, S. 141.

Nach dieser Übersicht besaß der Verband bayrischer Gewerbevereine im untersuchten Zeitraum von 1880 bis 1897 durchschnittlich die meisten Mitgliedsvereine in den Regierungskreisen Mittelfranken, Schwaben und Unterfranken, eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedsvereinen in Oberbayern, Oberfranken und Niederbayern und die wenigsten in der Oberpfalz und der Pfalz. Die meisten Einzelmitglieder wurden durch die mittelfränkischen, schwäbischen, unterfränkischen und oberfränkischen Mitgliedsvereine des Verbandes erfaßt. Außerdem läßt sich der Übersicht entnehmen, daß von 1880 bis 1897 die Anzahl der dem Verband zugehörigen Mitgliedsvereine in Mittelfranken, Schwaben und Oberfranken gestiegen, in der Pfalz, Oberpfalz und Unterfranken etwa gleichgeblieben und in Oberbayern und Niederbayern erheblich gefallen war.

Die Frage nach der Größenordnung der Mitgliedsvereine läßt sich auf Grund des sehr spärlichen Zahlenmaterials nicht befriedigend beantworten.

1886 ¹⁾		1895 ²⁾	
Anzahl der Mitgliedsvereine	Stärke der Mitgliedsvereine	Anzahl der Mitgliedsvereine	Stärke der Mitgliedsvereine
1 Verein	600 Mitglieder	2 Vereine	über 600 Mitgl.
2 Vereine	400-500 Mitgl.	3 Vereine	400-500 "
4 "	300-400 "	4 "	300-400 "
6 "	200-300 "	4 "	200-300 "
19 "	100-200 "	17 "	100-200 "
15 "	unter 100 "	26 "	unter 100 "

1) vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 13. Jg. 1886, Nr. 12/13, S. 95.

2) vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 8. Jg. 1895, Nr. 9, S. 203.

Die Aufstellung zeigt deutlich, daß die Großvereine mit 600 Mitgliedern und mehr eine Ausnahme waren und daß die Vereine mit 200 bis 500 Mitgliedern eine Minderheit gegenüber der überwiegenden Mehrzahl der Vereine bildeten, deren Mitgliedstärke 100 bis 200 Mitglieder und unter 100 Mitglieder betrug.

2. Organisatorischer Aufbau

Die nach den Statuten zur Leitung und Verwaltung des Verbandes bayrischer Gewerbevereine bestellten Organe waren der Direktor des Bayrischen Gewerbemuseums, der Verbandsausschuß, der Verbandstag und die nach Bedarf zu gründenden Kreisverbände.

Der jeweilige Direktor des Bayrischen Gewerbemuseums war gleichzeitig mit der Leitung des Verbandes betraut und hatte in seiner Eigenschaft als ausführendes Verbandsorgan die Verhandlungen des Verbandsausschusses und des Verbandstages zu leiten, die Beschlüsse des Verbandstages auszuführen und die Verbandskasse zu verwalten (§4 der Satzung). Bis zum Jahr 1898 blieben die Museums- und die Verbandsleitung in Personalunion verbunden, nach dem 1898 von der Museumsdirektion erklärten Rücktritt von der Verbandsleitung¹⁾ wurde der Vorstand aus der Mitte der Gewerbevereine gewählt.

1) Das Direktorium des Bayrischen Gewerbemuseums motivierte seinen Rücktritt von der Leitung des Verbandes bayrischer Gewerbevereine mit seiner, durch das Handwerker-gesetz von 1897 verursachten, stark geschmäler-ten Aufgabenstellung als Verbandsleitung. Da infolge des neuen Gesetzes die wichtigsten Aufgaben der Verbandsleitung, wie z.B. die Regelung des Lehrlingswesens und alle sonstigen, zur Förderung der gewerblichen, technischen und künstlerischen Ausbildung der Gewerbetreibenden durchgeführten Veranstaltungen, auf die obligatorischen Handwerkskammern übergingen, sah sich das Gewerbemuseum auf seine ursprünglichen, satzungsgemäßen Aufgaben verwiesen (vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 11. Jg. 1898, Nr. 6, S. 145 f.).

Der Verbandsausschuß fungierte als Kontrollorgan des Direktors des Bayrischen Gewerbemuseums und stand ihm beratend und beschließend zur Seite. Er wurde auf dem jährlich stattfindenden Verbandstag von den Abgeordneten der Gewerbevereine aus dem Kreis der Vorstandsmitglieder dieser Vereine gewählt, bestand aus 16 Mitgliedern, von denen je zwei einem Regierungskreis angehören sollten, und trat einmal im Jahr anläßlich des Verbandstages zusammen. Zu seinen Aufgaben zählte die Vorbereitung des Verbandstages, die Festsetzung dessen Tagesordnung, die Kontrolle des Kassen- und Rechnungswesens, der Beiträge und der Beschluß über die Abhaltung von Wanderversammlungen und Ausstellungen (vgl. §4 der Satzung).

Das beschließende Organ des Verbandes war der jährlich stattfindende Verbandstag, der sich aus den Deputierten der dem Verband zugehörigen Gewerbevereine Bayerns zusammensetzte. Der Verbandstag befand durch Mehrheitsbeschluß über die Regeln, Bedingungen und Statuten des Verbandes, verfügte über die zu Verbandszwecken von den Vereinen bewilligten Geldmittel und wählte den Verbandsausschuß (§3 der Satzung). Die Zuständigkeiten des Verbandstages schmälerten jedoch nicht die volle Selbständigkeit der Mitgliedsvereine und deren alleinige Kompetenz in vereinsinternen Angelegenheiten. Dementsprechend bedurfte der Verbandstag bei der Einführung neuer, nicht in den Statuten festgelegter Verpflichtungen der Mitgliedsvereine der Zustimmung dieser Vereine und etwaige Beschlüsse über die Zweckmäßigkeit von Vereinseinrichtungen galten nur als Empfehlung.

Endlich erklärte die Satzung die Kreisverbände zu Verbandsorganen, die sich nach Bedarf bilden sollten und denen die Funktion zufiel, die Interessen der Vereine ihres Kreises zu vertreten und belebend auf ihre Vereine einzuwirken. In einem 1897 vom Bayrischen Gewerbemuseum veröffentlichten Aufruf zur Bildung von Kreisverbänden wurden ihre Aufgaben näher bestimmt, und zwar Ausrichtung des gewerblichen

Unterrichtetes nach einheitlicher Methode, Errichtung von Rohstoffgenossenschaften, gemeinschaftlichen Verkaufshallen, Förderung der Ausfuhr und Versuch einer noch engeren Zusammenarbeit mit den Kreisregierungen.¹⁾ Den Kreisverbänden wurden eigene Statuten zugewilligt, je ein Mitglied des Vorstandes dieser Kreisverbände sollte in den Verbandsausschuß gewählt werden, vorausgesetzt es hatte sich eine größere Anzahl von Kreisverbänden gebildet (§4 der Satzung).

Der Beitritt und der Austritt eines Mitgliedsvereines geschah durch schriftliche Anzeige der Vereinsvorstände bei dem Direktor des Bayrischen Gewerbemuseums (§5 der Satzung), der Ausschluß eines Mitgliedsvereines erfolgte entweder bei Verlust oder Aufgabe der für die Mitgliedsvereine obligatorischen Mitgliedschaft beim Bayrischen Gewerbemuseum oder durch Beschluß des Verbandstages (§§ 2 und 5 der Satzung).

Der jährlich an das Bayrische Gewerbemuseum abzuführende Verbandsbeitrag betrug fünf Reichspfennige pro Vereinsmitglied. Außerdem mußte mindestens ein Exemplar der Wochenschrift "Kunst und Gewerbe" mit den Mitteilungen des Bayrischen Gewerbemuseums von der Verlagsbuchhandlung bezogen werden, beziehungsweise bei Vereinen mit 100 Mitgliedern und darüber mindestens 25 Exemplare zu je 70 Reichspfennigen pro Jahrgang (§8 der Satzung).

3. Tätigkeit nach innen

Seit Beginn der Verbandstätigkeit zählte, neben der Bekanntmachung und Weitergabe neuer Produktionstechniken an die Verbandsmitglieder, die Erörterung gewerblicher Probleme, wie Lehrlingswesen, Wanderlager,

1) vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 10. Jg. 1897, Nr. 19, S. 459.

Hausierhandel, Gefängnis- und Zuchthausarbeit, mit den Mitgliedsvereinen und deren diesbezügliche umfassende Information zu den wichtigsten Anliegen des Verbandes bayrischer Gewerbevereine. Dabei hatte der Verband seine Bemühungen hauptsächlich auf die Verbesserung der Lehrungsverhältnisse gerichtet und seine Mitgliedsvereine zu aktiver Mitarbeit an seinem Lehrlingsprogramm verpflichtet, und zwar zur Verbreitung eines schriftlichen Einheitslehrvertrages,¹⁾ zur Mitarbeit beim Lehrlingsstellennachweis,²⁾ zur Veranstaltung von Lehrlingsprüfungen und Lehrlingsarbeitenausstellungen³⁾ und zur Unterstützung von Gewerbeschulen.⁴⁾ Mit zunehmender Intensivierung der Auseinandersetzungen um die Gewerbeordnung, bedingt durch den schrittweisen Abbau der Gewerbefreiheit⁵⁾ im Rahmen des seit 1878 einsetzenden gewerblichen Protektionismus, verlagerte sich die Verbandsarbeit von den allgemeinen gewerblichen Fragen auf die jeweiligen, durch Änderungen der Gewerbeordnung aktuellen Probleme des handwerklichen Organisations- und Lehrlingswesens. Trotz gelegentlicher antiliberaler, innungsfreundlicher Stellungnahmen einzelner Mitgliedsvereine gelang es dem Verband,

1) vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 4. Jg. 1877, Nr. 9, S. 34 und Bayerische Gewerbe-Zeitung, 6. Jg. 1893, Nr. 21, S. 478.

2) vgl. ebenda.

3) vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 11. Jg. 1884, Nr. 9/10, S. 77; 12. Jg. 1885, Nr. 13/14, S. 105; Bayerische Gewerbe-Zeitung, 6. Jg. 1893, Nr. 21, S. 478.

4) vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 6. Jg. 1893, Nr. 21, S. 478.

5) Die Gewerbefreiheit in Bayern wurde durch das bayerische Gewerbegesetz vom 30. Januar 1868 eingeführt, an dessen Stelle dann die freiheitliche Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes vom 21. Juni 1869 trat, die am 12. Juni 1872 vom Deutschen Reich als Gesetz übernommen wurde (vgl. Popp, August: a.a.O., S. 138).

die Überwiegende Anzahl seiner Mitgliedsvereine auf eine eindeutig liberale Politik festzulegen und sie für entsprechende gewerbefreiheitliche Stellungnahmen und Resolutionen zu gewinnen.¹⁾ Nach dem 1895 vollzogenen Anschluß des Verbandes bayrischer Gewerbevereine an den Verband deutscher Gewerbevereine lag bei diesen die Hauptlast wirtschaftspolitischer Aktivität, während nun dem bayrischen Verband die Aufgabe zufiel, das wirtschaftspolitische Vorgehen des Oberverbandes seinen Mitgliedern gegenüber zu erläutern und zu rechtfertigen und sie über den letzten Stand der Auseinandersetzungen um die Neuordnung der Gewerbeordnung zu informieren.

Abschließend sei auf die Veranstaltungen hingewiesen, deren sich der Verband zur Durchführung seiner Tätigkeit, sowohl nach innen wie nach außen, bediente.

- "1) Der Verbandstag, welcher alljährlich zur Zeit der Generalversammlung des Bayrischen Gewerbemuseums in Nürnberg stattfindet, an welchem die Deputierten und Mitglieder der dem Verband angehörigen Gewerbevereine teilnehmen.
- 2) Wanderversammlungen der Verbandsmitglieder, in der Regel verbunden mit Wanderausstellungen des Bayrischen Gewerbemuseums und mit lokalen Gewerbeausstellungen.
- 3) Vorträge über bestimmte gewerbliche Fragen in den verschiedenen Vereinen, gehalten im Auftrage der Verbandsorgane.

1) In stündig wiederkehrenden Grundsatzserklärungen für die Gewerbefreiheit und ihr adäquate Lösungen der Gewerbeverhältnisse sprach sich der Verband gegen Zwangsinnungen, Befähigungsnachweis und alle sonstigen, auf Zwangsmaßnahmen aufbauenden Gewerbeordnungsvorschläge aus (vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 8. Jg. 1881, Nr. 14, S. 108; 9. Jg. 1882, Nr. 13, S. 98; 10. Jg. 1883, Nr. 12, S. 91; 13. Jg. 1886, Nr. 19, S. 148; 14. Jg. 1887, Nr. 18/19, S. 140 und Bayerische Gewerbe-Zeitung, 6. Jg. 1893, Nr. 21, S. 477 f.; 8. Jg. 1895, Nr. 21, S. 488).

- 4) Die vom Bayrischen Gewerbemuseum zu Nürnberg herausgegebene Wochenschrift "Kunst und Gewerbe" und die "Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums", welche die Verbandsangelegenheiten vertreten".¹⁾

III. Verband nach außen

1. Vorgehen gegenüber Staat, Gewerbetreibenden und Öffentlichkeit

Die bayrische Staatsregierung zeigte sich bereits bei der Gründung des Verbandes bayrischer Gewerbevereine an diesem interessiert, was sich wohl hauptsächlich daraus erklärt, daß der Gewerbevereinsverband die erste, und längere Zeit einzige, große, überregionale Interessenvertretung des bayrischen Gewerbestandes war, sich folglich der Regierung als einziger Partner für eine Zusammenarbeit in gewerblichen Fragen anbot. Außerdem bestand zwischen der Staatsregierung und dem Bayrischen Gewerbemuseum, der gleichzeitigen Verbandsleitung, ein gutes Einvernehmen, die Interessennahme der Regierung am Verband lag somit nahe.

Als Beispiel einer gut aufeinander abgestimmten Zusammenarbeit zwischen Staat und Gewerbevereinsverband können die im Rahmen der Wittelsbacher Stiftung abgewickelten Aktionen gelten. Nachdem sich der Verband als einzige, kompetente, gewerbliche Interessenvertretung in Erinnerung gebracht hatte,²⁾ war ihm das Recht eingeräumt worden, über die von der Stiftung für gewerbliche Zwecke bereitgestellten Mittel mitzufinden.³⁾ Darüberhinaus hatte der Verband auf Anregung des Staatsministeriums des Inneren Einfluß auf die Ausgestaltung der Statuten

1) §6 der Statuten ..., a.a.O., S. 3.

2) vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 7. Jg. 1880, Nr. 13, S. 50.

3) vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 13. Jg. 1886, Nr. 19, S. 148.

der Wittelsbacher Stiftung genommen, was letztlich gleichfalls dem Gewerbestand zugute kam.¹⁾

Die Haupttätigkeit des Verbandes bayrischer Gewerbevereine gegenüber Verwaltung und Regierung war thematisch durch die beiden Problemkreise fixiert, allgemeine gewerbliche Angelegenheiten und Fragen der Gewerbeordnung. Bei den allgemeinen gewerblichen Problemen handelte es sich im einzelnen um die gesetzliche Einführung eines einheitlich gestalteten Lehrvertrages, eine Verpflichtung des Staates, die gewerblichen Fortbildungsschulen zu unterstützen, eine baldige gesetzliche Einschränkung des Hausierhandels und der Wanderlager und Anpassung der betreffenden Bestimmungen an die Gesetzgebung der Nachbarstaaten, eine einheitliche Regelung der Wahlen zu den Handels- und Gewerbekammern, Anlegen besonderer Gewerberollen, Erweiterung der Kompetenzen der Amtsgerichte usw. Bei dem Themenkreis Gewerbeordnung ging es dem Verband um eine Verbesserung des Lehrlingswesens, die Einführung freiwilliger Innungen auf der Basis einer freiheitlichen Reichsgewerbeordnung, die Ablehnung von Zwangsinnung und Befähigungsnachweis. Zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen bediente sich die Verbandsleitung der üblichen Mittel, wie Eingaben und Resolutionen; Adressaten waren sowohl die Landes- als auch die Reichsministerien.

Eine zusammenfassende Aussage über die Verbandstätigkeit gegenüber dem Staat muß sich auf allgemeine Feststellungen beschränken. Bei allen wesentlichen, auf eine Gesetzesänderung zielenden Anliegen waren die Aktionen des Verbandes zwar an die Landes- und die Reichsregierung adressiert, richteten sich jedoch in erster Linie an die Landesregierung, von der eine Einflußnahme auf die Zentralgewalt über den Bundes-

1) vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums, 8. Jg. 1881, Nr. 14, S. 107.

rat erwartet wurde. Die weniger wichtigen Probleme wurden nur der Landesregierung vorgetragen, das entsprechende Vorgehen des Verbandes wurde durch das gegenseitige gute Einvernehmen begünstigt. Die Frage nach den Erfolgen des Verbandes bei seiner Tätigkeit muß offen bleiben.

Die zur Verfügung stehenden Unterlagen vermitteln den Eindruck, daß der Verband bayrischer Gewerbevereine nur gegenüber staatlichen Stellen gezielt aktiv war und es versäumt hatte, seinen Vorstellungen durch planmäßige Agitation bei Gewerbetreibenden und in der Öffentlichkeit eine breitere Basis zu verschaffen. Die Selbstdarstellung des Verbandes bei Gewerbetreibenden und in der Öffentlichkeit fiel wohl mehr als zufälliges Nebenprodukt seiner satzungsgemäßen Tätigkeit gegenüber den Verbandsmitgliedern¹⁾ und seiner Maßnahmen gegenüber dem Staat ab.

2. Stellung zum Verband deutscher Gewerbevereine

Obwohl die Notwendigkeit einer zentralen Interessenvertretung für die Gewerbevereine Deutschlands von der Verbandsleitung des bayrischen Gewerbevereinsverbandes von Anfang an bejaht wurde, waren die ersten Stellungnahmen zum Verband deutscher Gewerbevereine abwartend. Zunächst waren die Ursachen für diese Zurückhaltung allgemeine, die Aufstellung der Satzung betreffende Verfahrensmängel, eine zu starke Benachteiligung der kleinen Vereine hinsichtlich des Stimmrechts und der Beitragspflicht²⁾ und das zu unverbindlich formulierte Verbandsprogramm.³⁾ Später richteten sich dann die Bedenken hauptsächlich gegen

1) s.S. 132 f.

2) vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 5. Jg. 1892, S. 58.

3) vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 4. Jg. 1891, Nr. 18/19, S. 434.

die, im Falle des Beitritts für den bayrischen Verband fällige, zu hohe Beitragszahlung.¹⁾

Den entscheidenden, über die jährlich wiederkehrenden Diskussionen eines Verbandsanschlusses hinausgehenden Anstoß zum Beitritt löste die Berliner Handwerkerkonferenz von 1895 aus, bei der das gewerbefreiheitliche, organisierte Handwerk keine Berücksichtigung gefunden hatte. Nachdem die bayrische Verbandsleitung die Übereinstimmung der wesentlichen Grundsätze und Zielsetzungen beider Verbände und die Gründe für einen umgehenden Anschluß an den deutschen Verband dargelegt hatte, - das größte Hemmnis, die zu hohe Beitragspflicht, war inzwischen beseitigt worden²⁾ - beschloß die außerordentliche Sitzung des Verbandsausschusses vom 20. Oktober 1895 einstimmig den Beitritt zum Verband deutscher Gewerbevereine, der von diesem in einer Mitteilung vom 22. Dezember 1895 bestätigt wurde.³⁾

Die bereits vor dem Beitritt zwischen beiden Verbänden feststellbare, weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung gewerbepolitischer Probleme wurde nun durch eine planvolle Zusammenarbeit abgelöst, wobei der Verband deutscher Gewerbevereine als Oberverband vor allem die Vertretung der Interessen der deutschen Gewerbevereinsbewegung auf Reichsebene übernahm, während der Verband bayrischer Gewerbevereine die

1) Ein Jahr vor dem Verbandsbeitritt (1894) wies die Rechnungslegung aus:	
Einnahmen	DM 1 559,91
Ausgaben	<u>DM 650,94</u>
	DM 908,97

Der nach dem Mitgliederstand von 1894 lt. Satzung fällige Jahresbeitrag hätte DM 459,25 betragen, also etwa 30% der Jahreseinnahmen entsprochen

- 2) Als jährlicher Beitrag war eine Pauschalsumme von DM 400,- vereinbart worden (vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 9. Jg. 1896, Nr. 21, S. 495).
- 3) vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 9. Jg. 1896, Nr. 21, S. 494 f.

Politik des Oberverbandes auf Landesebene unterstützte und sich weiterhin mit den spezifisch regionalen Aufgaben befaßte.

3. Verhältnis gegenüber Innungsbewegung

Entsprechend seiner gewerbefreiheitlichen Ideologie befürwortete der Verband bayrischer Gewerbevereine freie Innungen auf der Grundlage einer freiheitlichen Gewerbeordnung und lehnte die von der zünftlerischen Innungsbewegung geforderten, obligatorischen Innungen und den Befähigungsnachweis ab.

In der Beurteilung des Bayrischen Handwerkerbundes und der von diesem repräsentierten Innungsbewegung¹⁾ zeigte der bayrische Gewerbevereinsverband eine gewisse Toleranz,²⁾ obwohl der Handwerkerbund scharf gegen das Gewerbevereinswesen polemisierte.³⁾ Die Gegensätzlichkeit zwischen Gewerbevereinsverband und Innungsbewegung wurde dann durch das Handwerker-gesetz vom 26. Juli 1897 gemildert, denn sowohl die Gewerbevereine (mit mehr als 50% Handwerkermitgliedern) als auch die Innungen wurden in das neue Organisationsschema einbezogen. Aber erst 1919 kam es zur Fusion des Verbandes bayrischer Gewerbevereine und des Bayrischen Handwerker- und Gewerbebundes, vormals Bayrischer Handwerkerbund, zum Bayrischen Gewerbebund, München.⁴⁾

- 1) Offenbar hatte der Zentrallausschuß vereinigter Innungsverbände in Bayern wenig Resonanz, da sich der Verband bayrischer Gewerbevereine nur mit dem anderen Repräsentanten des gewerbefreiheitsfeindlichen, organisierten Handwerks, dem 1883 gegründeten Bayrischen Handwerkerbund, auseinandergesetzt hatte.
- 2) So wies der Verband z.B. auf die große Wirksamkeit des Handwerkerbundes hin und erkannte u.a. dessen Verdienste bei der Mobilisierung der weitgehend desinteressierten Handwerker an (vgl. Mittheilungen des Bayrischen Gewerbevereins, 13. Jg. 1886, Nr. 19, S. 148).
- 3) vgl. Allgemeiner Gewerbeverein München: Fünfzig Jahre ..., a.a.O., S. 161 und Bayerische Gewerbe-Zeitung, 9. Jg. 1896, Nr. 20, S. 463.
- 4) vgl. Das Deutsche Handwerksblatt, Mittheilungen des Deutschen Handwerks- und Gewerbevereins, 13. Jg. 1919, H. 12, S. 197.

D. Die Gewerbevereinsbewegung in einzelnen deutschen Ländern

Die Gewerbevereinsbewegung in den einzelnen deutschen Ländern zeigte hinsichtlich ihrer Entstehung, ihrem Gefüge, ihrer Verknüpfung mit dem Gewerbestand und staatlichen Stellen und dem Umfang ihrer Tätigkeit beträchtliche Unterschiede. Die vorausgegangene ausführlichere Untersuchung der bayrischen Gewerbevereinsverhältnisse¹⁾ kann nicht repräsentativ für die deutschen Verhältnisse stehen, sondern soll durch kurze Darstellungen anderer deutscher Gewerbevereinsbewegungen ergänzt werden. Wir beschränken uns dabei auf die süddeutschen Gewerbevereinsbewegungen, als Beispiele für staatlich geförderte Gewerbevereinsorganisationen mit umfassender und erfolgreicher Einwirkung auf das Gewerbeleben, und auf die preußischen Gewerbevereinsorganisationen als Gegenbeispiele, mit nur begrenzter Wirksamkeit und ohne bedeutende staatliche Förderung. Dieser allgemeine und letztlich an der Oberfläche haftende Überblick über mehrere deutsche Gewerbevereinsbewegungen²⁾

- 1) Ergänzend zu der Abhandlung der bayrischen Gewerbevereine, die sich hauptsächlich auf die Untersuchung der beiden wichtigsten Gruppierungen bayrischer Gewerbevereine beschränkte, auf die zum Polytechnischen Zentralverein, Würzburg und zum Verband bayrischer Gewerbevereine zugehörigen Vereine, sei darauf hingewiesen, daß außerdem folgende Gewerbevereinsgruppen in Bayern bestanden: 1. Vereine, die keinem Verband angehörten, wie etwa der Münchner Kunstgewerbeverein und der Polytechnische Verein, München, beide sehr einflußreich; 2. der vom Allgemeinen Gewerbeverein, München geleitete Bayrische Handwerkerbund und 3. der Verband pfälzischer Gewerbevereine (vgl. Landgraf, Jos.: Gewerbevereine, in, HdSt., 3. Bd., Jena 1892, S. 1078).
- 2) Weitere frühe und bedeutende Gewerbevereinsbewegungen hatten sich im Königreich Sachsen und in den Mitteldeutschen Staaten entwickelt. Insgesamt hatte der Gewerbevereinsgedanke in folgenden in der Untersuchung unberücksichtigt gebliebenen Gebieten Fuß gefaßt: in Anhalt, Elsaß-Lothringen, Gotha, Hannover, Mecklenburg, Nassau, Sachsen, Sachsen-Weimar und Thüringen (vgl. Landgraf, Jos.: a.a.O., S. 1079 f.; Berghausen: Gewerbevereine, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 562 ff.; Noack: a.a.O., S. 1058 ff.).

soll vertieft werden, durch die im anschließenden Kapitel durchgeführte Untersuchung des Verbandes deutscher Gewerbevereine, der die große Mehrheit aller deutschen Gewerbevereine repräsentierte.

I. Die Gewerbevereinsbewegung in Hessen

Im Großherzogtum Hessen bildete sich die Gewerbevereinsbewegung nicht von unten her, durch spontane Aktionen aus Gewerbe- und Bürgerstand, sondern von oben herab durch planmäßige staatliche Initiative. Im Jahr 1836 wurde von der Staatsregierung ein Landesgewerbeverein gegründet, der das Ziel verfolgte, in engem Kontakt mit der Staatsregierung das hessische Gewerbe zu fördern. Zur Erreichung seiner Zielsetzung bildete der Landesgewerbeverein im ganzen Land örtliche Gewerbevereine, die zur wirkungsvolleren Koordination wiederum zu Betriebsverbänden zusammengeschlossen waren. Seit 1891 war der Oberverband der Gewerbevereine Hessens Mitglied des Verbandes deutscher Gewerbevereine.

Entsprechend der engen organisatorischen Verknüpfung mit dem Staat¹⁾ erfolgte die Tätigkeit der hessischen Gewerbevereine unter staatlicher Aufsicht und mit staatlicher Unterstützung. Der Tätigkeitsbereich der Gewerbevereine war breit gefächert, es bestand jedoch eine gewisse Arbeitsteilung zwischen dem Landesgewerbeverein und den Ortsvereinen. Der Landesgewerbeverein sah seine Hauptaufgabe in der Pflege der Mitgliederbeziehungen, der Ausbildung und Anleitung der Gewerbetreibenden,

1) Der Landesgewerbeverein wurde von der Großherzoglichen Zentralstelle für die Gewerbe geleitet, sein Vorsitzender war der Vorsitzende dieser staatlichen Zentralstelle. Seine geschäftsführende Stelle war gleichfalls die Großherzogliche Zentralstelle, deren Beamte Staatsbeamte und dem Ministerium des Innern unterstellt waren. Auch das wichtige Verbandsorgan, der Landesausschuß, stand teilweise unter dem Einfluß des Staates (vgl. Berghausen: a.a.O., S. 564 f.).

der Anregung zu genossenschaftlichem Zusammenschluß, der Durchführung von Vorträgen und Ausstellungen, der Erteilung von Auskünften und Gutachten und in der Weitergabe technischer Erfindungen.¹⁾ In die Zuständigkeit der Ortsvereine dagegen fiel die Pflege und Förderung des örtlichen gewerblichen Schulwesens und weiterhin die Erforschung der örtlichen gewerblichen Zustände und die Ausarbeitung und Weitergabe diesbezüglicher Verbesserungsvorschläge.²⁾

Die Entwicklung der hessischen Gewerbevereinsbewegung mit ihrer starken Belebung anläßlich der Einführung der Gewerbefreiheit in den 1860er Jahren und anläßlich der Neuordnung der Handwerkerhältnisse durch das Handwerkergesetz vor 1897 zeigt die nachfolgende Zusammenstellung:

Jahr	Zahl der Ortsvereine	Zahl der Mitglieder
1840	5 ³⁾	-
1848	10 ³⁾	-
1860	15 ³⁾	-
1868	25 ³⁾	- ⁴⁾
1875	30 ³⁾	3590 ⁶⁾
1880	33 ⁵⁾	3140 ⁶⁾
1891	50	4525 ⁷⁾
1898	104	9600 ⁸⁾

1) vgl. Berghausen: a.a.O., S. 564.

2) vgl. ebenda.

3) Krebs, August: Die gewerblichen Vereine Deutschlands, der Schweiz und von Oesterreich-Ungarn, Wien, Pest, Leipzig 1882, S. 62 ff.

4) Landgraf, Jos.: a.a.O., S. 1077.

5) Krebs, August: a.a.O., S. 62 ff.

6) Landgraf, Jos.: a.a.O., S. 1077.

7) ebenda.

8) Berghausen: a.a.O., S. 565.

II. Die Gewerbevereinsbewegung in Württemberg

Die Anfänge der württembergischen Gewerbevereinsbewegung reichten bis in das erste Drittel des 19. Jahrhunderts zurück. Angeregt von einer bereits 1830 entstandenen "Gesellschaft zur Beförderung der Gewerbe in Württemberg" konstituierten sich die ältesten Gewerbevereine, als erster der Gewerbeverein in Schwäbisch Hall im Jahr 1831.¹⁾

Unter dem Eindruck der politischen Ereignisse von 1848 wurde eine von den Gewerbevereinen beantragte staatliche Zentralstelle für Gewerbe und Handel gegründet, die das Gewerbeleben und das Gewerbevereinswesen in Württemberg nachhaltig beeinflußt hatte.²⁾ Außerdem bewirkten die 1848er Ereignisse einen vorübergehenden sprunghaften Anstieg von Gewerbevereinsgründungen, die sich jedoch als nicht lebensfähig erwiesen.³⁾ Danach stagnierte die Gewerbevereinsbewegung und die Vereine entfalteten nur geringe Wirksamkeit. Erneute und nachhaltige Belebung der Gewerbevereinsbewegung brachten dann die Einführung der Gewerbefreiheit (die Zünfte wurden gleichzeitig beseitigt) durch die Gewerbeordnung vom 12. Februar 1862 und den Erlass des Handwerkergesetzes von 1897. Die zahlenmäßige Entwicklung der

1) vgl. Berghausen: a.a.O., S. 572.

2) Zu den satzungsgemäßen Aufgaben der Zentralstelle gehörte z.B. "die Einwirkung auf eine zweckmäßige Einrichtung der Gewerbevereine und Anregung der Gründung solcher Vereine in denjenigen Bezirken oder Städten, in welchen es nach und nach an solchen fehlte" (Landgraf, Jos.: a.a.O., S. 1077 f.).

3) vgl. Landgraf, Jos.: a.a.O., S. 1078.

württembergischen Gewerbevereinsbewegung zeigt folgende Zusammenstellung:

Jahr	Zahl der Gewerbevereine	Zahl der Mitarbeiter
1835	3 ¹⁾	-
1849	15 ¹⁾	-
1857	33 ²⁾	-
1866	60 ²⁾	-
1877	81	10 853 ²⁾
1882	90	11 092 ²⁾
1896	105	14 000 ²⁾
1899	129	20 163 ²⁾

Das württembergische Gewerbevereinswesen zeigte nicht die gleiche organisatorische Geschlossenheit und zentrale Ausrichtung wie sie für die Gewerbevereine Hessens und Badens charakteristisch waren. Die Gewerbevereine Württembergs waren überwiegend durch Privatinitiative aus dem Gewerbe- und Bürgerstand heraus entstanden und zum Teil durch Einwirken des Staates über die bereits erwähnte königliche Zentralstelle für Gewerbe und Handel. Seit 1852 war die Mehrzahl der Gewerbevereine im Verband württembergischer Gewerbevereine organisiert, der seit 1893 Mitglied des Verbandes deutscher Gewerbevereine war.

Die württembergischen Gewerbevereine arbeiteten eng mit dem Staat zusammen und erfuhren über die staatliche Zentralstelle für Gewerbe und Handel eine differenzierte Unterstützung. Hinsichtlich ihrer Tätigkeit unterschieden sie sich kaum von den anderen deutschen Gewerbevereinen, ihr Programm war gleichfalls sehr umfangreich und sie maßten auch der Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses die größte Bedeutung bei.

III. Die Gewerbevereinsbewegung in Baden

Als früheste Gewerbevereinsgründungen in Baden entstanden die Gewerbevereine Karlsruhe 1831, Lahr 1836, Freiburg 1841, Mannheim 1842,

1) Krebs, August: a.a.O., S. 54 ff.

2) Berghausen: a.a.O., S. 572.

Heidelberg 1857.¹⁾ Nach der gesetzlichen Auflösung der Zünfte (bei gleichzeitiger Einführung der Gewerbefreiheit) am 15. Oktober 1862, waren die Gewerbevereine die alleinigen Repräsentanten des badischen Gewerbes. Um ihnen einen Kristallisationspunkt für eine später notwendige Organisation zu geben, gründete die Regierung 1865 die Großherzogliche Landesgewerbehalle zu Karlsruhe.

Das badische Gewerbevereinswesen zeigte dann auch, entsprechend den besonderen Voraussetzungen, einen geschlossenen organisatorischen Aufbau. Die gleichmäßig über das ganze Land verteilten Vereine waren zu mehreren Gauverbänden zusammengefaßt, welche den Landesverband badischer Gewerbevereine bildeten, der eng mit den staatlichen Stellen Badens zusammenarbeitete, zunächst über die staatliche Landesgewerbehalle, später über den 1893 gegründeten Landesgewerberat. Der am 17. November 1878 gegründete Verband badischer Gewerbevereine war seit 1891 Mitglied des Verbandes deutscher Gewerbevereine.

Die Tätigkeit der badischen Gewerbevereine war gut aufeinander abgestimmt und durch enge Zusammenarbeit mit Regierung und Verwaltung gekennzeichnet. Die Gewerbevereine Badens bemühten sich gleichfalls vorrangig um die Heranbildung eines tüchtigen gewerblichen Nachwuchses, nahmen sich also besonders der Lehrlingserziehung an und versuchten die Konkurrenzfähigkeit des Kleingewerbes zu verbessern. Abweichend von den übrigen deutschen Gewerbevereinen nahmen sie außerdem an der jährlichen Beratung des badischen Gewerbeetat teil und beeinflussten diesen.²⁾

1) vgl. Landesverband Badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, Heidelberg; Festschrift anlässlich des 50jährigen Bestehens 1878-1928, S. 12.

2) vgl. Landgraf, Jos.: a.a.O., S. 1076.

Bis zur Jahrhundertwende entwickelte sich die badische Gewerbevereinsbewegung wie folgt:

Jahr	Zahl der Ortsvereine	Zahl der Mitglieder
1845	4 ¹⁾	-
1849	4 ¹⁾	-
1860	11 ¹⁾	-
1870	31 ¹⁾	-
1882	49	3 886 ²⁾
1891	66	6 000 ³⁾
1897	80	7 700 ⁴⁾
1899	172	13 300 ⁴⁾

Aus der Aufstellung wird deutlich, daß die Einführung der Gewerbefreiheit im Jahr 1862 und der Erlaß des Handwerkergesetzes von 1897 einen starken Aufschwung der badischen Gewerbevereinsbewegung auslösten.

IV. Das Gewerbevereinswesen in Preußen

Die Gewerbevereinsverhältnisse in Preußen unterschieden sich beträchtlich von den bereits dargestellten Gewerbevereinsbewegungen in den süddeutschen Ländern. Einmal, weil die im preußischen Staat zusammengefaßte Vielzahl von Gebietsteilen unterschiedlicher Struktur und Tradition den Gewerbevereinen die verschiedenartigsten Bedingungen bot, zum anderen, weil der preußische Staat die Gewerbevereine nicht als Organe staatlicher Förderung des Gewerbes eingesetzt, sondern für diese Aufgaben die Innungen herangezogen hatte. Eine Ausnahme bildete, soweit feststellbar, nur der älteste preußische Gewerbeverein, der

1) Krebs, August: a.a.O., S. 58 ff.

2) Landesverband Badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, a.a.O., S. 13.

3) Landgraf, Jos.: a.a.O., S. 1075.

4) Berghausen: a.a.O., S. 559.

im Jahr 1821 errichtete Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes in Berlin,¹⁾ der sich mit Unterstützung des Staates hauptsächlich um die Ansiedlung neuer Industrien und die gewerbliche Ausbildung bemühte.

Der fehlenden Einheitlichkeit des Gewerbevereinswesens in Preußen Rechnung tragend, wurden im folgenden Abschnitt zunächst einige der vorwiegend im westlichen und vereinzelt im zentralen Preußen entstandenen erfolgreichsten Gewerbevereine mit lokaler Ausstrahlung berücksichtigt und daran anschließend die Entwicklung der Gewerbevereine in den östlichen Provinzen behandelt, soweit sich dort eine umfassende Gewerbevereinsbewegung mit regionaler Bedeutung entwickelt hatte.

Der Gewerbeverein zu Erfurt²⁾ wurde bereits 1828 errichtet und zählte kurz vor der Jahrhundertwende über 1000 Mitglieder. Er gehörte also zu den frühesten und mitgliedsstärksten Vereinsgründungen auf preußischem Staatsgebiet. Seine Hauptzielsetzung sah er in der Vermittlung technischer und gewerblicher Ausbildung an seine Mitglieder und in der Verbesserung von Verkehrseinrichtungen. Die Vereinstätigkeit umfaßte die Veranstaltung von Vorträgen und Bildungsausflügen, die Unterhaltung einer Bücherei, einer Patentschriftenauslagestelle, einer chemischen Untersuchungsstation und einer Kommission zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. Weiterhin war der Verein an der Gründung der Kunst- und Handwerksschule mitbeteiligt gewesen und hatte 1894 eine Thüringer Gewerbe- und Industrieausstellung veranstaltet. Der Gewerbeverein Erfurt war Mitglied des Verbandes deutscher Gewerbevereine.

1) Der Gründer des Vereins war Beuth, der bekannteste und erfolgreichste Initiator staatlicher Gewerbeförderung, dem auch der Aufschwung der preußischen Industrie nach 1815 zugeschrieben wird (vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerks- und Industriegeschichte, a.a.O., S. 25).

2) vgl. Berghausen: a.a.O., S. 469.

Der Gewerbeverein für Köln und Umgebung,¹⁾ gegründet 1829, zählte gleichfalls zu den frühesten und wirksamsten Vereinen in Preußen. Die bedeutendsten Beispiele seiner Tätigkeit waren die 1878 durch sein Mitwirken erfolgte Gründung der gewerblichen Fach- und Fortbildungsschulen der Stadt Köln, die 1882 erfolgte Gründung eines Kunstgewerbemuseums, die 1891 auf seine Initiative hin durchgeführte Errichtung des Verbandes deutscher Gewerbevereine und die 1894 zusammen mit der Stadt Köln eingerichtete Arbeitsnachweisanstalt. Daneben befaßte sich der Verein routinemäßig mit der Veranstaltung von Vorträgen, gewerblichen Ausstellungen, Ausstellungen von Lehrlingsarbeiten und mit der Unterhaltung einer Bücherei.

Der 1840 gegründete Gewerbeverein Dortmund²⁾ hatte ebenfalls eine wirksame Tätigkeit entfaltet. Besonders hervorgehoben wurde seine namhafte Kapitalausstattung und seine umfangreiche Bücherei. Um die Jahrhundertwende zählte der Verein etwa 1000 Mitglieder.

Der Verein für Handel und Gewerbe zu Potsdam³⁾ wurde 1843 aus einem Schutzbedürfnis gegenüber der nahen Großstadt Berlin errichtet und hatte sich besonders für genossenschaftliche Zusammenschlüsse eingesetzt. Außerdem hatte er sich für den Lehrlings- und Fortbildungsunterricht eingesetzt, zahlreiche Ausstellungen veranstaltet und eine Kreditanstalt gegründet.

1) vgl. Berghausen: a.a.O., S. 568 und Noack: a.a.O., S. 1068.

2) vgl. Berghausen: a.a.O., S. 569.

3) vgl. ebenda.

Der 1855 gegründete Handels- und Gewerbeverein zu Kassel¹⁾ war bis 1871 der alleinige Interessenvertreter des Handels- und Gewerbestandes. Nach der 1871 erfolgten Gründung einer Handelskammer mußte der Verein seine bisherige Hauptaufgabe an die Kammer delegieren und wandte sich nun der Förderung des Gewerbestandes zu. Dabei bediente er sich hauptsächlich der von ihm im Jahre 1872 mit Hilfe der Regierung gegründeten Gewerbehalle, die sich die "Vorführung und Ausleihung von Roh- und Hilfsstoffen, Maschinen, Werkzeugen, Modellen, Fabrikaten, Zeichnungen und sonstigen praktischen Lehr- und Bildungsmitteln"²⁾ zur Aufgabe gesetzt hatte. Außer der Gewerbehalle hatte der Kasseler Verein einen Kreditverein gegründet, unterhielt eine Bibliothek und eine Patentschriftenauslage.

Die ältesten und bedeutendsten Gewerbevereine der Provinz Preußen waren die 1828 gegründeten Gewerbevereine von Danzig und Elbing und der 1845 gegründete Gewerbeverein Königsberg.³⁾ Im Jahr 1874 vereinigten sich alle Gewerbevereine zu einer gemeinsamen Interessenvertretung, dem Gewerblichen Zentralverein der Provinz Preußen. Nach der 1877 durchgeführten politischen Umgestaltung der Provinz Preußen in die Provinzen Ostpreußen und Westpreußen teilte sich auch der Gewerbliche Zentralverein. Der alte Zentral-

1) vgl. Berghausen: a.a.O., S. 568 f.; Noack: a.a.O., S. 1068.

2) Berghausen: a.a.O., S. 568.

3) vgl. Berghausen: a.a.O., S. 569; Krebs, August: a.a.O., S. 13.

verein wurde als Gewerblicher Zentralverein der Provinz Ostpreußen der Repräsentant der ostpreußischen Gewerbevereine; er setzte sich hauptsächlich für die Ausbildung gelernter Arbeiter in Fachschulen ein.¹⁾ So unterhielt der Zentralverein Dampfkesselheizer- und Maschinistenschulen in Königsberg und Memel und in Königsberg eine Schule für Monteure und Wärter von elektrischen Anlagen sowie eine Schule für Gas- und Wasserröhrenleger.²⁾ Für Westpreußen bildete sich im Jahr 1882 ein neuer Zentralverein, der das "gewerbliche Fortbildungsschulwesen so lange (förderte), bis es 1887 verstaatlicht und obligatorisch gemacht wurde."³⁾

Die schlesische Gewerbevereinsbewegung setzte bereits sehr früh und intensiv ein - die ältesten Vereine waren die Gewerbevereine Breslau 1828, Görlitz und Sagan 1830, Bunzlau 1832, Grünberg 1834⁴⁾ - und wurde hinsichtlich der Anzahl ihrer frühen Vereinsgründungen nur von den Vereinsbewegungen im Königreich Bayern, Königreich Sachsen und in den mitteldeutschen Staaten übertroffen. Der Schlesische Zentralgewerbeverein wurde 1862 gegründet und zählte zu seinen Mitgliedern fast sämtliche Gewerbevereine der Provinz Schlesien, die Handwerkskammern von Breslau und Schweidnitz, die Magistrate von 11 Städten, einschließlich Breslau, mehrere Vereine aus dem Gewerbe, der Industrie, dem Handel und der Landwirtschaft und persönliche Mitglieder.⁵⁾ Seine Tätigkeit umfaßte unter anderem die Veranstaltung von gewerblichen Ausstellungen, die Unterstützung des Museums für Kunstgewerbe und Altertümer und die Förderung des gewerblichen Fach- und Fortbildungsschulwesens.

1) vgl. Noack: a.a.O., S. 1065.

2) vgl. ebenda.

3) Berghausen: a.a.O., S. 570.

4) vgl. Krebs, August: a.a.O., S. 17 ff.

5) vgl. Noack: a.a.O., S. 1067.

E. Der Verband deutscher Gewerbevereine

I. Hintergründe, Entstehung und Zielsetzung

1. Hintergründe

Mit der im Jahr 1878 vollzogenen Abkehr Bismarcks von der liberalen Wirtschaftspolitik und seinem Eintreten für eine Schutzzoll- und Sozialpolitik begann gleichzeitig die Phase des gewerblichen Protektionismus und der schrittweisen Einengung der nahezu unbeschränkten Gewerbefreiheit von 1869. "Bismarck sah voraus, daß bei der von ihm als notwendig erkannten Schutzzoll- und Sozialpolitik des Reiches die liberalen Parteien sich demnächst spalten und zum Teile seine Widersacher werden mußten. Er strebte daher ein Zusammengehen mit dem Zentrum und den rechten Gruppen des Reichstages an und erreichte diesen Anschluß, indem er, halb auch zu zünftlerischen Jugendneigungen zurückkehrend, jenen Parteien zuliebe 1878 eine neue Innungsära einleitete."¹⁾ Der Abbau der freiheitlichen Reichsgewerbeordnung von 1869 begann mit dem Gesetz vom 17. Juli 1878, das sich hauptsächlich mit den Lehrlingsverhältnissen befaßte, und wurde mit einer Reihe weiterer Gesetze in den 1880er und Anfang der 1890er Jahre fortgesetzt,²⁾ von denen vor allem die Innungsnovellen vom 18. Juli 1881, 8. Dezember 1884, 26. April 1886 und 6. Juli 1887 auf die Gewerbevereine alarmierend wirkten. Während der freiheitlichen Gewerbeordnung von 1869, zu der sich die Mehrzahl der Gewerbevereine bekannte, die Auffassung zugrunde lag, daß es nicht Aufgabe des Staates wäre, die Innungsbildung zu erleichtern und zu fördern, sondern daß der Zusammenschluß zu Innungen den Handwerkern selbst überlassen bleiben

1) Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 35.

2) vgl. Meyer, Georg: Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 412 ff.

müßte, stand hinter den Innungsnovellen die Überzeugung, die Innungsbewegung müßte vom Staat durch entsprechende Vorschriften der Gewerbeordnung wiederbelebt werden, da die Innungen die geeigneten Organisationen wären, eine Hebung des Kleingewerbes und eine Verbesserung der Lehrlingsverhältnisse zu bewirken.¹⁾

Aber nicht nur im Reichstag waren die liberalen Politiker von den klerikalen und konservativen Politikern in den Hintergrund gedrängt worden,²⁾ sondern auch im Handwerk hatte sich eine starke antiliberale Bewegung gebildet und durch frühe Organisationsbildung auf Reichsebene in den Vordergrund geschoben. Die Repräsentanten der gewerbefreiheitsfeindlichen, organisierten Handwerkerschaft, der 1883 gegründete Allgemeine deutsche Handwerkerbund und der 1884 gegründete Zentrallausschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands, traten bis zu der 1891 erfolgten Gründung des Verbandes deutscher Gewerbevereine, des Vertreters der gewerbefreiheitlichen, organisierten Handwerker, als alleinige handwerkliche Organisationen auf Reichsebene an die Öffentlichkeit und ergänzten durch Massenveranstaltungen und Resolutionen³⁾ wirkungsvoll die gegen die Gewerbefreiheit gerichteten Aktionen der Politiker des Zentrums und der Konservativen.

1) vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik, a.a.O., S. 37.

2) Während bis zum Jahre 1878 die Nationalliberale Partei führend im Reichstag war, besaß seit 1881 das Zentrum eine parlamentarische Schlüsselstellung, die nur von 1887 bis 1890 durch das Kartell (Wahlbündnis der Deutschkonservativen Partei, der Deutschen Reichs Partei und der Nationalliberalen Partei) und später durch den Bülow Block erschüttert wurde. Die 1876 gegründete Deutschkonservative Partei war weit weniger bedeutend, jedoch kam ihr die Abkehr Bismarcks von der liberalen Wirtschaftspolitik und der Abbau des Kulturkampfes entgegen (vgl. Rössler, H.; Franz, G.: Sachwörterbuch ..., a.a.O., S. 501, 554, 638 u. 1458).

3) Die Abhandlung der gewerbefreiheitsfeindlichen, innungsfreundlichen Handwerkerbewegung schließt sich an, in, Dritter Abschnitt, Kollektive Handwerkerverbände - Handwerkerbewegung und gewerbepolitische Massenorganisationen im Rahmen der Mittelstandsbewegung, s.S. 167 ff.

Trotz der erzielten Erfolge (Innnovellen) ließen sowohl die Politiker des Zentrums und der Konservativen als auch die antiliberalen, organisierte Handwerkerschaft keinen Zweifel daran, daß ihr letztes Ziel die völlige Beseitigung der Gewerbefreiheit durch Einführen der allgemeinen Zwangsinnung und des Befähigungsnachweises war. Angesichts dieses Sachverhaltes und unter Berücksichtigung des bereits gezeigten Entgegenkommens der Regierung gegenüber den antiliberalen Handwerkern, war es für die liberale Gewerbevereinsbewegung von größter Bedeutung, sich gleichfalls eine Organisation auf Reichsebene, und damit die Möglichkeit zum direkten Einschalten in die zu erwartenden weiteren Auseinandersetzungen um die Gewerbeordnung auf höchster Ebene zu schaffen. Zu einem derartigen Eingreifen fühlte sich die Gewerbevereinsbewegung auf Grund ihrer langen und erfolgreichen Mitarbeit an der Lösung gewerblicher Probleme und auf Grund ihrer weiten Verbreitung, vor allem in Mittel- und Süddeutschland, berechtigt, um so mehr, weil sie in diesen Ländern gut durchorganisiert war und mehr Handwerksmeister erfaßte als die umstrittene Innungsorganisation.¹⁾

- 1) In den Hauptverbreitungsgebieten der Gewerbevereine, um die Zeit der Gründung des deutschen Gewerbevereinsverbandes, verteilten sich die selbständigen Handwerker wie folgt auf die Gewerbevereine und Innungen:

Land	ungef.Zahl d. i.Innungen u. Gewerbever. org.selbst. Handwerker	ungef.Zahl d. Gewerbevereins- mitglieder 1892			ungef. Zahl d. Innungs- mitglieder 1893	
		absolut	abzügl.40% Nichthandw.	in % d. Spalte 1	absolut	in % d. Spalte 1
Bayern	22 167	18 497	11 098	50	11 069	50
Sachsen	4 288	5 581	3 348	78	940	22
Württemberg	7 695	10 958	6 574	85	1 121	15
Hessen	4 117	4 901	2 940	71	1 177	29
gesamt:	38 267	39 937	23 960	63	14 307	37

(vgl. Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine, seine Entstehung, Organisation und bisherige Wirksamkeit, in, J.f.G., V.u.Vw., N.F., 17. Jg., Leipzig 1893, S. 192 f.; Landgraf, Jos.: a.a.O., S. 1078; Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 354 f.).

2. Entstehung und Zielsetzung

Die Initiative zur Gründung eines Oberverbandes für alle deutschen Gewerbevereine ging vom Gewerbeverein Köln¹⁾ aus, der am 8. Juli 1891 an alle potentiellen Mitgliederverbände eine Einladung zwecks Verbandsgründung versandte. In diesem Rundschreiben motivierte der Kölner Gewerbeverein seinen Gründungsvorschlag mit der bereits auf den vorangehenden Seiten dargestellten Notwendigkeit einer organisierten Interessenvertretung auf Reichsebene zur Mitwirkung bei der Modifizierung der Gewerbeordnung und mit dem Hinweis auf die von einem derartigen Oberverband auf die Einzelvereine ausgehenden belebenden Impulse und Anregungen.²⁾ Die Notwendigkeit der Verbandsgründung stieß bei den angeschriebenen Vereinen auf breites Interesse, denn auf die an 506 bekannte Gewerbevereine versandten Einladungsschreiben hatten 294 Vereine positiv reagiert und ihre Vertreter zu der vom 6. bis 8. September 1891 in Köln veranstalteten Gründungsversammlung entsandt. Bei den Gründungsverhandlungen waren, mit Ausnahme des bayerischen

Bei dieser für die Gewerbevereine positiven Bilanz darf jedoch nicht übersehen werden, daß bei Zugrundelegen der von Voigt für die obigen mittel- und süddeutschen Länder angegebenen Gesamtzahl von ungefähr 307 839 selbständigen Handwerkern (vgl. Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, a.a.O., S. 359) nur etwa 12% dieser selbständigen Handwerker in Gewerbevereinen und Innungen organisiert waren, während 88% nicht organisiert waren.

- 1) Dieser bereits 1829 gegründete Gewerbeverein zählte zu den ältesten und agilsten Gewerbevereinen in Preußen. Von ihm ging nicht nur der Anstoß zur Gründung des Verbandes deutscher Gewerbevereine aus, sondern auf seine Anregung hin entstanden gleichfalls eine gewerbliche Fachschule (1878), ein Kunstgewerbemuseum (1882) und nach 1900 war er unter anderem an der Errichtung einer Gewerbeförderungsanstalt und einer Gewerbehalle mit beteiligt (vgl. Noack: a.a.O., S. 1068).
- 2) vgl. Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 185.

Verbandes, die Vertreter aller größeren deutschen Verbände anwesend.¹⁾
Nach gründlicher Beratung des vom Kölner Verein vorgelegten Satzungs-
entwurfes wurde die Satzung mit einigen Änderungen angenommen und der
Verband deutscher Gewerbevereine am 8. September 1891 für gegründet
erklärt.²⁾

Die Zielsetzung des Verbandes wird im §2 der Satzung folgendermaßen
formuliert:

"Der Verband bezweckt:

Bestes Zusammenwirken der deutschen Gewerbevereine zur gegenseitigen
Förderung ihrer Aufgaben und zur Vertretung gemeinsamer Interessen.

Die Erreichung dieser Zwecke wird angestrebt:

- a) durch Versammlungen des Verbandes und der ihm angehörenden Vereine
und Verbände;
- b) durch gemeinsame Stellungnahme zu wichtigen wirtschaftlichen Fragen,
welche die Interessen des Gewerbestandes berühren;
- c) durch Stellung von Preisaufgaben;
- d) durch sonstige Maßnahmen, welche den Verbandszwecken förderlich sind.³⁾

Diese allgemein gehaltene und nichtssagende Umschreibung des Verbands-
zieles erhält erst Aussagekraft bei gleichzeitiger Berücksichtigung
der freiheitlichen Grundeinstellung der Mehrzahl der im Verband deut-
scher Gewerbevereine organisierten Verbände und Vereine, die diesen
für eine freiheitliche Gewerbeordnung und für jede Lösung der Gewerbe-
probleme durch Selbsthilfe eintreten ließ.

1) vgl. Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O.,
S. 187.

2) vgl. ebenda.

3) Satzungen für den Verband deutscher Gewerbevereine, Köln 1891, S. 1.

II. Verband nach innen

1. Mitglieder

Die Mitgliedschaft des Verbandes deutscher Gewerbevereine konnten nach §4 der Satzung erwerben:

- a) alle deutschen Gewerbevereine und Vereine, welche gleiche Ziele verfolgten;
- b) unbescholtene Personen an Orten ohne Gewerbeverein, welche geeignet waren, den Verband und seine Zwecke zu fördern.

Potentielle Mitglieder waren somit alle Vereine, sowohl Einzelvereine als auch Verbände von Vereinen, und Personen, sowohl Handwerker als auch Nichthandwerker, die sich zur Zielsetzung der Überwiegenden Anzahl der Gewerbevereine bekannten, das heißt, gewerbefreiheitlich orientiert waren. Dabei blieb es den Verbänden von Vereinen überlassen, ob sie korporativ oder mit ihren einzelnen Organisationen dem Gesamtverband beitreten wollten (§5 der Satzung).

Bis zur 1. Hauptversammlung, am 14. November 1892, waren dem Verband 304 Vereine mit 32 021 Mitgliedern beigetreten, was einem ungefähren Organisationsgrad von 44% der bestehenden Gewerbevereine und 33% der Gewerbevereinsmitglieder entsprochen haben konnte.¹⁾ Im einzelnen han-

1) Der errechnete Organisationsgrad der Gewerbevereine und der ihnen zugehörigen Mitglieder enthält erhebliche Unsicherheitsfaktoren, da die Anzahl der zum Zeitpunkt der 1. Hauptversammlung des Oberverbandes bestehenden Gewerbevereine und ihrer Mitglieder unbekannt ist (vgl. Landgraf, Jos.: a.a.O., S. 1080; Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 186). Der Berechnung mußten die Angaben über die 1892 außerhalb des Oberverbandes bestehenden Landesverbände zugrundegelegt werden (vgl. Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 193), die infolge ihrer Unvollständigkeit noch durch zusätzliche Schätzungen ergänzt werden mußten (vgl. Landgraf, Jos.: a.a.O., S. 1078; Noack: a.a.O., S. 1059).

Im Jahre 1892 standen außerhalb des Verbandes deutscher Gewerbevereine:

delte es sich hierbei um folgende Gewerbevereine und Landesverbände von Gewerbevereinen:

Gewerbeverein Köln			464 Mitglieder	
"	Aachen		493	"
"	Eupen		115	"
"	Ilmenau		120	"
"	Mühlheim a.d.R.		80	"
"	Ostrowo		63	"
"	Querfurt		79	"
"	Schmiedeberg		70	"
"	Holzminden		50	"
"	Homburg		420	"
"	Celle		170	"
"	Trier		99	"
"	Metz		210	"
"	Viersen		46	"
pfälzischer	Verband	17 Vereine	2 400	"
badischer	"	65 "	5 581	"
hessischer	"	54 "	4 901	"
nassauischer	"	72 "	5 672	"
mecklenburgischer	"	23 "	2 518	"
thüringischer	"	40 "	6 500	"
hannoverischer	"	19 "	1 790	"
zusammen:		304 Vereine	32 021 ¹⁾	Mitglieder ²⁾

Verband sächsischer Gewerbevereine	133 Vereine	26 000 Mitglieder
Verband bayerischer Gewerbevereine	55 "	9 997 "
außerhalb des Verbandes bayerischer Gewerbevereine stehende Gewerbevereine (geschätzt)	30 "	8 500 "
Verband württembergischer Gewerbevereine	76 "	8 000 "
außerhalb des Verbandes württembergischer Gewerbevereine stehende Gewerbevereine	14 "	2 958 "
Schlesischer Central Gewerbeverein (geschätzt)	20 "	4 500 "
Sonstige Gewerbevereine in deutschen Bundesstaaten (geschätzt)	50 "	5 000 "
	378 Vereine	64 955 Mitglieder

1) Eine Addition der von Hampke angegebenen Mitgliederzahlen der im Landesverband Deutscher Gewerbevereine zusammengeschlossenen Gewerbevereine und Landesverbände ergab im Gegensatz zur angegebenen Gesamtmitgliederzahl eine solche von 31 841 Personen.

2) Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S.192.

Die noch außerhalb des Verbandes deutscher Gewerbevereine stehenden großen Landesverbände, der sächsische, bayerische, württembergische und schlesische Verband, gaben übereinstimmend als Grund ihres Nichtbeitritts die zu hohen Beiträge an. Über den prozentualen Anteil der Handwerker und Nichthandwerker an der Mitgliederzahl des Gesamtverbandes fanden sich für diesen frühen Zeitpunkt keine Hinweise, jedoch dürfte er etwa dem für das Jahr 1909 festgestellten Satz von 64% Handwerkern¹⁾ und 36% Nichthandwerkern entsprochen haben.

Den weiteren Verlauf der Mitgliederentwicklung, soweit sie zu ermitteln war, zeigt folgende Zusammenstellung:

Jahr	Zahl der Mitgliedsvereine	Zahl der Mitglieder
1892	304	32 021 ²⁾
1894	388	39 159 ³⁾
1895	398	41 030 ⁴⁾
1897	526	61 507 ⁵⁾
1899	705	83 522 ⁶⁾
1904	1 182	117 890 ⁷⁾
1907	1 439	150 192 ⁸⁾
1908	1 447	150 536 ⁹⁾
1909	1 449	152 837 ¹⁰⁾
1912	1 584	151 355 ¹¹⁾
1913	1 605	166 022 ¹²⁾

1) Das Deutsche Handwerksblatt, 4. Jg. 1910, H. 13, S. 258.

2) Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S.192

3) Bayerische Gewerbe-Zeitung, 8.Jg. 1895, Nr. 7, S. 156.

4) ebenda.

5) Das Deutsche Handwerksblatt, 3. Jg. 1909, H. 4, S. 70.

6) Berghausen: a.a.O., S. 573.

7) Das Deutsche Handwerksblatt, 3. Jg. 1909, H. 4, S. 70.

8) ebenda.

9) Noack: a.a.O., S. 1058.

10) Das Deutsche Handwerksblatt, 4. Jg. 1910, H. 13, S. 258.

11) Das Deutsche Handwerksblatt, 8. Jg. 1914, H. 18, S. 366.

12) ebenda.

Dem Verband war es somit gelungen, die Zahl seiner Mitglieder bis zur 1897 erfolgten Verabschiedung des Handwerkergesetzes, also in nur sechs Jahren seines Bestehens, in stetiger Aufwärtsentwicklung fast zu verdoppeln (92%), was in der Hauptsache darauf zurückzuführen war, daß ihm die beiden größten der anfangs abseits stehenden Landesverbände beigetreten waren, und zwar im Jahre 1893 der Verband württembergischer Gewerbevereine¹⁾ und 1896 der Verband bayerischer Gewerbevereine.²⁾ Dennoch entsprach der im Jahre 1897 erreichte Mitgliederstand nur 37% des ermittelten Höchststandes des Jahres 1913; der Hauptzuwachs trat also erst nach dem Handwerkergesetz von 1897 ein und war mit seiner stürmischsten Phase bis 1907 abgeschlossen.

2. Organisatorischer Aufbau

Nach §9 der Satzung hatten folgende Organe die Angelegenheiten des Verbandes zu besorgen:

- 1) der Vorstand;
- 2) der Vorstandsrat;
- 3) die Hauptversammlung.

Das oberste beschließende Organ des Verbandes war die Hauptversammlung, die nur einmal jährlich zusammentrat. Zu ihren Aufgaben zählten vor allem die Beschlußfassung über die Jahresrechnung, den Voranschlag, Angelegenheiten des Verbandes und Satzungsänderungen (§21 der Satzung), die bei einfacher Stimmenmehrheit vorgenommen werden konnten, während bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorstandsvorsitzenden entschied (§24 der Satzung), und die Wahl des Vorortes und des Vorstandsrates

1) vgl. Berghausen: a.a.O., S. 573.

2) Die Angaben über den Zeitpunkt des Beitritts des bayerischen Landesverbandes weichen zum Teil geringfügig voneinander ab. Nach Auskunft des Verbandsorganes des bayerischen Gewerbevereinsverbandes fand der Beitritt 1895 statt (vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 9. Jg. 1896, Nr. 21, S. 494) nach Angaben von Berghausen 1896 (vgl. Berghausen: a.a.O., S. 573).

(§21 der Satzung), die gleichfalls bei einfacher Stimmenmehrheit gewählt wurden, während jedoch bei Stimmengleichheit das Los entschied (§25 der Satzung). Neben der jährlichen ordentlichen Hauptversammlung gab es dann noch die Einrichtung der außerordentlichen Hauptversammlung, die in besonderen Fällen vom Vorstandsvorsitzenden in Übereinstimmung mit dem Vorstandsrat einberufen werden konnte oder auf Antrag eines Drittels der Mitglieder (Verbände und Vereine) einberufen werden mußte (§16 der Satzung). Stimmberechtigt waren in der Hauptversammlung Vereine oder Verbände, denen eine Stimme, im Höchstfall 15 Stimmen, je 300 Mitglieder zustanden; mehrere kleine Vereine hatten das Recht, sich zur Erlangung der Stimmberechtigung zusammenzuschließen (§22 der Satzung). Nicht stimmberechtigt waren Einzelpersonen (§4 der Satzung).

Der Vorstandsrat setzte sich aus sechs Mitgliedern des Vorstandes und aus neun Mitgliedern, die von der Hauptversammlung auf drei Jahre gewählt wurden und von denen jedes Jahr ein Drittel ausschied, zusammen. Er hatte das Recht der Zuwahl und war entsprechend den Hauptgebieten der Verbandstätigkeit in einzelne Fachabteilungen eingeteilt (§11 der Satzung). Diesem Organ fiel die Aufgabe zu, durch Erarbeitung grundsätzlicher Gesichtspunkte die Tätigkeit des Verbandes möglichst wirksam zu gestalten.

Das eigentlich ausführende Organ des Verbandes, der Vorstand, war der Vorstand des Vorortes, der das Recht der Zuwahl hatte und die Ämter unter sich verteilte (§10 der Satzung). Nach §13 der Satzung wurde der Vorort (und damit der Vorstand) von der ordentlichen Hauptversammlung auf zwei Jahre gewählt. Die Ämter des Vorstandes und des Vorstandsrates waren Ehrenämter (§12 der Satzung).

Wie aus den angeführten Bestimmungen der Satzung klar ersichtlich, besaßen die mitgliedsstarken Verbände, in unserem Fall die großen Landesverbände, kraft ihres Stimmgewichtes in der Hauptversammlung die Macht, die Leitung des Gesamtverbandes in ihrem Sinne zu bestimmen. Außerdem wurden sie und etwaige Großverbände bezüglich der Mitgliedsbeiträge eindeutig gegenüber den kleinen Vereinen bevorzugt. So bestimmte §18 der Satzung, daß die Landesverbände und alle Großverbände ab einer Mitgliederzahl von 5000 Personen den geringsten Jahresbeitrag, und zwar 5 Pfennige für jedes Mitglied, zu entrichten hatten,¹⁾ während Vereine in Städten unter 50 000 Einwohnern 10 Pfennige pro Mitglied, solche in Städten über 50 000 Einwohnern 20 Pfennige pro Mitglied und solche in Städten über 100 000 Einwohnern 30 Pfennige pro Mitglied zahlen mußten. Die Gefahr der Majorisierung durch die großen Landesverbände und die Benachteiligung hinsichtlich der Beitragssätze war den mitgliedsschwachen Verbänden, namentlich den Einzelvereinen, bewußt und führte in der ersten Zeit des Verbandsbestehens zu mehreren Protestaktionen gegen die einschlägigen Satzungsbestimmungen, die §§ 18 und 22. Bereits bei den Gründungsverhandlungen hatte der Vertreter der Gewerbevereine Hannovers vergeblich darauf hingewiesen, daß die Interessenvertretung kleinerer Vereine durch Verbände mit tausenden von Mitgliedern unmöglich gemacht würde, wenn nicht in die Satzung vorbeugende Bestimmungen über Stimmrecht und Beitragszahlungen eingebaut würden.²⁾ Desgleichen wandte sich der Gewerbeverein Minden in einem Rundschreiben dagegen, daß die Satzung des Gesamtverbandes die kleineren Vereine gegenüber den großen Landesverbänden bei Stimmrecht und Beitragspflicht benachteiligte.³⁾ Auf der ersten ordentlichen Haupt-

1) Dadurch sollte den großen Landesverbänden der Beitritt erleichtert und den Einzelvereinen ein Anreiz zum Zusammenschluß gegeben werden (vgl. Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 189).

2) vgl. Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 190.

3) vgl. Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 189.

versammlung des Gesamtverbandes brachte außerdem der Gewerbeverein Mülheim an der Ruhr einen Antrag auf die Tagesordnung, dem gleiche Befürchtungen zugrunde lagen und der eine Satzungsänderung hinsichtlich des gleichfalls die Großverbände schonenden einmaligen Eintrittsgeldes und der Stimmenrechte anstrebte, zog ihn jedoch auf Wunsch des Vorsitzenden des Verbandes deutscher Gewerbevereine wieder zurück.¹⁾ Zu einer Satzungsänderung bezüglich des Stimmrechtes und der Beitragspflichten kam es jedoch nicht.

Nachdem in den vorangegangenen Ausführungen die Hauptversammlung entsprechend den in den Statuten niedergelegten Bestimmungen als oberste Instanz des Gesamtverbandes dargestellt wurde, sei hierzu abschließend angefügt, daß in der Realität der Vorstand die eigentliche Macht besaß. Die Hauptversammlung war viel zu unbeweglich, um die Aktionen des Verbandes zu leiten, sondern war im wesentlichen ein Kontrollorgan, wobei selbst die Ausübung dieser Funktion, angesichts der Vertrautheit des Vorstandes mit den laufenden Verbandsgeschäften und der Notwendigkeit, täglich Beschlüsse zu fassen, nicht selbstverständlich war. So gelang es auch dem Gründungsverein des Gesamtverbandes, dem Gewerbeverein Köln, trotz seiner schwachen Präsenz in der Hauptversammlung - zu Beginn verfügte er über nur eine Stimme - die Leitung des Verbandes deutscher Gewerbevereine bis zum Jahre 1902 zu behalten, sich also entsprechend der Satzung alle zwei Jahre von der Hauptversammlung als Vorstand wiederwählen zu lassen.

1) vgl. Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 190.

III. Verband nach außen

1. Die gewerbepolitischen Aktivitäten und deren Ergebnisse

Entsprechend seinem Gründungsmotiv, der Notwendigkeit einer Interessenorganisation auf Reichsebene zur Mitsprache bei der zu erwartenden Neufassung der Gewerbeordnung, hatte sich der Verband deutscher Gewerbevereine umgehend in die in Gang befindliche Diskussion gewerblicher Organisationsprobleme eingeschaltet. Nähere Einzelheiten seines Vorgehens werden im Interesse einer besseren Überschaubarkeit der gewerbepolitisch entscheidenden Aktionen der politisch aktiven Handwerkerschaft in dem anschließenden dritten Abschnitt über die Handwerkbewegung¹⁾ abgehandelt, an dieser Stelle sei nur festgehalten, daß der Verband keine Gelegenheit ungenutzt ließ, die Notwendigkeit einer freiheitlichen Lösung der Gewerbefrage zu betonen und auf der Berücksichtigung aller bereits bestehenden, historisch gewachsenen Handwerkerorganisationen im neuen Organisationsschema zu bestehen.

In Anbetracht der langjährigen, heftigen Auseinandersetzungen um die Gestaltung des Handwerkergesetzes von 1897 und seiner

1) Der nachfolgende dritte Abschnitt über die Handwerkbewegung faßt allgemein gesprochen die berufspolitischen Handlungen und Ereignisse zur Realisierung bestimmter Ordnungssätze im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben zusammen, im angesprochenen konkreten Fall des Verbandes deutscher Gewerbevereine die in der Spätphase der Handwerkbewegung als Gegengewicht gegen die Aktivitäten der antiliberalen Verbandsgruppierung durchgeführten gewerbepolitischen Aktionen zur Durchsetzung einer liberalen Gewerbegesetzgebung (vgl. Dritter Abschnitt, B. III. Die entscheidenden Auseinandersetzungen mit der liberalen organisierten Handwerkerschaft um eine grundlegende Neuregelung der Gewerbeordnung, s.S. 213 ff.).

Überragenden Bedeutung für die weitere Entwicklung der handwerklichen Organisationen war es für eine Beurteilung des Verbandes deutscher Gewerbevereine und der von ihm repräsentierten Gewerbevereinsbewegung besonders aufschlußreich, festzustellen, inwieweit die vom Verband vertretenen Gewerbevereine und die von ihm vertretenen gewerbepolitischen Grundsätze bei der Abfassung dieses Gesetzes berücksichtigt wurden.

Die Gewerbevereine, soweit ihre Mitglieder mindestens zur Hälfte Handwerker waren, wurden durch das Handwerker-gesetz¹⁾ ausdrücklich in das neue Organisationsschema mit einbezogen, indem ihnen neben den Innungen das Wahlrecht zu den Handwerkerkammern eingeräumt wurde.²⁾ Außerdem bildeten sie gleichzeitig (mit den Innungen) den Unterbau für die Handwerkerkammern und waren zur Zusammenarbeit mit diesen verpflichtet, insbesondere bei den so wichtigen Problemen des Lehrlingswesens und der Fachausbildung. Aber nicht nur der Alleinvertretungsanspruch der Innungen blieb im Handwerker-gesetz unberücksichtigt, auch die gleichfalls von den gewerbefreiheitsfeindlichen, innungsfreundlichen Handwerkern und Politikern immer wieder vorgebrachte und vom Gewerbevereinsverband energisch bekämpfte, auf eine vollständige Beseitigung der Gewerbefreiheit hinauslaufende Forderung nach Einführung von Zwangs-

1) vgl. §103 a, Abs. 2 GO.

2) Hampke schätzt in diesem Zusammenhang, daß durch diese Regelung höchstens 20% aller Handwerker das Wahlrecht erhielten, während 80% von ihnen, die weder in Vereinen noch in Innungen organisiert waren, von der Wahl ausgeschlossen wurden, und erklärte, daß diese offensichtliche Ungerechtigkeit im Hinblick auf ein vereinfachtes Wahlverfahren in Kauf genommen wurde (vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 518).

innungen und Befähigungsnachweis wurde nicht in das Gesetz aufgenommen. Dagegen fanden die vom Verband als gemäßigt gewerbefreiheitlich bezeichneten Forderungen nach Einführung obligatorischer Handwerkerkammern und weitgehender Vorschriften über das Lehrlingswesen Eingang ins Handwerkergesetz, allerdings herrschte bei diesen Fragen, im Unterschied zu den oben angeführten, Übereinstimmung mit den gewerbefreiheitsfeindlichen Handwerkern und Politikern, so daß ihre Einbeziehung ins Gesetz unproblematisch war und für unsere Fragestellung wenig aussagt.

Die auf den ersten Blick umfassende Berücksichtigung von freiheitlichen Verbandsvorschlägen durch den Gesetzgeber erwies sich bei näherer Betrachtung als weniger weitgehend. So war es zwar gelungen, die Einführung der allgemeinen Zwangsinnung in das neue Handwerkergesetz zu verhindern, jedoch entsprachen die diesbezüglichen Bestimmungen des Handwerkergesetzes, die nebeneinander bestehende freie Innungen, fakultative Zwangsinnungen und Gewerbevereine als unterste Organisationseinheiten vorschrieben, keineswegs den Vorstellungen des Verbandes, der gegen jede Art von Zwangsinnung, also auch die fakultative Zwangsinnung, eingestellt war. Während die Kontroversen um die allgemeine Zwangsinnung immerhin noch zu einem Kompromiß geführt hatten, blieben einige weniger zentrale Anliegen des Verbandes völlig unberücksichtigt. Seine Forderung einer umfassenderen, auch das Kleingewerbe einbeziehenden Gewerbekammer hatte sich gegen die von den innungsfreundlichen Handwerkern propagierte reine Handwerkerkammer nicht durchgesetzt, desgleichen nicht die von ihm angestrebte zwangslosere Regelung der mit dem Meistertitel zusammenhängenden Vorschriften. Außerdem wurde die vom Gewerbevereinsverband als überflüssig und störend abgelehnten Gesellenausschüsse bei Innungen und Handwerkerkammern in das Handwerkergesetz aufgenommen. Im neuen Handwerkergesetz hatten also sowohl gewerbepolitische Vorstellungen des Gewerbevereinsverbandes als auch solche der gewerbefreiheitsfeindlichen

Gegenverbände ihren Niederschlag gefunden, wobei aber die bedeutsameren Entscheidungen, die Ablehnung des Befähigungsnachweises und der allgemeinen Zwangsinnungen, mehr den Wünschen des Verbandes entsprachen. Dieser Sachverhalt war bei der relativ späten organisierten Interessenvertretung der Gewerbevereinsbewegung auf Reichsebene (1891) bemerkenswert, umso mehr, weil die bereits früher gegründeten Gegenverbände¹⁾ weitgehend von der Mittelstandsbewegung, der agrarischen Bewegung²⁾ und den großen Parteien im Reichstag³⁾ unterstützt wurden, und ließ darauf schließen, daß es dem Verband deutscher Gewerbevereine gelungen war, bei Regierung, Parlament und in der Öffentlichkeit als maßgebende Organisation des Handwerks anerkannt zu werden. Allerdings muß einschränkend darauf hingewiesen werden, daß das erfolgreiche Vorgehen des Verbandes deutscher Gewerbevereine ohne das entschiedene Auftreten der gewerbefreiheitlich eingestellten süd- und mitteldeutschen Regierungen nicht möglich gewesen wäre.

2. Sonstige Tätigkeit

Neben der bereits behandelten wichtigsten Tätigkeit des Verbandes deutscher Gewerbevereine, seiner Aktivität im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Gewerbeordnung, war er auf den verschiedensten Gebieten gewerblichen Lebens tätig und vertrat die Interessen seiner Mitglieder durch Eingaben an Regierung und Parlament, durch Denkschriften, Resolutionen und Vorträge. Der Verband beschäftigte sich unter anderem mit⁴⁾

-
- 1) 1883 Gründung des Allgemeinen deutschen Handwerkerbundes,
1884 Gründung des Zentralaussschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands.
 - 2) vgl. Bund der Landwirte: Agrarisches Handbuch, Berlin 1911, S. 553; Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 87.
 - 3) s.S. 195 ff.
 - 4) vgl. Hampke, Thilo: Der Verband deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 199 ff.; Bayerische Gewerbe-Zeitung, 8. Jg. 1895, Nr. 4, S. 95; Nr. 7, S. 153 f.; Nr. 20, S. 467 f.; 9. Jg. 1896, Nr. 4, S. 88.

der Sicherstellung des Sonntagsunterrichts an Fortbildungsschulen,
der beabsichtigten Ausdehnung der Unfallversicherung auf Handwerk und
Kleingewerbe,
der Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker und Lieferanten durch
Schaffung eines gesetzlich hypothekarischen Sicherungsrechtes,
der geplanten Besteuerung der Quittungen und Frachtbriefe,
der Vereinfachung und dem weiteren Ausbau der sozialpolitischen Ver-
sicherungsgesetzgebung,
der Versicherung der Arbeitslosigkeit,
der Regelung des Submissionswesens,
genossenschaftlicher Organisation und Kleinkrediten,
unlauterem Wettbewerb.

Eine Untersuchung aller oben angeführten Tätigkeitsgebiete nach dem
jeweiligen Verbandsstandpunkt, dem Vorgehen des Verbandes und seiner
Erfolge würde zu weit führen, so daß im folgenden nur die Bemühungen
des Verbandes um eine Weiterführung des Sonntagsunterrichtes an Fort-
bildungsschulen, für die sich die Gewerbevereinsbewegung schon immer
besonders eingesetzt hatte, erläutert wurden.

Ausgelöst wurde die Diskussion um den Sonntagsunterricht an Fortbil-
dungsschulen durch folgende anläßlich der Durchberatung des Arbeiter-
schutzgesetzes in den §120 der Gewerbeordnung aufgenommene Bestimmung:
"Am Sonntage darf der Unterricht nur stattfinden, wenn die Unterrichts-
stunden so gelegt werden, daß die Schüler nicht gehindert werden, den
Hauptgottesdienst oder einen mit Genehmigung der kirchlichen Behörden
für sie eingerichteten besonderen Gottesdienst ihrer Konfession zu
besuchen. Ausnahmen von dieser Bestimmung kann die Zentralbehörde für
bestehende Fortbildungsschulen, zu deren Besuch keine Verpflichtung
besteht, bis zum 1. Oktober 1894 gestatten."¹⁾ Der Verband sah durch

1) Hampke, Thilo: Der Verband deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S.19

diese Bestimmung die Entwicklung des Sonntagsunterrichts an Fortbildungsschulen und damit eine besonders wichtige Ausbildungsmöglichkeit für junge Handwerker gefährdet und richtete nach gründlicher Vorbereitung durch Untersuchungen, Diskussionen und eine Fragebogenaktion bei den Mitgliedsverbänden am 5. März 1893 eine Petition an den Reichstag, in der er vorschlug, die gesetzlichen Bestimmungen nur auf solche Fortbildungsschulen auszudehnen, bei denen Zwang zum Besuch bestand, die Kirchenbehörden zu einem Entgegenkommen durch Einrichten von Frühgottesdiensten zu bewegen und außerdem die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten dieser Bestimmung zu verlängern.¹⁾ Im Jahr 1895 ließ der Verband eine neue Eingabe folgen, in welcher er seine Vorschläge von 1893 wiederholte und darauf hinwies, daß bei Durchführung der strittigen Bestimmung in vielen Orten der für die Handwerker Ausbildung so wichtige Zeichenunterricht entfallen würde, hauptsächlich in den kleinen Städten und auf dem Lande.²⁾ Entgegen der vom preußischen Handelsminister bei der Beratung dieses Problemkreises im preußischen Abgeordnetenhaus am 23. Februar 1895 in Aussicht gestellten Verlängerung der Übergangszeit um mehrere Jahre,³⁾ wurde dann doch der §120 der Gewerbeordnung bereits am 1. Oktober 1895 wirksam. Der Einsatz des Verbandes deutscher Gewerbevereine in dieser Frage war also ohne Erfolg geblieben, der Sonntagsunterricht wurde durch gesetzliche Verordnung eingeschränkt.

1) vgl. Hampke, Thilo: Der Verband deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 201 f.

2) vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 8. Jg. 1895, Nr. 4, S. 95.

3) vgl. ebenda.

Dritter Abschnitt

Kollektive Handwerkerverbände - Handwerkerbewegung und gewerbepolitische Massenorganisationen im Rahmen der Mittelstandsbewegung

Die Handwerkerbewegung war wie die Gewerbevereinsbewegung eine Reaktion der Handwerkerschaft auf die existenzielle Bedrohung des Handwerks durch die einsetzende Industrialisierung, bekannte sich jedoch im Gegensatz zur liberalen, auf dem individuellen Verbandsprinzip aufbauenden Gewerbevereinsbewegung zu längst überwundenen mittelalterlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen mittels Wiederherstellung und Erneuerung korporativer Lebensformen und versuchte dementsprechend die organisatorische Sammlung der Handwerkerschaft, in der Praxis zu- meist der Innungsmitglieder, auf kollektiver Basis. Während die liberale Gewerbevereinsbewegung, dem modernen Staats- und Wirtschaftssystem konform, eine Stärkung des Handwerks im neuzeitlichen Konkurrenzkampf versuchte, setzte sich die antiliberale Handwerkerbewegung, entgegen den Spielregeln des industriell kommerziellen Kapitalismus, für die Herauslösung der Handwerkswirtschaft aus dem wirtschaftlichen Geschehen, für eine Privilegierung des Handwerkerstandes und dessen Abschirmung vor neuzeitlichen, gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auflösungstendenzen ein.

Wurde die Handwerkerbewegung ursprünglich von Meistern und Gesellen getragen und beinhaltete deren gleichgerichtete berufsstandspolitische Bestrebungen, so kam es noch 1848 zur Trennung beider handwerklicher Standesstufen und in der Folgezeit be-

stand die Handwerkerbewegung, darin den bereits behandelten handwerklichen Verbandsgruppierungen ähnlich, nur noch aus dem berufsstandspolitischen Handeln der Meisterschicht.

Der nachfolgende dritte Abschnitt über die Handwerkerbewegung wird zunächst die erste Phase der unmittelbar mit der Revolution von 1848 zusammenhängenden, Überwiegend spontanen und informellen Handwerkerbewegung, die Bedingungen ihrer Entstehung, ihrer Strukturmerkmale und ihr Programm abhandeln und sich anschließend, in einer weiteren Untersuchung, den besonderen Gegebenheiten der fortgeschrittenen Handwerkerbewegung in der Gewerbefreiheitsära nach 1869 zuwenden. Dabei werden einleitend die gewandelten Umweltsbedingungen für die Spätphase der Handwerkerbewegung im 19. Jahrhundert anhand der handwerklichen Mittelstandsideologie und deren Berücksichtigung in den Parteiprogrammen aufgezeigt und danach die Träger dieser fortgeschrittenen Handwerkerbewegung berücksichtigt, die großen Handwerkerverbände, die sich in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts für die Organisation einer Massenbewegung des Handwerks eingesetzt haben. Die Gliederung der Handwerkerbewegung und ihrer Massenorganisationen wird sich eng an das Gliederungsschema des ersten Abschnitts anlehnen und die Untersuchung in zwei Unterabschnitte, einen vor Einführung der Gewerbefreiheit 1869 und einen von 1869 bis zum Handwerkergesetz 1897, einteilen, in die sich dann die für die Handwerkerbewegung wesentlichen Fakten und Verbandsgründungen einfügen werden.

A. Entstehung und erste Phase einer allgemeinen Handwerkerbewegung

I. Frühe Protestaktionen der Handwerkerschaft

Hinter der staats- und wirtschaftspolitischen Neuorientierung gegen Ende des 18. Jahrhunderts stand in Preußen nur eine dünne Oberschicht, insbesondere das Beamtentum, während sich die Masse des Besitzbürgertums ablehnend verhielt. Die Einführung der Gewerbefreiheit in Preußen im Jahr 1810 mußte dementsprechend gegen heftigste Proteste der Bürger und Handwerker mittels staatlicher Autorität durchgesetzt werden.¹⁾ Nachdem sich herausstellte, daß die geänderten Gewerbebestimmungen fürs erste ohne größere Auswirkungen auf das Handwerk blieben - selbst die Zünfte konnten, ihrer Vorrechte entkleidet, fortgeführt werden, sich aber auch auflösen oder durch neugegründete Handwerkervereinigungen ersetzt werden -, schloßen die Protestveranstaltungen zunächst ein, zurück blieb jedoch eine latente Oppositionshaltung der Handwerkerschaft gegen die Gewerbefreiheit, die sich in der Folgezeit zwischen 1820 und 1840 in "zahlreiche(n) Protestkundgebungen örtlicher Handwerkskreise gegen die "schrankenlose Willkür" der Gewerbefreiheit"²⁾ entlud.

In den 1840er Jahren verschlechterte sich in ganz Deutschland die materielle Lage des Handwerks durch Mißernten,³⁾ zunehmenden industriellen Druck⁴⁾ und eine von England auf den Kontinent Über-

1) vgl. Adler, Georg: a.a.O., S. 46 ff.

2) Meusch, Hans; Wernet Wilhelm: a.a.O., S. 36.

3) vgl. Waltershausen, A. Sartorius von: Deutsche Wirtschafts-geschichte 1815-1914, Jena 1920, S. 136.

4) Die für das Handwerk seit Beginn der 1840er Jahre spürbar werdende Bedrohung durch den Industrialisierungsprozeß fiel mit der Erschließung moderner Verkehrsmittel zusammen, deren Ausbau die Voraussetzungen für eine völlige Umgestaltung von Produktion und Konsumption und weitreichende örtliche und soziale Umgruppierungen schuf (s.S. 42 ff.).

greifende Wirtschaftsstockung¹⁾ und erreichte bald ein krisenhaftes Stadium. Die Handwerker fanden sich wiederum zu Protestaktionen gegen die Gewerbefreiheit zusammen und trugen mit zu einer Neuorientierung der preußischen Gewerbepolitik bei, die zur Gewerbeordnung von 1845 mit gewissen Einschränkungen der freiheitlichen Vorschriften führte. Dabei war es für die ablehnende Einstellung der Handwerkerschaft gegenüber den liberalen Ideen ohne Bedeutung geblieben, daß die existentielle Bedrohung des Handwerks keineswegs die alleinige Folge der Einführung der Gewerbefreiheit war, sondern von einer Vielzahl wechselwirkender Vorgänge, die gewöhnlich unter dem Begriff Industrielle Revolution zusammengefaßt werden,²⁾ verursacht wurde.

Auch später wußte Ubrigens ein Großteil des Kleingewerbes nichts mit gewerbefreiheitlichen Vorstellungen anzufangen, so daß alle freiheitlichen Gesetzgebungsakte im 19. Jahrhundert von Protesten aus dem Handwerk begleitet wurden.³⁾

II. Verdichtung der Handwerkerproteste zu einer ersten Handwerkbewegung

1. Die Handwerkerveranstaltungen der Jahre 1848/49

Die seit Jahren vor dem Hintergrund existenzieller Bedrohung in Unruhe geratene Handwerkerschaft konzentrierte sich im Revolutionsjahr 1848 erstmals⁴⁾ zu einer umfassenden Handwerkbewegung. Dabei galt dem wirtschaftlich bedrängten Gewerbebestand der zunächst so erfolg-

1) vgl. Waltershausen, A. Sartorius von: Deutsche Wirtschaftsgeschichte ..., a.a.O., S. 139.

2) Es sei daran erinnert, daß die ausführlichere Darstellung des Komplexes Industrielle Revolution an den Beginn der vorliegenden Arbeit gestellt wurde (vgl. Erster Abschnitt, A. III. 1. Gewerbefreiheit und Industrialisierung, s.S. 23 ff.).

3) vgl. Biermer, M.: a.a.O., S. 816.

4) vgl. Adler, Georg: a.a.O., S. 59.

reiche Verlauf der Revolution als Vorbild, den eigenen Forderungen in, den politischen Vorgängen analoger Weise Gehör zu verschaffen. Im Gegensatz zum politischen Liberalismus jedoch, der für die Einigung Deutschlands auf der Grundlage politischer, wirtschaftlicher und geistiger Freiheit kämpfte, vertrat die Handwerkerschaft reaktionäre, vergangenheitsbezogene Ziele und glaubte, durch Bekämpfung der Gewerbefreiheit ihre wirtschaftliche Notlage verbessern zu können.¹⁾

Den Auftakt zum Kampf gegen die Gewerbefreiheit bildete eine am 19. April 1848 an das preußische Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten gerichtete und von 391 Bonner Handwerksmeistern unterzeichnete Petition gegen die freiheitlichen Gewerbeverhältnisse,²⁾ der eine Fülle ähnlicher Eingaben und Flugschriften aus vielen bedeutenderen deutschen Städten, wie etwa Leipzig, Gotha, Magdeburg, Karlsruhe, Offenbach und anderen Orten, folgte.³⁾ Erst durch den vom 2. bis 6. Juli in Hamburg veranstalteten Vorkongreß norddeutscher Handwerker gelang es, die in Gärung geratene, bis dahin planlos agitierende Handwerkerschaft erstmals systematisch zusammenzufassen und auf ein gemeinsames Aktionsprogramm festzulegen. Der von rund 200 norddeutschen⁴⁾ Handwerksmeistern und Innungsdelegierten besuchte Vorkongreß vertrat unter Führung des antiliberal eingestellten Kasseler

1) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 369 f.

2) Die in der Literatur als Beginn der Handwerkerbewegung gewertete Bonner Petition forderte: "Befähigungsnachweis durch Meisterprüfung, Abgrenzung der einzelnen Handwerkszweige voneinander, Begrenzung der Zahl der Lehrlinge, Beschränkung der Verwendung von Dampfmaschinen, Subvention des Staates für Errichtung von Industriehallen (zum Zwecke des Verkaufs einheimischer Handwerksprodukte) und Begründung von Vorschußkassen für Handwerker durch den Staat" (Adler, Georg: a.a.O., S. 59).

3) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 370.

4) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 28.

Professors Karl Georg Winkelblech¹⁾ einen radikal gewerbefreiheitsfeindlichen Kurs und einigte sich, eine für ganz Deutschland geltende auf weitgehender Gewerbebeschränkung beruhende Gewerbeordnung anzustreben. Zur Verwirklichung dieser Gewerbeordnung wurde am 7. Juli dem Frankfurter Parlament mitgeteilt, daß auf Grund des allgemeinen Versammlungsrechts von den Vertrauensmännern des Norddeutschen Vorkongresses eine Versammlung von Handwerkern und Gewerbetreibenden aus allen deutschen Staaten einberufen würde. Die Versammlung sollte den Entwurf einer Gewerbeordnung ausarbeiten und ihn dem Parlament vorlegen. Die Gesamtzahl der Handwerkerabgeordneten sollte einem Sechstel der Abgeordneten der deutschen Reichsversammlung entsprechen.²⁾

Nach den Vorbereitungen des Norddeutschen Vorkongresses konnte vom 15. Juli bis 18. August 1848 in Frankfurt a.M. der Allgemeine Handwerker- und Gewerbekongreß zusammentreten - die Hauptveranstaltung der Handwerkerbewegung von 1848/49 -, dem 116 Handwerksmeister aus 24 deutschen Staaten angehörten.³⁾ Vor seinem Auseinandergehen übermittelte der Allgemeine Handwerker- und Gewerbekongreß der gleichzeitig in der Paulskirche tagenden Nationalversammlung den Entwurf einer Allgemeinen Handwerks- und Gewerbeordnung antiliberalen Inhaltes, der aber auf Grund der politischen Ereignisse keine unmittel-

1) Dem Nichthandwerker, Professor Winkelblech (Pseudonym: K. Marlo) aus Kassel, war es gelungen, die Handwerkerbewegung von 1848 maßgeblich zu beeinflussen, denn er hatte nicht nur den Hamburger Vorkongreß gesteuert, sondern auch an den Verhandlungen des Meisterkongresses und am Gesellenkongreß, beide in Frankfurt a.M., teilgenommen und an deren Gewerbeordnungsentwürfen mitgewirkt (vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 27 ff.). "Er vertrat die Idee einer allgemeinen Pflichtordnung der gesamten Wirtschaft, für die - seiner damaligen Bedeutung entsprechend - die Handwerksordnung gewissermaßen das Kernstück bilden sollte" (Wernet, Wilhelm: Kurzgefaßte Geschichte ..., a.a.O., S. 164).

2) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 28 f.

3) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 32.

örtlicher und regionaler Handwerker treffen stattfanden. Von den parallel zum Frankfurter Allgemeinen Handwerker- und Gewerbekongreß (Meisterkongreß) organisierten Handwerkerveranstaltungen seien angeführt: die Mitte Juli 1848 in Frankfurt a.O. abgehaltene Handwerkerprotestversammlung,¹⁾ der am 20. Juli 1848 in Frankfurt a.M. abgehaltene Schneiderkongreß,²⁾ der vom 20. Juli bis 20. September 1848 gleichfalls in Frankfurt a.M. tagende Gesellenkongreß, der sich später Arbeiterkongreß nannte,³⁾ und der am 23. August 1848 nach Berlin einberufene Arbeiterkongreß.⁴⁾ "Die in fast allen Bundesländern (und im benachbarten Ausland) sich ausbreitende Bewegung stieß Anfangs 1849 auf begrenzte gewerbefreiheitliche Opposition und löste sich nach dem gewaltsamen Ende der Nationalversammlung auf."⁵⁾

-
- 1) Diese mit 612 teilnehmenden Meistern wohl größte Protestversammlung klagte über die zügellose Gewerbefreiheit und forderte den numerus clausus für Meister und ein energisches Vorgehen gegen das Pfuschen der Gesellen (vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 41).
 - 2) Der Schneiderkongreß sprach sich gleichfalls gegen die Gewerbefreiheit aus und verlangte u.a. eine Aufhebung aller Magazine für fertige Kleider, ein Einfuhrverbot für fertige Herren- und Damenkleider und eine Beschränkung der Frauenarbeit (vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 49).
 - 3) Ursprünglich an der Teilnahme und Mitarbeit am Allgemeinen Handwerker- und Gewerbekongreß interessiert, sahen sich die Repräsentanten der Handwerker gesellen durch die egoistische Haltung der Meister gezwungen, einen eigenen Kongreß zu organisieren, womit der Beginn einer dauernden Spaltung zwischen Meistern und Gesellen gemacht war (vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 44). Der gleichfalls in Frankfurt a.M. tagende Gesellenkongreß, später in Arbeiterkongreß umbenannt, vertrat in seinem der Nationalversammlung übersandten Gewerbeordnungsentwurf die Interessen der Gesellen und Arbeiter und gab im weiteren Verlauf der Kongreßarbeit sein Zugehörigkeitsempfinden zum Handwerk auf und identifizierte sich mit der Arbeiterschaft (vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 45 ff.).
 - 4) Der als Gegenkongreß zum Frankfurter Meisterkongreß von Gesellen und Arbeitern in Berlin veranstaltete Arbeiterkongreß zählt nach Ansicht von Goldschmidt weniger zur Handwerkerbewegung, sondern "stellt den Beginn der sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland dar" (Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 48).
 - 5) Meusch, Hans; Wernet, Wilhelm: a.a.O., S. 36.

2. Strukturmerkmale der ersten Handwerkerbewegung

Die politischen Freiheits- und Einigungsbestrebungen hatten zwar wesentlich dazu beigetragen, daß sich die Handwerkerschaft endlich ihrer spezifischen Notlage bewußt wurde und sich zur eigenen Interessenvertretung gedrängt fühlte, gleichzeitig aber hatte die allgemeine politische Erregung der Jahre 1848/49 mitbewirkt, daß die Handwerker weniger planvoll und einheitlich, sondern mehr spontan und unsystematisch vorgingen. Entsprechend zersplittert war die Artikulierung der Handwerkerinteressen, es gab innerhalb der Handwerkerbewegung eine Vielzahl unkoordinierter Aktionen und neben zentral ausgerichteten Veranstaltungen regionale und beruflich differenzierte,¹⁾ denen allen geringe Organisation und kurzer Bestand gemeinsam waren. Offenbar empfanden sich die an den standespolitischen Ereignissen der Jahre 1848/49 beteiligten Handwerker durch ihre lokalen Vereinigungen - Gewerbevereine, Innungen und Gesellschaften - hinreichend organisiert, so daß das Bewußtsein der Notlage nur zu einer überwiegend informellen Bewegung der Handwerker führte, nicht aber zu organisierten Interessenvertretungen, also Verbandsgründungen des Handwerks. Die allgemeinen Charakteristika der ersten Handwerkerbewegung abschließend sei die im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften für die gesamte Handwerkerbewegung angeführte Definition wiedergegeben. Danach "bezeichnet man als Handwerkerbewegung eine zusammenhängende Folge berufspolitischer Handlungen und Ereignisse im Kreise der Handwerkerschaft, die auf die Realisierung bestimmter Ordnungsgrundsätze im Gesellschaftsleben abzielen."²⁾

Über die Anzahl der von der Handwerkerbewegung erfaßten Handwerker läßt sich mangels statistischer Unterlagen und angesichts der Un-

1) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 24 ff.

2) Meusch, Hans; Wernet, Wilhelm: a.a.O., S. 35.

Übersichtlichkeit der die Bewegung bildenden Einzelveranstaltungen keine quantifizierte Aussage machen. Aus der Vielzahl der über fast alle Bundesländer verteilten Aktionen und deren starker Resonanz im Handwerk kann jedoch gefolgert werden, daß die Handwerkbewegung von 1848/49 die Masse der deutschen Handwerker mobilisierte.¹⁾ Dabei soll der Begriff "Handwerk" im Sinn von Kleingewerbe verstanden werden, denn die Kleingewerbetreibenden waren die eigentlichen Träger der ersten Handwerkbewegung, was sich besonders deutlich zeigte in der mangelhaften Repräsentation des Fabrikantenstandes bei der Frankfurter Hauptveranstaltung der Bewegung²⁾ und dem dort verabschiedeten industriefeindlichen Handwerkerprogramm.

Hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zu Handwerkervereinigungen lassen sich die der Handwerkbewegung von 1848/49 zuzurechnenden Handwerker in Nichtorganisierte und Organisierte einteilen und die letzteren wiederum in Mitglieder von Innungen, Gewerbevereinen und Gesellenvereinen. Die Bewegung umfaßte also nicht nur Gewerbetreibende unterschiedlicher gewerbepolitischer Anschauung, wie zünftlerisch eingestellte Innungsmitglieder und freiheitliche an Selbsthilfe orientierte Gewerbevereinsmitglieder, sondern auch Meister und Gesellen mit voneinander abweichenden, ihren unterschiedlichen Standesstufen entsprechenden Interessen. Trotz unterschiedlicher gewerbepolitischer Standorte der Beteiligten war die Handwerkbewegung von 1848/49 durch eindeutig antiliberale Resolutionen³⁾ weitgehend gekennzeichnet, und erst nach und nach fand zwischen den norddeutschen und preußischen

1) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 370 ff.; Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 24 ff.

2) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 371.

3) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 32 ff.

zunftfreundlichen Innungsmitgliedern und den liberaler denkenden süddeutschen Gewerbevereinsmitgliedern eine gewisse Polarisierung der gegensätzlichen Positionen statt.¹⁾ Insgesamt traten jedoch die im Verlauf der Bewegung von 1848/49 einsetzenden liberalen Gegenströmungen weniger in Erscheinung.

Nachdem bislang die Beteiligung von Meistern und Gesellen an der ersten Handwerkerbewegung lediglich festgestellt wurde, soll nun untersucht werden, wie die Beziehungen zwischen beiden, den Berufsstand Handwerk repräsentierenden Standesstufen – die gleichfalls zur handwerklichen Hierarchie gehörenden Lehrlinge konnten als unmündiger und politisch passiver Personenkreis außer Betracht bleiben – im einzelnen geartet waren. Zweckmäßigerweise wird hierbei an die Ereignisse des Allgemeinen Handwerker- und Gewerbekongresses angeknüpft, der für das Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen weitreichende Folgen hatte. Als in Frankfurt a.M. der von Handwerksmeistern organisierte Allgemeine Handwerker- und Gewerbekongreß zusammentrat, versuchten auch die Vertreter mehrerer Gesellenvereine und Gesellenschaften teilzunehmen, wurden jedoch von den Veranstaltern entsprechend einer bereits auf dem Norddeutschen Vorkongreß getroffenen Absprache zurückgewiesen.²⁾ Daraufhin veranstalteten die Gesellen gleichfalls in Frankfurt a.M. einen eigenen Gesellenkongreß, an dem sie auch nach einem Vermittlungsversuch der Meister, die ihnen nun eine begrenzte Zulassung

1) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 40 ff.

2) Nach Ansicht der Meister gewährte "nur ein selbständiger Gewerbebetrieb auf eigene Rechnung und Gefahr die nötigen Erfahrungen zur Beantwortung der einschlägigen Fragen" (Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 373).

zum Meisterkongreß mit beratender Stimme einräumten, weiter festhielten.¹⁾ Damit war die Trennung zwischen Meistern und Gesellen eingeleitet, die sich später vertiefte, als sich die Gesellen mit den Arbeitern solidarisch erklärten und einen über ganz Deutschland reichenden großen deutschen Arbeiterbund zu organisieren versuchten.²⁾ Nach außen hin dokumentierten die Gesellen ihr Ausscheiden aus dem Gedankenkreis der berufsständischen Handwerkerbewegung und ihre Zuwendung zur Arbeiterbewegung durch die Umbenennung ihres Kongresses in Arbeiterkongreß.³⁾ Für eine etwaige ideologische Beeinflussung der Gesellen durch das 1848 von Marx und Engels veröffentlichte Kommunistische Manifest ließen sich keine Anhaltspunkte finden, wenngleich anzunehmen ist, daß zumindest die politisch gebildeteren unter den Gesellen Kenntnis von dem Manifest hatten.

Mit dem Ausscheiden der politisch interessierten Gesellen aus der berufsständischen Handwerkerbewegung und ihrem Anschluß an andere geistige und organisatorische Lager⁴⁾ übernahmen die Meister die

1) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 44.

2) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 45.

3) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 373.

4) Während sich ein Großteil der Gesellen standes- und gesellschaftspolitisch indifferent verhielt, hatten sich andere der sozialpolitischen Arbeiterbewegung angeschlossen und schieden "damit aus dem Gedankenkreis der berufsständischen Handwerkerbewegung aus" (Meusch, Hans; Wernet, Wilhelm: a.a.O., S. 35). Später hatten sich die Gesellen organisatorisch und ideologisch stark zersplittert und gehörten Gewerkschaften unterschiedlichster weltanschaulicher Prägung an, freiheitlich sozialistischen, freiheitlich nationalen, liberalen und christlichen Gewerkschaften, und waren in konfessionellen und nichtkonfessionellen Gesellenverbänden zusammengefaßt.

Wie Meusch in diesem Zusammenhang ausführte, stimmten zwar die 1848 erstellten Gewerbeordnungsentwürfe sowohl der Meister als auch der Gesellen darin überein, daß eine organisatorische Zusammenführung von Meistern und Gesellen im Rahmen gemeinsamer selbst-

alleinige Führung der Handwerkerbewegung, das heißt, alle anschließenden Phasen der Handwerkerbewegung beinhalteten das berufsstandspolitische Handeln der Meisterschicht. Der chronologischen Abhandlung der Handwerkerbewegung vorgreifend sei festgestellt, daß die nach Einführung der gewerbefreiheitlichen Gewerbeordnung von 1869 verstärkte einsetzende Auflösung der handwerklichen Standesgemeinschaft - das andere Kriterium war der Verfall handwerklicher Berufsausbildung - für das Einschwenken des Staates auf die Programmlinie der später wieder auflebenden Handwerkerbewegung eine der Hauptursachen war, was dann zur Berücksichtigung wesentlicher Forderungen der Bewegung führte, am nachhaltigsten im Handwerkergesetz von 1897.

3. Das wirtschaftspolitische Programm der ersten Handwerkerbewegung

Mit der Entstehung der Handwerkerbewegung von 1848/49 bot sich dem Handwerk erstmals die Möglichkeit als Berufsstand aufzutreten und gemeinsam gegen die Gewerbefreiheit und das dahinter stehende System des industriell kommerziellen Kapitalismus zu reagieren und eigene, von den geltenden Ordnungsprinzipien abweichende Vorstellungen zu entwickeln und zu vertreten. Das Programm der Handwerkerbewegung von 1848/49 war in den Gewerbeordnungsentwürfen des Frankfurter Meisterkongresses und des jenen kritisierenden Frankfurter Gesellenkongresses enthalten, deren wirtschafts- und gesellschaftspolitische Forderungen Übrigens trotz der bereits vollzogenen Spaltung von Meistern und

verwaltender Arbeit am Gesamthandwerk notwendig sei, die tatsächlich soziale Entwicklung ging jedoch über diese gemeinsame Einsicht hinweg. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts floß die soziale Handwerkerfrage mit der industriellen Lohnarbeiterfrage zur Klassenkampfidelogie zusammen und alle vom Handwerk unternommenen, allerdings zeitlich weit auseinanderliegenden Versuche zur Überwindung der Klassenspaltung - auf Gesellenseite die konfessionellen Bestrebungen seit der Jahrhundertmitte, auf Meisterseite die Errichtung der Gesellenausschüsse bei Innungen und Handwerkskammern seit der Jahrhundertwende - waren peripher und blieben letztlich ohne Wirkung (vgl. Meusch, Hans: Die Handwerkerbewegung von 1848/49, Alfeld 1949).

Gesellen nur unwesentlich¹⁾ voneinander abwichen,²⁾ so daß sich die anschließende Darstellung der Handwerkerprogrammatrik von 1848/49 auf die Zusammenstellung der wesentlichsten Punkte des Meisterentwurfes beschränkt.

Im einzelnen forderten die Handwerker³⁾ Rückkehr, beziehungsweise Beibehaltung einer berufsständisch organisierten Korporativ-Wirtschaft auf der Grundlage von Zwangsinnungen, die durch weitere Organisationsgebilde, wie Gewerberäte, Spezialgewerbekammern und eine allgemeine deutsche Gewerbekammer zu ergänzen waren. Außerdem sollten Lehr- und Wanderzwang und die Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises die Leistungsfähigkeit des Handwerks gewährleisten. Von der Vielzahl weiterer Beschränkungen seien ferner angeführt: "Eventuelle Beschränkung der Meisterzahl an einem Ort; Überweisung aller Handwerksarbeiten in einer Fabrik, die nicht die unmittelbare Herstellung der Fabrikate bezweckten, an die zünftigen Meister des Ortes; Verbot des Hausierhandels mit Handwerkserzeugnissen, Verbot, mehr als zwei Lehrlinge zu halten, Einschränkung des Landhandwerks, Unzulässigkeit von Staats- und Kommunalwerkstätten, Verbot der Association

1) Selbstverständlich enthielten beide Gewerbeordnungsentwürfe voneinander abweichende Interessenstandpunkte; so z.B. standen folgende Forderungen der Gesellen im Gegensatz zu denen der Meister: freie Entwicklung der Arbeit, freies Niederlassungsrecht in ganz Deutschland, Beseitigung des Zunftzwanges, eine feste tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden, Festlegung eines Mindestlohnes, Aufhebung des Wanderzwanges, Aufhebung des Verbots für Fabrikanten, Gesellen zu beschäftigen, usw. (vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 374).

2) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 373; Meusch, Hans; Wernet, Wilhelm: a.a.O., S. 36.

3) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 371 ff.

mit Nichttinnungsgenossen, Verbot öffentlicher Versteigerung noch neuer Waren, Besteuerung der Fabriken zu Gunsten des Handwerks, Verpflichtung des Staates, Arbeit zu geben und eine Geschäftsgrenze für die Fabriken und den Handel mit Fabrikaten aufzustellen." ¹⁾ Als Anhang wurde dem Entwurf ein Katalog von "Mitteln zur Hebung des Handwerks" beigelegt, und zwar Schutzzölle, Handelsverträge, Einführung einer allgemeinen progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer, Handwerksschulen, Einführung eines gleichen Münz-, Maß-, Gewichtssystems usw. ²⁾.

Obige Forderungen waren weithin anachronistisch, sollten sie doch die zum Teil bereits überwundenen mittelalterlichen Gewerbeverhältnisse wieder herstellen oder konservieren und dem Stadthandwerk den ersten Platz in der Wirtschaftsverfassung auf Kosten von Industrie, Handel und Landhandwerk sichern. Dennoch hatte die Handwerkerbewegung von 1848/49 den Anstoß für weitere Phasen der Handwerkerbewegung in Deutschland gegeben, die sich ideologisch alle auf das Handwerkerprogramm von 1848/49 stützten - allerdings unter Aufgabe der utopischsten Komponenten der ersten Bewegung - und sich weiterhin für eine staatlich abgesicherte Wettbewerbsregulierung auf der Grundlage eines weitgehend erzwungenen, umfassenden Organisationschemas des Handwerks einsetzten.

III. Die weitere Entwicklung der Handwerkerbewegung bis zur Freiheitlichen Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869

Infolge mannigfacher Verknüpfungen mit der Revolution von 1848/49 hatte sich die erste Handwerkerbewegung nach der Niederlage des

1) Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 372.

2) vgl. ebenda.

politischen Liberalismus aufgelöst. Für die zünftlerisch eingestellte Handwerkerschaft bedeutete das den zumindest zeitweisen Verzicht auf eine öffentlichkeitswirksame gemeinsame Massenbewegung und eine durch den Rückfall in partikuläre Handwerkerbewegungen bedingte Schwächung der eigenen Position, die es nun den Landesregierungen ermöglichte, nach eigenem Ermessen einzelstaatliche Regelungen der Gewerbeverhältnisse durchzuführen. Nach 1849 handelte es sich dabei noch um die Einengung geltender Gewerbevorschriften,¹⁾ was für die dem Zunftwesen nahestehenden Handwerker durchaus akzeptabel war, seit Ende der 1850er Jahre hingegen kam es, vor dem Hintergrund einer zunehmend liberal denkenden Öffentlichkeit, in mehreren Ländern zu Liberalisierungen der Gewerbeverhältnisse,²⁾ womit eine Entwicklung deutlich wurde, die eindeutig den Interessen der Zunftanhänger zuwiderlief. Der soeben erwähnte Umschwung der öffentlichen Meinung - besonders die Beamten-schaft und das gebildete Bürgertum zeigten sich fasziniert von der Manchesterschule (in Deutschland Prince-Smith und Faucher) und der praktischen Anwendung des laissez faire Prinzips -³⁾ vollzog sich parallel zu dem nach 1850 einsetzenden industriellen Aufschwung Deutschlands und fand in den 1860er Jahren seinen realen Niederschlag, als es dem wiedererstarkten politischen Liberalismus gelang, in der Handelspolitik den Übergang vom Schutzzoll zum Freihandel und in der Gewerbepolitik die Abkehr vom Innungsprinzip und die Einführung der Gewerbefreiheit durchzusetzen.⁴⁾ Gleichzeitig mit dem Sieg liberaler

1) s.S. 53 f., 56 f. u. 137.

2) s.S. 54 u. 57.

3) vgl. Adler, Georg: a.a.O., S. 64.

4) Wie bereits mehrfach erwähnt, trat die nahezu unbeschränkte Freiheit der Gewerbeverfassung durch die Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 zunächst für den Norddeutschen Bund in Kraft, anschließend für das gesamte deutsche Reich (s.S. 57). Die entscheidende Wende zum Freihandel dagegen wurde durch den 1860 zwischen England und Frankreich geschlossenen Cobden-Vertrag eingeleitet. Preußen wandte sich nun gleichfalls einer liberalen Handelspolitik zu und schloß 1862 mit Frankreich einen auf Meistbegünstigung beruhenden Handelsvertrag, der 1865 vom Zollverein übernommen wurde und in der Folgezeit für weitere Handelsverträge als Muster diente (vgl. Stolper, Gustav: Deutsche Wirtschaft 1870-1940, Stuttgart 1950, S. 40; Waltershausen, A. Sartorius von: Deutsche Wirtschaftsgeschichte ..., a.a.O., S. 208 ff.).

Anschauungen in den 1860er Jahren entstand eine neue, auf die Prinzipien des Handwerkerkongresses von 1848 zurückgreifende Handwerkerbewegung und beendete die durch das Scheitern des Frankfurter Handwerkerkongresses bedingte, etwa zehn Jahre währende Periode des Stillhaltens¹⁾ seitens der zunftfreundlichen Handwerkerschaft. Dabei galt der 1858 erstmals in Gotha tagende Kongreß deutscher Volkswirte²⁾ und dessen 1859 in Frankfurt a.M. durchgeführte Wiederholung - beide Male setzte er sich unmißverständlich für die Einführung der Gewerbefreiheit ein³⁾ - als auslösendes Moment der neulichen zünftigen Gegenbewegung.⁴⁾ Darüberhinaus war der Volkswirtschaftliche Kongreß jahrelang der Mittelpunkt der Freihandelsbewegung.⁵⁾

Nachdem es in Preußen selbst gegen das gewerbebeschränkende Gesetz von 1849 zu vereinzeltten Protesten⁶⁾ seitens der zunftfreundlichen Handwerkerschaft gekommen war, mußte es auf diese und die ihnen nahestehenden Handwerkerkreise alarmierend wirken, daß im preußischen Abgeordnetenhaus Liberalisierungsversuche unternommen wurden,⁷⁾ während

-
- 1) Die Milderung des auf dem Handwerk lastenden wirtschaftlichen Druckes durch eine längere bis 1857 anhaltende günstige Konjunktur (vgl. Waltershausen, A. Sartorius von: Deutsche Wirtschaftsgeschichte ..., a.a.O., S. 183) dürfte einem rascheren Wiederaufleben der Handwerkerbewegung entgegengestanden haben (vgl. Adler, Georg: a.a.O., S. 64).
 - 2) Die führenden Männer des Gothaer Kongresses waren Viktor Huber und Hermann Schulze-Delitzsch, die ihren Intensionen gemäß Freizügigkeit im Gewerbeswesen und den Ausbau eines Genossenschaftssystems zum Kongreßprogramm erhoben (vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 103 f.).
 - 3) Die Forderung nach Gewerbefreiheit wurde seit Ende der 1850er Jahre in zahlreichen Schriften liberaler Publizisten erhoben, von denen nur erwähnt seien: F. v. Steinbeiß, K.H. Rau, A. Schäffle, V. Huber, H. Schulze-Delitzsch (vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 89 ff.).
 - 4) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 97.
 - 5) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 104.
 - 6) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S.376 f.
 - 7) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 377.

gleichzeitig das liberale Ministerium von 1859 unter Prinzregent Wilhelm an die Macht gelangte. Angesichts der Liberalisierungstendenzen in Preußen und unter dem Eindruck weiterer Fortschritte des Liberalismus, vornehmlich der für die Einführung der Gewerbefreiheit plädierenden volkswirtschaftlichen Kongresse,¹⁾ schlossen sich zunächst in Preußen die traditionsverhafteten Handwerker zu einem Handwerker-tag zusammen. Dieser vom 28. August bis zum 1. September 1860 in Berlin abgehaltene preußische Landeshandwerkertag machte den Anfang einer "organisierte(n) Gegenbewegung zur Abwehr liberaler Wirtschaftsauffassungen."²⁾ Die Teilnahme am Berliner Handwerkertag war übrigens spärlich, sein Ergebnis bestand in einer Eingabe an die Regierung, in der um Beibehaltung der geltenden Gewerbegesetzgebung von 1849 bei gleichzeitiger Verschärfung von Innungszwang und Befähigungsnachweis nachgesucht wurde.³⁾ Gleichfalls zur Abwehr liberaler Einflüsse hatte sich in Preußen anläßlich der Landtagswahlen von 1861 eine Handwerkerpartei gebildet, die aber erfolglos blieb und bald wieder einging.⁴⁾

Der Versuch, eine organisierte gewerbefreiheitsfeindliche Handwerkerbewegung aufzubauen, wurde mit der am 5. September 1862 in Weimar erfolgten Gründung des Deutschen Handwerkerbundes fortgesetzt, dessen Mitglieder sich auf Norddeutschland, vorzugsweise die Hansestädte, beschränkten.⁵⁾ Sein Programm war weiterhin den Anschauungen der 1848er Bewegung verhaftet und bestand wieder in der Forderung einer

1) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O.; S. 106.

2) Meusch, Hans; Wernet, Wilhelm: a.a.O., S. 37.

3) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 377; Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 107.

4) vgl. Röttges, Fritz: Grundlagen und Probleme der modernen Handwerkerbewegung, Diss. Köln 1925, S. 9.

5) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 377.

Allgemeinen deutschen Handwerkerordnung auf der Basis obligatorischer Innungen und des Befähigungsnachweises zur Selbstbehauptung gegenüber der Industrie. Der Deutsche Handwerkerbund vermochte sich allerdings nicht gegen die gewerbefreiheitliche Zeitströmung durchzusetzen¹⁾ und löste sich nach drei Jahresversammlungen - 1862 in Weimar, 1863 in Frankfurt a.M., 1864 in Köln - und einer ebenfalls 1864 an alle deutschen Regierungen gerichteten, unberücksichtigt gebliebenen Denkschrift auf.

Gleichfalls ohne Einfluß auf die in Vorbereitung befindlichen Gesetze geblieben war eine im Jahr 1863 von hessischen Handwerkern dem Ministerium in Darmstadt unterbreitete Denkschrift antiliberalen Inhalts.²⁾

Bis zur Beseitigung von Innungszwang und Befähigungsnachweis durch das vorläufige, gewerbefreiheitliche Notgewerbegesetz des Norddeutschen Bundes vom 8. Juli 1868 und dessen Nachfolgegesetz, die Gewerbeordnung für das gesamte Reichsgebiet³⁾ vom 21. Juni 1869, war der Liberalismus derart gefestigt und gleichzeitig die zünftige Handwerkerbewegung bereits soweit abgeebbt, daß keine weiteren großangelegten Organisationsversuche der zünftigen Handwerker mehr unternommen wurden, sondern nur noch vereinzelte, vergebliche Protestversammlungen gegen die unmittelbar bevorstehende, beziehungsweise bereits wirksam gewordene Gewerbefreiheit, und zwar vom 16. bis 18. April 1868 in Dresden,⁴⁾ vom 14. bis 16. September 1868 in Hannover⁵⁾ und vom 20. bis 22. November 1869 in Halle.⁶⁾

1) vgl. Wernet, Wilhelm: Kurzgefaßte Geschichte ..., a.a.O., S. 167.

2) vgl. Goldschmidt, Ernst Friedrich: a.a.O., S. 115.

3) Es "war das erste einheitliche deutsche Gewerbegesetz seit dem verunglückten Reichsabschied von 1731 gegen die Mißbräuche der Handwerker, ..." (Wernet, Wilhelm: Kurzgefaßte Geschichte ..., a.a.O., S. 166).

4) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 377.

5) vgl. ebenda.

6) vgl. ebenda.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es der in den 1860er Jahren wieder entstandenen Handwerkerbewegung nicht gelungen war, über eine zeitlich begrenzte, organisatorische Sammlung eines Teiles der Handwerkerschaft hinausgehend Erfolge zu erzielen, also die Einführung der Gewerbefreiheit zu verhindern. Weiterhin sei angemerkt, daß sich die Handwerkerbewegung in ihrer Zielsetzung, der Verteidigung und Durchsetzung von Zwangsinnung und Befähigungsnachweis, bemerkenswert unelastisch zeigte und keine Anpassung an neue wirtschaftlich technische Entwicklungen versuchte, wie sie ihr zum Beispiel von V. Huber, H. Schulze-Delitzsch, v. Wagener, Stahl und Bischof v. Ketteler in deren Genossenschafts- und Sozialsystemen vorgeschlagen wurde.

3. Gewerbepolitische Massenorganisationen als Träger einer fortgeschrittenen Handwerkerbewegung in der Gewerbefreiheitsära

I. Der gemäßigt liberale Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten (1873 - 1881)

Nur kurze Zeit hatten die antiliberalen Kreise der Handwerkerschaft die nahezu unbeschränkte Freiheit der Gewerbeverfassung reaktionslos hingenommen, denn bereits 1871 gingen dem Reichstag zahlreiche Petitionen zu, die hauptsächlich auf eine Einengung der Freiheiten des Handwerkerpersonals zugunsten der Meister abzielten,¹⁾ vom Reichstag jedoch unberücksichtigt blieben. Nach dieser Ablehnung weitete sich die Opposition gewisser Handwerkerkreise schnell zu einer neuen Bewegung aus, die alsbald versuchte, alle für Gewerbeordnungsreformen eintretenden Selbständigen aus Handwerk, Gewerbe und Industrie organisatorisch zusammenzufassen.

1) Es handelte sich im einzelnen um "die Wiedereinführung von Paßvorschriften für die Gewerbegehilfen, die Einführung von Arbeitsbüchern, die Aufhebung der vierzehntägigen Kündigungsfrist, um Erlaß von Strafbestimmungen für ungehorsames und widerspenstiges Hilfspersonal u. dergl. m." (Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 377).

Erste Beratungen über die Errichtung eines Verbandes fanden auf einer vom 25. bis 28. September 1872 nach Dresden einberufenen und von Repräsentanten des Handwerks und Gewerbes aus 145 deutschen Städten besuchten Handwerkerversammlung statt,¹⁾ die Verbandsgründung selbst wurde ein Jahr später durchgeführt. Wie in Dresden verabredet, wurde am 23. Oktober 1873 in Leipzig der Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten²⁾ gegründet, der für fast ein Jahrzehnt die einzige bedeutende, einzelstaatliche Grenzen überspringende Interessenvertretung des Gewerbes bildete und sich für eine Reform der geltenden Gewerbegesetzgebung einsetzte. Dabei wurde erstmals - sieht man von den peripheren Bekenntnissen zur Gewerbefreiheit seitens der 1848/49er Bewegung ab - im Gegensatz zu allen bisherigen Handwerkerbewegungen die Gewerbefreiheit als Prinzip der Gewerbeordnung akzeptiert und lediglich maßvolle Modifizierungen derselben und der Wiederaufbau eines inneren Organisationsgerüsts des Gewerbes, hauptsächlich des Handwerks, angestrebt. Das Verbandsstatut postulierte in diesem Zusammenhang die Schaffung "wohlgegliederter Verbände", "die für Ordnung und Recht innerhalb der Gewerbe wirken könnten."³⁾ Nach den Vorstellungen des Verbandes sollten sich die bereits bestehenden

1) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 377.

2) Verschiedene Anzeichen neben der gewählten Verbandsbezeichnung, in erster Linie die gemeinsame mittelständische Interessenlage von Handwerksmeistern und industriellen Unternehmern, wohl nur kleinerer und mittlerer Betriebe - im 19. Jahrhundert umfaßte das Handwerk ausschließlich Kleinbetriebe, während in der Industrie neben Großbetrieben gleichfalls Klein- und Mittelbetriebe eine wesentliche Rolle spielten-, deuten auf ihre gemeinsame Mitgliedschaft in obigem Verband. Diesem Sachverhalt kommt übrigens kein großer Aussagewert zu in Anbetracht der Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen beiden Wirtschaftsbereichen, Handwerk und Industrie, und des Umstandes, daß sich die Betroffenen nicht nur an objektiven, wenn auch sich wandelnden Kriterien, wie etwa der Anzahl der Beschäftigten, der Höhe des Umsatzes, der angewandten Betriebstechnik, gesellschaftlicher Momente usw. orientierten, sondern auch am subjektiven Zugehörigkeitsgefühl.

3) Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 378.

Vereinigungen selbständiger Handwerker, die Innungen, Gewerbevereine, Genossenschaften, Gewerbekammern und sonstigen Vereine, zu Ortsvereinen zusammenschließen, diese zu Kreis- und Provinzverbänden, und diese wiederum sollten einem Zentralverband beitreten.¹⁾ Im Zusammenhang mit der bereits angesprochenen Zielsetzung, eine tragfähige Handwerkerorganisation aufzubauen, und den gleichfalls beabsichtigten Verbesserungen der geltenden Gewerbeordnung setzte sich der Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten im einzelnen für folgende Projekte ein: für die Trennung zwischen Gewerbeordnung - zuständig für das Kleingewerbe - und Fabrikgesetzgebung - zuständig für die Großindustrie -; für die rechtliche und funktionelle Aufwertung der fachgewerblichen Korporationen oder Innungen, denen zentrale Bedeutung innerhalb der Kleingewerbeordnung zukommen sollte; für die Einführung von Gewerbe- oder Handwerkerkammern, gewerblichen Schiedsgerichten und obligatorischen Fortbildungsschulen; für die Reform von Gefängnisarbeit, Wanderlagern, Warenauktionen und Hausierhandel.²⁾

Nachdem es zunächst so ausgesehen hatte, als könnte auch der traditionsverhaftete Teil der organisierten Handwerker eine positive Einstellung gegenüber einer gemilderten Gewerbefreiheit gewinnen, zeigte sich dann letztlich doch eine von Jahr zu Jahr schwindende Resonanz des in seiner Zielsetzung gemäßigten Vereins selbständiger Handwerker und Fabrikanten, so daß zu dessen 1881 nach Berlin ein-

1) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 378.

2) vgl. ebenda.

berufener Jahresversammlung¹⁾ nur noch die Repräsentanten von 14 Städten erschienen und der Verband anschließend seine Tätigkeit einstellte.²⁾ Eine vorher auf dem Verbandstag in Bremen 1879 ins Leben gerufene deutsche Handwerker- und Gewerbeartei, deren Programm mit der Zielsetzung des Verbandes übereinstimmte, konnte in der Handwerkerschaft gleichfalls nicht an Einfluß gewinnen und als Partei bestehen.³⁾ Unbeschadet seines Scheiterns als Verband vermochten sich einige seiner Forderungen durchzusetzen und wurden bei den 1878 und 1881 vorgenommenen Änderungen der Gewerbeordnung berücksichtigt, nachdem sie zuvor in den Parteiprogrammen der Konservativen, Antisemiten und des Zentrums Aufnahme gefunden hatten und auch von Bismarck und der Regierung akzeptiert worden waren.⁴⁾

-
- 1) Insgesamt hatte der Verband einschließlich der Dresdener Versammlung 10 Jahrestagungen abgehalten, und zwar:
1872 in Dresden;
1873 in Leipzig;
1874 in Quedlinburg;
1875 in Kassel;
1876 in Köln;
1877 in Darmstadt;
1878 in Magdeburg;
1879 in Bremen;
1880 in Berlin;
1881 in Berlin (vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 378).
- 2) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 378.
- 3) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 378; Biermer, M.: a.a.O., S. 819; Adler, Georg: a.a.O., S. 76.
- 4) vgl. Biermer, M.: a.a.O., S. 819; Adler, Georg: a.a.O., S. 76.

II. Erneute Formierung einer antiliberalen, für Korporationen und Befähigungsnachweis eintretenden Handwerkerbewegung

1. Handwerkliche Mittelstandsideologie und Parteiprogramme

Die bisherige Darstellung der einzelnen Abschnitte der Handwerkerbewegung und der von ihr erhobenen Forderungen ließ wohl den ideologischen Rahmen der angesprochenen Vereinigungen und ihrer Aktivitäten als mittelständisch erkennen, verzichtete jedoch im Vertrauen auf die allgemeine Geläufigkeit der mit Mittelstand zusammenhängenden Sachverhalte und Vorstellungen auf deren nähere Erläuterung. Angesichts der sich nach 1869 schnell ändernden Umweltsbedingungen für die Handwerkerbewegung und der damit zusammenhängenden stärkeren Verquickung von Handwerkerfrage und Mittelstandsideologie sei das bislang Versäumte nachgeholt und im folgenden Kapitel der Komplex Mittelstand und Mittelstandsideologie unter Berücksichtigung des handwerklichen Aspektes aufgezeigt.

Zum Begriff des Mittelstandes ist zunächst anzumerken, daß sich dieser mangels ausschließlich objektiver und mechanisch quantifizierbarer Kriterien einer eindeutigen Festlegung entzieht und in der Literatur häufig als Mitte zwischen zwei Extremen beschrieben wird, im allgemeinen Sinn als Schicht zwischen arm und reich,¹⁾ im historischen Sinn als Schicht zwischen den divergierenden Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats,²⁾ oder aber negativ umschrieben wird, wie etwa im sozialpolitischen Sinn als aus der vorindustriellen Gesellschaft überkommene Schichten des Handwerks,

1) vgl. Gablentz, Otto Heinrich v.d.: Mittelstand, in, HdSw., 7. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1961, S. 392.

2) vgl. ebenda.

Einzelhandels und zum Teil der Bauern, die keine Kapitalisten und keine Proletarier sind.¹⁾ Wernicke erkennt für eine Erfassung des Mittelstandbegriffes weder wirtschaftliche Bestimmungsmerkmale, wie Selbständigkeit, kleines oder mittleres Kapital und ausgebildete Arbeitskraft (Prof. Suchsland) noch politische Merkmale - die Kreise zwischen Plutokratie und Sozialdemokratie (Theodor Fritsch) - als ausreichend, sondern ergänzt diese Kriterien durch Einbeziehung der kulturellen und sozialen Bedeutung des Mittelstandes.²⁾ In der Industriegesellschaft wird ferner zwischen einem alten, Überwiegend selbständigen Mittelstand aus Handwerk, Einzelhandel und Gaststättengewerbe unterschieden und einem neuen, Überwiegend abhängigen, an Bedeutung und Zahl schnell zunehmenden Mittelstand aus Angestellten, Beamten, freien Berufen und unter Umständen Rentnern und Grundbesitzern.³⁾

Für eine Zurechnung zum Mittelstand spielen neben den objektiven Maßstäben, also Selbständigkeit, Vermögen, Einkommen oder Ausbildung, subjektive Merkmale eine ausschlaggebende Rolle, wie ein bestimmtes gesellschaftliches Leitbild oder ein bestimmter Lebensstil.⁴⁾ Gewisse Personengruppen müssen also nicht nur bestimmte objektive Bedingungen erfüllen - wobei es in der Praxis bei der Problematik einer Bewertung von Klein-, Mittel- und Großunternehmen sehr schwierig sein kann, handwerkliche von kapitalistisch geführten Unternehmen abzugrenzen - ähnlich schwierig liegen die Verhältnisse im Handel -, sondern sich

1) vgl. Gablentz, Otto Heinrich v.d.: a.a.O., S. 392.

2) vgl. Wernicke, J.: Mittelstandsbewegung, in, HdSt., 6. Bd., Jena 1925, S. 594.

3) vgl. Gablentz, Otto Heinrich v.d.: a.a.O., S. 393.

4) vgl. ebenda.

gleichzeitig, was nicht übersehen werden darf, dem Mittelstand zugehörig fühlen und damit zwischen kapitalistischem Unternehmertum und Arbeiterschaft stehen und sich von beiden entschieden absetzen. Vor dem Hintergrund gewandelter Lebens- und Wirtschaftsformen, und damit wesentlich erschwerter Lebensbedingungen, sehen sich nun - und das ist entscheidend - die verschiedenen Mittelstandsgruppen durch die kapitalistische Industrie und den kapitalistischen Handel,¹⁾ aber auch durch das Proletariat²⁾ in ihrer Existenz, und damit in ihrer Zwischenstellung, bedroht und fordern eine vom Staat gesetzlich abgesicherte Wettbewerbsregulierung zu Gunsten der kleinen und mittleren Unternehmungen aus Handwerk und Handel. Die Notwendigkeit obiger wirtschafts- und sozialpolitischen Kernforderung begründen die Mittelstandsgruppen gegenüber den staatlichen Stellen mit ihrer staatstragenden und ausgleichenden Funktion,³⁾ mit ihrem Gegengewicht zu dem sonst drohenden Auseinanderbrechen von Staat und bürgerlicher Gesellschaft im Verlauf des ohne einen gesunden und lebenskräftigen

-
- 1) Der "Antikapitalismus der Mittelschicht (ist) vorwiegend gegen Unternehmungskonzentration und gegen den Monopolismus gerichtet, er ist jedoch auch durch zähes Festhalten am Eigentum und damit am Privateigentum an den Produktionsmitteln charakterisiert" (Weippert, Georg: Jenseits von Individualismus und Kollektivismus, Studien zum gegenwärtigen Zeitalter, Düsseldorf 1964, S. 169). Die Arbeiterschaft rechnete ja auch die Mittelschicht überwiegend zu den Kapitalisten, zumindest aber nicht zum Proletariat (vgl. Weippert, Georg: Jenseits von Individualismus ..., a.a.O., S. 167).
 - 2) "Die Arbeiterfeindlichkeit des Mittelstandes hat ihre Wurzeln in einer traditionellen und konventionell-religiösen Haltung des Kleinbürgertums, die geschichtlich das Gegengewicht gegen die Religionsfeindlichkeit und den Atheismus der damaligen Arbeiterbewegung, besonders der gewerkschaftlich und parteimäßig organisierten Arbeiter abgab" (Weippert, Georg: Jenseits von Individualismus ..., a.a.O., S. 169).
 - 3) vgl. Gablentz, Otto Heinrich v.d.: a.a.O., S. 392.

Mittelstand unumgänglichen Klassenkampfes.¹⁾ Im Gefolge dieser Mittelstandsideologie und aus ihr heraus werden ganz bestimmte, mit dieser Ideologie in Sinnverwandtschaft stehende realpolitische Forderungen erhoben, die von Steuerbegünstigungen über Staats- und sonstige öffentliche Aufträge bis zu mehr oder weniger umfassenden Stützungsaktionen reichen²⁾ und denen allen ein stark vergangenheitsorientiertes, konservatives Moment zu eigen ist. Neben den geforderten Schutzmaßnahmen war die Mittelstandsbewegung als die wirtschafts- und sozialpolitische Interessenvertretung des Mittelstandes³⁾ aber auch zu Selbsthilfeanstrengungen bereit.

Tatsächlich war die wirtschafts- und sozialpolitische Zielsetzung der handwerklichen Mittelstandsbewegung, oder kurz Handwerkerbewegung genannt, stark vergangenheitsbezogen und strebte hauptsächlich nach Beseitigung der Gewerbefreiheit und deren Ersatz

1) vgl. Weippert, Georg: Jenseits von Individualismus ..., a.a.O., S. 167.

2) Weippert, Georg: Jenseits von Individualismus ..., a.a.O., S. 167 f.

3) Bei der Mittelstandsbewegung handelte es sich weniger um eine feste Interessengemeinschaft des Mittelstandes, als vielmehr um eine Kooperation der verschiedenen Mittelstandsgruppen auf Zeit mit deren fortbestehenden unterschiedlichen Interessenlagen, die nur oberflächlich überdeckt wurden und ihr trennendes Element beibehielten.

Zwischen der älteren Mittelstandsbewegung der Handwerker und der anderen großen Mittelstandsbewegung, der des Klein- und Mittelhandels, hatte z.B. mit Beginn der Gewerbefreiheitsära ein tiefer Interessengegensatz mit konträrer wirtschaftspolitischer Zielsetzung bestanden, was sich erst mit dem Auftreten großkapitalistischer Unternehmungsformen im Detailhandel, in Form von Magazinen, Basaren und Versandhandel, wandelte und zu einem wirtschaftspolitischen Bündnis beider Bewegungen führte (vgl. Biermer, M.: a.a.O., S. 815).

durch eine Gesetzgebung, die Gewähr für eine Rückkehr zu einer berufsständisch organisierten Korporativ-Wirtschaft bot. Diesem Programm diente das ganze Bündel von Forderungen, mit denen die Handwerkerbewegung während ihrer verschiedenen Phasen an den Staat herantrat, angefangen von der gewünschten Neuordnung der internen Handwerksverhältnisse durch obligatorische Innungen, Kammern, Befähigungsnachweis usw., bis hin zu den angestrebten außerhandwerklichen Wettbewerbsbeschränkungen und -verzerrungen durch Besteuerung der Fabriken, Beschränkung oder Verbot von Konsumvereinen, Hausierhandel, Warenhäusern, Warenauktionen, Staats-, Kommunal- und Militärwerkstätten, Gefängnisarbeit usw. Daneben bemühte sich die handwerkliche Mittelstandsbewegung aber auch um die Organisation solidarischer Selbsthilfe.

Zur handwerklichen Mittelstandsideologie wäre noch zu sagen, daß ihr die nämliche, für die Ideologie der Mittelschicht allgemein charakteristische doppelte Frontwendung, also nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen das Proletariat, zu eigen war, was sich einmal in ihren realpolitischen Forderungen niederschlug und zum anderen in dem erbitterten Kampf gegen den Marxschen Klassenkampfgedanken und die darin verankerte Vorhersage, die Mittelschicht werde proletarisiert.¹⁾

Zur Propagierung und Durchsetzung ihrer Forderungen hatte die Handwerkerbewegung bisher in erster Linie Massenveranstaltungen organisiert und Resolutionen und sonstige publizistische Arbeiten verfaßt, um Druck gegenüber staatlichen Stellen anzuwenden,

1) vgl. Weippert, Georg: Jenseits von Individualismus ..., a.a.O., S. 169.

hatte sich also nach heute allgemein gültigem Sprachgebrauch als "pressure group" betätigt. Im weiteren Verlauf der Bewegung gewannen dann die weniger spektakulären Beziehungen zu den Parteien¹⁾ zunehmend an Bedeutung. Das allgemein erwachende Interesse der Parteien an den Handwerkerbelangen dürfte dabei, neben den einsetzenden christlich-sozialen Reformbestrebungen der Sozialpolitiker, wesentlich von dem im Jahr 1867 eingeführten allgemeinen Stimmrecht mitverursacht worden sein, direkt durch die politische Aufwertung der Handwerkerschaft in den Städten, indirekt durch die damit verbundene gleichzeitige, gleichfalls in den Städten erfolgte Aufwertung der Arbeiterschaft, die es den bürgerlichen Parteien mittels der Handwerker zu überkompensieren, zumindest aber zu neutralisieren galt.²⁾ Umgekehrt erkannte auch die Handwerkerbewegung in steigendem Maße die Möglichkeiten, die sich durch die Kontaktaufnahme zu Parteien für die Verwirklichung ihrer Interessen bei der Gesetzgebung und sonstigen politischen Maßnahmen boten. Dabei stellten sich besonders effiziente Beziehungen zwischen der Handwerkerbewegung und den Parteien der

1) Bei der Wahrnehmung von Interessen seitens der Verbände gegenüber dem Staat unterscheidet Dolf Sternberger die Methode innerer Beeinflussung durch interne Beziehungen zwischen Verbänden und Parteien als Methode des "Verschränkens" von der direkten, äußeren Druckausübung, der Methode des "pressure", bei der sich nochmals die verbandstypische Methode des "lobbying" absetzen läßt (vgl. Wössner, Jacobus: Die ordnungspolitische Bedeutung des Verbandswesens (Die Verbands-Gesellschaft), Tübingen 1961, S. 74 ff.).

2) In diesem Zusammenhang verdient die Äußerung eines bekannten Exponenten der bürgerlichen Parteien, des extrem liberalen Ludwig Bamberger, Beachtung, der 1878 das zwei Jahre zuvor eingeführte allgemeine Stimmrecht als Ermunterungsprämie für die Ausbreitung sozialistischer Lehren bewertete (vgl. Waltershausen, A. Sartorius von: Deutsche Wirtschaftsgeschichte ..., a.a.O., S. 312).

Konservativen und des Zentrums ein, die sich im Reichstag unermüdlich für die Belange der Handwerkbewegung einsetzten. Nach der von Sternberger getroffenen Einteilung der verschiedenen Möglichkeiten der Verschränkung von Verbänden und Parteien,¹⁾ wie er die internen Beziehungen zwischen Verbänden und Parteien bezeichnet, handelte es sich, soweit festgestellt werden konnte, in der Regel darum, daß die Handwerkbewegung im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den Parteien der Konservativen und des Zentrums auf diese einwirkte, also um die vierte Art der Verschränkung. Gegenüber diesem Regelfall der Zusammenarbeit war die gelegentlich gleichfalls realisierte dritte Art der Verschränkung, nämlich die Gründung eigener Parteien, eine Ausnahmeerscheinung, der ein gewisses Odium von Erpressung der handwerkerfreundlichen Parteien anhing.²⁾

-
- 1) Sternberger unterscheidet folgende Arten der Verschränkung:

"1. Verbände beherrschen Parteien, 2. Verbände werden von Parteien beherrscht (Methode der totalitären Staaten als "Gleichschaltung"), 3. Verbände werden selber zu Parteien, 4. Verbände, die innerhalb der Parteien wirken und 5. Verbände, in welchen Parteien wirken ..." (Wössner, Jacobus: Die ordnungspolitische Bedeutung ..., a.a.O., S. 77 f.).

- 2) Die Gründung eigener Parteien war auch innerhalb der Handwerkerschaft heftig umstritten und konnte angesichts der sich immer wieder zeigenden geringen Resonanz und offensichtlichen Erfolglosigkeit dieser Handwerkerparteien eigentlich nur den taktischen Zweck verfolgen, den handwerkerfreundlichen Parteien gewisse Einbußen an Wählern zu verursachen und sie zu erneuter und verstärkter Vertretung der Handwerkerinteressen zu zwingen. Im einzelnen war es bis zur Jahrhundertwende zu folgenden Parteigründungen und ernsteren Gründungsprojekten gekommen:

1861 hatte sich in Preußen anläßlich der Landtagswahl eine Handwerkerpartei gebildet, die bald wieder einging (vgl. Röttges, Fritz: a.a.O., S. 9).

1879 hatte sich auf dem in Bremen veranstalteten Verbandstag des Vereins selbständiger Handwerker und Fabrikanten eine deutsche Handwerker- und Gewerbeapartei gebildet, die sich nicht durchsetzen konnte (vgl. Adler, Georg: a.a.O., S. 76).

Die bisherige, nur in groben Umrissen erfolgte Erläuterung der Beziehungen zwischen Handwerkbewegung und Parteien bedarf einer differenzierteren, den tatsächlichen Verhältnissen angemessenen Ergänzung. Dabei wird vereinfachend - es würde den Rahmen der Arbeit sprengen, möglichen Unterschieden zwischen offiziellem und tatsächlichem Verhalten nachzugehen - die Rolle des Handwerks in den offiziellen Verlautbarungen und Parteiprogrammen, soweit es berücksichtigt wurde, zum Kriterium eben dieser Beziehungen erhoben. Außerdem blieb aus Gründen der Übersichtlichkeit die durch vorliegenden Gliederungspunkt gegebene zeitliche Begrenzung unberücksichtigt und die nachfolgende Darstellung der Parteiprogramme setzt nicht erst mit der Reichsgründung, oder zu Beginn der 1880er Jahre, sondern bereits zu Beginn der Handwerkbewegung 1848 ein und führt bis zum Erlaß des Handwerkergesetzes 1897.

1881 drohte der Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten mit "der Gründung einer selbständigen politischen Handwerkerpartei" (Biermer, M.: a.a.O., S. 819).

1892 wurde auf dem vom Allgemeinen deutschen Handwerkerbund und dem Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände gemeinsam nach Berlin einberufenen Deutschen Innungs- und Allgemeinen Handwerkertag die Gründung einer selbständigen Mittelstandspartei erörtert, aber dann aufgegeben (vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 1108).

1893 wurde die Gründung einer selbständigen Mittelstandspartei zur besseren Interessenvertretung des Handwerks in Reichs- und Landtagen von zwei Versammlungen Berliner Handwerker gutgeheißen; der Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände sollte sich für diese Forderung einsetzen, hielt sich aber zurück (vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 1109).

1895 hatte sich in Halle, entgegen der ablehnenden Einstellung des im gleichen Jahr in Halle abgehaltenen Handwerkertages des Allgemeinen deutschen Handwerkerbundes, unter Führung von Handwerkern eine Mittelstandspartei konstituiert, die es sich zur Aufgabe machte, Handwerk und Handel einander näherzubringen und ansonsten das übliche Mittelstandsprogramm verfolgte (vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 1109).

Im Zeitraum von 1848 - die Frankfurter Nationalversammlung gilt als Beginn des deutschen Parteiwesens - bis zur Reichsgründung 1871 ließen sich in den Parteiprogrammen nur wenige, allgemein gehaltene Aussagen über das Handwerk und eine ständische Ordnung feststellen. Während die liberalen Parteien verschiedener Richtung sich überwiegend verfassungspolitisch und weltanschaulich engagierten und zunächst aus der Untersuchung herausfielen, wandten sich die konservativen Parteien und die Zentrumspartei bereits gegen die Gefährdung des traditionellen Berufsstandes des Handwerks durch das kapitalistische System und sprachen zum Teil wirtschaftliche und soziale Einzelfragen an.

Eine programmatische Kundgebung der preußisch-konservativen Politik im Jahr 1856 formulierte: "Ihre Aufgabe (der konservativen Politik) ist es, dahin zu wirken, daß nicht fernerhin, wie dies bei zügelloser Gewerbefreiheit geschehen, die Produktion unter Gefährdung der Produzenten zu krankhafter Höhe gesteigert werde, daß vielmehr, ..., der tüchtige Handwerker, Gewerbsmann und Fabrikant Garantien für die Sicherheit seiner Existenz und seines Gewerbes erlange, ..., daß der Nachweis der Befähigung verlangt ... werde."¹⁾

Im Programm des preußischen Volksvereins hieß es 1861: "Schutz und Wertschätzung der ehrlichen Arbeit, jedes Besitzes Rechtes und Standes, ..., kein Preisgeben des Handwerks ...".²⁾

Im Programm der preußisch-konservativen Partei im erweiterten Preußen hieß es 1867: "Wir wünschen vor allem, daß der alte

1) Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte der deutschen Parteiprogramme, in, Das Deutsche Handwerksblatt, 22. Jg. 1928, H.8, S. 141.

2) Ebenda.

Ruhm deutscher Handwerkstüchtigkeit durch Aufrechterhaltung der Meisterprüfung gewahrt bleiben möge, und werden die in Aussicht gestellte Gewerbeordnung in diesem Sinne unterstützen."¹⁾

Die preußische Zentrumsparlei bekannte sich 1861 auf einer Kundgebung zur "... korporative(n) Selbständigkeit des Handwerkerstandes Aus diesem Grunde hat sie sich bisher nicht für die unbeschränkte Gewerbebefreiheit erklärt: sie will, daß der Handwerkerstand selber sich darüber ausspreche, was er für heilsam hält, ...".²⁾

Die deutsche Zentrumsparlei forderte nach ihrer Gründung in ihrem Soester Programm 1870: "Ausgleichung der Interessen von Kapital und Grundbesitz einerseits und der Arbeit andererseits, durch Erhaltung und Förderung eines kräftigen Mittelstandes in einem selbständigen Bürger- und Bauernstande."³⁾

Angeichts der Tatsache, daß die Durchsetzung des neuen kapitalistischen Wirtschaftssystems und seiner vielfältigen gesamtgesellschaftlichen und -wirtschaftlichen Zusammenhänge und Konsequenzen noch nicht erkannt wurde, kann die für den untersuchten Zeitraum bei den Parteien festgestellte, nur geringe, allgemeine und punktuelle Beachtung sozialer und wirtschaftlicher Belange und der Handwerkerfrage nicht überraschen. Lediglich die noch nicht parteimäßig organisierte Gruppe der Kommunisten besaß in ihrem Kommunistischen Manifest von 1847 ein fertiges soziales und wirtschaftliches Konzept, in dem aber, wie bekannt,

1) Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte ..., a.a.O., S. 141.

2) Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte ..., a.a.O., S. 142.

3) Ebenda.

das Handwerk keinen Platz mehr hatte. "Die Zunftmeister wurden verdrängt durch den industriellen Mittelstand; die Teilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Korporationen verschwand vor der Teilung der Arbeit in der einzelnen Werkstatt selbst. - Die moderne Industrie hat die kleine Werkstube des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten verwandelt. Die bisherigen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern, alle diese Klassen fallen ins Proletariat hinab, teils dadurch, daß ihr kleines Kapital für den Betrieb der großen Industrie nicht ausreicht und der Konkurrenz mit den größeren Kapitalien unterliegt, teils dadurch, daß ihre Geschicklichkeit von neuen Produktionsweisen entwertet wird."¹⁾

Die auf die politische Einigung folgenden Jahrzehnte standen für die Wirtschaft des neuen Reichsgebietes im Zeichen intensiver binnen- und außenwirtschaftlicher Expansion und mußten zu einer wesentlichen Verschärfung der anstehenden innerwirtschaftlichen und sozialen Probleme führen. Dabei galt es für die Wirtschaftspolitik, zuerst die Frage zu klären, in welcher Weise der binnenwirtschaftliche Ausbau - liberal oder interventionistisch - und die Einordnung der neuen Nationalwirtschaft in die Weltwirtschaft - mittels Freihandel oder Schutzzoll - erfolgen sollte; die soziale Frage blieb zunächst weiterhin im Hintergrund. Innenpolitisch waren die 1870er Jahre durch die Vorherrschaft des Nationalliberalismus, die 1880er Jahre durch die Erneuerung des Konservativismus, die Gründung

1) Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte ..., a.a.O., S. 141.

der Sozialdemokratischen Partei¹⁾ und die Sozialistengesetze (1878-1890) gekennzeichnet. In diesem Zeitraum blieb angesichts der parteilichen Konstellation und obiger wirtschaftspolitischer Prioritäten die Resonanz der offiziellen Verlautbarungen und Programme der Parteien auf die Forderungen der Handwerker gering. Im einzelnen ließen sich folgende Bekenntnisse zum Handwerk und Kleingewerbe feststellen:

Aufruf der freikonservativen Partei, 1882: "Die lebhafteste Bewegung, welche unter den Gewerbetreibenden zugunsten einer Neubelebung des Innungswesens und der Bildung korporativer gewerblicher Verbände sich geltend macht, legt uns die Aufgabe nahe, zu weiteren Revisionen der bestehenden Gewerbeordnung, soweit solche mit dem Grundsatz der Gewerbefreiheit irgend vereinbar erscheinen, die Hand zu bieten."²⁾

Wahlauftrag der Zentrumsparlei, 1884: "Die Hebung des allgemeinen Wohlstandes in Landwirtschaft und Gewerbe, ..., die Befriedigung der berechtigten Ansprüche des Arbeiterstandes, wie des Handwerks, welche auf Anregung und unter der ausschlaggebenden Mitwirkung der Zentrumsfraktion begonnen, werden wir mit allem Fleiß und aller Macht weiter fördern, dabei aber den Staatssozialismus nicht minder nachdrücklich und ausdauernd ... bekämpfen."³⁾

1) 1875 schlossen sich auf dem Gothaer Einigungskongreß der von Ferdinand Lassalle 1863 gegründete Allgemeine deutsche Arbeiterverein und die 1869 durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründete marxistische, internationale, antipreußische Sozialdemokratische Arbeiterpartei - in ihr war unter Bebels Einfluß der 1863 vom Liberalismus als Gegenverband gegen Lassalles Arbeiterverein konzipierte Verband deutscher Arbeitervereine aufgegangen - zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammen (vgl. Waltershausen, A. Sartorius von: Deutsche Wirtschaftsgeschichte ..., a.a.O., S. 192 ff.).

2) Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte ..., a.a.O., S. 142.

3) Ebenda.

Programm und Wahlauf Ruf der Partei der Antisemiten, 1887: "Handwerk: Beschränkung der Gewerbefreiheit; Einführung des gesetzlichen Befähigungsnachweises; Verkürzung der Verjährungsfrist; Errichtung von Handwerkskammern mit ehrengerichtlicher Befugnis; Aufhebung der Zuchthausarbeit für Private."¹⁾

Während das Handwerk bisher offiziell nur von den Parteien der Konservativen, des Zentrums und der Antisemiten berücksichtigt worden war, wandte sich seit den 1890er Jahren das Interesse aller Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die sich als Erbe des Kommunistischen Manifestes verstand, dem Handwerk zu. Alle bürgerlichen Parteien sprachen sich für gesetzlichen Schutz oder sonstige gezielte Förderungsmaßnahmen für das Handwerk und Kleingewerbe oder den gesamten Mittelstand aus, wenngleich die anschließend zitierten offiziellen Stellungnahmen zum Teil erhebliche Unterschiede in der Beurteilung der Problematik und der zu ihrer Lösung für notwendig erachteten Mittel erkennen ließen.

Revidiertes Programm der Deutschen Konservativen Partei (Tivoli-Programm), 1892: "Für das Handwerk erscheint vornehmlich die Einführung des Befähigungsnachweises, die Stärkung der Innungen und Innungsverbände, die Begründung und Förderung genossenschaftlicher Vereinigungen geboten."²⁾ Ergänzung zum Tivoli-Programm, 1896: "Der Delegiertentag gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Gesetzgebung zum Schutze von Handwerk und Kleingewerbe in den letzten Jahren versucht hat, fortzuschreiten. Bei der großen Bedeutung, die der Handwerkerstand

1) Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte ..., a.a.O., S. 142.

2) Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte ..., a.a.O., S. 143.

auch heute noch als Kern des gewerblichen Mittelstandes hat, wird die Konservative Partei für seine Erhaltung, wie für den Schutz der nationalen Arbeit überhaupt auch in Zukunft eintreten."¹⁾

Mitteilungen der Nationalliberalen Partei, 1893: "Schwer zu kämpfen hat auch der kleinere und mittlere Gewerbestand. - Ein Mittel zur Kräftigung dieser unentbehrlichen Volksschicht ist in der Errichtung von Handwerker- und Gewerbekammern zu erblicken, welche den Beteiligten Gelegenheit geben, im geordneten Zusammenwirken mit den staatlichen Organen ihre Wünsche zur Geltung zu bringen."²⁾

Berliner Erklärung der Nationalliberalen Partei, 1896: "Die Nationalliberale Partei ist ... energisch für die Gesetzgebung im Interesse des Gewerblichen Mittelstandes eingetreten, namentlich soweit es geboten war, den unlauteren Wettbewerb, wie die Auswüchse des Hausierhandels zu bekämpfen, und den Gewerbebetrieb der Konsumvereine einzuschränken. - Sie steht auf dem Boden der Gewerbefreiheit und bekämpft die allgemeine Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises, weil er den Handwerker auf ein eng begrenztes Erwerbsfeld beschränkt und dadurch seine Widerstandskraft gegen die Großindustrie lähmt."³⁾

Programm der Freisinnigen Volkspartei, 1894: "Handwerk und Gewerbe: Aufrechterhaltung der Gewerbefreiheit, Förderung der gewerblichen Fortbildungs- und Fachschulen sowie der Lehrwerkstätten, Fortentwicklung des Genossenschaftswesens, aber keine staatliche Bevorzugung von Beamten- und Offiziersvereinen, Innungsfreiheit ohne

1) Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte ..., a.a.O., S. 143.

2) Ebenda.

3) Ebenda.

Innungsprivilegien, Pflege der Handwerker-, Gewerbe- und Gewerkevereine, Bekämpfung der Borgwirtschaft, zweckmäßige Gestaltung des öffentlichen Submissionswesens, Einschränkung der Militärwerkstätten, Beseitigung der durch die Gefängnisarbeit dem freien Gewerbe entstehenden Schäden, ...".¹⁾

Programm der Deutschen Volkspartei, 1895: "Erhaltung und Kräftigung des bürgerlichen und gewerblichen Mittelstandes, Steigerung der Produktivität des Bodens und der Leistungsfähigkeit der mittleren und kleineren Betriebe, planmäßige Nutzbarmachung der technischen Fortschritte und Hilfsmittel für dieselben, Schaffung selbständiger Organe für die Landwirtschaft und das Handwerk zu unabhängiger Beratung der Regierung und sachkundiger Ratserteilung an die Berufsgenossen, ...".²⁾

Wahlaufruf der Zentrumsparlei, 1890: "Die Bemühungen, den so wichtigen Handwerkerstand zu heben, seinen berechtigten Klagen Abhilfe zu schaffen, werden wir in bisheriger Weise eifrigst fortsetzen."³⁾ Wahlaufruf der Zentrumsparlei, 1893: "Bei der Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung, bei der Neuregelung des Innungswesens und den Bemühungen um Einführung des gewerblichen Befähigungsnachweises, bei der Zurückdrängung des unlauteren Wettbewerbs in Handel und Gewerbe, ... haben wir den Vortritt genommen oder eine ausschlaggebende Mitwirkung geübt."⁴⁾ Wahlaufruf der Zentrumsparlei, 1898: "Für den Handwerkerstand ist es gelungen, einen Boden der obligatorischen

1) Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte ..., a.a.O., S. 143.

2) Ebenda.

3) Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte ..., a.a.O., S. 142.

4) Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte ..., a.a.O., S. 143.

Organisation zu gewinnen, welcher bei ausdauernder Benutzung durch die Handwerker selbst einen festeren Zusammenschluß ihres Standes, eine Hebung des Handwerks, der Meister und Gesellen, sowie eine bessere Ausbildung der Lehrlinge verspricht."1)

Die Gegenposition zu den bürgerlichen Parteien hatten, wie bereits erwähnt, die Sozialdemokraten bezogen, die hinsichtlich der Handwerkerfrage wie folgt argumentierten:

Erfurter Programm der Sozialdemokratie, 1891: "Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. - Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter - Kapitalisten, Großgrundbesitzer - in den Besitz des Produkts der Arbeit zu setzen."2)

Grundsätze des "Vereins unabhängiger Sozialisten", 1891: "Die Beseitigung des Kleinbürger- und Kleinbauerntums halten wir für eine der Vorbedingungen des Sozialismus. Die wirtschaftliche Entwicklung räumt bereits damit auf, und wir werden den Untergang dieser Elemente nur zu beschleunigen suchen."3)

1) Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte ..., a.a.O., S. 143.

2) Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte ..., a.a.O., S. 144.

3) Ebenda.

Die vorliegenden Parteiprogramme, Wahlaufrufe und sonstigen offiziellen Parteierklärungen reflektieren deutlich das mit wachsenden sozialen Problemen zunehmende Interesse der politischen Öffentlichkeit an der Handwerkerfrage, wodurch die Handwerkbewegung entscheidende Impulse erhielt und ihrem wirtschafts- und sozialpolitischen Programm neue Chancen erwuchsen. Nachzutragen wäre, daß hinsichtlich der nach 1869 verstärkt in Auflösung begriffenen handwerklichen Berufsgemeinschaft hauptsächlich zwei Aspekte der Handwerkerfrage zu erneuter Aktualität verholfen hatten: einmal der durch Weltausstellungen offenkundig gewordene Rückstand deutscher Industrieprodukte im internationalen Vergleich - das von den Konkurrenzländern durchgesetzte "Made in Germany" war ja ursprünglich kein Qualitätsprädikat, sondern im Gegenteil das Kennzeichen mangelhafter Güte - als Folge des zerstörten handwerklichen Ausbildungswesens¹⁾ und zum anderen der steigende Einfluß der Sozialdemokratie infolge der prekären wirtschaftlichen Lage der Handwerkerschaft. Besonders der letztere, politische Aspekt hatte dazu geführt, daß sich die politische Öffentlichkeit zunehmend die vom Handwerk vertretene Mittelstandsideologie zu eigen machte. "Dem organisierten Klassenkampf sollte umstrittenes und gefährdetes Terrain entzogen werden, das besitzende Bürgertum bedurfte in seinen unteren Schichten der Festigung, der kleine Mittelstand schien berufen und war auch willens, eine ausgleichende gesellschaftliche Funktion zwischen den Klassen zu übernehmen."²⁾ In dieser Verquickung der Handwerkerfrage mit mittelständischen Argumenten zeigte sich deutlich die gewandelte Einstellung von Regierung und Öffentlichkeit zum Handwerkerproblem, die letztlich den Anstoß zum gewerblichen Protektionismus der Bismarck Ära gab, der dann 1897 in die Handwerkerschutzpolitik einmündete.

1) vgl. Wernet, Wilhelm: Kurzgefaßte Geschichte ..., a.a.O., S. 168 f.

2) Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 41.

2. Der radikal zünftlerische Allgemeine deutsche Handwerkerbund (1883)

Die mit der Gewerbenovelle von 1878 begonnene und über die Novellen von 1881, 1884 und 1887 fortgeführte innungsfreundliche Handwerkerpolitik des Staates hatte wohl quantitativ zu einer Stärkung des Innungswesens geführt, weniger aber qualitativ - die gewerbliche Ausbildung der Lehrlinge, das Herbergswesen und den Arbeitsnachweis hatten die Innungen nur bescheiden gefördert - und was am bedeutsamsten war, der innungsfreundlichen Gesetzgebung war es nicht gelungen, die materielle Notlage der Handwerker zu bessern.¹⁾ Innerhalb der Handwerkerschaft wuchs die Unruhe, begleitet von zunehmender Radikalisierung, was sich auch aus dem bereits erwähnten, schnell nachlassenden Interesse am gemäßigten Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten ablesen ließ. Auf einer am 31. Mai 1882 in Magdeburg stattgefundenen Massenveranstaltung - 323 Abgeordnete repräsentierten etwa 100 000 Handwerker -²⁾ setzte sich, entsprechend dem Stimmungswandel der Handwerker, eine deutlich zünftlerische Richtung gegenüber den gemäßigten, nur für eine konsequente Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten plädierenden Handwerkern durch. Im einzelnen wurden auf diesem allgemeinen deutschen Handwerkerkongress in Magdeburg die Einführung von Zwangsinnungen, Befähigungsnachweis, Legitimationspflicht für Gehilfen und Handwerkerkammern und Änderungen der Bestimmungen über Gefängnisarbeit, Militärwerkstätten, Submissionswesen und Hausierhandel gefordert; außerdem faßte die Magdeburger Versammlung den Beschluß zur Gründung eines Allgemeinen deutschen Handwerkerbundes mit Sitz in Berlin.³⁾

1) vgl. Adler, Georg: a.a.O., S. 77.

2) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 378.

3) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 378 f.

Im März 1883 kam es zur Gründung des Allgemeinen deutschen Handwerkerbundes, der sich für die Verwirklichung der Magdeburger Grundsätze einsetzte und für kurze Zeit die einzige bedeutende Interessenvertretung des Handwerks auf Reichsebene war, da sich der Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten in der neuen Organisation aufgelöst hatte. Bereits im Mai gleichen Jahres berief der Bundesvorstand einen allgemeinen Handwerkertag nach Hannover ein, die erste einer Reihe bis 1889 jährlich wiederholter Massenveranstaltungen,¹⁾ mit denen der Bund seine Vorstellungen wirkungsvoll bei staatlichen Stellen, Parlament und Öffentlichkeit darzustellen vermochte und die Unruhe innerhalb der Handwerkerschaft wachhielt. Mit der im Jahr 1884 gegründeten zweiten mitgliedsstarken Interessenorganisation der innungsbejahenden Handwerker auf Reichsebene, dem gleichfalls, wenn auch kompromißbereiter, für obligatorische Innungen und Befähigungsnachweis eintretenden Zentralaussschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands, konnte sich der deutsche Handwerkerbund über Zielsetzung und Vorgehen bei deren Durchsetzung verständigen und somit die Voraussetzung für die späteren gemeinsamen Aktionen bei den Auseinandersetzungen um eine neue Gewerbeordnung schaffen.

1) Der Bund hatte insgesamt acht allgemeine deutsche Handwerkertage veranstaltet, und zwar:

1. vom 20.-23.5.1883 in Hannover;
2. vom 20.-23.7.1884 in Frankfurt a.M.;
3. vom 16.-18.8.1885 in Köln;
4. vom 5.- 8.9.1886 in Kösen;
5. vom 13.-17.8.1887 in Dortmund;
6. vom 13.-15.8.1888 in München;
7. vom 5.- 6.8.1889 in Hamburg (vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 379);
8. vom 21.-24.4.1895 in Halle (vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 1108).

Außerdem hatte der Handwerkerbund gemeinsam mit dem Zentralaussschuß 1892 und 1894 deutsche Innungs- und allgemeine Handwerkertage nach Berlin einberufen (vgl. Biermer, M.: a.a.O., S. 820).

Neben dem zentralen Allgemeinen deutschen Handwerkerbund hatten sich noch mehrere regionale Handwerkerbünde gebildet, über deren "Wirksamkeit" "sich nur undeutliche Spuren und fast keine konkreten Daten erhalten"¹⁾ haben. Wahrscheinlich stimmten diese territorialen Bünde und der Allgemeine deutsche Handwerkerbund in ihrer ideologischen Position und Programmatik weitgehend überein oder waren sogar regionale Unterorganisationen des zentralen deutschen Bundes. Für den Bayrischen Handwerkerbund ließ sich eine derartige, enge organisatorische Verknüpfung mit dem Allgemeinen deutschen Handwerkerbund feststellen. So war in § 1 der Statuten des bayrischen Bundes festgelegt: "Derselbe (Bayrische Handwerkerbund) bildet einen integrierenden Bestandteil des Allgemeinen deutschen Handwerkerbundes, erstreckt sich auf ganz Bayern und hat seinen Sitz in München."²⁾ Die anschließende Übersicht über regionale Handwerkerbünde erschöpft sich auf Grund fehlender Unterlagen - bereits 1892 konstatierte Stieda die Schwierigkeit, beziehungsweise Unmöglichkeit bei der Beschaffung dokumentarischen Materials über die regionalen Bünde -³⁾ in einer sicher unvollständigen, kommentarlosen Aufzählung der namentlich feststellbaren Organisationen:

Provinzialverein westfälischer Handwerksmeister, gegründet 1881,⁴⁾ vielleicht umbenannt in:

Westfälisch-Lippischer Handwerkerbund, gegründet 1881 in Dortmund;⁵⁾

1) Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 89.

2) Allgemeiner Gewerbeverein München: Fünfzig Jahre Münchner Gewerbe-Geschichte ..., a.a.O., S. 151.

3) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 380.

4) vgl. ebenda.

5) vgl. Bock, Wilhelm: Stand und Bedeutung der Handwerkerbündebewegung, Stuttgart 1932, S. 5.

Ostdeutscher Handwerkerbund, hervorgegangen aus den schlesischen Handwerkertagen von 1881 und 1882;¹⁾

Westdeutscher Bund selbständiger Handwerker, gegründet 1882 in Köln;²⁾

Bayrischer Handwerkerbund, gegründet 1883 in München;³⁾

Rheinischer Handwerkerbund, gegründet 1884 in Köln;⁴⁾

Nordwestdeutscher Handwerkerbund, gegründet 1895 in Hannover.⁵⁾

3. Der gemäßigt zünftlerische Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands in Berlin (1884) und die hanseatischen Gewerbekammern

Die am 15. Dezember 1884, also fast parallel zum Allgemeinen deutschen Handwerkerbund erfolgte Gründung des Zentralausschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands in Berlin und seine Zielsetzungen und Aktivitäten wurden bereits im ersten Abschnitt über die korporativen Handwerkerverbände und Fachverbände kurz berücksichtigt,⁶⁾ so daß es an dieser Stelle genügt, in Erinnerung zu rufen, daß der Zentralausschuß die gemäßigten innungsbejahenden Handwerker vertrat. Der Zentralausschuß verfocht zwar gleichfalls die Einführung obligatorischer Innungen und des Befähigungsnachweises, zeigte jedoch bei diesen Hauptprogrammpunkten, im Gegen-

1) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 380.

2) vgl. ebenda.

3) vgl. Allgemeiner Gewerbeverein: Fünfzig Jahre Münchner Gewerbe-Geschichte ..., a.a.O., S. 147 ff.

4) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 89.

5) vgl. Bock, Wilhelm: a.a.O., S. 5.

6) vgl. Erster Abschnitt, B. II. 1. Entstehung und Funktionen von Innungsausschüssen, Innungsverbänden und des Zentralausschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands in Berlin, s.S. 73 ff.

satz zum Allgemeinen deutschen Handwerkerbund, eine flexiblere Haltung und begnügte sich zunächst mit der Forderung nach fakultativen, jedoch stärker privilegierten, obligatorischen Innungen¹⁾ und wollte den als problematisch eingeschätzten Befähigungsnachweis erst nach einer völligen Neuorganisation verwirklicht sehen.²⁾ Ungeachtet der soeben angesprochenen unterschiedlichen Auffassungen hatten sich beide Oberverbände verständigt und sich in der Endphase der Auseinandersetzungen um eine Neuordnung der Gewerbeordnung in den 1890er Jahren teilweise eng aufeinander abgestimmt. Durch die Bemühungen, seine Ziele mittels Einflußnahme auf die Faktoren der Gesetzgebung zu verwirklichen, schloß sich zwar der Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände der gesellschafts- und gewerbepolitischen Handwerkerbewegung an und ging über seine Funktionen als Oberverband gewerbegesetzlich geförderter Innungsverbände hinaus, sein Spielraum als standespolitische "pressure group" blieb aber auf Grund seiner besonders gearteten rechtlichen Basis - im Gegensatz zum Handwerkerbund stand der Zentralausschuß nicht auf dem Boden des Vereins-, sondern des Gewerbegesetzes -³⁾ verhältnismäßig eingeengt. Das gleiche galt übrigens auch für die hanseatischen Gewerbekammern, die mit dem Zentralausschuß in der Beurteilung der gewerbepolitischen Notwendigkeiten übereinstimmten und mit ihm den gemäßigten Flügel der für Zwangsinnungen und Befähigungsnachweis eintretenden Handwerker bildeten.

1) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 379.

2) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 379 f.

3) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 379.

Den im anschließenden Abschnitt wiedergegebenen gewerbepolitischen Aktivitäten der hanseatischen Gewerbekammern an der Seite des Zentralausschusses oder zumindest in engem Kontakt mit diesem, sei an dieser Stelle eine kurze Zusammenfassung ihrer Besonderheiten vorangestellt.

Die älteste der hanseatischen Gewerbekammern war die bereits 1849 gegründete Gewerbekammer von Bremen, während die Gewerbekammer von Lübeck im Jahr 1867 und die von Hamburg 1872 errichtet worden waren.¹⁾ Auf die Vielzahl technischer Unterschiede in ihrem organisatorischen Aufbau, wie Modalitäten der Wahl, der Haushaltsmittel usw., einzugehen, erübrigt sich, gemeinsam war den hanseatischen Gewerbekammern, daß es sich um von den Handelskammern vollständig getrennte Organisationen mit eigenen Präsidien und Sekretariaten²⁾ handelte, mit dem auch für das spätere Kammerwesen typischen Doppelcharakter, einmal als Interessenvertretungen des Gewerbes, und zwar nicht nur der Kleingewerbetreibenden, sondern auch der Großindustriellen und Fabrikanten,³⁾ und zum anderen als Organisationen zur Durchführung behördlicher Aufgaben.⁴⁾

1) vgl. Hampke, Thilo: Gewerbekammern, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 501 f.

2) vgl. Hampke, Thilo: Gewerbekammern, a.a.O., S. 502.

3) vgl. ebenda.

4) vgl. Hampke, Thilo: Gewerbekammern, a.a.O., S. 504.

III. Die entscheidenden Auseinandersetzungen mit der liberalen organisierten Handwerkerschaft um eine grundlegende Neuordnung der Gewerbeordnung¹⁾

1. Das Eingreifen der verschiedenen Handwerkerverbände in die letzte Phase gewerbepolitischer Auseinandersetzungen

Das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts war durch scharfe Agitation für Zwangsinnung und Befähigungsnachweis auf der einen und liberale, Überwiegend auf Selbsthilfe aufbauende Vorstellungen auf der anderen Seite gekennzeichnet. Damit sind die beiden sich gegenüberstehenden Verbandsgruppierungen in groben Zügen an Hand ihrer Zielsetzungen voneinander abgegrenzt; im folgenden werden sie auch als gewerbefreiheitsfeindliche oder innungsfreundliche, beziehungsweise liberale organisierte Handwerkerschaft oder Handwerkerverbände angesprochen. Bei der für Zwangsinnung und Befähigungsnachweis eintretenden organisierten Handwerkerschaft handelte es sich aber nicht, wie auch aus den vorangegangenen Ausführungen²⁾ ersichtlich, um eine Verbände-
gruppe mit homogener Zielsetzung, sondern innerhalb dieser Verbands-
gruppierung ließen sich zwei Strömungen feststellen, deren oberste Repräsentanten, der Allgemeine deutsche Handwerkerbund, der Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände und die hanseatischen Gewerbekammern, die gemeinsamen Zielvorstellungen - Zwangsinnung und Befähigungsnachweis - durchaus unterschiedlich bewerteten. Während der Handwerkerbund unbedingt für Befähigungsnachweis und Zwangsinnung eintrat, versuchten der Zentralausschuß und die ihm nahestehenden hanseatischen Gewerbekammern die Möglichkeiten der Innungsgesetze zum Ausbau des Korporationswesens zu nutzen und begnügten sich mit

1) Im Interesse einer übersichtlichen Darstellung wurde an dieser Stelle das vorliegende Gliederungsprinzip aufgegeben und die gewerbepolitisch entscheidenden Aktionen aller politisch aktiven Handwerkerverbände zusammengefaßt.

2) s.S. 207 ff. u. 210 ff.

privilegierten, fakultativen Innungen und sahen im Befähigungsnachweis nur ein Fernziel.¹⁾ Die liberale Gegenposition wurde hingegen ausschließlich vom Oberverband der Gewerbevereinsbewegung, dem Verband deutscher Gewerbevereine, vertreten.

Wie bereits bekannt, blieb zunächst das Feld politischer Aktivität auf Reichsebene seitens der Handwerkerschaft ausschließlich den gewerbefreiheitsfeindlichen Handwerkerverbänden, hauptsächlich dem 1883 gegründeten Allgemeinen deutschen Handwerkerbund und dem 1884 gegründeten Zentralauschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands, Überlassen, denen es mit Unterstützung von Politikern des Zentrums und der Konservativen gelang, den Reichstag immer wieder mit der Handwerkerfrage zu konfrontieren, und zwar im Sinne einer notwendigen Einführung von Befähigungsnachweis und Zwangsinnung, während die "praktischen Forderungen, wie die nach einer Interessenvertretung, nach Zuwendung von Geldmitteln für Fach- und Fortbildungsschulen, für Wanderkurse und Handwerksausstellungen ganz in den Hintergrund"²⁾ traten. Im Jahr 1890 unterbreiteten Vertreter dieser beiden Handwerkerverbände dem Kaiser ihre Vorstellungen über die Lage des Handwerks, mit dem Erfolg, daß 1891 in Berlin eine Handwerkerkonferenz einberufen wurde, "die aus Vertretern des organisierten Handwerks (Allgemeiner deutscher Handwerkerbund und Zentralauschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands, Anm. d. Verf.) und aus Beauftragten des Reichsamtes des Innern und des Königlich preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe zusammengesetzt war."³⁾

1) vgl. Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892, S. 379 f.; derselbe: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 1109 f.; Biermer, M.: a.a.O., S. 820.

2) Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 47.

3) Ebenda.

Während die Handwerker obligatorische Innungen, Befähigungsnachweis und die Errichtung von Handwerkerkammern als Aufsichtsbehörden der Innungen forderten und gleichzeitig Gewerbekammern für Handwerk und Industrie ablehnten, erklärten die Regierungsvertreter die Forderung nach Einführung des Befähigungsnachweises für undurchführbar und sprachen sich für Handwerkskammern aus, die das gesamte Handwerk und nicht nur die Innungen erfassen sollten. Es kam also zu keiner Annäherung der Standpunkte, sondern nur zu einer Darlegung und Bekräftigung der unterschiedlichen Positionen. Als dann kein amtlicher Bericht über die Handwerkerkonferenz erschien, wurde die Regierung durch eine im gleichen Jahr von Zentrums-Abgeordneten eingebrachte parlamentarische Anfrage im Reichstag gezwungen, die organisatorischen Pläne zu erläutern. "Staatssekretär Dr. v. Bötticher beantwortete die Interpellation ausführlichst, die Einführung der obligatorischen Innungen und des Befähigungsnachweises sei nach der Meinung des preußischen Handelsministers und nach seiner Meinung "nahezu unmöglich".¹⁾ Er erklärte ferner, daß die Regierungen die Klagen über die Mißstände im Lehrlingswesen und das Fehlen einer wirksamen Interessenvertretung des Handwerks für berechtigt ansehen und zu ihrer Beseitigung eine Neuorganisation des gesamten Handwerk in Form von alle Handwerker umfassenden Handwerker- oder Gewerbekammern für geeignet halten. Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde gleichfalls von Handelsminister Freiherr von Berlepsch die Einführung des Befähigungsnachweises abgelehnt und die Arbeit an gesetzgeberischen Maßnahmen zur Regelung des Lehrlingswesens und zur Organisation des Handwerks bestätigt.²⁾

1) Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 50.

2) vgl. ebenda.

Zu diesem Zeitpunkt schaltete sich in die Diskussion der Handwerkerprobleme der 1891 gegründete Verband deutscher Gewerbevereine ein, der sich zunächst in einer am 9. Januar 1892 an den Reichskanzler gerichteten Eingabe gegen einseitige Handwerkskammern und für umfassendere Gewerbekammern aussprach, die vorläufig fakultativ gedacht wurden. Zur Gewerbekammer sollten alle Gewerbetreibenden mit einem jährlichen gewerbesteuerpflichtigen Ertrag von 1500 bis ausschließlich 30 000 Mark (nach dem preußischen Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891) wahlberechtigt sein, höher zu steuernden Gewerbetreibenden sollte ein Optionsrecht zwischen Handels- und Gewerbekammer eingeräumt werden. Bezüglich ihrer Aufgaben wurden die Gewerbekammern als staatlich anerkannte, rein konsultative Organe vorgeschlagen.¹⁾ Der Eingang dieser Eingabe wurde vom Reichskanzler bestätigt, verbunden mit der Bereitschaft, weitere Vorschläge entgegenzunehmen. In einer neuen, am 14. November 1892 an den Reichskanzler adressierten Eingabe berichtigte der Verband deutscher Gewerbevereine teilweise seine ursprüngliche Position und trat nun für obligatorische Gewerbekammern²⁾ ein, die durch eine Ausweitung ihres Aufgabenkreises zu gewerblichen Selbstverwaltungsorganen aufgewertet werden sollten. "Sie sollten nicht mehr, wie früher, allein als staatlich anerkannte Auskunftsstellen für die verbündeten Regierungen dienen, sondern auch diejenigen Aufgaben übernehmen, welche die deutsche

1) vgl. Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 194 f.

2) Der Verband begründete seine jetzige Befürwortung der obligatorischen Kammern u.a. mit den positiven Erfahrungen bei den obligatorischen Handels- und Gewerbekammern in Bayern und Sachsen und den weniger günstigen Erfahrungen bei den preußischen fakultativen Handelskammern (vgl. Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 196).

Gewerbeordnung im allgemeinen und besonderen zur Förderung des Gewerbes vorhält.¹⁾ Die Frage der zweckmäßigsten Abgrenzung der Mitgliedschaft zur Gewerbekammer blieb offen, da die zunächst vorgeschlagene Orientierung am preußischen Gewerbesteuergesetz bei einer Regelung auf Reichsebene hinfällig wäre.

Zum gleichen Themenkreis, also zu den Ausführungen des Regierungsvertreters auf der Handwerkerkonferenz von 1891, äußerten sich der Handwerkerbund und der Zentralausschuß auf ihrem vom 14. bis 17. Februar 1892 gemeinsam in Berlin veranstalteten Deutschen Innungs- und allgemeinen Handwerkertag²⁾ negativ. Die vom Gesetzgeber in Aussicht gestellten Vorschläge wurden abgelehnt und an ihrer Stelle obligatorische, mit obrigkeitlichen Befugnissen ausgestattete Handwerkskammern erwartet, zu deren Verwaltung vor allem die Innungen heranzuziehen wären.³⁾ Weitere detaillierte Forderungen zur Handwerkerfrage wurden in einer umfangreichen Resolution festgehalten, die für die weitere Gewerbepolitik eine gewisse Bedeutung erlangte, da "manche ihrer Forderungen, namentlich die, welche das Lehrlingswesen betreffen, in dem neuen HandwerkerGesetz (1897, Anm. d. Verf.) Berücksichtigung gefunden haben."⁴⁾

Darüberhinaus wurde der Mehrzahl der organisierten Handwerker-

1) Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 197.

2) vgl. Biermer, M.: a.a.O., S. 820.

3) vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 51 f.

4) Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 52.

schaft¹⁾ auf einer vom Reichsamt des Inneren für den 25. und 26. November 1892 nach Berlin einberufenen Handwerkerkonferenz die Gelegenheit gegeben, die vom Reichsamt des Inneren und dem preußischen Handelsministerium geleisteten gesetzgeberischen Vorarbeiten zur Änderung der Gewerbeordnung kennenzulernen und den Regierungen eigene Vorschläge vorzutragen.²⁾ Nachdem kein amtlicher Bericht über die Handwerkerkonferenz erschien, richtete das Zentrum wiederum eine Interpellation an die Regierung, worauf Staatssekretär von Bötticher die Zusage gab, die Handwerkervorschläge der Handwerkerkonferenz würden im Gesetzentwurf berücksichtigt und das Ziel sei, "das ganze Handwerk in territorial abgegrenzte Handwerkskammern oder Gewerbekammern mit obligatorischen und fakultativen Befugnissen zusammenzufassen."³⁾

Außer den bereits geschilderten Aktivitäten der Handwerkerverbände fanden dann noch eine vom 18. bis 20. Januar 1893 in Lüneburg veranstaltete hanseatische Gewerbekammernkonferenz und eine am 2. und 3. März 1893 vom Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands in Berlin abgehaltene Konferenz statt, auf denen gleichfalls für eine weitere Einengung der noch geltenden liberalen Gewerbe Regelungen plädiert wurde.

1) Der Handwerkerstand war vertreten durch:

den Vorsitzenden des Verbandes deutscher Gewerbevereine, Fabrikbesitzer Berghausen;
den Generalsekretär des Zentralausschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands, Dr. Schulz;
den Sekretär der Hamburger Gewerbekammer, Nagel;
den Sekretär der Lübecker Gewerbekammer, Dr. Brehmer;
den Sekretär der Osnabrücker Handelskammer, Stumpf;
(vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens, in, J.f.Nat.u.Stat., 3. F., 14. Bd., Jena 1897, S. 483).

2) vgl. Hampke, Thilo: Der Verband Deutscher Gewerbevereine ..., a.a.O., S. 198; derselbe: Die neue Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 483.

3) Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 51.

2. Die Reaktionen der organisierten Handwerkerschaft auf den Berlepschen- und Bötticherschen Entwurf zur Neuordnung der Gewerbeordnung

Von den im Reichsamt des Inneren und im Königlich preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe in Angriff genommenen gesetzgeberischen Vorarbeiten zur Neuordnung der Gewerbeverhältnisse wurden zunächst die vom preußischen Handelsminister Freiherrn von Berlepsch, dem Nachfolger Bismarcks im preußischen Handelsministerium, erarbeiteten Vorschläge beendet und am 18. August 1893 als

A. Vorschläge für die Organisation des Handwerks,

B. Vorschläge für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk

im Staatsanzeiger veröffentlicht.¹⁾ Der Minister betonte den unverbindlichen Charakter seiner Vorschläge und die Notwendigkeit weiterer Erörterungen durch Behörden und Öffentlichkeit, deren Kritik er zu berücksichtigen versprach. Im einzelnen empfahl der Berlepsche Entwurf die Errichtung von obligatorischen Fachgenossenschaften,²⁾ obligatorischen Handwerkskammern, obligatorischen Gehilfenausschüssen bei den Fachgenossenschaften und Handwerkskammern, durchgreifendere Vorschriften bei der Lehrlingsausbildung, festumgrenzte Lehrzeit, schriftliche Form des Lehr-

1) vgl. Hampke, Thilo: Die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens, in: J.f.Nat.u.Stat., 3. F., 7. Bd., Jena 1894, S. 78 ff. u. S. 565 ff.

2) Der Begriff der Fachgenossenschaft wurde der österreichischen Gesetzgebung entnommen und wurde nach Hampke gewählt, um mit Rücksicht auf die süddeutsche Handwerkerschaft den belasteten Innungsbegriff zu vermeiden, vielleicht aber auch um den Sachverhalt der weitgehenden Entsprechung von Zwangsfachgenossenschaft und obligatorischer Innung zu bemänteln, die ja von einem Großteil der organisierten Handwerkerschaft seit langem gefordert und von der Regierung immer wieder abgelehnt wurde, zuletzt 1891 von Staatsminister von Bötticher vor dem Reichstag, und zwar auch im Namen des preußischen Handelsministers (vgl. Hampke, Thilo: Die Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 88).

vertrages und Schutz des Meistertitels. Das gesamte Handwerk und das ihm entsprechende Kleingewerbe¹⁾ (Betriebe bis zu 20 Arbeitern) sollten durch Fachgenossenschaften und Handwerkskammern organisiert werden. Die Fachgenossenschaften sollten neben die bereits vorhandenen freien Innungen treten, beiden Organisationen wurden teilweise die gleichen Aufgaben zugewiesen, so etwa der Erlaß von Vorschriften über das Halten der Lehrlinge, die Art und der Verlauf ihrer Ausbildung, die Form und der Inhalt der Lehrverträge sowie die Verwendung von Lehrlingen außerhalb des Gewerbes. Die Handwerkskammern sollten der gewerblichen Interessenvertretung dienen und darüberhinaus Aufgaben der gewerblichen Selbstverwaltung übernehmen, vor allem auf dem Gebiet des Lehrlingswesens, die sie mit Hilfe ihrer Unterorgane, den Fachgenossenschaften, erfüllen sollten.²⁾ Gegenüber dem ersten (nichtveröffentlichten) Entwurf, der in der bereits erwähnten Konferenz am 25. und 26. November 1892 mit Handwerkervertretern durchberaten worden war und der noch keine Zwangsfachgenossenschaften vorsah, zeigte der nun veröffentlichte Entwurf eine deutliche Abkehr vom Prinzip der Gewerbefreiheit, was wahrscheinlich auf die energische Agitation der für die obligatorische Innung eintretenden Handwerker zurückzuführen war.³⁾

Aus den Reihen der organisierten Handwerkerschaft erfuhren die Berlepschen Vorschläge infolge ihres weitreichenden Zwangscharakters

-
- 1) Eine Bestimmung des Begriffes Handwerk wurde wie in den bisherigen Gesetzgebungen nicht gegeben, es sollte von Fall zu Fall entschieden werden, ob ein handwerksmäßiger Betrieb vorlag. Die gleichfalls zu erfassenden handwerksähnlichen Großbetriebe wurden mangels einer konkreten Begriffsbestimmung in Anlehnung an andere Reichsgesetze, z.B. das Unfallversicherungsgesetz, nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter beurteilt (vgl. Hampke, Thilo: Die Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 87).
 - 2) vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 55 f.; Hampke, Thilo: Die neue Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 484.
 - 3) vgl. Hampke, Thilo: Die Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 118.

naturgemäß die entschiedenste Ablehnung durch den Verband deutscher Gewerbevereine. Dieser lehnte bereits auf seiner am 25. und 26. September 1893 - also unmittelbar nach Bekanntwerden des Gesetzentwurfes - in Wiesbaden abgehaltenen zweiten ordentlichen Hauptversammlung den zentralen Vorschlag des preußischen Handelsministers - die Fachgenossenschaften - fast einstimmig ab.¹⁾ Seine grundsätzliche Einstellung zum Berlepschen Entwurf - dieselbe wurde dem Reichskanzler auch als Eingabe zur Kenntnis gebracht - legte der Verband auf der am 21. Januar 1894 in Köln veranstalteten außerordentlichen Hauptversammlung fest. Danach wurde zu den einzelnen Vorschlägen des preußischen Handelsministers wie folgt Stellung genommen: "Der Verband deutscher Gewerbevereine steht somit auf dem Standpunkt, die Errichtung von obligatorischen Gewerbekammern, welche das gesamte Handwerk und das Kleingewerbe umfassen, jedoch ohne Fachgenossenschaften und Gehilfenausschüsse der hohen Reichsregierung dringend zu empfehlen unter der Voraussetzung, daß durch die Errichtung die in den einzelnen Bundesstaaten oder Landesteilen zur Förderung des Handwerker- oder Gewerbestandes bestehenden bewährten Organisationen nicht geschädigt werden."²⁾ Die obligatorischen Fachgenossenschaften wurden unter anderem abgelehnt, da sie einmal unvereinbar mit der angestrebten Hebung des Handwerks auf der Grundlage freier Entwicklung waren und zum anderen Kompetenzkonflikte zwischen ihnen und den Gewerbekammern unvermeidbar erschienen, mit der möglichen Schwächung beider Organisationen. Die den Zwangsfachgenossenschaften eingeräumten Aufgaben sollten teils den Gewerbevereinen zugewiesen werden, der andere Teil, der bisher den Innungen zugewiesen war, sollte weiterhin bei diesen bleiben. Die

1) vgl. Hampke, Thilo: Die Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 118.

2) Bayerische Gewerbe-Zeitung, 7. Jg. 1894, Nr. 4, S. 86.

Gehilfenausschüsse bei den Handwerkskammern wurden abgelehnt, da die Gehilfen durch das ihnen von den Genossen erteilte Zwangsmandat und das Vetorecht eine sinnvolle Tätigkeit der Körperschaften verhindern würden. Jedoch könnten die Gehilfen beim Arbeitsnachweis und bei der Mitverwaltung derjenigen Einrichtungen mitwirken, zu denen sie Beiträge zahlen müssen, wie etwa bei den Krankenkassen. Dagegen bestand weitgehende Übereinstimmung mit den Vorschlägen des preußischen Handelsministers in Fragen der Regelung des Lehrlingswesens. Abweichend von den Berlepschen Vorschlägen wollte der Verband jedem selbständigen Handwerker den Meistertitel zusprechen, den Handwerkern mit Meisterprüfung den Titel geprüfter Meister.¹⁾

Ausgelöst durch die vom 29. bis 31. Juli 1895 in Berlin abgehaltene Konferenz²⁾ zwischen Vertretern der Regierung und des innungsfreundlichen organisierten Handwerks wandte sich der Verband deutscher Gewerbevereine in einer Eingabe an die Regierung gegen die einseitige Berücksichtigung des Handwerks bei dieser Konferenz und forderte die Befragung des ganzen deutschen Handwerks und Gewerbes vor der beabsichtigten Schaffung einer Zwangsorganisation. Außerdem bekannte sich der Verband anlässlich der auf obiger Konferenz abgesprochenen Änderungen der Berlepschen Vorstellungen zur Neuregelung der Gewerbeverhältnisse erneut zu einer gewerbefreiheitlichen Lösung der Handwerkerfrage und erklärte, "daß die freieste Entfaltung aller Kräfte

1) vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 7. Jg. 1894, Nr. 4, S. 84 ff.

2) An dieser Konferenz, die auf Wunsch des preußischen Handelsministers vom Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands veranstaltet wurde, nahmen neben Beamten des Reichsamtes des Inneren und des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe nur Vertreter der dem Zentralausschuß angeschlossenen Innungsverbände und Innungsausschüsse sowie der hanseatischen Gewerbekammern teil (vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 485 f.).

für Einzelne wohl von Nachteil, für die große Mehrheit aber nur von Vorteil sein könne."¹⁾

Aber nicht nur die liberale, sondern auch die innungsfreundliche organisierte Handwerkerschaft beteiligte sich ausgiebig an der Diskussion des Berlepschen Entwurfes, so die Gewerbekammern auf ihrem vom 11. bis 14. Oktober 1893 in Eisenach abgehaltenen Gewerbekammertag,²⁾ der Zentrallausschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands auf dem am 9. und 10. April 1894 in Berlin abgehaltenen deutschen Innungs- und allgemeinen Handwerkertag,³⁾ der Allgemeine deutsche Handwerkerbund auf dem vom 21. bis 24. April 1895 in Halle veranstalteten allgemeinen deutschen Handwerkertag.⁴⁾ Dabei wurde seitens der für Innungen kämpfenden Handwerkerverbände der vorliegende Gesetzentwurf ebenfalls heftig angegriffen, wenngleich aus den entgegengesetzten Motiven, die den Verband deutscher Gewerbevereine geleitet hatten. Übereinstimmend wurde nämlich der obligatorische Charakter des angestrebten Organisationsgefüges begrüßt, nicht aber der Sachverhalt, daß sich die Organisation des Handwerks auf obligatorischen Fachgenossenschaften aufbauen sollte, an Stelle auf den gewünschten obligatorischen Innungen.⁵⁾ Außerdem wurde die Nichtgewährung des Befähigungsnachweises bedauert, hauptsächlich vom Allgemeinen deutschen Handwerkerbund.⁶⁾

1) Bayerische Gewerbe-Zeitung, 8. Jg. 1895, Nr. 20, S. 466.

2) vgl. Hampke, Thilo: Die Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 95 f. u. 112 ff.; derselbe: Die neue Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 484.

3) vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 484; Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 63 ff.; Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 1108.

4) vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 66; Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900, S. 1108.

5) vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 484.

6) vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 63; Biermer, M.: a.a.O., S. 820.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen um die Neuregelung der Gewerbeverhältnisse hatten sich der Zentralaussschuß vereinigter Innungsverbände und die hanseatischen Gewerbekammern in den Vordergrund spielen und in direkten Kontakten mit Regierungsvertretern Einfluß auf eine Neufassung der Berlepschen Vorschläge nehmen können. Die einschlägigen Besprechungen fanden auf der bereits erwähnten vom 29. bis 31. Juli 1895 vom Zentralaussschuß vereinigter Innungsverbände in Berlin veranstalteten Handwerkerkonferenz statt und auf der vom 11. bis 13. August gleichen Jahres in Lübeck einberufenen Delegiertenkonferenz der hanseatischen Gewerbekammern.¹⁾

Aber nicht nur bei der unmittelbar betroffenen Handwerkerschaft, sondern darüberhinaus bei allen an der Handwerkerfrage interessierten Kreisen löste der Berlepsche Entwurf eine verstärkte Aktivität aus. Ein großer Teil der wissenschaftlichen Literatur²⁾ verwarf wie der Verband deutscher Gewerbevereine die Zwangsfachgenossenschaften, fand jedoch die Handwerkskammern und Lehrlingsvorschriften annehmbar. Von den Parteien interpellierten 1895 "die Nationalliberalen, die an Handwerksfreundlichkeit nicht hinter den anderen Parteien zurückstehen wollten, die Regierung über den Stand der Reichsgesetzgebung für Handwerker- oder Gewerbekammern, die Konservativen brachten alsbald ihren Befähigungsnachweisantrag wieder ein und die Freikonservativen verlangten schleunigste Arbeit zur Handwerksorganisation und Regelung des Lehrlingswesens."³⁾ Der Verein für Sozialpolitik hatte

1) vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 487.

2) vgl. Hampke, Thilo: Die Organisation des Handwerks ..., a.a.O., S. 78 ff. u. 565 ff.; Stegemann, Richard: Die Organisation ..., in, Schmollers Jahrbuch, 18. Jg., I.H., S. 122; Stieda, Wilhelm: Handwerker- oder Gewerbekammern, in, Deutsches Wochenblatt 1893, Nr. 34; Böttger, Hugo: Für das Handwerk, Braunschweig 1894 (zitiert nach Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S.65).

3) Böttger Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 66.

seine ersten Untersuchungen über die Lage des Handwerks fertiggestellt und veröffentlicht;¹⁾ die Regierung hatte durch ein am 27. Mai 1895 ergangenes Rundschreiben des Reichskanzlers die Durchführung einer Enquete²⁾ angeordnet, die gleichfalls neues Material für die geplante Gewerbeordnung erbrachte³⁾ und hatte außerdem zur Prüfung der österreichischen Handwerksorganisation - Österreich hatte bereits seit über 10 Jahren Befähigungsnachweis und Zwangsgenossenschaften eingeführt - eine Kommission aus Regierungsbeamten ernannt und nach Österreich gesandt.⁴⁾

Auf der bereits mehrfach angeführten, im Juli 1895 in Berlin abgehaltenen Handwerkerkonferenz und auf der vom 11. bis 13. August in Lübeck veranstalteten Delegiertenkonferenz der hanseatischen Gewerbevereine hatten die innungsfreundlichen organisierten Handwerker mit Regierungsbeamten zwei Gesetzentwürfe diskutiert, und zwar eine auf Handwerkerkammer, Fachinnung und Regelung des Lehrlingswesens abzielende dritte Entwurfsfassung des preußischen Handelsministers von Berlepsch und einen im Reichsamt des Inneren ausgearbeiteten Entwurf zur Errichtung von Handwerkerkammern. Von diesen beiden Vor-

-
- 1) vgl. Bücher, Karl: Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Großindustrie, 1. Bd. Königreich Preußen, 1. Teil, in, S.V.f.S.; Bd. 62; dasselbe: 2. Bd., Königreich Sachsen, 1. Teil, in, S.V.f.S., Bd. 63; dasselbe: 3. Bd., Süddeutschland, 1. Teil, in, S.V.f.S., Bd. 64.
 - 2) vgl. Erhebungen über die Verhältnisse im Handwerk. Veranstalet im Sommer 1895. Bearbeitet im Kaiserl. Statistischen Amt, Berlin 1895, 2. Heft, IV und 95 SS. nebst 4 graphischen Darstellungen, 2. Heft in 2 Teilen, 173 und 363 SS., 3. Heft, 80 SS. mit 4 graphischen Darstellungen (zit. nach Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 485).
 - 3) vgl. Stieda, Wilhelm: Die Innungsenquete, in, J.f.Nat.u.Stat., 3. F., 12. Bd., Jena 1896, S. 1 ff.
 - 4) vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 485.

schlugen kam der nur Handwerkerkammern vorsehende Entwurf des Reichsamtes des Inneren, auch Böttcherscher Entwurf genannt, im Dezember 1895 an den Reichstag.¹⁾ Nach ihm sollten die Handwerkerkammern die allgemeine Vertretung des Handwerks bilden, sollten also einerseits die Behörden bei der Förderung des Handwerks durch Mitteilungen und Gutachten unterstützen und andererseits die Wünsche und Anträge des Handwerks den Behörden zuleiten. Außerdem wurde ihnen die Aufgabe übertragen, bei der Organisation des Handwerks mitzuwirken und sich in Gutachten über den zu errichtenden Unterbau des Handwerks zu äußern.²⁾ "Der Charakter dieser Kammern war also lediglich als ein provisorischer gedacht, und ihre Einrichtung würde hinfällig werden, wenn man zur definitiven Organisation des Handwerks gelangen würde."³⁾

Die positive Beurteilung des Böttcherschen Entwurfes durch den Verband deutscher Gewerbevereine kam in seiner Eingabe an den Reichstag zum Ausdruck, in der er auf eine Reihe von Bestimmungen verwies, die sich mit seinen Vorschlägen und Anschauungen deckten. Die gleichzeitig darin vorgebrachten ergänzenden Vorschläge des Verbandes bezüglich einiger von seinen Vorstellungen abweichender Bestimmungen im Entwurf berührten nicht die grundsätzliche Sympathie des Verbandes für die Arbeit des Reichsamtes des Inneren.⁴⁾

Die gegen die Gewerbefreiheit und für die Innungen eintretenden organisierten Handwerker waren zwar mit der Vorlage des Reichs-

1) vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 66.

2) vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 486 f.

3) Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 487.

4) vgl. Bayerische Gewerbe-Zeitung, 9. Jg. 1896, Nr. 4, S. 86 f.

amtes des Inneren einverstanden, vermißten aber die Berücksichtigung der Innungsverbände und forderten, daß die Organisation des Handwerks sich auf Innungen, Innungsausschüssen, Innungsverbänden und Handwerkerkammern aufbauen mußte. Es zeigte sich also, daß sowohl die für das Gewerbefreiheitsprinzip Eintretenden, im Verband deutscher Gewerbevereine organisierten Handwerker, als auch die das entgegengesetzte Innungsprinzip vertretenden, im Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände und in den hanseatischen Gewerbekammern organisierten Handwerker mit dem Bötticherschen Entwurf einverstanden waren, allerdings jeweils nur im Hinblick auf den provisorischen Charakter der vorgeschlagenen Handwerkerkammern, während über den zu errichtenden Unterbau der Handwerkerorganisation nach wie vor entgegengesetzte Vorstellungen bestanden.

Im Gegensatz hierzu wurde der Böttichersche Entwurf in der Presse und im Reichstag gerade wegen seiner provisorischen Handwerkerkammern, die ein weiteres Hinausschieben der Lösung der Handwerkerfrage bewirken würden, abgelehnt¹⁾ und ein Gesetzentwurf über die gesamte Organisation des Handwerks gefordert.²⁾

Der Gesetzentwurf wurde nach seiner Ablehnung im Reichstag an eine Kommission verwiesen, die ihn liegen ließ und den in Aussicht gestellten Entwurf der preußischen Regierung abwartete.

1) vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 487 f.

2) Mit dieser Ablehnung blieb gleichfalls die im Bötticherschen Entwurf enthaltene folgerichtige Überlegung, auch dem nicht-organisierten Handwerk Gelegenheit zu Vorschlägen über die Organisationsfrage zu geben, weiterhin unberücksichtigt. "Annähernd zwei Drittel der Handwerker hatten kaum je Gelegenheit, sich zu äußern und im Reichstage befanden sich große Parteien unter dem Banne der Autosuggestion der Innungshandwerker, daß diese allein das ehrenfeste und schutzbedürftige Handwerk darstellten" (Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 67 f.).

3. Weitere gewerbepolitische Stellungnahmen der Handwerkerverbände bis zum Erlaß des Handwerkergesetzes vom 26. Juli 1897

Der Entwurf des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe,¹⁾ der am 5. August 1896 im Reichsanzeiger veröffentlicht wurde, baute auf den Grundsätzen der Berlepschen Vorschläge auf und sah zur Wahrnehmung der Interessen des Handwerks und zur Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk die Errichtung von obligatorischen Innungen, obligatorischen Handwerksausschüssen und obligatorischen Handwerkskammern vor.²⁾ Im Vergleich zu seinen Vorgängern brachte der neue Entwurf zwar eine weitgehende Berücksichtigung der Vorstellungen des innungsfreundlichen organisierten Handwerks - so betraf die geplante Organisation nicht mehr alle Gewerbetreibenden mit bis zu 20 Arbeitern, sondern ausschließlich Handwerker,³⁾ und die Einführung von Zwangsfachgenossenschaften war zu Gunsten der Innungen aufgegeben worden -, lehnte aber die Einführung des Befähigungsnachweises nach wie vor ab.⁴⁾

In konsequenter Fortführung seiner Beurteilung der Berlepschen Entwürfe lehnte der Verband deutscher Gewerbevereine die im preußischen Gesetzentwurf propagierten Zwangsinnungen ab, stimmte jedoch den Ausführungen über die Handwerkskammern und über die Regelung des Lehrlingswesens zu. Auf seiner am 21. und 22. September 1896 in Stuttgart veranstalteten 5. Hauptversammlung formulierte

1) Im Januar 1896 hatte eine starke antisoziale Stimmung von Berlepsch zum Rücktritt veranlaßt (vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 68).

2) vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 488.

3) Die Organisation sollte zwar nur das eigentliche Handwerk umfassen und die fabrikmäßig betriebenen Gewerbe ausklammern, es wurde jedoch wieder keine Definition der Begriffe Handwerk und Fabrik gegeben (vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 498).

4) vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 68 f.

der Verband seine Einstellung gegenüber diesem Gesetzentwurf in folgender Resolution: "Der Verband deutscher Gewerbevereine lehnt den vorliegenden Gesetzentwurf betreffend die Organisation des Handwerks, der sich auf Zwangsinnungen aufbaut, als für das deutsche Handwerk unannehmbar ab. Er steht auch heute noch auf dem im vorigen Jahr in Kassel gefaßten Beschlusse, daß vor Einführung irgendwelcher Handwerkerorganisation der ganze deutsche Handwerker- und Gewerbebestand und nicht nur der in Innungen korporierte kleinste Teil desselben zu hören sei. Der Verband deutscher Gewerbevereine ist der Ansicht, daß eine Verständigung des ganzen deutschen Handwerker- und Gewerbebestandes nur auf der Grundlage des dem Reichstage gegenwärtig vorliegenden Gesetzentwurfes über die Errichtung von Handwerkskammern und der Vorschläge über die Regelung des Lehrlingswesens erreichbar und anzustreben ist."¹⁾

Im Gegensatz zum Verband deutscher Gewerbevereine bekannten sich die gewerbefreiheitsfeindlichen, für das Innungsprinzip eintretenden Handwerksverbände auf der am 4. und 5. September 1896 in Hamburg abgehaltenen hanseatischen Delegierten-Konferenz der Gewerbekammern, auf der vom 8. bis 10. September 1896 in Berlin abgehaltenen Handwerkerkonferenz des Zentralausschusses vereinigter Innungsverbände und des Allgemeinen deutschen Handwerkerbundes und auf dem vom 19. bis 21. Oktober 1896 in Weimar abgehaltenen Deutschen Gewerbekammertag eindeutig zum preußischen Gesetzentwurf und beantragten eine weitere Verschärfung des Zwangsprinzips bei der Organisation des Handwerks.²⁾

1) Bayerische Gewerbe-Zeitung, 9. Jg. 1896, Nr. 20, S. 463.

2) vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 488 f.

Die Stellung der einzelnen Gewerbetreibenden zum preußischen Entwurf war regional unterschiedlich. "Während die norddeutschen Gewerbetreibenden, weil sich in Norddeutschland schon die Innungen gut entwickelt hatten, in ihrer Majorität für den Gesetzentwurf auf dem Boden der obligatorischen Innungen eintraten, nahmen die süddeutschen, wo Innungen bisher nur geringen Boden gefunden hatten und Gewerbevereine präponderierten, gegen denselben Stellung." ¹⁾ Entsprechend der Einstellung der Gewerbetreibenden widersetzten sich im Bundesrat vor allem die süddeutschen und mitteldeutschen Regierungen dem Versuch, den Entwurf des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe als Vorlage an den Reichstag gehen zu lassen und erreichten, daß er zunächst an eine Subkommission der Bundesratsausschüsse für Handel und Justizwesen verwiesen wurde, die ihn umarbeitete und an Stelle der obligatorischen Innung die fakultative Zwangsinnung ²⁾ setzte. ³⁾

Der von der Bundesrats-Kommission ausgearbeitete Kompromißgesetzentwurf wurde am 15. März 1897 als Vorlage der verbündeten Regierungen dem Reichstag vorgelegt und passierte bereits in der Zeit vom 30. März bis 1. April die erste Lesung im Reichstag. ⁴⁾ Um nun in Einzelfragen die Forderungen der innungsfreundlichen Handwerker stärker zu berücksichtigen, wurde die Gesetzesvorlage einer

1) Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 490.

2) Die fakultative Zwangsinnung kam "durch die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag Beteiligter im Wege der Anordnung zustande" (§ 100 GO.), wenn die Mehrheit der Handwerker der Einführung des Beitrittszwanges zustimmte und die Leistungsfähigkeit der Innung gewährleistet war.

3) vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 488 u. 490; Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 87.

4) vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 490 f.

Kommission überwiesen, die zahlreiche Änderungen vornahm, ohne jedoch vom Kernstück des Kompromisses, der fakultativen Zwangsinnung, abzugehen. Vom 20. bis zum 25. Mai 1897 wurde in der zweiten Lesung die Vorlage "in der Hauptsache nach den Beschlüssen der Kommission angenommen", ¹⁾ während die entscheidende "dritte Lesung, welche am 21., 23. und 24. Juni stattfand, endlich am 24. Juni mit 183 gegen 113 Stimmen erfolgte," ²⁾ und das neue Handwerker-gesetz am 26. Juli 1897 veröffentlicht werden konnte.

Die Vorlage der verbündeten Regierungen mußte nicht nur einen Ausgleich suchen zwischen gewerbefreiheitlichem Prinzip und Innungsprinzip, zwischen der freiheitlicheren Einstellung des Reichsamtes des Inneren und der gegenteiligen des preußischen Gewerbe-ministeriums, zwischen süd- und mitteldeutscher Auffassung einerseits und norddeutscher und preußischer andererseits, sondern mußte, um Erfolg zu haben, so beschaffen sein, daß sie im Reichstag eine Mehrheit aus Zentrum, ³⁾ den konservativen Parteien und den Nationalliberalen erlangte. ⁴⁾ Es stimmten dann auch hauptsächlich Zentrum und Konservative - diese Parteien waren bisher unbedingte Verfechter der obligatorischen Innung gewesen - und

1) Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 494.

2) Ebenda.

3) Die Zentrums-partei beherrschte den Reichstag von 1897, "sie konnte stets mit ihrer Gefolgschaft aus dem Partikularistenlager ihre 120 Stimmen, erheblich mehr als ein Viertel der Gesamtstimmen, stellen und war fast immer in der Lage, den zur Mehrheit nötigen Zuwachs mit Sicherheit bald aus dem Lager der Rechten, der liberalen Mitte, oder auch der fortgeschrittenen Linken zu erwarten" (Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 110).

4) vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 88.

Nationalliberale für die Vorlage, während sich die grundsätzliche Opposition "aus der Linken und Sozialdemokratie, aus den Antisemiten und Agrariern, einigen Partikularisten und versprengten Teilen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen"¹⁾ zusammensetzte. Von ihnen verwarfen die einen den Entwurf als zu wenig freiheitlich, die anderen als zu wenig zünftlerisch. Die Kompromißvorlage bestimmte im wesentlichen: Die bisherigen freien Innungen können weiter bestehen, außerdem können fakultative Zwangsinnungen errichtet werden; Innungsausschüsse und Innungsverbände behalten den bisherigen freiwilligen Charakter; es werden obligatorische Handwerkskammern errichtet, die von Innungen und Gewerbevereinen gewählt werden.²⁾ Die Vorschriften über das Lehrlingswesen und den Schutz des Meistertitels entsprachen den Vorschlägen des preußischen Entwurfs, der sie wiederum den Berlepschen Vorschlägen entnommen hatte.³⁾

Der Verband deutscher Gewerbevereine nahm in seiner Denkschrift vom 19. Juni 1897 zu den Beschlüssen der 2. Lesung sinngemäß wie folgt Stellung: Er begrüßte die Lehrlingsvorschriften und die Einführung obligatorischer Handwerkskammern, wandte sich jedoch wiederum gegen die bei den Innungen und Handwerkskammern vorgesehenen Gesellenausschüsse, die er als überflüssig und störend bezeichnete; außerdem verlangte er die Freigabe des einfachen Meistertitels, während sich die Handwerker, die eine

1) Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 112.

2) vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 94 ff.

3) vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 78 ff.; 81 f., 94 u. 105 ff.

besondere Prüfung bestanden hatten, geprüfte Meister nennen sollten.¹⁾ In den wesentlichen Punkten war also der Verband mit der Gesetzesvorlage einverstanden. Nach der 3. Lesung und Annahme bekannte er sich dann völlig zum Handwerkergesetz, was aus seinen einstimmig angenommenen "Leitsätzen für die deutschen Gewerbevereine" deutlich wurde. Diese Leitsätze wurden auf der am 20. und 21. September 1897 in Nürnberg veranstalteten 6. ordentlichen Hauptversammlung vorgelegt; ihr erster Absatz lautete: "Nachdem durch das Reichsgesetz vom 26. Juni 1897 die Organisation des Handwerks zum Abschluß gekommen ist, ist es Aufgabe der Gewerbevereine, diese Neuorganisation so nutzbringend wie möglich für das Handwerk zu gestalten."²⁾

Im Gegensatz zu der flexiblen Einstellung der Überwiegenden Mehrheit der Politiker des Zentrums und der Konservativen, die ja bisher gleichfalls unbedingte Vertreter der obligatorischen Innung gewesen waren, zeigten die gewerbefreiheitsfeindlichen Handwerkerverbände, mit Ausnahme des Allgemeinen deutschen Handwerkerbundes, der sich sofort für die Kompromißvorlage aussprach, anfänglich wenig Bereitschaft zum Ausgleich, sondern stellten sich gegen die Vorlage. Die im Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands organisierten Handwerker wandten sich in zwei an den Reichstag gerichteten Petitionen (am 20. März

1) vgl. Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik ..., a.a.O., S. 168.

2) Bayerische Gewerbe-Zeitung, 10. Jg. 1897, Nr. 19., S. 454

und 29. April 1897) und auf ihrem am 27. April 1897 nach Berlin einberufenen allgemeinen Innungs- und Handwerkertag gegen die fakultative Zwangsinnung und traten weiter für die Zwangsinnung ein, ließen jedoch Ansätze für eine Kompromißbereitschaft erkennen.¹⁾ Gleichfalls gegen die fakultative Zwangsinnung sprachen sich die hanseatischen Gewerbekammern auf ihrer am 23. und 24. April 1897 nach Hamburg einberufenen Delegiertenkonferenz aus.²⁾ Nach der Änderung der Gesetzesvorlage durch die vom Reichstag bestimmte Kommission wandelte sich die Stimmung der im Zentrallausschuß und in den hanseatischen Gewerbekammern organisierten Handwerker grundlegend. Sie stimmten nun der Gesetzesvorlage und der fakultativen Zwangsinnung zu und sahen gleichfalls wie die innungsfreundlichen Politiker des Zentrums und der Konservativen in diesem Kompromißvorschlag die einzige, bei der gegebenen politischen Konstellation realisierbare Möglichkeit, zumindest einen Teil ihrer Vorstellungen gesetzmäßig fixiert zu sehen. Es hatten sich also letztlich alle Richtungen der organisierten gewerblichen Interessenvertretung für die Annahme des Gesetzes ausgesprochen.

1) vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 491 f.

2) vgl. Hampke, Thilo: Die neue Organisation ..., a.a.O., S. 492 f.

Vierter Abschnitt

Zusammenfassende Würdigung der Handwerkerverbände des 19. Jahrhunderts

A. Die Entstehung der neuzeitlichen Handwerkerverbände und ihre Zielsetzungen

Es erübrigt sich, den bereits zu Anfang der Untersuchung hinreichend skizzierten geistigen, politischen und wirtschaftlichen Hintergrund, vor dem sich der Niedergang der alten Zunftorganisation vollzog, zu wiederholen, sondern es sei lediglich in Erinnerung gerufen, daß die Lebensbedingungen für die Überkommenen späten Zünfte und Innungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, unbeschadet territorial unterschiedlicher Gewerbeverfassungen, wenig günstig waren. Die Tatsache, daß viele dieser späten Zünfte und Innungen trotz mangelnder wesentlicher Aufgaben - häufig waren sie nur noch gesellige Vereinigungen - genügend Vitalität besaßen, um dennoch weiter bestehen zu bleiben, kann in ihrer Bedeutung für das handwerkliche Organisationswesen gar nicht überschätzt werden, denn dieser Umstand hielt innerhalb eines Großteils der Handwerkerschaft die Erinnerung an korporative Lebensformen und deren einstige Leistungsfähigkeit lebendig und bewahrte nicht nur viele Handwerker vor endgültiger gesellschaftlicher und beruflicher Isolierung, sondern erhielt einer künftigen weitreichenderen Innungsorganisation eine gewisse organisatorische Basis und schuf darüber hinaus allen kommenden gewerbefreiheitsfeindlichen, innungsbejahenden Handwerkerbewegungen eine potentielle Anhängerschaft.

Während die späten Nachfolgeorganisationen der einst mächtigen Zünfte hauptsächlich im Norden und Osten Deutschlands die Mehrheit der Handwerker bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus fest an sich gebunden hielten und sie gegen das Gedankengut des *laissez faire und laissez aller* abschirmen konnten, war es in vielen Gegen-

den vornehmlich Süd- und Westdeutschlands teils unter Einfluß der von Frankreich ausstrahlenden revolutionären Ideen oder im Gefolge der von den Franzosen direkt eingeführten Gewerbefreiheit zu einem weitgehenden Verfall der traditionellen handwerklichen Korporationen gekommen. Die Auflösung der alten Korporationen und der Fortfall aller regulierenden Eingriffe staatlicherseits setzte nun, ganz nach den Vorstellungen des Wirtschaftsliberalismus, bis dahin gebundene Kräfte innerhalb des Handwerks frei und erlaubte einigen überragend begabten Persönlichkeiten den Aufstieg aus dem Handwerksstand in die Führungsschicht der neuen Industriegesellschaft. Für die große Masse der Gewerbetreibenden aber lösten sich mit der Beseitigung der überkommenen Gewerbeordnung die anstehenden Probleme nicht. So wird es verständlich, daß sich viele Handwerker nicht ihrer frisch erworbenen gewerblichen Freiheit erfreuten, sondern sich alsbald zu neuen Vereinigungen zusammenschlossen. An Stelle der alten Zünfte und Innungen traten seit Beginn des 19. Jahrhunderts neue Vereinigungen, sogenannte Gewerbevereine, die, liberalen Anschauungen verhaftet, das Handwerk durch Vermittlung technischer und gewerblicher Bildung konkurrenzfähig machen wollten. Häufig blieben auch die Innungen weiter bestehen, verloren aber einen Teil ihrer Mitglieder an attraktivere und lebendigere, auf Freiwilligkeit aufbauende Gewerbevereine, die individuelles Vorgehen und Selbsthilfe zum Prinzip ihrer Aktivität erhoben.

Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts war die Unruhe in der Handwerkerschaft infolge der sich ständig verschlechternden materiellen Lage derart gestiegen, daß die politische Erhebung von 1848 eine das gesamte Handwerk - von den Zunftanhängern bis hin zum gewerbefreheitlichen Flügel - ergreifende Bewegung in eigener Sache auslösen konnte. Parallel zu den gescheiterten politischen Einigungsbestrebungen blieb diese erste machtvolle Handwerkerbewegung gleichfalls

ohne greifbaren Erfolg, ihr kommt aber dennoch eine Überragende Bedeutung innerhalb der Verbandsgeschichte des Handwerks zu, da hier erstmals ein für alle weiteren Handwerkerbewegungen des 19. Jahrhunderts verbindliches berufsständepolitisches Programm artikuliert wurde, dessen zentrale Forderung die Wiederherstellung einer berufsständisch organisierten Korporativ-Wirtschaft auf der Basis von Zwangsinnungen und Befähigungsnachweis beinhaltete.

Damit waren alle Organisationsprinzipien, deren sich die Handwerkerschaft im 19. Jahrhundert zur Wahrung ihrer spezifischen Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft und Durchsetzung ihrer Zielvorstellungen bediente, in ihrem Grundschema verwirklicht, das korporative und fachliche Prinzip der Zünfte und Innungen, das individuelle Prinzip der Gewerbevereine und zuletzt das kollektive Prinzip der Handwerkerbewegung, und es kam für die einzelnen Verbandsgruppierungen nur noch darauf an, sich entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen der Handwerkerschaft und dem Interesse von Staat und Öffentlichkeit an aktuellen Handwerksproblemen weiter auszubauen und aufzufächern. Bei der Innungsorganisation setzte der eigentliche Aufschwung gesetzlich bedingt zu Beginn der 1880er Jahre ein, desgleichen bei den Fachverbänden, beim Gewerbevereinswesen war ein kontinuierlicher Aufschwung und Ausbau verstärkt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu beobachten, während für die Handwerkerbewegung ein wellenförmiges Auf und Ab charakteristisch war, mit den Höhepunkten 1848/49, 1882 und 1890 bis 1895.

Abschließend sei an den allgemein geläufigen Sachverhalt erinnert, daß die Entstehung der neuzeitlichen Handwerkerverbände wie die Entstehung des modernen Organisationswesens überhaupt erst durch die beiden, dem Liberalismus systemimmanenten Prinzipien der Ver-

tragsfreiheit und der Koalitionsfreiheit möglich wurde. Die liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung trug somit von Anfang an den Keim zur eigenen Umwandlung in sich.

b. Die Strukturmerkmale der einzelnen Verbandsgruppierungen und ihr Aufbau

In Anlehnung an die zwischen Privilegierung und Entmachtung der korporativen Handwerkerorganisationen pendelnde Gewerbegesetzgebung verlief die Entwicklung der Innungsorganisation recht wechselhaft, und zwar bis zur Vereinheitlichung durch die Gewerbeordnung von 1869 unter Regie der Landesgesetze von Land zu Land unterschiedlich, so daß für die Zeit vor 1869 eine eindeutige Beurteilung der Innungsorganisation unmöglich ist. Das Innungswesen bestand zu jener Zeit ausschließlich aus örtlichen, fachlich gegliederten Vereinigungen selbständiger Handwerksmeister, die Stellung der Innungen innerhalb des Gewerbes hing von dem jeweiligen, mehr zünftlerischen oder mehr freiheitlichen Akzent der Gewerbeverfassung ab.

Nach der 1809 verwirklichten freiheitlichen Regelung der Gewerbeverhältnisse erlebte dann das deutsche Innungswesen, trotz grundsätzlicher Anerkennung seiner Daseinsberechtigung durch den Gesetzgeber, seinen stärksten Niedergang, von dem es sich nur langsam durch mehrfache gesetzliche Privilegierungen erholen konnte. Zu diesen Aufwertungsmaßnahmen zählten auch die 1831 gesetzlich verankerten Möglichkeiten einer weiteren Ergänzung des aus lokalen Innungen bestehenden Organisationsgefüges durch horizontale und vertikale Innungszusammenschlüsse zu Innungsausschüssen beziehungsweise Innungsverbänden mit jeweils spezifischer Aufgabenstellung. Eingeflochten in das organisatorische Grundmuster aus lokalen Innungen - diese konnten sich als freie, beruflich gemischte Innungen oder als freie

Fachinnungen konstituieren -, regional begrenzten Innungsausschüssen - in diesen waren die fachlich unterschiedlichen Innungen eines Kreises zusammengeschlossen - und gebietlich unbegrenzten Innungsverbänden - es konnte sich um regionale, territoriale oder über das gesamte Reichsgebiet ausgedehnte Vereinigungen von Innungen des gleichen Fachbereiches handeln, die übrigens seit 1884 im Zentrallausschuß vereinigter Innungsverbände einen gemeinsamen Oberverband besaßen - war die recht unübersichtlich gewachsene Fachverbandsorganisation. Als Folge ergab sich ein organisatorisches Durcheinander lokaler, regionaler und überregionaler Zusammenschlüsse unterschiedlichster Mitgliederstruktur, von korporativer über gemischte bis zu individueller Mitgliedschaft, ein Umstand, der seinen sichtbaren Ausdruck in einem vielfachen Nebeneinander konkurrierender Verbände des gleichen Berufszweigs fand.

Eine gewisse Ergänzung zur Innungsorganisation bildete das etwa zu Beginn des 19. Jahrhunderts zunächst sporadisch einsetzende, in der zweiten Jahrhunderthälfte sich kräftig ausdehnende Gewerbevereinswesen, dessen Hauptkriterien das individuelle Organisationsprinzip und die aus Handwerkern - überwiegend Meistern - und Nichthandwerkern gemischte, freiwillige Mitgliedschaft waren. Die Gewerbevereinsbewegung hatte sich historisch und durch ihre Freiwilligkeit bedingt unterschiedlich schnell und intensiv entwickelt und war teilweise von auf Bürgerinitiative aufbauenden, zerstreuten lokalen Vereinigungen ausgegangen oder aber von zentralen Landesbehörden angeregt worden. In der Regel waren die einzelnen Gewerbevereine in Landesverbänden zusammengefaßt, die meist dem 1891 gegründeten Oberverband, dem Verband deutscher Gewerbevereine, angehörten, es gab daneben aber auch alle denkbaren Ausnahmefälle bis hin zur völligen organisatorischen Eigenbrütelei abseits aller größeren, die Gewerbevereine zusammenfassenden Verbände.

Die dritte Verbandsgruppierung endlich umfaßte alle jene ab 1848 in mehreren Phasen zumeist spontan auf die industrielle Bedrohung des Handwerks reagierenden, zünftlerisch orientierten Handwerkerbewegungen vorwiegend der Meisterschicht. Diese berufsstandspolitischen Handwerkerbewegungen unterschieden sich von der ihnen ideell nahestehenden Innungsorganisation einmal dadurch, daß ihnen deren weitreichende organisatorische Gliederung fehlte und daß sie versuchten, die Handwerkerschaft auf kollektiver Basis zu sammeln.

C. Ihre Tätigkeit einschließlich der gewerbepolitischen Auseinandersetzungen

Eine zusammenfassende Würdigung der Tätigkeit der Handwerkerverbände im 19. Jahrhundert muß zunächst von der alltäglichen, auf die Bedürfnisse der einzelnen Gewerbetreibenden zugeschnittenen Verbändeaktivität ausgehen, hinter der lokale, aber auch bezirkliche Vereinigungen hauptsächlich des Gewerbevereins- und Innungswesens standen, da die innungsunabhängige freie Fachverbandsorganisation insgesamt kaum ins Gewicht fiel. Dabei zeigten sich die Gewerbevereine auf Grund ihrer liberalen, aufgeschlossenen geistigen Einstellung zu elastischem, individuellem Vorgehen besonders befähigt und waren den zumeist unbeweglichen, traditionellen Innungsorganisationen eindeutig überlegen, allerdings nur wenn ein gewisses Maß liberaler Anschauung seitens der Gewerbetreibenden hinzukam. So erwarben sich die Gewerbevereine vornehmlich in Süddeutschland besondere Verdienste um die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses und des gewerblichen Fortbildungswesens insgesamt durch den bevorzugten Ausbau des gewerblichen Schulsystems und die Verbreitung technischer Kenntnisse, während die vor allem in Norddeutschland und Preußen verbreiteten Innungen weitgehend steril blieben und zur Steigerung

ihrer Anziehungskraft auf die Handwerker eines stützenden Gerüsts mit Privilegien verbundener, obligatorischer und fakultativer Aufgaben bedurften.

Die fortschreitende Industrialisierung in der zweiten Jahrhunderthälfte führte im Handwerk zu schnell wachsenden überlokalen Bedürfnissen allgemein wirtschaftlicher und auch speziell fachlicher Natur, woraus sich bereits die anfängliche Aufgabenstellung der in allen Verbandsbereichen neu gegründeten, überlokalen Interessenvertretungen erkennen läßt, die dann seit den 1880er Jahren zunehmend von einer einseitig berufsstandspolitischen Interessenwahrnehmung überlagert wurde. Dabei handelte es sich zunächst ausschließlich um Versuche, Regierungen, Parlamente und Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer wirtschaftspolitischen Sonderbehandlung des Handwerks zu überzeugen und den Gesetzgeber dazu zu bewegen, die Handwerkswirtschaft aus dem gesamtwirtschaftlichen Geschehen herauszulösen und durch eine Privilegierung des Handwerkerstandes vor den neuzeitlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen abzuschirmen. Dieser Zielsetzung hatten sich vor allem die verschiedenen Gruppierungen und Massenveranstaltungen der Handwerkbewegung verschrieben, seit 1883 hauptsächlich der radikal zünftlerische Allgemeine deutsche Handwerkerbund, zu dem 1884 der etwas gemäßigtere Zentralauschuß vereinigter Innungsverbände Deutschlands stieß und mit denen die hanseatischen Gewerbekammern und die gesamte Innungsorganisation sympathisierten. Als sich dann 1891 der Verband deutscher Gewerbevereine als oberster Repräsentant der freiheitlichen Gewerbevereinsbewegung konstituierte, um umgehend die berufsstandspolitische Gegenposition zu der vorgenannten zünftlerischen Verbandsgruppierung zu beziehen, entbrannten in den folgenden Jahren die heftigsten gewerbepolitischen Auseinandersetzungen um die künftige Gestaltung der Gewerbeordnung.

Die gewerbepolitischen Auseinandersetzungen mündeten in dem Handwerker-gesetz von 1897, dessen Kompromißcharakter allen im 19. Jahrhundert aktiven Verbandsgruppierungen die Mitarbeit an der Lösung anstehender Handwerkerprobleme, vornehmlich der weiteren Erhaltung des Handwerks als gesamter Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft, erlaubte. Darüber hinaus waren gewisse Hoffnungen angebracht, daß sich die im 19. Jahrhundert wild gewucherte organisatorische Vielfalt zurückbilden würde und die bis dahin vielfache Verschwendung berufsständischer Energien durch den vom Gesetzgeber vorgegebenen, sinnvollen organisatorischen Grundriß einschließlich seines ausgewogenen Aufgabenprogramms kanalisieren ließe. Wie der nachfolgende, die vorliegende Untersuchung abschließende kurze Überblick über die weitere Entwicklung der Handwerkerverbände zeigt, erfüllte sich jedoch diese optimistische Erwartung nur teilweise und das Handwerk entwickelte bis zu seiner gewaltsamen Umordnung im Jahre 1933 weiterhin sein charakteristisches Uppiges Organisationsspiel.

D. Die Bedeutung des Handwerker-gesetzes von 1897 und der weitere Ausbau des handwerklichen Organisationswesens bis zur Gleich-schaltung 1933

Das Handwerker-gesetz von 1897, im einschlägigen Schrifttum auch als "Handwerksnovelle" oder "Handwerkerschutzgesetz" bezeichnet, setzte den Schlußpunkt unter die gewerbepolitischen Auseinandersetzungen im 19. Jahrhundert und leitete gleichzeitig einen neuen Abschnitt des neuzeitlichen Handwerkerverbandswesens ein, der - bereits außerhalb der vorgegebenen Thematik - lediglich flüchtig skizziert an die 1933 begonnene, gänzliche Neuordnung des Handwerks heranführen und die vorliegende Untersuchung der neuzeitlichen Handwerkerverbände des 19. Jahrhunderts abrunden soll.

Die Überragende, über die Tagespolitik hinausgehende Bedeutung des Handwerkergesetzes von 1897 für die gesamte neuzeitliche Handwerksentwicklung ist aus der jetzigen zeitlichen Entfernung unbestreitbar und wohl auch auf die intensiven Vorarbeiten des Gesetzgebers und die genaue Kenntnis der Handwerksverhältnisse - es sei nur an die 1895 vom Kaiserlichen Statistischen Amt durchgeführten Erhebungen und an die vom Verein für Sozialpolitik initiierten und 1895-97 publizierten "Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland" erinnert - zurückzuführen. Dabei waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Voraussetzungen für eine erfolgreiche gesetzliche Lösung der Handwerksproblematik keineswegs günstig¹⁾ und Wissenschaft, interessierte Öffentlichkeit und nicht zuletzt die Handwerker selbst beurteilten die Aussichten der Handwerksnovelle überwiegend pessimistisch. Es bedarf zur Erläuterung dieser kritischen zeitgenössischen Einstellung gegenüber dem Handwerkergesetz von 1897 unbedingt der Feststellung, daß dieses grundlegende Gesetz in der Tat in einem gewissen Gegensatz zu der, trotz mancher protektionistischer Momente, überwiegend an freiheitlichen Vorstellungen orientierten allgemeinen Wirtschaftspolitik und auch zu den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten stand, so daß Wernet in diesem Zusammenhang das Handwerksgesetz als "eine Art Fremdkörper" apostrophiert, und auf die seinerzeit möglichen Gefahren einer Isolierung der Handwerkswirtschaft innerhalb des sozialwirtschaftlichen Gesamtgeschehens verweist.²⁾ Andererseits stand der Gesetzgeber mit seiner 1897 ausge-

1) Das Handwerkergesetz von 1897 wurde durch staatlich-gesellschaftliche und wirtschaftlich-soziale Veränderungen und Bedrohungen des herkömmlichen Handwerks notwendig und möglich, entstand also vor einem Hintergrund, der sich stichpunktartig mit drohendem Zerfall des Mittelstandes und akuter wirtschaftlicher Bedrohung und sozialer Verunsicherung der dezentralisierten, kleinbetrieblich organisierten Handwerkerschaft charakterisieren läßt (vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 41 f.).

2) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 42.

sprochenen Absage an den Befähigungsnachweis und sonstige konkurrenzbeschränkende Maßnahmen, seinem Verzicht auf direkte Interventionen über den Markt, etwa mittels Subventionen, Staatsaufträgen und dergleichen, und seiner eindeutigen Entscheidung für eine indirekte Handwerkspolitik über die mit staatlicher Unterstützung zu organisierende Handwerkerschaft durchaus auf dem Boden der damaligen Wirtschaftspolitik. Das Erfolgskonzept von 1897 lautete also: staatlich unterstützte Selbsthilfe auf organisatorischer Basis, mit der Möglichkeit der mittelbaren staatlichen Einflußnahme über die Selbsthilfeorgane, wobei der Gesetzgeber von der richtigen Erkenntnis ausgeht, "daß vor der bloßen Konservierung einer Wirtschaftsgruppe selbstverständlich die innere Regeneration zu stehen hat, aber auch; daß Regeneration mittels politischer Maßnahmen bei dezentralisierter Betriebsstruktur nur im Wege des Gemeinschaftshandelns möglich ist, ferner: daß eine Vielzahl dezentralisierter Wirtschaftsgebilde kleinen und kleinsten Umfangs für direkte staatspolitische Einwirkung praktisch nicht erreichbar ist, sondern zuvor der organisatorischen Sammlung bedarf."¹⁾

Obige Überlegungen fanden ihren Niederschlag in einem, das gesamte Handwerk²⁾ berücksichtigenden, öffentlich-rechtlichen, berufsständischen Organisationsgefüge aus neugeschaffenen Innungen und Handwerks- und Gewerbekammern, das durch fortbestehende, vom Gesetzgeber ausdrücklich bestätigte lokale Gewerbevereine und sonstige lokale Handwerkervereinigungen (§ 103a, Abs. 2 GO.), Innungsausschüsse (§ 101

1) Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 44.

2) Ein Hauptzweck der neuerrichteten korporativen Selbstverwaltung war: "auf der Grundlage der Wiederherstellung einer geordneten Berufsausbildung die Werkstattgemeinschaft von Meister, Geselle und Lehrling neu zu beleben", was sich nicht nur in deren daraufhin besonders abgestimmten Aufgabenstellung zeigte, sondern auch in der Einrichtung ständiger Gesellenvertretungen bei Innungen und Kammern (vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 47 f.).

und § 102 GO.) und Innungsverbände (§§ 104-104m GO.) ergänzt wurde und zu den noch weitere Überkommene bezirkliche, regionale und zentrale Handwerkerzusammenschlüsse des Gewerbevereins-, Handwerkerbünde- und Fachverbandswesens und nicht zuletzt der 1900 gegründete Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag hinzukamen. Nach Erlass des Handwerkergesetzes von 1897 stellte sich der im Handwerk realisierte organisatorische Grundriß einschließlich des in ihm verankerten Systems wohlverteilter Aufgaben obligatorischer und fakultativer Art wie folgt dar:

Auf der untersten Organisationsstufe vertraten freie Innungen und mit Mehrheitsentscheid gebildete, sogenannte fakultative Zwangsinnungen die Interessen der in ihnen zusammengeschlossenen Handwerker, regelten das Lehrlingswesen und pflegten den handwerklichen Gemeingeist und die Standesehre, wobei sie von den gleichfalls lokalen, besonders in Süddeutschland zahlreichen Gewerbevereinen und sonstigen, meist der Bundesbewegung oder dem Fachverbandswesen angehörenden, lokalen Handwerkervereinigungen unterstützt und ergänzt wurden.

Die gemeinsamen Interessen der Innungen wiederum wurden auf Kreisebene von Innungsausschüssen wahrgenommen, soweit die Innungen eines Kreises von dieser 1881 erstmals gesetzlich¹⁾ eingeräumten und auch nach 1897 fortbestehenden Möglichkeit des horizontalen Zusammenschlusses Gebrauch machten.

Die intensivste und umfassendste Interessenvertretung des Handwerks

1) "Eine ähnliche Organisation bestand früher nicht; in den Zeiten des alten Zunftzwanges suchten die Regierungen nach Kräften einen solchen Zusammenschluß mehrerer Innungen zu verhindern, da sie dadurch einen Widerstand gegen ihre Oberhoheit befürchteten" (Neuhaus, Georg: Innungen und Innungsausschüsse, Leipzig 1902, S. 100).

insgesamt - zunächst waren die Innungen, Gewerbevereine und sonstigen Handwerkervereine über ihr korporatives Wahlrecht mit den Kammern verbunden, während seit 1929 die Einzelhandwerker eines Kammerbezirks die Kammermitglieder direkt wählten - fand jedoch auf der 1897 gänzlich neu eingerichteten Stufe der Kammerorganisation statt. Seit 1900 überzog diese das Reichsgebiet mit einem Netz von zunächst 63 obligatorischen Handwerks- und 6 obligatorischen Gewerbekammern¹⁾ und vervollständigte die öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungsorgane der freiwilligen Innungen und fakultativen Zwangsinnungen. Die Kammern erstreckten sich in der Regel über einen Bundesstaat oder bei größeren Staatsgebieten über Regierungsbezirke und fungierten gemäß ihres zwischen handwerklicher Selbstverwaltungskorporation und Staatsbehörde liegenden Doppelcharakters einmal als Interessenvertretung des Handwerkerstandes und zum anderen als Unterstützungsorgane der Staats- und Gemeindebehörden bei der Durchsetzung einer aktiven staatlichen Handwerkspolitik.²⁾

Vertraten die bislang über der organisatorischen Basis verlaufenden horizontalen Organisationsstrukturen die gemeinsamen gewerblichen Belange unterschiedlicher Handwerkszweige eines bestimmten Gebietes, so entsprach die gleichfalls bereits 1881 vom Gesetzgeber vorgesehene und vom 1897er Gesetz übernommene Möglichkeit der vertikalen Zusammenfassung von Innungen zu Innungsverbänden den gemeinsamen fachlichen Bedürfnissen einzelner Gewerbebezüge. Neben diesen reinen Innungsverbänden, die sich auf regionaler, territorialer oder zentraler Ebene konstituieren konnten und denen gesetzlich die Wahr-

1) Der Bestand der Kammerorganisation hat sich infolge von Veränderungen des Reichsgebietes mehrfach geändert und betrug, wie gesagt, zunächst 71, nach dem ersten Weltkrieg 67 und nach 1933 noch 60 Kammern (vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 82).

2) vgl. Neuhaus, Georg: Die Handwerkskammer, ihre Organisation und ihre Aufgaben, Leipzig 1902, S. 3 ff.

nehmung der in ihnen vertretenen Innungen oblag - mit der zusätzlichen, zunehmend bedeutsamen Vertretung spezieller Berufsinteressen - bildeten sich außerdem noch gemischte Innungsverbände mit einzelnen Handwerkern und Innungen als Mitgliedern und Fachverbände mit rein individueller Mitgliedschaft, so daß die gesamte Verbandsorganisation auf fachlicher Basis wenig einheitlich wirkte.¹⁾ Nachzutragen wäre noch, daß die Innungsverbände in dem bereits 1884 gegründeten und auch nach 1897 fortbestehenden Zentralauschuß vereinigter Innungsverbände eine zentrale Gesamtvertretung besaßen.

Vollständigkeitshalber sei ferner an die auch nach 1897 fortbestehenden, historisch gewachsenen, Überlokalen Zusammenschlüsse hauptsächlich des Gewerbevereinswesens und der BÜdebewegung erinnert, die sich in loser, gesetzlich nicht fundierter Form um das Organisationsgefüge aus öffentlich-rechtlichen, der handwerklichen Selbstverwaltung dienenden Korporationen und weiteren, gesetzlich bestätigten, freiwilligen Handwerkervereinigungen lokaler, regionaler und fachlicher Art gruppierten.

Gleichfalls vom Gesetzgeber nicht vorgesehen²⁾ war die freiwillig aus den Reihen der vor 1900 bereits bestehenden, älteren Gewerbekammern hervorgegangene Spitzenvertretung aller neuen Handwerkerkammern, der im November 1900 in Berlin gegründete Deutsche Handwerks- und Ge-

1) Wernet gibt für 1904 24 zentrale Reichsverbände und 19 selbständige Verbände für Länder und Provinzen an, die sich alle zusammen in 128 Zweigverbände unterschiedlicher Ausdehnung gliedern (vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 80).

2) Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag wurde über zwei Jahrzehnte in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins geführt, bis er durch das Gesetz vom 16. Dezember 1922 in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts umgewandelt wurde (vgl. Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag: 25 Jahre Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag 1900-1925, Hannover 1925, S. 7).

werbekammertag,¹⁾ in dem "die Fäden des weitverzweigten Organisationsapparates zusammenliefen" und der sich zum "Leitorgan der deutschen Handwerkspolitik" entwickelte.²⁾

Die tatsächliche Entwicklung der öffentlich-rechtlichen, berufsständischen Handwerkerverbände nach Erlass des Handwerkergesetzes von 1897 war durch den Ausbau der dem Handwerk vom Gesetzgeber zugestandenen Organisationsmöglichkeiten und die Ausfüllung des zugebilligten Aufgabenprogramms gekennzeichnet, so daß für den Zeitraum bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs die Bezeichnung Phase der Konsolidierung gerechtfertigt erscheint. Dies umso mehr, als der anfangs infolge des 1897 verweigerten "großen Befähigungsnachweises" - obligatorische Meisterprüfung für die selbständige Ausübung eines Handwerks - innerhalb der zünftlerischen Handwerker virulenten Unruhe durch die 1908 erfolgte gesetzliche Einführung des "kleinen Befähigungsnachweises" - obligatorische Meisterprüfung für die Ausbildung des Handwerksnachwuchses - der Nährboden entzogen wurde, nachdem es bereits auf dem 1905 in Köln veranstalteten Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag notwendig gewesen war, die radikal zünftlerischen Handwerker zu neutralisieren.³⁾

Wie die nachfolgende Tabelle belegt, konnte sich der Innungsgedanke in den ersten Jahren nach Erlass des Handwerkergesetzes eindeutig festigen, was wohl hauptsächlich der Tätigkeit der Kammerorganisation zu verdanken war, die sich für den Ausbau der Innungsorganisation einsetzte. Dagegen vermochte sich der neugeschaffene Typ der

1) vgl. Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag: a.a.O., S. 24 f.

2) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 91.

3) vgl. Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag: a.a.O., S. 59 ff.

fakultativen Zwangsinnung gegenüber der freien Innung zunächst nicht Überzeugend durchzusetzen, wenngleich eine leichte Zunahme der Zwangsinnung und ihrer Mitglieder zu beobachten war, die sich besonders auf Norddeutschland konzentrierten, während die freien Innungen bevorzugt in Süddeutschland errichtet wurden.¹⁾

Jahr	Innungen insgesamt		Freie Innungen				Zwangsinnungen			
	Zahl	Mitglieder	Zahl	vH.	Mitgl.	vH.	Zahl	vH.	Mitgl.	vH.
1896 ²⁾	10 881	331 364	-	-	-	-	-	-	-	-
1902 ³⁾	10 950	457 283	7 995	73	258 740	57	2 955	27	198 543	43
1904 ⁴⁾	9 829	444 713	6 843	70	234 665	53	2 986	30	210 048	47
1907 ⁴⁾	10 449	467 209	7 219	69	250 125	54	3 230	31	217 084	46

Den Handwerkskammern war es bis zum ersten Weltkrieg gelungen, gewisse Anlaufschwierigkeiten zu Überwinden und von den Handwerkern und deren Organisation als "zentrale" Selbstverwaltungsorganisation anerkannt zu werden. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit lag zu Anfang eindeutig bei der Ordnung der beruflichen Ausbildungsverhältnisse.⁵⁾

Desgleichen konnte sich die Spitzenvertretung der Kammern, der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag, in der Zeit bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs als umfassende berufsständische Interessenvertretung des Handwerks profilieren.⁶⁾

1) vgl. Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag: a.a.O., Anlage I.

2) Hampke, Thilo: Die deutschen Handwerkerorganisationen, a.a.O., S. 610.

3) Hampke, Thilo: Die deutschen Handwerkerorganisationen, a.a.O., S. 607.

4) Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag: a.a.O., Anlage I.

5) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 82 ff.

6) vgl. Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag: a.a.O., S. 47 ff.

Über die zur Stabilisierung der Innungsorganisation auch nach 1897 beibehaltenen horizontalen Innungsausschüsse und vertikalen Innungsverbände ließen sich für die Zeit bis 1914 nur unzulängliche Nachweise erbringen. Danach wurde angenommen, daß sowohl Innungsausschüsse als auch Innungsverbände durch die Errichtung der Handwerkskammern an Bedeutung verlieren mußten, da sie an diese einen wesentlichen Teil ihrer ursprünglichen Aufgaben verloren hatten.¹⁾ Dem gleichen Aufgabenschwund erlag letztlich der angeblich noch bis nach dem ersten Weltkrieg nominell existierende Zentralausschuß vereinigter Innungsverbände, der durch den schnell an Bedeutung gewinnenden Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag abgelöst wurde.²⁾

Das Gewerbevereinswesen scheint durch den Erlaß des Handwerkergesetzes von 1897 für die Handwerker an Attraktivität gewonnen zu haben, zumindest geht das aus den zugegebenermaßen lückenhaften Unterlagen eindeutig für das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts hervor.³⁾ Dabei dürfte nach Kenntnis der landsmannschaftlichen Besonderheiten im Handwerk der Aufschwung der Gewerbevereine in erster Linie auf Süddeutschland beschränkt gewesen sein. Die Aufgaben der Gewerbevereine zielten weiterhin wie im 19. Jahrhundert auf die Förderung des Gewerbewesens, vornehmlich durch Unterhalt gewerblicher Fortbildungseinrichtungen und Unterstützung des gewerblichen Unterrichts.

Dagegen berichtet Bock über die Bündebebewegung: "Das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ist durch die Ohnmacht der Handwerkerbünde, die

1) vgl. Hampke, Thilo: Die deutschen Handwerkerorganisationen, a.a.O., S. 621 und 623.

2) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 93.

3) s.S. 90 f., 104, 156 f.

in ihrer weitgehenden Anlehnung an die Mittelstandsbewegung zum Ausdruck kommt, und durch ihre Zersplitterung gekennzeichnet. In der damaligen Zeit bestanden neben anderen nicht weniger als 4 Handwerkerbünde, die den Namen deutscher Handwerkerbund trugen, oder zu sein es für sich in Anspruch nahmen."¹⁾

Während des ersten Weltkriegs galten für das Handwerk, wie für alle übrigen Wirtschaftsbereiche, die Ausnahmebedingungen der Kriegswirtschaft, wobei allerdings das Handwerk, als Überwiegend aus kleinen, dezentralisierten Wirtschaftseinheiten bestehender Wirtschaftskörper, dem hinsichtlich seiner Leistungsfähigkeit das massive Mißtrauen der öffentlichen Meinung und offizieller Staatsstellen entgegenschlug, besonders schwer um seine Existenz zu kämpfen hatte. Daß das Handwerk die Kriegszeit lebensfähig überstand, verdankte es vor allem der Tätigkeit der Handwerkskammern und deren Kammertag, die, den Notwendigkeiten der kriegsmäßigen, zentral gelenkten Wirtschaft Rechnung tragend, Hilfeleistungen jeglicher Art, einschließlich sozialer Kriegsfürsorge, Auftragsbeschaffung, Rohstoff- und Kreditversorgung organisierten und die Eingliederung des Handwerks in das seit 1915 geltende Bewirtschaftungs- und Rationalisierungssystem besorgten. Anzuführen wäre in diesem Zusammenhang noch, daß das klare fachliche Organisationsprinzip den wirtschaftlichen Bedingungen der Kriegszeit besonders entsprach, so daß das Fachverbandswesen aus dieser Periode gestärkt hervorging.

Die erste Nachkriegszeit war anfangs durch aus dem Krieg herrührende Probleme der Bewirtschaftung gekennzeichnet, mit entsprechender

1) Bock, Wilhelm: Stand und Bedeutung der Handwerkerbündebewegung, Stuttgart 1932, S. 3.

Aufgabenstellung für Kammern und Kammertag; so wurde zum Beispiel der Kammertag für die Übergangswirtschaft als Zentralstelle für die Rohstoffversorgung des Handwerks anerkannt.¹⁾ Vor allem aber mußten sich die Handwerkerschaft und ihre Interessenvertretungen mit der seit Kriegsende nachdrücklich erhobenen Forderung nach Sozialisierung und Kommunalisierung der Wirtschaft auseinandersetzen. Unter dem noch frischen Eindruck der in den Kriegsjahren offensichtlich gewordenen Organisationsmängel und den nach dem Krieg drohenden Sozialisierungsbestrebungen stehend, gaben die verschiedenen, teils um ihre weitere Bewegungsfreiheit fürchtenden Handwerkerorganisationen endlich den Vorstellungen des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages nach und schlossen sich am 16. Oktober 1919 zu einer zentralen Gesamtvertretung des Handwerks, zum Reichsverband des deutschen Handwerks, zusammen.²⁾

"Als Hauptaufgaben des Reichsverbandes wurden bestimmt: Sicherstellung des Handwerks und seiner beruflichen und wirtschaftlichen Organisationen in der deutschen Wirtschaft, Wahrung der gemeinsamen Interessen gegenüber Gesetzen und Verordnungen, einheitliche Vertretung der Wünsche und Bedürfnisse des Handwerks, Förderung und Ausbau der fachlichen Organisationen, Unterstützung der genossenschaftlichen Einrichtungen und Pflege der Beziehungen zu den Arbeitnehmern des Handwerks im Sinne einer Gemeinschaftsarbeit."³⁾ Getragen wurde der Reichsverband zunächst von den Kammern, den Fachverbänden, den Genossenschaften und den Gewerbevereinen,⁴⁾

1) vgl. Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag: a.a.O., S. 147.

2) vgl. Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag: a.a.O., S. 232.

3) Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag: a.a.O., S. 233.

4) vgl. ebenda.

später von allen wichtigen Verbandsgruppierungen im Handwerk, und zwar in der Reihenfolge ihres Gewichtes innerhalb der Organe des Reichsverbandes von:

1. den Handwerks- und Gewerbekammern (68 Vertreter);
2. den sich über das Reichsgebiet erstreckenden Innungs- und Fachverbänden (65 Vertreter);
3. den Handwerkerbünden (10 Vertreter);
4. dem Verband Deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen (5 Vertreter);
5. dem Deutschen Genossenschaftsverband (5 Vertreter);
6. den wirtschaftlichen Organisationen im Reichsverband (5 Vertreter);
7. dem Verband der Krankenkassen für selbständige Handwerker und Gewerbetreibende (3 Vertreter).¹⁾

Die vom Reichsverband vertretenen handwerkspolitischen und wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen fanden 1921 ihren Niederschlag in dem Entwurf einer Reichshandwerksordnung, die nicht nur zur Neugestaltung der handwerklichen Berufsordnung, sondern gleichzeitig zur aktiven Mitwirkung an einer neuzeitlichen Wirtschafts- und Sozialordnung führen sollte. Wie bekannt blieben diese programmatischen Forderungen nach einer berufsständischen Neugestaltung der handwerklichen Berufsordnung trotz intensiver Propagierung der berufsständischen Ordnungsidee in Presse und Literatur²⁾ und trotz spektakulärer Unterstützung durch die Handwerkerbündebewegung³⁾ letztlich erfolglos und wurden 1933 durch die politische Entwicklung überholt.

1) vgl. Bock, Wilhelm: a.a.O., S. 12.

2) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 100.

3) vgl. Bock, Wilhelm: a.a.O., S. 32 ff.

Der während der Weimarer Republik auf das Handwerk wirkende sozialpolitische und wirtschaftliche Druck hatte aber nicht nur die organisatorische Zusammenfassung des Handwerks auf höchster Ebene bewirkt, sondern zugleich innerhalb des nach wie vor vielgestaltigen handwerklichen Organisationsgefüges zu erheblichen Veränderungen einzelner Verbandsgruppierungen geführt.

So setzte nach Ende des ersten Weltkriegs eine starke Ausweitung der lokalen Innungsorganisation ein, verbunden mit einer gleichzeitigen Umorientierung der Handwerkerschaft von der freien Innung zur fakultativen Zwangsinnung, ein Trend, der auch in Süddeutschland zu beobachten war und nach Ansicht Wernets wohl durch die zwischen 1919 und 1932 besonders aktive Handwerkerbündebewegung verursacht worden war.¹⁾

Jahr	Innungen insgesamt			Freie Innungen			Zwangsinnungen			
	Zahl	Mitglieder		Zahl	∅H. Mitgl.	∅H.	Zahl	∅H	Mitgl.	∅H.
1919 ²⁾	12 993	612 229		7 560	58	259 830	42	5 433	42	352 399
1925 ²⁾	17 453	910 238		7 066	40	243 506	27	10 387	60	666 732
1931 ³⁾	17 614	972 471		6 244	35	199 482	20	11 370	65	772 989

Nach 1918 hatte diese jüngere Handwerkerbündebewegung, die sich sowohl auf Neugründungen als auch auf Neugestaltungen älterer Bündes stützte, einen erstaunlichen Aufschwung genommen und auf ihrem Höhepunkt etwa 250 000 Handwerker⁴⁾ vertreten. Nach Bock handelte es sich um etwa elf Handwerkerbünde,⁵⁾ die sich mit einer Ausnahme

1) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 76.

2) Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag: a.a.O., Anlage I.

3) Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 77.

4) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik, a.a.O., S. 89.

5) vgl. Bock, Wilhelm: a.a.O., S. 5 f.

auf fest abgegrenzte Bezirke erstreckten und deren erklärtes Ziel darin bestand, die wirtschaftlichen und berufsständischen Interessen des Handwerks auf politischem Weg, das heißt durch Einflußnahme auf Parteien, Parlamente und Regierungen, durchzusetzen.¹⁾

Das Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Handwerks vom 29. November 1933 bildete den Auftakt zur völligen Neuordnung des Handwerks und schuf die gesetzlichen Voraussetzungen für weitere Verordnungen, die auf den gänzlichen Wandel der handwerklichen Organisationsverhältnisse abstellten. Damit fand die 1897 verwirklichte organisatorische Dezentralisation, die demokratisch aufgebaute berufliche Selbstverwaltung und das weitgehend berücksichtigte Prinzip der Freiwilligkeit und Selbsthilfe und die damit zusammenhängende, bislang für das Handwerk typische und allerdings auch problematische organisatorische Vielfalt und Zersplitterung ihr gesetzliches Ende. Wichtige Stufen dieser totalen Umgestaltung der bisherigen Verhältnisse waren unter anderem die 1934 verfügte Auflösung der freien und Zwangsinnungen, Innungsausschüsse, Gewerbevereine und sonstigen Zusammenschlüsse und deren Ersatz durch Pflichtinnungen und Kreishandwerkerschaften, die gleichfalls 1934 durchgeführte Umgestaltung des Handwerks- und Gewerbekammertages, die 1935 erfolgte Umgestaltung der Handwerkskammern und der Fachverbandsorganisation und nicht zuletzt der im gleichen Jahr gewährte sogenannte große Befähigungsnachweis.²⁾

1) vgl. Bock, Wilhelm: a.a.O., S. 32 ff.

2) vgl. Wernet, Wilhelm: Handwerkspolitik: a.a.O., S. 53 ff.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s
=====

Adler, Georg: Über die Epochen der Deutschen Handwerker-Politik,
Jena 1903

Allgemeiner Gewerbeverein München: Fünfzig Jahre Münchner Gewerbe-
Geschichte 1848-1898, München 1898

Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der
deutschen Wirtschaft . Das deutsche Handwerk (Generalbe-
richt). Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für
Gewerbe: Industrie, Handel und Handwerk (III. Unterausschuß).
8. Arbeitsgruppe (Handwerk), 1. Bd., Berlin 1930, zitiert
als: Das deutsche Handwerk, Bericht des Enquete-Ausschusses
1930

Bayerische Gewerbe-Zeitung, Organ des Bayerischen Gewerbemuseums und
des Vereines bayerischer Gewerbevereine, Nürnberg, 1. Jg.
(1888), 3. - 11. Jg. (1890-1898)

Die bayrischen Gewerbevereine in den Jahren 1848-1853, Nördlingen
1854

Berghausen: Gewerbevereine, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900

Biermer, M.: Mittelstandsbewegung, in, HdSt., 5. Bd., Jena 1900

Bock, Wilhelm: Stand und Bedeutung der Handwerkerbündebewegung,
Stuttgart 1932

Boese, Franz: Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872-1932,
in, S.V.f.S., 188. Bd., Berlin 1939

Bohse, Erich: Die Entstehung der industriellen Gewerbefreiheit in
Preußen, Diss. Erlangen 1931

Böttger, Hugo: Geschichte und Kritik des Neuen Handwerkergesetzes
vom 26. Juli 1897, Florenz und Leipzig 1898

- Das Programm der Handwerker, Braunschweig 1893

Brodmeier, Beate: Literaturführer durch das Handwerksschrifttum
1900-1945, in, Forschungsberichte aus dem Handwerk, Bd. 12,
Münster 1965

Bücher, Karl: Gewerbe, in, HdSt., 3. Bd., Jena 1892

- Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland
mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit
gegenüber der Großindustrie, in, S.V.f.S., 62.-70. Bd.,
1895-1897

Bund der Landwirte: Agrarisches Handbuch, Berlin 1911

Clausing, Gustav: Arthur Spiethoffs wissenschaftliches Lebenswerk, in, Schm. J.f.G., V.u.Vw., 78. Jg., 1. Hbd., Berlin 1958

Denkschrift zur Erinnerung an die Eröffnung des Neubaus des Bayerischen Gewerbemuseums in Nürnberg, am 19. Juni 1897

Das Deutsche Handwerksblatt, Mitteilungen des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages, 3. u. 4. Jg. (1909 f.), 8. Jg. (1914), 13. Jg. (1919), 22. Jg. (1928)

Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag: 25 Jahre Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag 1900-1925, Hannover 1925

Eucken, Walter: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern und Tübingen 1952

Festgabe zur Jahrhundertfeier des Polytechnischen Zentral-Vereins für Unterfranken und Aschaffenburg zu Würzburg, Würzburg 1906

Franz, G.: s. Rössler, H.

Gablentz, Otto Heinrich v. d.: Mittelstand, in, HdSw., 7. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1961

Goldschmidt, Ernst Friedrich: Die deutsche Handwerkerbewegung bis zum Sieg der Gewerbefreiheit, München 1916

Grätzer, Rudolf: Zur Statistik der Innungsmeister unter den deutschen Handwerkern, in, J.f.G., V.u.Vw., N.F., 22. Jg., Leipzig 1898

Hampke, Thilo: Die Innungsentwicklung in Preußen, in, J.f.G., V.u.Vw., N.F., 18. Jg., Leipzig 1894

- Die deutschen Handwerkerorganisationen, in, J.f.G., V.u.Vw., N.F., 27. Jg., Leipzig 1903

- Gewerbekammern, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900

- Die neue Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens, in, J.f.Nat. u. Stat., 3. F., 14. Bd., Jena 1897

- Die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens, in, J.f. Nat. u. Stat., 3. F., 7. Bd., Jena 1894

- Der Verband Deutscher Gewerbevereine, seine Entstehung, Organisation und bisherige Wirksamkeit, in, J.f.G., V.u.Vw., N.F., 17. Jg., Leipzig 1893

- Handwerkswissenschaftliches Institut Münster/W.: Bibliographie des Handwerks, Jahresverzeichnis der Neuerscheinungen (1945-1967)
- Bibliographie des Handwerks und Gewerbes, Verzeichnis der Dissertationen (1885-1959)
 - Handwerk im Widerstreit der Lehrmeinungen, in, Forschungsberichte aus dem Handwerk, Bd. 3, Münster/W. 1960
- Hausherr, Hans: Der Zollverein und die Industrialisierung, in, Neue wissenschaftliche Bibliothek 12, Geschichte, Moderne deutsche Wirtschaftsgeschichte, Köln Berlin 1966
- Henke, Wilhelm: Gewerberecht, in, HdSw., 4. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965
- Holzschuher, Veit: Soziale und ökonomische Hintergründe der Kartellbewegung, Diss. Erlangen 1962
- Kaizl, Josef: Der Kampf um Gewerbeform und Gewerbefreiheit in Bayern von 1799-1868, Leipzig 1879
- Kessler, Gerhard: Die deutschen Arbeitgeberverbände, Leipzig 1907
- Klaus, Walter: Darstellung und kritische Würdigung der in Deutschland zum Schutz des Handwerks seit Inkrafttreten der Gewerbeordnung von 1869 erlassenen gesetzlichen Bestimmungen, Diss. Breslau, Neisse 1906
- Kraft, Heinz: Die Entwicklung des Zunftwesens und die geistesgeschichtlichen Grundlagen der Gewerbefreiheit, in, Z.f.d.g.St., 106. Bd., Tübingen 1950
- Krebs, August: Die gewerblichen Vereine Deutschlands, der Schweiz und von Österreich-Ungarn, Wien, Pest, Leipzig 1882
- Kulemann, W.: Die Berufsvereine, 1. Abt., 3. Bd., Jena 1908
- Landesverband Badischer Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, Heidelberg: Festschrift anlässlich des 50jährigen Bestehens 1878-1928
- Landgraf, Jos.: Gewerbevereine, in, HdSt., 3. Bd., Jena 1892
- Meusch, Hans: Die Handwerkerbewegung 1848/49, Alfeld 1949
- Meusch, Hans und Wilhelm Wernet: Handwerkerbewegung, in, HdSw., 5. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956
- Meyer, Georg: Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 3. Bd., Jena 1892
- Gewerbegesetzgebung, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900

- Mittheilungen des Bayrischen Gewerbemuseums zu Nürnberg, Beiblatt zur Wochenschrift, Kunst und Gewerbe, Nürnberg, 2.-5. Jg. (1875-1878), 7.-14. Jg. (1880-1887)
- Neuhaus, Georg: Die Handwerkskammer, ihre Organisation und ihre Aufgaben, Leipzig 1902
- Innungen und Innungsausschüsse, Leipzig 1902
- Noack: Gewerbevereine, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1909
- Oberthür, Franz: Der großherzoglichen Gesellschaft zur Vervollkommnung der mechanischen Künste und Handwerker zu Würzburg Geschichte und Statuten, Würzburg 1809
- Der polytechnische Verein zu Würzburg in den ersten fünfzig Jahren seines Bestehens. Eine Festgabe zur fünfzigjährigen Stiftungsfeier, Würzburg 1856
- Polytechnischer Zentralverein Würzburg, Handwerkerschule, Handelsschule, Holzschnitzschule Bischofsheim v. d. Rhön, Bericht 1925-1930
- Popp, August: Die Entstehung der Gewerbefreiheit in Bayern, Leipzig 1928
- Roscher, Wilhelm: Nationalökonomik des Gewerbefleißes und Handels, Stuttgart und Berlin 1913
- Rössler, H. und G. Franz: Sachwörterbuch zur deutschen Geschichte, München 1958
- Röttges, Fritz: Grundlagen und Probleme der modernen Handwerkerbewegung, Diss. Köln 1925
- Satzungen für den Verband deutscher Gewerbevereine, Köln 1891
- Schmoller, Gustav: Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert, Halle 1870
- Schumpeter, Josef: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1952
- Sombart, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts, Darmstadt 1954
- Gewerbewesen I, Berlin und Leipzig 1929
- Gewerbewesen II, Berlin und Leipzig 1929
- Der moderne Kapitalismus, 1. Bd., München und Leipzig 1916
- Der moderne Kapitalismus, 2. Bd., 1. u. 2. Hbd., München und Leipzig 1917

- Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, 3. Bd., 1. u. 2. Hbd., München und Leipzig 1927
- Die Ordnung des Wirtschaftslebens, Berlin 1927
- Statuten des Bayrischen Gewerbemuseums zu Nürnberg vom 13.1.1873
- Statuten des Verbandes Bayrischer Gewerbevereine, Nürnberg 1875
- Stieda, Wilhelm: Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1892
- Handwerk, in, HdSt., 4. Bd., Jena 1900
 - Die Innungenenquête, in, J.f. Nat. u. Stat., 3. F., 12. Bd., Jena 1896
 - Zunftwesen, in, HdSt., 6. Bd., Jena 1894
 - Zwangs- und Bannrechte, in, HdSt., 7. Bd., Jena 1901
- Stolper, Gustav: Deutsche Wirtschaft 1870-1940, Stuttgart 1950
- Treue, Wilhelm: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, Stuttgart 1962
- Voigt, Paul: Die deutschen Innungen, in, J.f.G., V.u.Vw., N.F., 22. Jg., Leipzig 1898
- Die Hauptergebnisse der neuesten deutschen Handwerkerstatistik, in, J.f.G., V.u.Vw., N.F., 21. Jg., Leipzig 1897
- Vopelius, Marie-Elisabeth: Die altliberalen Ökonomen und die Reformzeit, Stuttgart 1968
- Waltershausen, A. Sartorius von: Zeittafel zur Wirtschaftsgeschichte, Halberstadt 1924
- Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815-1914, Jena 1920
- Weippert, Georg: Jenseits von Individualismus und Kollektivismus, Studien zum gegenwärtigen Zeitalter, Düsseldorf 1964
- Vereinbarung als drittes Ordnungsprinzip, in, J.f. Sozialwiss., Festschrift für Andreas Predöhl, Bd. 14, H. 3, Göttingen 1963
 - Zum Verständnis der verbandsstrukturierten Gesellschaft, in, Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik, Gedächtnisschrift für H. J. Seraphim, hrsg. v. H. Ohm, Berlin 1964
 - Werner Sombarts Gestaltidee des Wirtschaftssystems, Göttingen 1953
- Werner, Josua: Die Wirtschaftsverbände in der Marktwirtschaft, Zürich und St. Gallen 1957

- Wernet, Karl Friedrich: Die Aspekte der Zunft, in, Handwerksge-
schichtliche Perspektiven, Forschungsberichte aus dem
Handwerk, Bd. 10, Münster/W. 1963
- Der Einfluß des Handels auf die handwerkliche Produktion,
in, Handwerksgeschichtliche ...
 - Der Handwerker in der Entfaltung der Stadtwirtschaft, in,
Handwerksgeschichtliche ...
 - Die Manufaktur, der Liebling des Kameralismus, in, Hand-
werksgeschichtliche ...
 - Die Maschine in Handwerk und Fabrik, in, Handwerksgeschicht-
liche ...
 - Die Ohnmacht des Handwerks in der industriellen Revolution,
in, Handwerksgeschichtliche ...
 - Die Rolle der Gewerbefreiheit, in, Handwerksgeschichtliche ...
 - Die Verleger, Vorboten und Repräsentanten des Kapitalismus,
in, Handwerksgeschichtliche ...
- Wernet, Wilhelm: Das Handwerk im Lichte der deutschen Parteiprogramme,
in, Das Deutsche Handwerksblatt, 22. Jg. (1928), H. 8
- Handwerks- und Industriegeschichte, Stuttgart 1963
 - Handwerkspolitik, Göttingen 1952
 - Kurzgefaßte Geschichte des Handwerks in Deutschland, Dort-
mund 1963
 - s. auch Meusch, Hans
- Wernicke, J.: Mittelstandsbewegung, in, HdSt., 6. Bd., Jena 1925
- Wessels, Theodor: Gewerbepolitik, in, HdSw., 4. Bd., Stuttgart,
Tübingen, Göttingen 1965
- Wössner, Jacobus: Industriegesellschaft und Verbandswesen, in,
J.f. Sozialwiss., Bd. 15, 1964
- Die ordnungspolitische Bedeutung des Verbandswesens (Die
Verbands-Gesellschaft), Tübingen 1961
- Zorn, Wolfgang: Zünfte, in, HdSw., 12. Bd., Stuttgart, Tübingen,
Göttingen 1965

Verzeichnis der Abkürzungen

a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
Bd.	Band
bzw.	beziehungsweise
Diss.	Dissertation
F.	Folge
GO.	Gewerbeordnung
GV.	Gewerbeverein
H.	Heft
Hbd.	Halbband
HdSt.	Handwörterbuch der Staatswissenschaften
HdSw.	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
hrrsg. v.	herausgegeben von
J.f.G., V.u.Vw.	Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft
J.f. Nat. u. Stat.	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
J.f. Sozialwiss.	Jahrbuch für Sozialwissenschaft
Jg.	Jahrgang
N.F.	Neue Folge
Schm. J.f.G., V.u.Vw.	Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft
s.S.	siehe Seite
S.V.f.S.	Schriften des Vereins für Socialpolitik
u.	und
u.a.	unter anderem
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
v.H.	von Hundert
z.B.	zum Beispiel
Z.f.d.g.St.	Zeitschrift für die gesamte Staatswissen- schaft

Lebenslauf

Ich wurde am 6.4.1936 in Breslau, als Sohn des Steuerinspektors Wolfgang Gimmler und seiner Ehefrau Ruth, geboren.

Nach der Flucht 1945 besuchte ich die Oberrealschule in Bamberg und legte dort im Jahr 1955 das Abitur ab. Vom Wintersemester 1955/56 bis zum Wintersemester 1959/60 studierte ich an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen Nationalökonomie und erwarb dort im Sommer 1960 den akademischen Grad eines Diplom-Volkswirts. Nach eineinhalbjähriger Tätigkeit in einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Bamberg wurde ich vom Oktober 1961 bis einschließlich März 1963 wissenschaftlicher Mitarbeiter an einem, unter Leitung von Herrn Professor Dr. Georg Weippert stehenden Forschungsauftrag des Vereins für Socialpolitik. Von diesem Zeitpunkt an war ich Überwiegend mit der Anfertigung meiner Dissertation beschäftigt, bis ich im Mai 1967 die Verwaltung einer Assistentenstelle am Staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Erlangen-Nürnberg übernahm. Vom 16.5.1967 bis heute war ich mit Unterbrechungen als Assistent zunächst der Soziologischen Abteilung, ab 1.2.1969 als Assistent des Lehrstuhls Wirtschaftliche Staatswissenschaften des Staatswissenschaftlichen Seminars tätig.

Offsetdruck-Fotodruck

J. Hogl, 8520 Erlangen Hauptstr. 109, (Nähe Martin-Luther-Platz) Tel. 22990